

3€



# Für Sozialismus kämpfen!

**Grundlagentexte der Sozialistischen  
Organisation Solidarität (Sol)**

[www.solidaritaet.info](http://www.solidaritaet.info) | 030 / 247 238 02 | [info@solidaritaet.info](mailto:info@solidaritaet.info)



## Inhaltsverzeichnis

| <b>Texte:</b>                                                                    | <b>Seiten:</b> |
|----------------------------------------------------------------------------------|----------------|
| Der Kampf für eine sozialistische Welt                                           | 4-6            |
| Das kommunistische Manifest: Vorwort zur Neuauflage                              | 7-14           |
| Russische Revolution 1917: Einige Lehren aus dem Roten Oktober                   | 15-22          |
| Leben und Werk Leo Trotzki:<br>80 Jahre nach seiner Ermordung                    | 23-29          |
| Die Bedeutung der Ideen Leo Trotzki für das 21. Jahrhundert                      | 30-39          |
| Gewerkschaften raus aus dem Co-Management!<br>Kämpferischer Kurs nötiger denn je | 40-42          |
| Nur ein wirklicher Kurswechsel kann DIE LINKE nach vorne bringen                 | 43-46          |
| Rassismus den Boden entziehen                                                    | 47-50          |
| Klimawandel: Ein sozialistisches Programm für die Umwelt ist dringend            | 51-55          |
| „Identity politics“ und der Kampf gegen Unterdrückung                            | 56-62          |
| Sexismus bekämpfen – mit und in der Arbeiter*innenbewegung                       | 63-70          |
| „Solidarität ist die Grundidee der Arbeiter*innenbewegung“                       | 71-73          |
| Trotzki und die revolutionäre Partei                                             | 74-81          |
| Satzung der Sozialistischen Organisation Solidarität                             | 82-86          |
| Was will die Sol?                                                                | 87             |

# Liebe Leserinnen und Leser,

diese Textsammlung fasst wichtige Texte der Sozialistischen Organisation Solidarität (Sol) zu grundlegenden Fragen zusammen und bietet Euch einen guten Überblick über unsere politischen Positionen und unsere Herangehensweise an wichtige Fragen.

Wir haben sie zusammengestellt für Menschen, die sich die Frage stellen, ob sie sich der Sol anschließen sollen. Wir hoffen, dass die Texte Euch darin bestärken, einer marxistischen Organisation beizutreten und gemeinsam den Kampf für internationalen Sozialismus zu führen. Wir hoffen auch, dass die Texte Euch davon überzeugen, dass die Sol und das Komitee für eine Arbeiter\*inneninternationale (CWI) dafür das beste Angebot sind.

Natürlich können in dieser Textsammlung nicht alle Themengebiete abgedeckt werden. Mehr Texte findet Ihr auf unseren Webseiten [solidaritaet.info](http://solidaritaet.info) und [socialistworld.net](http://socialistworld.net) und in den Büchern des Manifest-Verlags ([manifest-buecher.de](http://manifest-buecher.de)).

Wir sind eine kleine Organisation, aber wir haben starke Ideen. Diese Ideen zu einer materiellen Kraft zu machen, ist unser Ziel. Dabei kann jede und jeder einen wichtigen Beitrag leisten. Wenn Du noch keinen Kontakt zur Sol haben solltest, dann schreibe uns oder ruf an: [info@solidaritaet.info](mailto:info@solidaritaet.info) oder 030 24723802 oder sende eine Nachricht an 0177 1731917.

## Kontakt & Impressum

*Telefon: 030 / 247 238 02*

*Whatsapp / Signal / Telegram: 0176 / 95281421*

*E-Mail: [info@solidaritaet.info](mailto:info@solidaritaet.info)*

*facebook, twitter und instagram: @solcwi*

Herausgeber: Manifest-Verlag, Dieffenbachstr. 17, 10967 Berlin

V.i.S.d.P.: Sascha Staničić, c/o Manifest-Verlag

Umschlaggestaltung und Satz: Luise Artmann



# Der Kampf für eine sozialistische Welt

**Der Kapitalismus bedeutet für Milliarden Menschen die Hölle auf Erden und zerstört Tag für Tag unseren Planeten, während sich immenser Reichtum in den Händen immer weniger Reicher und Superreicher konzentriert. Unsere Alternative heißt Sozialismus. Aber was bedeutet das eigentlich und wie kann eine sozialistische Gesellschaft in der Wirklichkeit aussehen?**

*von Sönke Jansen, Bochum*

Von den Sklavenaufständen im antiken Rom bis zu den Bauernkriegen des späten Mittelalters: Seit es Klassengesellschaften gibt, wehren sich die Unterdrückten gegen ihre Unterdrücker und entwickeln Ideen von sozialer Gleichheit.

Als sich der Kapitalismus zur vorherrschenden Wirtschaftsweise entwickelte und die industrielle Revolution riesige Menschenmassen in lohnabhängige Arbeiter\*innen verwandelte, entstanden „frühsozialistische“ Ideen: Vorstellungen von einer Gesellschaft ohne Elend und Ausbeutung. Es waren

Utopien, also fantasievolle Entwürfe einer besseren Welt, die nicht mit einem realistischen politischen Programm verbunden waren.

Als das Bürgertum, also die Gesellschaftsklasse der Kapitalist\*innen, im 18. und 19. Jahrhundert in Revolutionen die alten Feudalherren von der politischen Macht vertreiben wollte, waren die Arbeiter\*innen, die Armen und die Bäuer\*innen die eifrigsten Mitkämpfer\*innen, denn sie erhofften sich politische Freiheit und die Verbesserung ihrer Lebensumstände. Aber spätestens in der Re-

volutionsepoche um das Jahr 1848 zeigte sich, dass das Bürgertum zu den übelsten Kompromissen mit Königen, Adel und Kirche bereit war, wenn es dazu diente, seine Herrschaft über die arbeitende Bevölkerung zu stärken. In dieser Zeit entwickelte sich erstmals eine unabhängige Arbeiter\*innenbewegung.

## **Vom Manifest...**

Im Revolutionsjahr 1848 veröffentlichten Karl Marx und Friedrich Engels das „Kommunistische

Manifest“. Ihre Aussage: Der Interessengegensatz zwischen Kapital und Arbeit wird zu heftigen Klassenkämpfen führen. Die arbeitende Bevölkerung muss die Staatsmacht ergreifen und Maßnahmen zur Abschaffung des Kapitalismus (z. B. Vergesellschaftung der Betriebe) durchführen. So entsteht eine sozialistische Gesellschaft ohne Klassengegensätze, „worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist.“

Marx und Engels waren keine Träumer. Ihre Ideen entsprangen aus einer Analyse der historischen und gesellschaftlichen Entwicklungen. Ihr politisches Programm entwickelte sich mit den konkreten Ereignissen ihrer Zeit: In Frankreich gab es 1871 einen revolutionären Aufstand der Arbeiter\*innen, der zur Gründung der „Pariser Kommune“ führte. Die Kapitalisten und ihr Militär wurden für einige Wochen aus der Stadt vertrieben. Die arbeitende Bevölkerung wählte ihre eigenen Vertreter\*innen und begann mit der demokratischen Organisation von Wirtschaft und Gesellschaft. Die Kommune wurde durch ein konterrevolutionäres Massaker niedergeschlagen – Marx und Engels stellten fest: Eine Räterepublik wie die Kommune ist ein hervorragendes Beispiel für einen Staat der Arbeiter\*innen – der alte kapitalistische Staatsapparat kann von diesen jedoch nicht einfach übernommen werden, er muss zerschlagen und durch eigene demokratische Organe ersetzt werden, wenn die Revolution erfolgreich sein soll.

In den folgenden Jahrzehnten entwickelten sich weltweit Massenorganisationen der Arbeiter\*innenklasse: Parteien und Gewerkschaften. Der Marxismus war für Millionen nicht nur Theorie, sondern vor allem Anleitung zum Handeln.

### ... zu Revolutionen und Niederlagen

Die Führungen der sozialdemokratischen Arbeiter\*innenparteien verrieten 1914 die Idee des Sozialismus, als sie dem imperialistischen Ersten Weltkrieg zustimmten. Der Krieg brachte eine revolutionäre Welle hervor. In Ländern wie Deutschland scheiterte die Revolution, obwohl Millionen Arbeiter\*innen leidenschaftlich kämpften, sich in Räten organisierten und die Macht des Kapitals brechen wollten – nach dem Verrat der SPD-Führung fehlte ihnen eine starke revolutionäre Partei.

In Russland hatten sich die Marxist\*innen rechtzeitig unabhängig organisiert. Die Partei der Bolschewiki forderte den Sturz der kapitalistischen Regierung und die Machtübernahme durch die Arbeiter\*innen, Soldaten und Bäuer\*innen, die sich 1917 spontan in Räten organisiert hatten. Die arbeitenden Massen unterstützten den Kurs der Bolschewiki und errichteten in der Oktoberrevolution eine sozialistische Räterepublik. Für einige Zeit bestand in Russland erstmals in der Geschichte der Menschheit ein Staat, der unter der demokratischen Kontrolle der bisher ausgebeuteten Klassen stand. Funktionär\*innen waren zunächst wähl- und abwählbar und erhielten keine Privilegien.

Die Sowjetrepublik („Sowjet“ ist das russische Wort für „Rat“) war in einer schwierigen Lage: Sie blieb isoliert da die Revolution in anderen Ländern scheiterte. Nach Jahren des Kriegs gab es viel Elend. Bürokratische Funktionär\*innen konnten sich Vorteile verschaffen und unter der Führung Stalins die Macht an sich reißen. Es gab zwar weiterhin die durch die Oktoberrevolution eingeführte Staatswirtschaft, aber die Räteredemokratie brach zusammen. Die Stalinist\*innen bezeichneten ihr System weiterhin als „Sozialismus“, um ihre

Macht gegenüber den Arbeiter\*innen zu rechtfertigen, tatsächlich aber wurden sie zu einem Hemmnis für sozialistische Veränderungen auf der Welt, denn wenn eine erfolgreiche sozialistische Revolution eine gesunde Räterepublik hervorgebracht hätte, wäre das eine Bedrohung für die Macht der Sowjetbürokrat\*innen gewesen. Die kapitalistischen Staaten nutzten dies aus, um mit dem Hinweis auf Bürokratie, Polizeistaat und Mangelwirtschaft in der Sowjetunion sozialistische Ideen schlecht zu machen.

Gleichzeitig versprachen sozialdemokratische Spitzenfunktionär\*innen der Arbeiter\*innenklasse in den kapitalistischen Ländern sozialen Fortschritt und sprachen in Festtagsreden sogar vom Sozialismus als langfristigem Ziel. Aber ihre reformistische Politik zielte darauf ab, den Kapitalisten einige soziale Zugeständnisse abzurufen und gleichzeitig die Arbeiter\*innenklasse ruhig zu halten.

Die Wirtschaft der stalinistischen Länder wurde wegen der Selbstbereicherung der Bürokratie und dem Mangel an Arbeiter\*innendemokratie immer ineffizienter. Die Unzufriedenheit der Arbeiter\*innen führte zu revolutionären Protesten, wie 1989 in der DDR. Wieder fehlte eine starke revolutionäre Organisation, mit der die Arbeiter\*innenklasse Kurs auf eine wirklich sozialistische Revolution hätte nehmen können. Pro-kapitalistischen Kräften gelang es, den endgültigen Zusammenbruch der Arbeiter\*innenstaaten des „Ostblocks“ einzuleiten und den Kapitalismus wiederherzustellen. Während sich Teile der Bürokratie in Kapitalisten verwandelten und von der Situation profitierten, bedeuteten die folgenden Jahrzehnte für die einfache Bevölkerung Massenarbeitslosigkeit, Armut und Sozialabbau.



### Sozialismus: Dringender denn je

Heute befindet sich der Kapitalismus in einer historischen Krise. Die Corona-Pandemie zeigt die Unfähigkeit des Systems, den Menschen auf der ganzen Welt medizinische Grundversorgung zu ermöglichen. Und auch unabhängig von der Pandemie ist die kapitalistische Weltwirtschaft am Boden, während für die Profite der Banken und Konzerne die Umwelt zerstört und Kriege geführt werden. Arbeiter\*innen sind durch Betriebs-schließungen und Lohnsenkungen in ihrer Existenz bedroht. Die arbeitenden Menschen brauchen dringend starke Organisationen, um sich gegen die Kapitalis\*innen zu wehren. Die Gewerkschaften müssen ihre Politik des Verzichts und der faulen Kompromisse mit den Bossen beenden. Denn eigentlich ist keine andere Kraft in dieser Gesellschaft so stark wie die organisierte Arbeiter\*innenklasse. Durch Arbeitskämpfe und Streiks sind Beschäftigte in der Lage, die ganze kapitalistische Wirtschaft aus den Angeln zu heben. Weil die Gewerkschaftsführungen meistens auf die „Sozialpartnerschaft“ mit dem Kapital setzen, ist es so wichtig, dass sich Kolleg\*innen von unten vernetzen und sich gemeinsam in den Gewerkschaften für demokratische Strukturen und einen kämpferischen Kurs einsetzen.

Denn die Geschichte lehrt uns: Die Kapitalist\*innen geben uns nichts freiwillig. Wenn wir unsere Arbeitsplätze und sozialen Errungenschaften verteidigen wollen, müssen wir uns zusammenschließen und kämpfen. Und da sich die herrschenden Klassen in der gesamten Menschheitsgeschichte immer wieder für Rebellionen der unterdrückten Klassen grausam gerächt haben, müssen wir uns darauf vorbereiten, den Kampf um Verbesserungen im Hier und Jetzt mit der Perspektive einer sozialistischen Gesellschaft zu verbinden.

### Grundzüge einer sozialistischen Gesellschaft

Der Sozialismus wird nicht im stillen Kämmerlein ausgedacht, sondern wird das Ergebnis einer weltweiten und lebendigen Bewegung der Arbeiter\*innenklasse sein. Darum können wir heute keinen genauen Plan einer sozialistischen Gesellschaft präsentieren. Klar ist, welche Widersprüche der kapitalistischen Gesellschaft aufgehoben werden müssen. Daraus und aus Erfahrungen aus Klassenkämpfen können Grundzüge einer sozialistischen Gesellschaft abgeleitet werden:

Das Herz einer sozialistischen Gesellschaft ist die organisierte Arbeiter\*innenklasse. Die radikale Umgestaltung der Gesellschaft erfordert Organisation. Und diese Organisation muss demokratisch sein. Nur wenn in den Betrieben und Nachbarschaften eine freie Diskussion darüber stattfindet, wie die Gesellschaft gestaltet werden soll, wird eine funktionierende sozialistische Gesellschaft entstehen können. Und die Arbeiter\*innen brauchen die demokratische Kontrolle über die Organe einer solchen Gesellschaft. Alle Funktionär\*innen müssen wähl- und abwählbar sein, dürfen keinerlei Privilegien genießen und nur einen durchschnittlichen Facharbeiter\*innenlohn erhalten – nur so ist gewährleistet, dass sie die Interessen ihrer Basis vertreten.

Die Wirtschaft spielt eine wichtige Rolle für die Gesellschaft: Wie wollen wir arbeiten? Welche Produkte brauchen wir? Wie produzieren wir im Interesse von Mensch und Natur? Eine demokratische Organisation der Wirtschaft ist nur möglich, wenn sie dem kapitalistischen Privateigentum entzogen, verstaatlicht und demokratisch verwaltet und kontrolliert wird. Arbeiter\*innen und Angestellte sowie Verbraucher\*innen sollten unter Einbeziehung von Wissenschaft-

ler\*innen, Umweltaktivist\*innen usw. einen demokratischen Plan für die gesamte Wirtschaft entwickeln. Von der Betriebsstätte bis zum länderübergreifenden Projekt sollte eine demokratische Planwirtschaft das Motto haben: So zentral wie nötig, so dezentral wie möglich.

Auf die Verstaatlichung der großen Banken und Konzerne unter demokratischer Kontrolle und Verwaltung durch die arbeitende Bevölkerung können wir aber nicht bis irgendwann nach der Revolution warten. Wir müssen diesen Kampf jetzt beginnen (etwa wenn Betriebe Entlassungen planen) und mit der Perspektive einer sozialistischen Gesellschaft verbinden.

### Für ein besseres Leben

Stellen wir uns vor, im Sozialismus sind alle materiellen Grundbedürfnisse befriedigt, weil es keinen kapitalistischen Profitzwang mehr gibt und marktwirtschaftliches Chaos durch demokratische Planung ersetzt wird. Niemand müsste mehr an Hunger oder vermeidbaren Krankheiten sterben. Wenn die gesellschaftlich notwendige und sinnvolle Arbeit auf alle verteilt wird und die Interessen von Mensch und Natur zur Richtschnur von Wirtschaft und Gesellschaft werden, gäbe es mehr Zeit für die Dinge, die uns wichtig sind: Beziehungen, Kultur, Gemeinschafts- und Naturerlebnisse. Es gäbe keine Grundlage mehr für Kriege, religiöse und nationalistische Hetze. Die Vermeidung von Arbeitsdruck, Armut und den vielen Erniedrigungen des kapitalistischen Alltags würde zu einem friedlichen und solidarischen Umgang miteinander führen.

20. Juli 2021

*Sönke Jansen ist Mitglied des Sol Bundesvorstands. Er ist Lehrer und lebt im Ruhrgebiet.*



**Vor 170 Jahren schrieben Karl Marx und Friedrich Engels diesen Text, der die Menschheitsgeschichte mehr beeinflusste als jedes andere Dokument der Neuzeit. Wenn wir das Manifest der Kommunistischen Partei heute wieder veröffentlichen, dann aber nicht, weil es nur ein zeitgeschichtliches Dokument von höchster Bedeutung ist, sondern weil es für die Welt des 21. Jahrhunderts Ideen enthält, die einen Weg zur Lösung der großen gesellschaftlichen Probleme aufzeigen können.**

*Von Sascha Staničić*

Die beiden Autoren hatten das dreißigste Lebensjahr noch nicht vollendet. Das junge Alter von Karl Marx und Friedrich Engels zum Zeitpunkt des Verfassens des Manifests verdient eine besondere Erwähnung. Schließlich werden mit den beiden Begründern des wissenschaftlichen Sozialismus in der Regel Bilder älterer, graubärtiger Herren assoziiert und wird häufig der Eindruck erweckt, dass Menschen nur Großes leisten können, wenn sie die „jugendlichen Flausen aus dem Kopf haben“. Ihr Alter war zweifellos ein wichtiger Faktor dabei, dass sie mit großer

Leidenschaft daran gingen, die Welt – ihre Geschichte und die auf ihr herrschenden Verhältnisse – zu verstehen und sich der Frage zu stellen, ob und wie die Verhältnisse verändert werden können. Frei von Konservatismus und – obwohl gerade das ihnen von vielen zugeschrieben wurde – doktrinärem Denken schrieben sie nicht nur das frischeste und innovativste Dokument der Menschheitsgeschichte, sondern entwickelten eine Weltansicht, die nicht trocken-akademische Erkenntnistheorie war, sondern untrennbar verbunden war mit den Kämpfen der Unterdrück-

ten gegen Unterdrückung und Ausbeutung. Marx fasste das in seinen berühmten Thesen über Feuerbach schon 1845 in dem berühmten Satz „Die Philosophen haben die Welt nur unterschiedlich interpretiert, es kommt aber darauf an, sie zu verändern“ zusammen. Der wissenschaftliche Sozialismus von Marx und Engels war und ist vor allem auch eine Anleitung zum Handeln.

Und sie selbst waren Handelnde. Das Kommunistische Manifest war Ausdruck ihres Handelns, was in seinem eigentlichen Titel – Manifest der Kommunistischen Partei – zum Ausdruck kommt. Es war Er-

gebnis der ersten Organisation von Kommunistinnen und Kommunisten, dem Bund der Kommunisten, der sich 1847 gegründet hatte und Marx und Engels den Auftrag erteilte, die Anschauungen der Organisation in einem Manifest zusammenzufassen. Als dieses dann im Februar 1848 publiziert wurde, brach kurze Zeit darauf die Februarrevolution in Frankreich und Deutschland aus und die Mitglieder des Bundes der Kommunisten stürzten sich in die Kämpfe. Das Manifest verteilten sie dabei an die in Bewegung geratenen revolutionären ArbeiterInnen Deutschlands. Sie bildeten Arbeitervereine und Marx gründete in Köln die einflussreiche Neue Rheinische Zeitung.

Die Revolution hatte bürgerlichen, nicht sozialistischen, Charakter. Die Gesellschaft war damals noch von Kleinstaaterei und der Macht von Adel und Klerus geprägt. Das Bürgertum, die neue Klasse der Kapitalisten, war schon eine wirtschaftliche Macht, aber die gesellschaftlichen Strukturen waren ein Hindernis für die weitere Entfaltung der neuen kapitalistischen Wirtschaftsweise. Das Proletariat war noch eine kleine, wenn auch schnell wachsende, Klasse. Die Revolution scheiterte in Deutschland, weil das Bürgertum sich als unfähig erwies, einen erfolgreichen Kampf für die Vereinigung der deutschen Fürstentümer zu einem republikanischen Nationalstaat zu führen. Zu sehr war es mit den Mächten der alten Gesellschaft, der Aristokratie und den Grundbesitzern verbunden und zu groß war schon die Angst der neuen Kapitalisten vor dem in der Revolution erstmals in Erscheinung getretenen Proletariat. Dieses jedoch war noch zu unreif, zu unorganisiert und es mangelte ihm an einem Verständnis, dass es seine Interessen unabhängig vom Bürgertum durchsetzen musste und dies nicht im Rahmen der bürgerlichen Gesellschaft möglich war. Dies an-

erkennend trug die Neue Rheinische Zeitung den Untertitel „Organ der Demokratie“. Marx und Engels übten darin jedoch eine solch schonungslose Kritik am Bürgertum, dass sie schnell die Geldgeber aus den Reihen desselben für die Zeitung verloren.

Mit der Niederlage der Revolution geriet auch das Manifest in Vergessenheit und wurde erst wieder entdeckt, als es im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts zu einem neuen Aufschwung der sozialistischen Arbeiterbewegung kam, um dann zum meistübersetzten und -publizierten Dokument des Sozialismus zu werden, das einen großen Anteil daran hatte, dass die sozialistischen Massenparteien, die in dieser Zeit entstanden, den Marxismus zur Leitidee annahmen.

### **Wiederentdeckung des Marxismus**

Der Marxismus sollte das Weltgeschehen des 20. Jahrhunderts mehr beeinflussen als jede andere Lehre. Er fand in der sozialistischen Oktoberrevolution von 1917 eine Bestätigung, um dann jedoch in diesem ersten Land, das die Herrschaft des Kapitals abschüttelte, durch die Stalinisierung des neuen Staates und daraus folgend der kommunistischen Weltbewegung pervertiert zu werden. Die BürokratInnen in Moskau und an der Spitze der Kommunistischen Parteien nahmen dem Marxismus das frische und revolutionäre, so wie dies zuvor die rechten SozialdemokratInnen versuchten, die im Jahre 1914 den Schulterschluss mit ihren nationalen Kapitalistenklassen übten und zum Marsch in den Ersten Weltkrieg bliesen.

Die stalinistischen Staaten und ihre Führungen konnten Jahrzehnte den „offiziellen“ Marxismus repräsentieren. Die linksoppositionelle Bewegung, die sich in den 1920er Jahren um den russischen Revolutionär Leo Trotzki gruppiert hatte, blieb schwach und margi-

nalisiert. Sie rettete aber das Erbe von Marx und Engels, das Erbe des Kommunistischen Manifests, über das 20. Jahrhundert und in die heutige post-stalinistische Ära. Der Zusammenbruch der bürokratischen Diktaturen in der Sowjetunion und Osteuropa und die Verwandlung der chinesischen Kommunistischen Partei in die Erbauerin des heutigen chinesischen Staatskapitalismus ließ die AnhängerInnen der kapitalistischen Marktwirtschaft triumphieren. Sie erklärten das Ende des Klassenkampfes und sprachen das Todesurteil über den Marxismus. Doch Totgesagte leben länger. Mit der Entwicklung der kapitalistischen Globalisierung und dann der „Großen Rezession“ (der Weltwirtschaftskrise von 2007-09) von 2007-09 ist das Gespenst des Marxismus zurückgekehrt. Wirklich verschwunden war es zwar nie, aber nun haben Marx und seine Ideen wieder Einzug in die Massenmedien gefunden und werden in linken Bewegungen und Parteien von einer neuen Generation junger AktivistInnen studiert und diskutiert. „Hatte Marx Recht?“ – Diese Frage erschien auf den Titelseiten diverse bürgerlicher Blätter und man konnte den ängstlichen Unterton geradezu hören. Nicht wenige bürgerliche Ökonomen und KommentatorInnen mussten anerkennend feststellen, dass sich im Manifest und anderen Schriften von Marx und Engels geradezu prophetische Voraussagen über die Entwicklung der kapitalistischen Gesellschaft finden lassen. Insbesondere die Internationalisierung der Weltwirtschaft und die anhaltende Krisenhaftigkeit derselben stechen als nicht zu leugnende Bestätigungen des Marxismus hervor. Jedoch findet diese Rückbesinnung auf Marx im Wesentlichen auf der ökonomischen Ebene statt und kommt dadurch einer Vergewaltigung des Marxismus gleich. Denn für Marx und Engels war Ökonomie immer politische Öko-



nomie und damit untrennbar vom Klassenkampf und den politischen Entwicklungen auf der Welt.

### **Was sagt das Manifest?**

Der Grundgedanke des Manifests ist die so genannte materialistische Geschichtsauffassung. Während vor Marx und Engels die dominierenden Ideen zur Erklärung der menschlichen Geschichte davon ausgingen, dass geistige Entwicklungen, vor allem im Sinne der Existenz eines Gottes und der sich daraus ergebenden Religion, die Basis für die Entwicklung der Menschheit waren, erkannten Marx und Engels, dass umgekehrt, die Veränderungen der wirtschaftlichen Verhältnisse in der menschlichen Gesellschaft, Veränderungen des politischen Denkens und der gesellschaftlichen nach sich zogen. Am Anfang war das Feuer – und nicht die Idee davon, die zu seiner Erfindung führte.

Friedrich Engels formulierte diesen Grundgedanken so:

*„Dieser Gedanke besteht darin: dass in jeder geschichtlichen Epoche die vorherrschende wirtschaftliche Produktions- und Austauschweise und die aus ihr mit Notwendigkeit folgende gesellschaftliche Gliederung die Grundlage bildet, auf der die politische und intellektuelle Geschichte dieser Epoche sich aufbaut und aus der allein sie erklärt werden kann; dass demgemäß die ganze Geschichte der Menschheit (seit Aufhebung der primitiven Gentilordnung mit ihrem Gemeinbesitz an Grund und Boden) eine Geschichte von Klassenkämpfen gewesen ist, Kämpfen zwischen ausbeutenden und ausgebeuteten, herrschenden und unterdrückten Klassen; dass die Geschichte dieser Klassenkämpfe eine Entwicklungsreihe darstellt, in der gegenwärtig eine Stufe erreicht*

*ist, wo die ausgebeutete und unterdrückte Klasse – das Proletariat – ihre Befreiung vom Joch der ausbeutenden und herrschenden Klasse – der Bourgeoisie – nicht erreichen kann, ohne zugleich die ganze Gesellschaft ein für allemal von aller Ausbeutung und Unterdrückung, von allen Klassenunterschieden und Klassenkämpfen zu befreien.“*

Engels fasst hier den Gedanken zusammen, dass die Wirtschaft letztlich die Basis aller gesellschaftlichen Entwicklung, sei es der politischen oder der intellektuellen Entwicklungen, ist. In dem auch in diesem Band abgedruckten Vorwort von Leo Trotzki für eine Ausgabe des Kommunistischen Manifests zum neunzigsten Jahrestag seines Erscheinens, schreibt dieser, dass die materialistische Geschichtsauffassung eines der

*„wertvollsten Instrumente menschlichen Denkens“*

darstellt. Und:

*„Alle anderen Interpretationen des geschichtlichen Prozesses haben jeden wissenschaftlichen Wert verloren. Man kann mit Bestimmtheit sagen, dass es heutzutage unmöglich ist, nicht nur ein revolutionärer Aktivist, sondern auch nur ein politisch gebildeter Mensch zu sein, ohne sich die materialistische Geschichtsauffassung angeeignet zu haben.“*

Tatsächlich ist der Grundgedanke dieser Geschichtsauffassung in den so genannten gesunden Menschenverstand übergegangen. Das zeigt sich in der tagtäglichen Berichterstattung darüber, dass sich diese oder jene politische Entwicklung aufgrund von Wirtschaftskrise oder -aufschwung ereignet. Jedoch stellt das nur eine oberflächliche Anwendung der Marx'schen Erkenntnis über den histo-

rischen Entwicklungsprozess dar, denn die entscheidende Schlussfolgerung Marxens, nämlich dass die Geschichte eine Geschichte von Klassenkämpfen ist, wird in der Regel von denjenigen KommentatorInnen ignoriert oder gar geleugnet, die sehr wohl die Ökonomie als Basis gesellschaftlicher Entwicklungen anerkennen.

Aber auch diese Idee wird wieder verstärkt in Frage gestellt, was nichts anderes ist als ein Ausdruck des Niedergangs der kapitalistischen Ordnung, die einen intellektuellen Niedergang und intellektuelle Verwirrung mit sich bringt. Die Tatsache, dass Ideen wie Huntingtons „Kampf der Kulturen“ (also der Gedanke, dass nicht Klassenkonflikte, sondern klassenübergreifende Konflikte zwischen unterschiedlichen Kulturen die gesellschaftliche Entwicklung dominieren) und die Ethnisierung und Biologisierung gesellschaftlicher Konflikte (ob in Thilo Sarrazins rassistischem Buch „Deutschland schafft sich ab“ oder in der rassistischen Deutung sexistischer Gewalt in der Kölner Silvesternacht von 2016/17) in den letzten Jahren Hochkonjunktur haben, sind eine direkte Herausforderung der materialistischen Geschichtsauffassung.

Sie sind aber auch ein Angriff aus den Reihen des Bürgertums gegen den Gedanken des Klassenkampfes und dienen zur ideologischen Verwirrung der Arbeiterklasse. Sie konnten auch tatsächlich in die Reihen der Arbeiterklasse eindringen, weil diese nach dem Zusammenbruch des offiziellen „Kommunismus“ ideologisch in die Defensive gedrängt wurde und die Organisationen der Arbeiterbewegung auf internationalem Maßstab geschwächt wurden. Auch um diesen Prozess wieder umzukehren ist eine neuerliche Verbreitung des Kommunistischen Manifests und marxistischer Ideen von entscheidender Bedeutung.

## **Fehler und Korrekturen**

Marx und Engels selbst haben im Laufe ihres Lebens und in Vorwörtern zum Manifest darauf hingewiesen, dass es als zeitgeschichtliches Dokument nicht in jedem Detail seine Aktualität bzw. Korrektheit erhalten hatte, dass aber sich die darin getätigten Grundaussagen bestätigt haben. Das kann auch 170 Jahre nach seinem Erscheinen gesagt werden.

Trotsky kommentiert in seinem Text zum neunzigjährigen Jubiläum des Manifests einige der Aussagen von Marx und Engels, die sich nicht bestätigt haben bzw. Entwicklungen der kapitalistischen Gesellschaft, die sie nicht vorhergesehen haben und nicht vorhersehen konnten. So zum Beispiel die weitgehende Monopolisierung der kapitalistischen Wirtschaftsstruktur, die zu Beginn des 20. Jahrhunderts – unter Anwendung der Marxschen Methode – von Lenin in seiner Imperialismustheorie analysiert wurde.

Marx und Engels lagen auch nicht richtig hinsichtlich der zeitlichen Perspektiven, die sie aufstellten. Sie waren Optimisten und erwarteten eine schnellere Entwicklung der sozialistischen Revolution, als sie in der Realität eintrat. Der Marx-Biograph Franz Mehring sah darin eine psychologische Komponente und schrieb:

*„Ohne diesen Schatten wäre ihr Licht nicht denkbar. Der geniale Blick, der aus der Gegenwart die Zukunft zu erkennen weiß, sieht die kommenden Dinge schärfer, aber deshalb auch näher, als der gesunde Menschenverstand, der sich schwerer an die Vorstellung gewöhnt, daß ihm just nicht immer um zwölf Uhr die Suppe auf den Tisch gesetzt zu werden braucht. Auf der anderen Seite sahen damals außer Engels noch viele andere*

*Leute die englische Revolution vor der Tür wie selbst die »Times«, das Hauptblatt der englischen Bourgeoisie, aber die Angst des bösen Gewissens fürchtete in der Revolution nur Brand und Mord, während der soziale Seherblick neues Leben aus den Ruinen sprossen sah.“*

Die geniale historische Leistung von Marx und Engels war es aber, zu einem Zeitpunkt, als der Kapitalismus noch eine aufstrebende Gesellschaftsformation war, seinen Entwicklungsgang vorherzusehen – und damit auch die Grenzen, an die er geraten würde. Zu einer Zeit, als die Arbeiterklasse noch eine verschwindende Minderheit in der Gesellschaft war, sahen die beiden jungen Revolutionäre voraus, dass diese zur Majorität würde und sich die kapitalistische Gesellschaft in zwei Hauptklassen aufteilen würde. Auch wenn sie die Auflösung der Mittelklassen in einer Absolutheit erwarteten, die nicht eingetroffen ist (auch aus einer bewussten Politik des Bürgertums, wie Trotsky es darstellt), hat sich diese These grundlegend bestätigt. Dass die sozialistische Revolution länger auf sich warten ließ, als es Marx und Engels erwarteten, hängt vor allem damit zusammen, dass der Kapitalismus ihrer Zeit noch nicht zu einer absoluten Fessel der gesellschaftlichen Entwicklung geworden war, sondern nur eine relative Fessel darstellte. Das heißt, eine sozialistische Organisation von Wirtschaft und Gesellschaft hätte eine weitaus fortschrittlichere und harmonischere Entwicklung bedeutet, aber trotzdem konnte das Bürgertum bis zum Beginn des 20. Jahrhunderts die Produktivkräfte weiterentwickeln.

Oft werden die Aussagen über die Entwicklungsrichtung der Lebensbedingungen der Arbeiterklasse, die im Manifest getätigt werden, als eine Verelendungstheorie interpretiert. Und tatsächlich sprechen

Marx und Engels von der Verarmung der ArbeiterInnen, die im Kapitalismus zwangsläufig sei. Nun darf man diese Aussage jedoch nicht isoliert und zeitlos betrachten. An anderer Stelle betonen die Autoren, dass die ArbeiterInnen vorübergehende Erfolge im Klassenkampf erringen können. Marx und Engels konnten den Verlauf der Geschichte nicht exakt voraussehen und damit nicht die politischen Bedingungen des Klassenkampfes, die eine mächtige, wenn auch reformistische, Arbeiterbewegung und von 1917 bis zum Epochenbruch 1989-91 einen nichtkapitalistischen Staatenblock auf der Welt hervorbrachten. Das Bürgertum erkaufte sich das Fortbestehen seiner Herrschaft auch durch Sozialreformen und Zugeständnisse an die Arbeiterklasse. Damit veränderte sich auch das, was man als Lebensgrundlage des Lohnarbeiters und der Lohnarbeiterin bezeichnet. Während Marx und Engels davon schrieben, dass der Durchschnittslohn der Proletarier nur das nackte Überleben sichern müsse, gehören heute, zumindest in den entwickelten kapitalistischen Staaten, weitere Aspekte dazu: gewisse Konsumgüter genauso wie eine gewisse Beteiligung am kulturellen Leben (womit das Bürgertum gleichzeitig einen Absatzmarkt für seine Waren geschaffen hat).

Schaut man sich jedoch die weltweiten Entwicklungen in der heutigen Phase des Kapitalismus an, so kann man sagen, dass weltweit Milliarden von Menschen in Elend und erbärmlichen Verhältnissen leben und keine Frage ist, dass der globale Kapitalismus globale Armut und Not verursacht. Es gibt auch eine relative Verarmung der Arbeiterklasse, da ihr Anteil am gesellschaftlichen Reichtum tendenziell sinkt und der Unterschied zwischen Arm und Reich nie so groß war wie heute. Und in den entwickelten kapitalistischen Staaten sehen wir gerade in den

letzten Jahren eine enorme Zunahme von Niedriglohn-Jobs und die Entstehung des Phänomens der „arbeitenden Armen“. So geben die Thesen von Marx und Engels in dieser Frage wieder sehr viel mehr die Lebensrealität großer Teile der Arbeiterklasse wieder, als es für einige Jahrzehnte nach dem Zweiten Weltkrieg den Anschein hatte.

### **Das heilige Eigentum und die Freiheit**

Marx und Engels weisen im Manifest all die Vorwürfe zurück, die sich MarxistInnen in den letzten 170 Jahren weiterhin immer wieder anhören mussten. Der Sozialismus sei gleichmacherisch, nehme auch dem kleinen Mann (und der kleinen Frau) sein/ihr Eigentum und lasse keine Freiheit zu,

Ihre Antworten auf diese Vorwürfe sind Anklagen gegen die bürgerliche Gesellschaft:

*„In der bürgerlichen Gesellschaft ist das Kapital selbständig und persönlich, während das tätige Individuum unselbständig und unpersönlich ist. Und die Aufhebung dieses Verhältnisses nennt die Bourgeoisie Aufhebung der Persönlichkeit und Freiheit! Und mit Recht. Es handelt sich allerdings um die Aufhebung der Bourgeois-Persönlichkeit, -Selbständigkeit und -Freiheit. Unter Freiheit versteht man innerhalb der jetzigen bürgerlichen Produktionsverhältnisse den freien Handel, den freien Kauf und Verkauf.“*

Und:

*„Ihr entsetzt Euch darüber, dass wir das Privateigentum aufheben wollen. Aber in eurer bestehenden Gesellschaft ist das Privateigentum für neun Zehntel ihrer Mitglieder aufgehoben; es existiert gerade dadurch, dass es für neun Zehntel nicht*

*existiert. Ihr werft uns also vor, dass wir ein Eigentum aufheben wollen, welches die Eigentumslosigkeit der ungeheuren Mehrheit der Gesellschaft als notwendige Bedingung voraussetzt. Ihr werft uns mit einem Wort vor, dass wir euer Eigentum aufheben wollen. Allerdings, das wollen wir. (...) Der Kommunismus nimmt keinem die Macht, sich gesellschaftliche Produkte anzueignen, er nimmt nur die Macht, sich durch diese Aneignung fremde Arbeit zu unterjochen.“*

Wie sehr würde man sich wünschen, dass heutige FührerInnen von linken Parteien oder Gewerkschaften in einem ähnlichen Selbstbewusstsein und mit einer ähnlichen Selbstverständlichkeit, solche Vorwürfe zurückweisen! Denn in vielerlei Hinsicht sind diese Vorwürfe heute noch absurder, als sie es zu den Zeiten von Marx und Engels waren. Nur ist es dem Bürgertum gelungen eine große Illusion von Freiheit und Eigentum zu schaffen. Doch die Freiheit des und der Einzelnen bewegt sich nur in einem von den Herrschenden vorgegebenen Rahmen. Es ist die Freiheit, zu entscheiden für wen man entfremdete Arbeit leistet (wenn überhaupt). Es ist die Freiheit zwischen Lebensentwürfen und kulturellen Identitäten zu wählen, die alle durch die bürgerliche Ordnung in eine Warenform gepresst werden. Es ist die politische Freiheit zwischen CDU und SPD zu wählen, die kulturelle Freiheit zwischen Amazon Prime und Netflix zu wählen. Und für die übergroße Mehrheit der Weltbevölkerung gibt es nicht einmal die Illusion von Freiheit. Nicht für die unter Krieg leidenden Massen in Syrien, nicht für die in Sweatshops Schuftenden in Südostasien und China, nicht für die Millionen Geflüchteten. Im globalisierten Kapitalismus gibt es nur die Freiheit des Waren- und Kapitalverkehrs, die Freiheit der

imperialistischen Armeen und ihrer Bomber, die Freiheit der Kapitalisten weltweite Lohnabwärts-spiralen in Gang zu setzen.

Und das Eigentum? Marx und Engels machen deutlich, dass es ihnen nicht um das Privateigentum an Produkten ging, sondern an Produktionsmitteln. Die Mär vom Kommunismus, der dem Arbeiter und der Arbeiterin das hart zusammen gesparte Auto oder Eigenheim wegnimmt – ist eine Mär. Tatsache ist aber in diesem Kapitalismus, dass Auto und Eigenheim in vielen Fällen für die meiste Zeit einer Bank gehören, dass 6,8 Millionen Menschen in der Bundesrepublik überschuldet sind und sich die Reichen und Superreichen einen immer größeren Teil des Volkseinkommens unter den Nagel reißen, während der Konzentrationsprozess des Kapitals ohnehin weiter voran schreitet.

Wer das Kommunistische Manifest aufmerksam liest, stellt fest, dass die darin enthaltenen Ideen mit der persönlichen Unfreiheit der so genannten „realsozialistischen“ Staaten in der Sowjetunion oder der DDR, wenig gemein haben. Im Gegenteil, dass die individuelle Freiheit ein konstitutiver Bestandteil marxistischer Ideen und Ziele ist. Ein Ziel, dass im Manifest so formuliert wird:

*„An die Stelle der alten bürgerlichen Gesellschaft mit ihren Klassen und Klassengegensätzen tritt eine Assoziation, worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist.“*

### **Die Arbeiterklasse**

Lenin bezeichnete den Marxismus als die Lehre vom Klassenkampf. Und tatsächlich ist die Erkenntnis der Klassenspaltung der Gesellschaft und des daraus resultierenden unvermeidlichen Kampfes der unterschiedlichen Klassen

das Herzstück auch des Kommunistischen Manifests.

Die marxistische Klassenanalyse wird oftmals in extrem vereinfachter und damit falscher Art und Weise dargestellt, nämlich als ob Marx und Engels von völlig homogenen Klassen ausgegangen seien. So entstand das romantische Bild des (männlichen) Arbeiters in Blaumann oder mit rußbedecktem Gesicht. Aus der Tatsache, dass dieses klassische Industrieproletariat in vielen der entwickelten kapitalistischen Staaten heute an Bedeutung verloren hat, ziehen manche die Schlussfolgerung, es gebe keine Arbeiterklasse mehr. Tatsächlich gab es immer schon unterschiedliche Schichten der Arbeiterklasse, wie es sie in allen Klassen gibt. Für MarxistInnen ist hinsichtlich der Klassenfrage und -zugehörigkeit die Stellung im Produktionsprozess entscheidend, also ob ein Mensch zum Erhalt seines Lebens gezwungen ist, seine Arbeitskraft zu verkaufen. Egal, ob dieser Mensch dann Lohn oder Gehalt erhält, mit seiner Arbeit Kohle fördert, Computerprogramme entwickelt oder Kranke pflegt. Egal, ob man ihn bzw. sie ArbeiterIn, AngestellteR oder BeamteR nennt. Die Tatsache, dass es hier Schichten von formell Lohnabhängigen (Manager, hohe Staatsbeamte etc.) gibt, deren Lebensrealität so weit entfernt vom Durchschnitt der Arbeiterklasse ist, dass sie eher zur Mittelklasse zu rechnen sind, ist hier zweitrangig.

Ausgehend von diesem Verständnis des Klassenbegriffs ist die Arbeiterklasse heute weltweit, aber auch in der Bundesrepublik, nicht nur größer und (potenziell) stärker als zu den Lebzeiten von Marx und Engels, sondern auch zu den Hochzeiten der sozialistischen Arbeiterbewegung vor dem Sieg des Faschismus und dem Zweiten Weltkrieg. Heute sind über achtzig Prozent der Erwerbstätigen in Deutschland lohnabhängig, wäh-

rend das in den 1920er und 1930er Jahren noch circa die Hälfte waren (was nebenbei auch eine Bestätigung der tendenziellen Auflösung der Mittelklassen darstellt).

In Bezug auf die Arbeiterklasse ist der entscheidende Gedanke des Kommunistischen Manifests die Notwendigkeit der Organisation der Arbeiterklasse zur politischen Partei. Marx und Engels betonen, dass jeder Klassenkampf ein politischer Kampf ist und erteilen so all denen eine Abfuhr, die den Kampf der Arbeiterklasse auf die gewerkschaftliche Ebene beschränken wollen. Sie erklären an anderer Stelle, dass die Arbeiterklasse von einer „Klasse an sich“ zu einer „Klasse für sich“ werden muss, um ihre historische Mission, die Er kämpfung des Sozialismus, zu erfüllen. Das bedeutet: die Arbeiterklasse mag objektiv existieren, ihre Mitglieder müssen sich aber nicht bewusst darüber sein, dass sie eine Klasse bilden. Dieses Bewusstsein entwickelt sich durch die Erfahrung der Klassenkämpfe und kann durch das Eingreifen von SozialistInnen in diese Kämpfe geformt und beschleunigt werden.

Im letzten Abschnitt des Manifests, das die Stellung der KommunistInnen zu anderen sozialistischen Strömungen behandelt, schlagen Marx und Engels eine Politik vor, an der sich auch heute MarxistInnen orientieren sollten (diese nur auf die heutigen Verhältnisse anwenden sollten). Zum einen betonen Marx und Engels die Notwendigkeit der gemeinsamen Aktion mit anderen Kräften. Dabei handelte es sich damals aufgrund der noch ungelösten Aufgabe der bürgerlichen Revolution auch um bürgerlich-revolutionäre Kräfte, so sie denn gegen Absolutismus, Monarchie und Großgrundbesitz kämpften. Aber gleichzeitig betonten sie die absolute Notwendigkeit der unabhängigen Organisation der Arbeiterklasse und der Selbstständigkeit der KommunistInnen.

Sie nahmen immer und in jeder Situation einen unabhängigen Klassenstandpunkt ein und verfolgten eine unabhängige Politik.

Tatsächlich sind die Aufgaben, die sich MarxistInnen heute stellen vergleichbar mit den Aufgaben, die sich Marx und Engels im 19. Jahrhundert gestellt haben: die Schaffung von Arbeiterparteien und der Kampf darum, in diesen Arbeiterparteien den Marxismus durchzusetzen. Als Marx und Engels ab 1864 am Aufbau der Internationalen Arbeiterassoziation teilnahmen, mussten sie dort mit anderen Strömungen der Arbeiterklasse kooperieren und konnten eine Annahme ihrer Lehre nicht zur Vorbedingung für die Bildung der Organisation machen. Es bedurfte Erfahrungen mit Klassenkämpfen und die politische Auseinandersetzung in den Reihen der Arbeiterbewegung, damit sich der Marxismus dann in den Massenparteien der 1889 gegründeten so genannten Zweiten Internationale durchsetzen konnte. Nach den Irrungen und Wirrungen des 20. Jahrhunderts, dem Scheitern des Stalinismus und den Rückschlägen für die Arbeiterbewegung, sind wir heute im Prozess des Wiederaufbaus einer sozialistischen Arbeiterbewegung. Revolutionäre MarxistInnen ziehen aus den Erfahrungen der Geschichte den Schluss, dass sie sich selbstständig organisieren müssen, wie wir es in unserer Organisation und auch weltweit mit dem Komitee für eine Arbeiterinternationale (CWI) tun. Sie sollten sich aber gleichzeitig am Aufbau der sozialistischen Arbeiterbewegung im breiteren Sinne beteiligen, weil der Erfahrungs- und Bewusstseinsstand in der Arbeiterklasse noch nicht so weit gereift ist, revolutionär-marxistische Massenparteien hervorzubringen, sehr wohl aber linke, sozialistische Arbeiterparteien, die ein notwendiger Zwischenschritt auf dem Weg zu revolutionären Parteien sein werden und die die

Klasseninteressen der Lohnabhängigen formulieren und verteidigen können und gleichzeitig ein Forum zur Auseinandersetzung über marxistische Ideen darstellen können. Deshalb arbeiten unsere Mitglieder in der Partei DIE LINKE mit, unterstützen diese insofern sie zur Verteidigung von Arbeiterinteressen beiträgt und setzen sich in ihr für eine konsequente, sozialistische Politik und Programmatik ein.

### **„Die Arbeiter haben kein Vaterland“**

Angesichts der Stärkung nationalistischer Bewegungen und Stimmungen, die bis in die Linkspartei hineinwirken, kann das Manifest zur Frage des Vaterlands und des Internationalismus eine Richtschnur geben, an der sich SozialistInnen und DIE LINKE orientieren sollten, um nicht in die Falle linkspopulistischer und nationaler Logik zu tappen.

Es gibt zwei entscheidende Sätze im Manifest, an denen man sich dabei orientieren kann:

*„Obgleich nicht dem Inhalt, ist der Form nach der Kampf des Proletariats gegen die Bourgeoisie zunächst ein nationaler. Das Proletariat eines jeden Landes muss natürlich zuerst mit seiner eigenen Bourgeoisie fertigwerden.“*

Und:

*„Die Arbeiter haben kein Vaterland. Man kann ihnen nicht nehmen, was sie nicht haben. Indem das Proletariat zunächst sich die politische Herrschaft erobert, sich zur nationalen Klasse (führende Klasse der Nation) erheben, sich selbst als Nation konstituieren muss, ist es selbst noch national, wenn auch keineswegs im Sinne der Bourgeoisie. Die nationalen Absonderungen und Gegensätze der Völker ver-*

*schwinden mehr und mehr schon mit der Entwicklung der Bourgeoisie, mit der Handelsfreiheit, dem Weltmarkt, der Gleichförmigkeit der industriellen Produktion und der ihr entsprechenden Lebensverhältnisse. Die Herrschaft des Proletariats wird sie noch mehr verschwinden machen. Vereinigte Aktion, wenigstens der zivilisierten Länder, ist eine der ersten Bedingungen seiner Befreiung. In dem Maße, wie die Exploitation des einen Individuums durch das andere aufgehoben wird, wird die Exploitation einer Nation durch die andere aufgehoben. Mit dem Gegensatz der Klassen im Innern der Nation fällt die feindliche Stellung der Nationen gegeneinander.“*

Was sagt uns das? Erstens, dass der Inhalt sozialistischer Politik nicht national ist, sondern international. Das bedeutet schlicht und einfach, dass es keine nationalen Interessen der Arbeiterklasse gibt, die sie gegen vermeintliche nationale Interessen der Arbeiterklasse einer anderen Nation in Stellung bringen müsste. Das gilt, obwohl die Form – also das Kampffeld – der Arbeiterklasse „zunächst“ national ist.

Diese Gedanken sind für die derzeit in der Linkspartei stattfindenden Debatten über Migrationspolitik und die Bedeutung des Nationalstaats von großer Bedeutung. Sie sind eine Absage an die Ideen von Sahra Wagenknecht und anderen, die einen Interessenkonflikt zwischen Geflüchteten und EinwandererInnen einerseits und der deutschen Arbeiterklasse andererseits sehen und der Begrenzung von Einwanderung das Wort reden. Diese Kräfte in der LINKEN verwechseln hier Form und Inhalt. Sie haben Recht, wenn sie betonen, dass es nötig ist im Rahmen der bestehenden Nationalstaaten, um Verbesserungen zu kämpfen (wobei sie hier vor der entschei-

denden Schlussfolgerung halt machen, die in der Notwendigkeit des Kampfes um die politische Macht im bestehenden Nationalstaat besteht). Aber sie liegen falsch, wenn sie dem Nationalstaat in der heutigen imperialistischen Phase des Kapitalismus irgendeinen fortschrittlichen Charakter andichten. Hinzu kommt, dass die Form des Klassenkampfes angesichts von fortschreitender Globalisierung und globalen Bedrohungen durch Klimaveränderung und Kriegsgefahr nicht ausschließlich national ist. Es ist heute dringender denn je grenzüberschreitende Kämpfe und Bewegungen zu organisieren, sei es in multinationalen Konzernen, in denen die Belegschaften unterschiedlicher Standorte und Länder gegeneinander ausgespielt werden, sei es in internationalen Bewegungen gegen Kriege, Militarisierung, Rassismus oder den Klimawandel.

Marx und Engels weisen aber auch noch auf etwas anderes hin: Die Widersprüche zwischen den Nationen können nicht im Rahmen der bürgerlichen Gesellschaft gelöst werden. Die Machteroberung der Arbeiterklasse, also die Abschaffung kapitalistischer Verhältnisse, ist eine notwendige Vorbedingung, damit die Ausbeutung einer Nation durch die andere und die feindliche Stellung von Nationen gegeneinander aufgehoben werden können.

Die praktische Schlussfolgerung daraus muss sein: Aufbau einer internationalen sozialistischen Bewegung, wie es das Komitee für eine Arbeiterinternationale, dem wir angeschlossen sind, betreibt. Die politische Schlussfolgerung muss sein: Immer und überall die gemeinsamen Interessen von ArbeiterInnen unterschiedlicher Nationen vertreten und jeder Form der Spaltung der Arbeiterklasse entlang nationaler Linien entgegenzutreten.

## **Revolution!**

Das Manifest war das programmatische Dokument einer revolutionären Partei, der ersten kommunistischen Partei in Deutschland und Europa. Es ist durchdrungen von dem Geist, dass die bürgerliche, kapitalistische Gesellschaft der Menschheit keine Zukunft bieten kann, dass sie nicht im Sinne der Mehrheit der Bevölkerung sozial, gerecht, friedlich gestaltet werden kann, dass es keinen Kompromiss mit der herrschenden Klasse geben kann.

Nach 170 Jahren kann man sagen: die Arbeiterbewegung hat den Kapitalisten in einigen Ländern viele Rechte und höhere Löhne abgetrotzt, vielleicht mehr, als Marx und Engels es sich vorstellen konnten. Das Mittel für diese Zugeständnisse war aber immer der Klassenkampf, die unabhängige Aktion von ArbeiterInnen gegen das Kapital – welche Bestätigung der Grundthese des Manifests! Nach 170 Jahren kann man aber auch sagen: der Kapitalismus ist nicht sozial, gerecht, friedlich zu gestalten. Er hat Destruktivkräfte entwickelt, wie sie die Menschheitsgeschichte noch nicht gesehen hat und die die menschliche Zivilisation insgesamt bedrohen. Der Kapitalismus konnte den Klassenkampf nicht beenden, auch wenn sich dieser

„mal versteckt, mal offen“ und in unterschiedlicher Intensität und von den Akteuren unterschiedlich bewusst geführt entwickelt.

Dass dieser Klassenkampf noch nicht dazu geführt hat, dass der Kapitalismus auf dem Müllhaufen der Geschichte gelandet ist, hat viel mit dem zu tun, was MarxistInnen den subjektiven Faktor nennen – die Organisationen der Arbeiterbewegung. Die großen Organisationen der Arbeiterbewegung – Sozialdemokratie, Kommunistische Parteien, Gewerkschaften – haben dem Ziel des Sozialismus im Verlauf des 20. Jahrhunderts den Rücken gekehrt und sind von Mitteln zu dessen Durchsetzung zu Hindernissen für dessen Durchsetzung geworden.

Das ändert jedoch nichts daran, dass der Kapitalismus der Menschheit keine Zukunft bieten kann und eine sozialistische Veränderung der Welt eine dringende Notwendigkeit ist. Marx und Engels haben erläutert, dass der Sozialismus keine schöne Idee, keine Kopfgeburt ist, sondern in der Abfolge der Gesellschaftsordnungen in der historischen Entwicklung der Menschheit eine Notwendigkeit ist. Sie sprechen im Manifest von der Unvermeidlichkeit des Untergangs der Bourgeoisie und des Siegs des Proletariats. Aus dieser optimistischen Aussage sollte

nicht der Schluss gezogen werden, die Entwicklung zum Sozialismus verlaufe automatisch. An anderer Stelle wiesen Marx und Engels im Manifest darauf hin, dass in der Geschichte der Klassenkämpfe, diese entweder im Sieg der einen Klasse über die andere oder im Untergang der kämpfenden Klassen mündeten. Diese Alternative stellt sich auch für den Klassenkampf zwischen Bürgertum und Arbeiterklasse. In den Worten Rosa Luxemburgs heißt sie: Sozialismus oder Barbarei!

Deshalb ist der Aufbau neuer revolutionärer Organisationen, die alle notwendigen Lehren aus den 170 Jahren des Klassenkampfes seit dem Erscheinen des kommunistischen Manifests ziehen, dringende Notwendigkeit. Diese Lehren ziehen kann man nur unter Anwendung der von Marx und Engels ausgearbeiteten und im Manifest dargelegte Methode. Wir hoffen, dass die Wiederveröffentlichung dieses wichtigsten Dokuments der Menschheitsgeschichte einen Beitrag dazu leistet, eine neue Generation von AktivistInnen mit dem nötigen theoretischen Rüstzeug zu bewaffnen, um die Klassenkämpfe der Zukunft zum Erfolg zu führen.

22. September 2018  
Sascha Staničić ist  
Bundessprecher der Sol



KARL MARX / FRIEDRICH ENGELS

## **MANIFEST DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI**

MIT EINLEITUNGEN VON LEO TROTZKI  
UND SASCHA STANIČIĆ

**5,90€**

86 Seiten, 2022, ISBN 978-3-96156-048-6

[www.manifest-buecher.de](http://www.manifest-buecher.de)





Die russische Oktoberrevolution des Jahres 1917 war das größte und bedeutendste Ereignis der bisherigen Menschheitsgeschichte. Heute vertreten nur die wenigen Marxistinnen und Marxisten diese Ansicht. Für die offizielle bürgerliche Geschichtsschreibung – die in der Schule gelehrt und in den Massenmedien verbreitet wird – war die Oktoberrevolution ein kommunistischer Putsch, ein abenteuerliches Experiment, ein Schritt zur stalinistischen Diktatur. Für uns jedoch ist sie der Beweis, dass eine von den Massen der Arbeiterklasse und Bauernschaft getragene sozialistische Revolution möglich ist und sie birgt zahlreiche Lehren für die heutigen und zukünftigen Klassenauseinandersetzungen weltweit.

Dieser Artikel wird versuchen, einige der wichtigsten Lehren der Oktoberrevolution zu benennen und auf die heutige Situation anzuwenden. Er verzichtet daher auf eine Darstellung der Ereignisse der Russischen Revolution. Der Leser und die Leserin seien auf die verschiedenen Artikel, die wir zum Verlauf der Revolution publiziert haben und auf das die Ereignisse des Jahres 1917 behandelnde Buch von Wolfram Klein verwiesen.

*von Sascha Staničić*

### „Alle Macht den Räten“

Die revolutionären Ereignisse des Jahres 1917 begannen mit der spontanen Erhebung der Massen, die als Februarrevolution in die Geschichte einging. Kriegsmüde und von den Entbehrungen der Kriegsjahre und der zaristischen Unterdrückung niedergedrückt, erhoben sich die ArbeiterInnen Petrograds. Ihre Klassenbrüder und -schwestern im ganzen Zarenreich folgten ihnen. Die Februarrevolution stürzte Zar Nikolaus II., sie beendete aber weder den Krieg, noch löste sie die Landfrage oder hob den Lebensstandard der verarmten und hungernden Massen. Sie leitete eine Übergangsphase ein, die mit der Machteroberung der Sowjets im Oktober ihr Ende fand.

Die ArbeiterInnen Petrograds und anderer Städte, die Soldaten an der Front und, mit etwas Verzögerung, auch die bäuerlichen Massen knüpften mit der Februarrevolution an die gescheiterte Russische Revolution des Jahres 1905 an, die von dem Führer der bolschewistischen Partei Lenin als Generalprobe für die Oktoberrevolution bezeichnet wurde. Im Jahre 1905 wurden erstmals in der Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung Räte gebildet, im Russischen heißt Rat „Sowjet“. Diese Räte waren Kampf- und Machtorgane der Arbeiterklasse in einem.

Nach dem Februar ging nichts ohne die sofort ins Leben gerufenen Räte, aber sie bildeten nicht die neue Regierung des Landes. Diese wurde von den bürgerlichen Parteien in Kooperation mit den gemäßigten Arbeiterparteien – den Menschewiki und Sozialrevolutionären – gebildet. Es gab eine Doppelherrschaft zwischen Sowjets und der offiziellen Regierung. Diese aufeinander folgenden so genannten provisorischen Regierungen, die kaum Anstalten machte einen Endpunkt ihrer vorübergehenden Amtszeit zu benennen, führte den

Krieg fort, widersetzte sich dem Acht-Stunden-Tag, verhinderte die Verteilung des Landes auf die bäuerlichen Massen und dachte gar nicht daran, die im Nationalitätengefängnis des großrussischen Reiches eingesperrten unterdrückten Nationen in die Freiheit zu entlassen.

Die gemäßigten Linken beteiligten sich an der Regierung, mit Kerenski sollte sogar ein Mitglied der sozialrevolutionären Partei zum Ministerpräsidenten mit diktatorischen Ansprüchen werden. Sie taten dies, weil sie davon ausgingen, dass dem Sturz des Zaren die Herrschaft der Bourgeoisie folgen müsse, eine kapitalistische parlamentarische Republik. In den Sowjets hatten diese Linken, Menschewiki und Sozialrevolutionäre, in den ersten Monaten nach der Februarrevolution die übergroße Mehrheit. Sie sahen die Sowjets als ein Mittel, um Druck auf die provisorische Regierung auszuüben. Gleichzeitig nutzten sie ihre Position in den Sowjets, um die ArbeiterInnen von einer Steigerung des Kampfes zurückzuhalten und faktisch die Auflösung der Sowjets als Kampf- und Machtorgane vorzubereiten.

Wie verhielt sich der linke Flügel der russischen Arbeiterbewegung – die Partei der Bolschewiki? Tatsächlich fanden innerhalb der bolschewistischen Partei zwischen Februar und Oktober nicht wenige heftige politische Richtungsstreits statt. Ein Teil der alten Garde der Partei – namentlich Kamenew, Sinowjew und in den ersten Monaten auch Stalin – ging nicht in prinzipielle und scharfe Opposition gegenüber der provisorischen Regierung, sondern verfolgte eine Politik der kritischen Unterstützung von außen. Selbst eine Vereinigung mit den Menschewiki wurde von einigen bolschewistischen Führern nicht ausgeschlossen. Eine sozialdemokratisch-reformistische Strömung existierte in der Partei der Oktoberrevolution. Es bedurf-

te eines bewussten und heftig geführten Kampfes von Lenin, um die Partei für eine revolutionäre Politik unter der Parole „Alle Macht den Sowjets“ zu gewinnen. Noch vor seiner Rückkehr nach Russland telegraphierte er aus der Schweiz an die Partei: „Unsere Taktik: kein Vertrauen; keine Unterstützung für die neue Regierung; misstraut besonders Kerenski; die Bewaffnung der Arbeiterklasse ist die einzige Garantie; (...) keine Annäherung an andere Parteien. (...) Die geringste Unterstützung für die Provisorische Regierung ist Verrat.“

Die Politik der Menschewiki und des rechten Flügels der Bolschewiki findet heute ihre Entsprechung in der Politik der Koalitionsregierungen mit bürgerlich-kapitalistischen Parteien, wie sie von „linken“ und „sozialistischen“ Parteien in vielen Ländern verfolgt werden. Ob es sich um die Partito Rifondazione Comunista in Italien, die Partei DIE LINKE im Berliner Senat oder die Regierung von Lulas PT (Arbeiterpartei) in Brasilien handelt: sie alle betreiben die falsche menschewistische Politik der Klassenzusammenarbeit mit den Kapitalisten und der Politik des so genannten „kleineren Übels“. Es soll Druck ausgeübt werden auf die Parteien der bürgerlichen Mitte, auf die Kapitalisten und ihre Banken und Konzerne. Aber ihr System, ihre Institutionen der Macht und ihr Eigentum an den Banken und Konzernen wird nicht angetastet. Dabei heraus kommen Privatisierungen, Sozialabbau, Lohnkürzungen, Stellenabbau und Unterstützung von kapitalistischen Militäreinsätzen (wie im Fall der italienischen Truppen in Afghanistan und der brasilianischen Intervention auf Haiti) – genauso, wie die provisorische Regierung nach der Februarrevolution unter dem Banner der Vaterlandsverteidigung den Krieg fortsetzte, das Land nicht an die Bauern und Bäuerinnen verteilte und sich weitgehenden Sozialre-

formen widersetzte.

### Die Permanente Revolution

Der Verlauf der Russischen Revolution war kein historischer Zufall. Revolutionen haben Gesetzmäßigkeiten. Die Basis ihrer Entwicklung wird von objektiven Faktoren geleitet, wenngleich subjektive Faktoren – also handelnde Individuen und Gruppen von Individuen – eine entscheidende Rolle für den Ausgang der Ereignisse spielen können.

Zu den objektiven Bedingungen zählen wir den Stand der Produktivkräfte, also die ökonomische Situation einer Gesellschaft und deren Folgen auf das Bewusstsein der unterschiedlichen Gesellschaftsklassen, auf die Kämpfe dieser Klassen und die Verhältnisse zwischen den Nationen (im Falle der Russischen Revolution war der Erste Weltkrieg ein entscheidender objektiver Faktor). Einige MarxistInnen haben entscheidende Faktoren des Verlaufs der Russischen Revolution vorhergesehen. Insbesondere Leo Trotzki hat mit seiner 1906 entwickelten Theorie der Permanenten Revolution vorausgesagt, dass in einer Revolution in Russland die Arbeiterklasse die führende Rolle übernehmen wird, dass sie selber die Macht ergreifen muss und dass sie neben den noch nicht erfüllten Aufgaben der bürgerlichen Revolution auch an sozialistische Aufgaben herangehen wird.

Dies war für so Manchen ein geradezu unfassbarer Bruch mit dem offiziellen Marxismus. Dieser ging, einige von Marxens Aussagen zu einem schematischen Dogma erhebend, davon aus, dass ein halbfeudales Land, wie Russland es war, eine Phase bürgerlich-kapitalistischer Demokratie durchlaufen muss, um die Basis für eine sozialistische Revolution zu schaffen. Diese wiederum könne nur in entwickelten kapitalistischen Län-

dern vollzogen werden. Wie Trotzki, so hatte auch Lenin schon zu Beginn des Zwanzigsten Jahrhunderts erkannt, dass die russische Bourgeoisie unfähig war, eine revolutionäre Rolle gegen die Selbstherrschaft des Zaren und gegen den Feudalismus zu spielen. Doch er ging nur so weit, die allgemeine Formel von der „demokratischen Diktatur der Arbeiter und Bauern“ zu prägen. Diese erkannte zwar, dass die ArbeiterInnen und Bauern/Bäuerinnen im Kampf gegen die Kapitalisten die führende Rolle in der Revolution spielen müssen, aber beantwortete nicht die Frage, welche Aufgaben diese lösen sollten und welchen Charakter (proletarisch oder bäuerlich) die Revolution genau haben wird.

Doch mit dem Ausbruch der Februarrevolution handelte Lenin getreu seiner Aussage „Nicht den alten Formeln, sondern der neuen Wirklichkeit muss man sich anpassen.“ Als er im April 1917 in Russland ankam begrüßte ihn ein junger Marinekommandeur mit den Worten, er hoffe, „dass Lenin Teil der Provisorischen Regierung werde“. Lenin wandte diesem Würdenträger den Rücken zu und sprach zu den Arbeiter\*innen am Bahnhof: „Die Russische Revolution, die Ihr erreicht habt, hat eine neue Epoche eröffnet. Lang lebe die sozialistische Weltrevolution!“

Er veröffentlichte seine Aprilthesen, in denen er zur Machtergreifung durch die Arbeiterklasse und zur Bildung einer Arbeiterdemokratie aufrief. Unter anderem schrieb er: „Nicht parlamentarische Republik – eine Rückkehr von den Arbeiterdeputiertenräten zu dieser wäre ein Schritt rückwärts –, sondern eine Republik von Arbeiter-, Landarbeiter- und Bauerndeputiertenräten im ganzen Lande, von unten bis oben. Abschaffung der Polizei, der Armee, des Beamten-tums. Entlohnung aller Beamten, die durchweg wählbar und jederzeit absetzbar sein müssen, nicht

über den Durchschnittslohn eines qualifizierten Arbeiters.“

Damit übernahm er faktisch Trozki's Konzept der Permanenten Revolution.

Dieses erkannte an, dass in einem wirtschaftlich rückständigen, halbfeudalen Land die nationale Bourgeoisie zu schwach ist und zu stark mit der Klasse der Großgrundbesitzer einerseits und dem ausländischen Imperialismus andererseits verbunden ist, um eine revolutionäre Rolle spielen zu können. Die ungelösten Aufgaben der bürgerlichen Revolution – Landverteilung, Demokratie, Entwicklung einer nationalen Industrie, reale nationale Unabhängigkeit – können in diesem Fall nicht unter Führung der Kapitalistenklasse in einer bürgerlichen Demokratie erreicht werden. Die Arbeiterklasse muss die Führung der Nation übernehmen und mit den Fesseln von Großgrundbesitz und Monarchie auch die Fesseln des kapitalistischen Privateigentums abstreifen und in einem „ununterbrochenen“ (oder eben „permanenten“) Prozess von der bürgerlichen in die sozialistische Revolution übergehen. Genau dies geschah im Jahr 1917 in Russland.

Auch einen weiteren Aspekt der Theorie der Permanenten Revolution machte Lenin sich zu eigen und auch dieser wurde, wenn auch negativ in den Jahren nach der Oktoberrevolution bestätigt: der Gedanke, dass der Aufbau des Sozialismus nicht isoliert in einem Lande siegen kann, sondern aufgrund der Ausdehnung des Kapitalismus zum Weltsystem und Weltmarkt eine internationale Abschaffung des Kapitalismus die Voraussetzung für eine sozialistische Entwicklung ist.

Dieser Gedanke würde auch nach einer sozialistischen Revolution in einem entwickelten kapitalistischen Land zutreffen. Im rückständigen Russland galt er in gewisser Hinsicht doppelt, denn dessen

schwache ökonomische Basis erschwerte selbst den Aufbau einer Arbeiterdemokratie auch nur für eine längere Übergangsphase bis zur internationalen Ausdehnung der Revolution. Lenin und die Bolschewiki setzten in den Jahren nach dem Oktober alle Hoffnungen auf den Sieg der Revolution in anderen Ländern, vor allem in Deutschland. Sie hofften, dass eine siegreiche Arbeiterklasse in einem oder mehreren entwickelteren kapitalistischen Ländern, ihnen wirtschaftlich und politisch zur Hilfe eilen könnte. Die Entartung der Revolution zur stalinistischen Diktatur und die kapitalistische Restauration nach siebenzig Jahren bestätigten Trotzki und Lenins Annahme von der Unmöglichkeit eines „Sozialismus in einem Lande“.

Diese Fragen haben nicht nur einen historischen Charakter, sie sind brandaktuell. Insbesondere für diejenigen Regionen, in denen die Aufgaben der bürgerlichen Revolution noch nicht vollständig gelöst sind, die in imperialistischer Abhängigkeit und mit starken Elementen von Großgrundbesitz existieren – Afrika, Asien, Lateinamerika.

Ein Blick nach Nepal oder Venezuela reicht, um zu erkennen, dass die Arbeiterbewegung dort vor ganz ähnlichen Fragen steht, wie die Arbeiterbewegung Russlands im Jahr 1917. Aber heute gehen die Kommunistischen Parteien Nepals und Venezuelas, aber auch die Regierung von Hugo Chávez nicht den Weg von Lenin und Trotzki (auch wenn Chávez sich auf Trotzki positiv bezieht), sondern folgen der politischen Logik der Menschewiki, die wiederum in den dreißiger Jahren von der stalinisierten Kommunistischen Internationale mit, der so genannten „Etappentheorie“ wieder aufgewärmt wurde. Diese besagt, dass in Ländern, in denen die Aufgaben der bürgerlichen Revolution noch nicht vollendet sind,

erst eine Etappe kapitalistischer Demokratie nötig sei, bevor eine sozialistische Revolution möglich wird. Die aus dieser Theorie entsprungene Politik der „Volksfront“, des Bündnisses der Kommunistischen Parteien mit bürgerlich-kapitalistischen Parteien zur Verteidigung des kapitalistischen Parlamentarismus unter Verzicht auf den Kampf für die sozialistische Revolution, führte seit der Mitte der dreißiger Jahre in einem Land nach dem anderen zu Niederlagen und Katastrophen für die revolutionäre Arbeiterbewegung – ob in der Spanischen Revolution 1936-39, der Nachkriegsperiode in Griechenland, Italien und anderen Ländern, in Indonesien in den 60er Jahren oder im Iran 1979.

Heute tritt die maoistische KP Nepals trotz der Tatsache, dass sie große Teile der ländlichen Gebiete des Landes kontrolliert und trotz der revolutionären Massenbewegung in den Städten im letzten Jahr in eine kapitalistische Koalitionsregierung ein und verzichtet auf die Machtergreifung. Die Folge ist, dass die kapitalistischen und halbfeudalen Strukturen, die das Elend der nepalesischen Massen zu verantworten haben, nicht zerschlagen werden und der revolutionäre Aufschwung dieser Massen nicht genutzt wird, um ein sozialistisches Signal auszusenden, dass auf den indischen Subkontinent, Südostasien und den Mittleren Osten ausstrahlen könnte.

Ebenso verzichtet Hugo Chávez, trotz aller Rhetorik vom Sozialismus des 21. Jahrhunderts, darauf, Maßnahmen einzuleiten, die einen tatsächlichen Bruch mit dem Kapitalismus bedeuten würden. MarxistInnen unterstützen jede fortschrittliche Maßnahme der Regierung Chávez – die verschiedenen Sozialprogramme, den Anspruch eine sozialistische Massenpartei zu schaffen, die Verstaatlichungen einzelner Unternehmen. Aber diese bisherigen Schritte

stellen Macht und Eigentum der venezolanischen Bourgeoisie noch nicht grundlegend in Frage. Die Verstaatlichungen betreffen einen relativ kleinen Teil der Wirtschaft. Von demokratischer Kontrolle und Verwaltung der verstaatlichten Betriebe durch die Beschäftigten oder durch demokratisch gewählte Arbeiterräte kann, trotz aller Experimente mit unterschiedlichen Formen von Arbeiter-Mitbestimmung, keine Rede sein. Der Staatsapparat hat sich, trotz gewisser personeller Veränderungen, seit dem Regierungsantritt von Chávez 1998 nicht grundlegend verändert.

Wie wir an anderer Stelle geschrieben haben, gilt: „Nötig wäre stattdessen ein Programm, das die wirtschaftliche und politische Macht in die Hände der Arbeiterklasse bringt und die Überwindung der kapitalistischen Verhältnisse sich zum Ziel setzt.“

Dazu wäre vor allem die Verstaatlichung der entscheidenden Bereiche der Wirtschaft nötig, der Banken, Lebensmittelindustrie, verarbeitenden Industrie und der Medienkonzerne (die Ölindustrie befindet sich weitgehend in staatlicher Hand).

Gleichzeitig muss ein Kampf gegen die Bürokratie geführt werden, die ein wachsendes Problem darstellt. Dies wäre durch die Bildung von Selbstverwaltungsorganen auf allen Ebenen möglich: Betriebskomitees, Nachbarschaftskomitees und Milizen. Diese könnten den kapitalistischen Staats- und Verwaltungsapparat, der ja weiterhin existiert und mehrheitlich aus Gegnern von Chávez besteht, ersetzen.

Ein solches Programm kann nur durch die unabhängige Aktion der Arbeiterklasse erreicht werden, Dazu braucht sie ihre eigenen unabhängigen Organisationen – Gewerkschaften und eine revolutionär-sozialistische Arbeiterpartei. Auch wenn es von Chávez viele Ankündigungen in diese Richtung gegeben hat, ist praktisch bisher

wenig geschehen und vollziehen sich die Prozesse in der Arbeiterbewegung bisher stark von oben nach unten.“<sup>1</sup>

Das wäre die Anwendung der Lehren der Oktoberrevolution auf die heutige Lage. Ohne sie bleibt die Gefahr eines Siegs der Reaktion in Venezuela groß. Dass diese Lehren nicht gezogen werden, hat etwas mit einer weiteren Lehre des Oktobers zu tun: der Rolle der revolutionären Partei.

### Ohne Partei kein Sieg der Revolution

Revolutionen sind das, was MarxistInnen „objektive“ Prozesse nennen. Sie werden nicht gemacht, sondern erwachsen aus den Klassenwidersprüchen, sind Folge von Krisen, Kriegen und Klassenkämpfen, die sich zuspitzen. Revolutionen gibt es auch ohne revolutionäre Organisationen. Oftmals in der Geschichte waren gerade die (selbsternannten) revolutionären Organisationen nicht auf der Höhe der Zeit, wurden von revolutionären Massenbewegungen überrascht und standen nicht an ihrer Spitze, sondern trabten ihnen hinterher.

In mancherlei Hinsicht galt das auch für den Februar 1917. Die ArbeiterInnen bildeten die Sowjets auf eigene Initiative und trieben die Arbeiterparteien in diese hinein. Die damalige Inlandsführung der bolschewistischen Partei war, wie oben erwähnt, anfangs nicht auf der Höhe der Zeit und vertrat kein Programm, das den Ansprüchen und Erwartungen der Massen an die Revolution genügt hätte.

Aber der Sieg der Revolution im Oktober 1917, die Machtergreifung der Sowjets und die Verteidigung dieser Macht in den darauffolgenden Jahren des Bürgerkriegs und der vielfältigen Versuche der Konterrevolution wären ohne die bolschewistische Partei nicht möglich gewesen.

In seiner berühmten Kopen-

hagener Rede aus dem Jahr 1932 spricht Trotzki von acht geschichtlichen Voraussetzungen für die Oktoberrevolution. Dazu zählte er unter anderem den spezifischen Charakter der herrschenden Klassen Russlands, den revolutionären Charakter der Bauernfrage und des Proletariats der unterdrückten Nationen, die zur Bildung von Sowjets führende Lehre der Revolution von 1905 und die Verschärfung aller Gegensätze durch den Krieg. Nach der Aufzählung von sieben Bedingungen dieser „objektiven“ Art fügte Trotzki hinzu: „Doch alle diese Bedingungen, die vollständig genügten für den Ausbruch der Revolution, waren ungenügend, um den Sieg des Proletariats in der Revolution zu sichern. Für dessen Sieg war noch eine Bedingung nötig:

### Die Bolschewistische Partei

Wenn ich diese Bedingung als letzte in der Reihenfolge aufzähle, so nur, weil dies der logischen Konsequenz entspricht und nicht, weil ich der Partei der Bedeutung nach die letzte Stelle zuteile.

Nein, ich bin weit entfernt von diesem Gedanken. Die liberale Bourgeoisie, ja, sie kann die Macht ergreifen und hat sie schon mehr als einmal ergriffen als Ergebnis von Kämpfen, an denen sie nicht teil gehabt hatte: sie besitzt hierzu auch prachtvoll entwickelte Greiforgane. Die werktätigen Massen befinden sich indes in einer anderen Lage: Man hat sie daran gewöhnt, zu geben und nicht zu nehmen. Sie arbeiten, dulden so lange es geht, hoffen, verlieren die Geduld, erheben sich, kämpfen, sterben, bringen den anderen den Sieg, werden betrogen, verfallen in Mutlosigkeit, wieder beugen sie den Nacken, wieder arbeiten sie. Dies ist die Geschichte der Volksmassen unter allen Regimen. Um fest und sicher die Macht in seine Hände zu nehmen, braucht das Proletariat eine Partei, die die übrigen Partei-

en an Klarheit des Gedankens und an revolutionärer Entschlossenheit weit übertrifft.“

Spontan können Regierungen zu Fall gebracht werden und können Situationen der Doppelherrschaft, wie sie zwischen Februar und Oktober 1917 in Russland bestand, entstehen. Dafür gibt es unzählige Beispiele in der Geschichte: von der Spanischen Revolution 1936 über den Mai 1968 in Frankreich bis zu den Massenaufständen in Argentinien im Jahr 2001, die innerhalb weniger Wochen vier Präsidenten stürzte. In all diesen Fällen lag die Macht regelrecht auf der Straße, aber die revoltierenden Massen hatten keine organisierte Kraft, die diese hätte aufnehmen und organisieren können.

Trotzki benutzt in seiner „Geschichte der Russischen Revolution“ ein passendes Bild für die Rolle der Partei. Er schreibt: „Ohne eine leitende Organisation würde die Energie der Massen verfliegen wie Dampf, der nicht in einem Kolbenzylinder eingeschlossen ist. Die Bewegung erzeugt indes weder der Zylinder noch der Kolben, sondern der Dampf.“

Was heißt das konkret? Ohne eine Partei, die eine genaue Vorstellung von den Zielen der Revolution und von den notwendigen Mitteln zur Erreichung der Ziele hat, haben die Massen kein geeignetes Instrument, um die vielfältigen Versuche der Reformisten und Konterrevolutionäre, die Revolution – oftmals mit den revolutionärsten Reden – abzulenken, zu begegnen. So geschehen zum Beispiel in der Russischen und auch in der Spanischen Revolution mit der Bildung von Koalitionsregierungen, die als Verteidiger der Masseninteressen präsentiert wurden.

Ohne eine Partei sind notwendige Schritte der Koordination unmöglich – so geschehen zum Beispiel im Mai 1968 in Frankreich, als es keine Schritte gab, die spontan entstandenen Arbeiterkomitees

landesweit zu vernetzen und zu einer alternativen Machtstruktur auszubauen.

Ohne eine Partei ist auch ein revolutionärer Aufstand nicht erfolgreich zu organisieren. Trotzki hat in seinen Texten über die Oktoberrevolution immer wieder darauf hingewiesen, dass der Aufstand eine Kunst mit eigenen Regeln und Gesetzen ist. Diese Kunst muss sich eine revolutionäre Partei aneignen, die Regeln und Gesetze aus dem Studium der Geschichte und der praktischen Partizipation im Klassenkampf erlernen. Die Partei ist auch ein Gedächtnis der Arbeiterbewegung, ohne sie würden viele historische Erfahrungen in Vergessenheit geraten. Nicht zuletzt ist ohne eine Partei das richtige und notwendige Timing kaum einzuhalten – und die richtige Aktion zum richtigen Zeitpunkt durchzuführen, spielt keine kleine Rolle in revolutionärer Politik. Im Juli 1917 drängten die ArbeiterInnen Petrograds zum Aufstand. Die Bolschewiki erkannten, dass dies verfrüht war, da die Massen im Rest des Landes Petrograd noch nicht folgen würden. Sie sprachen sich für Zurückhaltung aus. Kurze Zeit später hatte sich die Lage geändert und Lenin erkannte, dass die Chance zum Sieg für eine Massenbewegung nur in einer sehr kurzen Zeitspanne vorhanden sein kann. Nicht zuletzt deshalb drängte er ab September 1917 so sehr darauf, an die Organisierung des Aufstands zu gehen.

Das Gesagte ändert nichts an der Tatsache, dass die Partei letztlich nur die Rolle einer Geburtshelferin spielt. Sie macht die Revolution nicht, sie verhilft ihr „nur“ zum Erfolg. Träger der Revolution ist die Arbeiterklasse und andere unterdrückte Bevölkerungsteile, die sich Organe schaffen, mit denen sie ihren Kampf führen und ihre Macht ausüben können.

Diese Organe waren in der Russischen Revolution und in vielen

anderen Revolutionen Räte. Aus der historischen Erfahrung heraus sehen MarxistInnen eine Räterepublik als die ideale Form der Organisierung einer Arbeiterdemokratie, also der nach-revolutionären Übergangsgesellschaft zum Sozialismus. Das bedeutet jedoch nicht, dass MarxistInnen einen Fetisch aus den Räten als Kampforgan für die erfolgreiche Durchführung einer Revolution machen. Gerade die russische Erfahrung des Jahres 1917 zeigt dies. In den Händen der reformistischen Parteien gab es auch die Gefahr, dass die Räte nicht zum Instrument der Machteroberung der ArbeiterInnen und Bauern/Bäuerinnen wurden (so wie dies auch im Deutschland der Jahre 1918/19 der Fall war). Es war gerade Lenin, der diese Gefahr sah und zeitweilig dafür argumentierte, nicht auf die Räte, sondern auf die Gewerkschaften oder die Fabrikkomitees zu setzen, da diese zwischenzeitlich die revolutionäre Dynamik der Arbeiterklasse besser zum Ausdruck brachten.

Auch heute wäre es ein Fehler, wenn MarxistInnen die Bildung von auf den Betrieben basierenden Räten zu einem Dogma erheben würden. Es ist zum Beispiel in den revolutionären Prozessen in Lateinamerika sehr wohl möglich bzw. es ist der Fall, dass solche betrieblichen Räte nur eine von verschiedenen Organisationsformen einer revolutionären Bewegung sind. Nachbarschaftskomitees, gewerkschaftliche Kampfstrukturen, Selbstorganisationen der indigenen Bevölkerung können weitere sein. Eine Rätestruktur kann also möglicherweise auch erst nach einer erfolgreichen sozialistischen Revolution geschaffen werden.

### **Die Nationalitätenpolitik als Voraussetzung des Erfolgs**

Es gibt viele weitere Aspekte der Russischen Revolution, die eine Erwähnung und genauere Untersu-

chung verdienen würden. Die bolschewistische Bauernpolitik wäre einer davon. Der Bauernaufstand, der sich im Herbst 1917 über das ganze Land ausbreitete, war eine wichtige Triebkraft der Revolution. Aufgrund der Weigerung bzw. Unfähigkeit der bürgerlichen Klasse Russlands, die Agrarfrage zu lösen, blieb der Bauernschaft nichts anderes übrig als das Bündnis mit der Arbeiterklasse zu suchen. Eine sensible Herangehensweise der Bolschewiki an die Bauernfrage war jedoch eine notwendige Voraussetzung dafür, dass dieses Bündnis hielt und zum Erfolg der Oktoberrevolution entscheidend beitrug. Entscheidend hierbei war nicht zuletzt, dass die Bolschewiki erkannten, dass sie eine sozialistische Agrarpolitik – die Verstaatlichung des Landes und dessen Verwaltung und Bearbeitung durch die Bauernräte – vorübergehend zurückstellen mussten und sich die – bürgerliche – Forderung nach der Aufteilung des Landes auf die Bauernmassen zu eigen machten. Diese Politik machte die Landbevölkerung zur Partnerin in der sozialistischen Revolution.

So konnte der Feudalherr Boborkin nur jammern: „Ich bin Gutsbesitzer und es will mir nicht in den Kopf, dass ich meinen Boden verlieren soll und noch dazu für ein unglaubliches Ziel, für das Experiment der sozialistischen Lehre.“ Trotzki kommentierte diesen Ausspruch mit der Feststellung, dass „Revolutionen eben die Aufgabe haben, das zu vollbringen, was in die Köpfe der herrschenden Klassen nicht hinein will.“<sup>2</sup>

Genauso wenig wollte in die Köpfe der großrussischen Chauvinisten, dass sie ihre Macht über die unterdrückten Nationen des Zarenreiches verlieren sollten. Diese bildeten 57 Prozent der Bevölkerung des Staates.

Diese Massen mussten in den Monaten zwischen Februar und Oktober die Erfahrung machen, dass die



bürgerlichen und reformistischen Kräfte nicht vor hatten, ihnen ein Recht auf Selbstbestimmung zu gewähren. Genau für dieses Recht waren Lenin und die Bolschewiki immer eingetreten, was ihnen im Laufe des Jahres das Vertrauen der Massen der unterdrückten Nationen einbrachte.

Die Forderung nach dem Recht auf nationale Selbstbestimmung inklusive des Rechts auf staatliche Lostrennung ist eine wichtige Waffe im Arsenal revolutionärer Politik. Sie ermöglicht es, das durch Jahrzehnte und oftmals Jahrhunderte der nationalen Unterdrückung geschaffene Misstrauen der ArbeiterInnen und Bauern/Bäuerinnen der unterdrückten Nationen gegenüber den ArbeiterInnen und Bauern/Bäuerinnen der unterdrückenden Nation abzubauen. Nur wenn die Arbeiterbewegung der unterdrückenden Nation, im Falle von 1917 die russische, deutlich erklärt, dass sie keinerlei Ansprüche auf das Territorium, die Bodenschätze, die Arbeitskraft der unterdrückten Gebiete hat, können die unterdrückten Massen lernen, zwischen Arbeiterklasse und herrschender Klasse der unterdrückenden Nation zu unterscheiden. Dies wiederum wird ihnen auch dabei helfen in ihrer eigenen Nation zwischen Großgrundbesitzern und Kapitalisten auf der einen Seite und der Masse der ArbeiterInnen und Bauern/Bäuerinnen auf der anderen Seite zu unterscheiden.

Das Programm des Marxismus ist nicht das der staatlichen Lostrennung, sondern des Rechts darauf, sollte die Mehrheit einer Nation dies wünschen. Dies wäre aus Sicht der Arbeiterklasse ein zeitweiliger Umweg, um auf der Basis neuen Vertrauens Arbeitereinheit zu schaffen.

Eines der ersten Dekrete der neuen Sowjetregierung rief dementprechend zu einem „freiwilligen und ehrlichen Bündnis der Völker Russlands“ auf und erklärte unter

anderem die „Gleichheit und Souveränität der Völker Russlands“ und „das Recht der Völker Russlands auf freie Selbstbestimmung bis zur Lostrennung und Bildung eines selbständigen Staates“.

Diese Politik des Rechts auf freie Selbstbestimmung bei gleichzeitiger Propagierung eines revolutionären Bündnisses der Völker führte gerade nicht zum Zerfall Russlands, sondern zur Bildung der freiwilligen Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, dem größten Völkerbündnis, das die Menschheitsgeschichte kennt. Dass die Bolschewiki ihre Forderung nach dem Selbstbestimmungsrecht ernst meinten, zeigt das Beispiel Finnland. Die Finnen wurden in die staatliche Unabhängigkeit entlassen, obwohl die sozialistische Revolution hier nicht gesiegt hatte.

Zweifellos kann es und hat es Situation gegeben, in denen die Interessen der Arbeiterklasse und der sozialistischen Revolution nicht mit nationalen Unabhängigkeitsbestrebungen einher gingen, insbesondere in solchen Fällen, in denen reaktionäre Nationalisten versuchten das Nationalbewusstsein und die Frage der Unabhängigkeit gegen die Arbeiterklasse zu richten. Es ist in diesem Artikel nicht der Platz, um diese Spezifika auszuführen. Es muss reichen, die grundsätzliche Bedeutung der marxistischen Nationalitätenpolitik für den Erfolg der Oktoberrevolution zu betonen und darauf hinzuweisen, dass dies keine Frage ist, die nur von historischem Interesse ist.

Die nationale Frage ist in vielen Staaten der Welt auch heute nicht gelöst. Die 90er Jahre zeugten blutig davon, dass auch der Stalinismus nicht in der Lage war die nationale Frage tatsächlich zu lösen. Der Zerfall der Sowjetunion und Jugoslawiens belegen dies. In diesen Fällen nutzten die aufstrebenden nationalen kapitalistischen Klassen

das Gefühl der nationalen Diskriminierung, um die Arbeiterklassen der verschiedenen Nationalitäten gegeneinander auszuspielen und einen möglichst großen Teil des zu verteilenden Kuchens der nun zu privatisierenden Volkswirtschaften abzubekommen.

Das Fehlen einer starken Arbeiterbewegung und einer marxistischen Partei ermöglichten es den Nationalisten, Teile der Arbeiterklasse zeitweilig hinter sich zu sammeln. Doch MarxistInnen hätten in diesen Auseinandersetzungen zu Beginn der 90er Jahre die nationale Frage nicht ignorieren und das Selbstbestimmungsrecht nicht negieren können, sondern hätten dies mit der Notwendigkeit des Sozialismus verbinden müssen.

Auch heute gilt zum Beispiel im Kosovo, dass die Forderung nach dem Recht auf Selbstbestimmung ein Bestandteil eines marxistischen Programms sein muss, denn die Bevölkerung kann nicht frei darüber entscheiden, in welchem Staat sie leben will und es werden ihr die grundlegendsten demokratischen Rechte vorenthalten. Sie muss aber einher gehen mit zwei ebenso zentralen Forderungen: erstens der Verteidigung der Rechte aller nationalen Minderheiten, namentlich der SerbInnen, Roma und anderen. Zweitens der Forderung nach einem sozialistischen Kosovo und einer freiwilligen sozialistischen Föderation der Balkan-Länder, um deutlich zu machen, dass unter der Führung der rechts-nationalistischen bürgerlichen Kräfte, ein unabhängiges, kapitalistisches Kosovo weder tatsächliche nationale Selbstbestimmung genießen würde (aufgrund des Fortbestehens ökonomischer Abhängigkeit vom Imperialismus) noch die sozialen Probleme der Bevölkerung lösen könnte und diese auch nur durch regionale und internationale Kooperation gelöst werden können.

Auch in anderen Ländern müs-

sen MarxistInnen heute auf das Bewusstsein nationaler Minderheiten eingehen, deren Selbstbestimmung fordern und ggf. sogar eine staatliche Lostrennung auf sozialistischer Grundlage unterstützen. Dies gilt zum Beispiel für Schottland, wo unsere Schwesterorganisation, die International Socialists, für ein unabhängiges sozialistisches Schottland und für die Bildung einer freiwilligen sozialistischen Föderation von Schottland, England, Wales und Irland eintreten. Letzteres, um deutlich zu machen, dass Kleinstaaterei keinen Weg hin zu ökonomischer und sozialer Entwicklung weist, sondern Kooperation auf sozialistischer Basis eine Notwendigkeit ist.

Dass jedoch nicht in jeder Situation Forderungen nach Unabhängigkeit oder Autonomie unterstützt werden können, zeigt das heutige Bolivien. Hier führen die Kapitalisten und reaktionäre Kräfte eine Kampagne gegen die links-reformistische Regierung der MAS (Bewegung zum Sozialismus) von Evo Morales unter dem Banner der Autonomie bzw. Lostrennung der ökonomisch entwickeltesten Region um Santa Cruz. Diese Forderung drückt weniger die ehrlichen nationalen Bestrebungen einer unterdrückten Minderheit aus, als

vielmehr einen Versuch die Sozialreformen der Morales-Regierung zu sabotieren. In diesem Fall hat also das Streben nach Unabhängigkeit keinen fortschrittlichen Kern, sondern ein rein konterrevolutionärer Charakter.

### Revolutionen studieren

Die Oktoberrevolution von 1917 ist reich an Lehren für die sozialistische Bewegung. Nicht weniger reich ist die Geschichte der gescheiterten Revolutionen, wie in Deutschland zwischen 1918 und 1923, China 1927, Spanien 1936 usw.

Revolutionen gehören nicht der Vergangenheit an. Lateinamerika durchläuft einen lang gezogenen revolutionären Prozess, Nepal hatte im letzten Jahr die Möglichkeit einer sozialistischen Revolution. Die Lehren des Oktobers sind wichtig für die Ausarbeitung eines sozialistischen Programms für diese Länder. Ebenso wichtig sind sie für die Herausbildung einer neuen Generation von Marxistinnen und Marxisten, die in Deutschland und international, den Kämpfen und dem Wiederaufbau der Arbeiterbewegung ihren Stempel aufdrücken können. In diesem Sinne wiederholen wir Trotzki's Aufruf aus dem Jahre 1924: „Es ist notwendig, den

Oktobrumsturz zu studieren.“

### Lesehinweise:

1. Leo Trotzki – Geschichte der Russischen Revolution (Neuauf Auflage ist im Arbeiterpresse Verlag geplant)
2. Leo Trotzki – Von der Oktoberrevolution zum Brester Friedensvertrag (Neuer ISP-Verlag)
3. John Reed – 10 Tage, die die Welt erschütterten (Dietz-Verlag, nur antiquarisch erhältlich)
4. Wolfram Klein – Die Russische Revolution 1917 (herausgegeben vom Manifest-Verlag)
5. Daniel Behruzi – Die Sowjetunion 1917-1924 (Neuer ISP-Verlag)
6. Artikel auf [www.sozialismus.info/1917](http://www.sozialismus.info/1917)

7. November 2007



LEO TROTZKI

## DIE GESCHICHTE DER RUSSISCHEN REVOLUTION

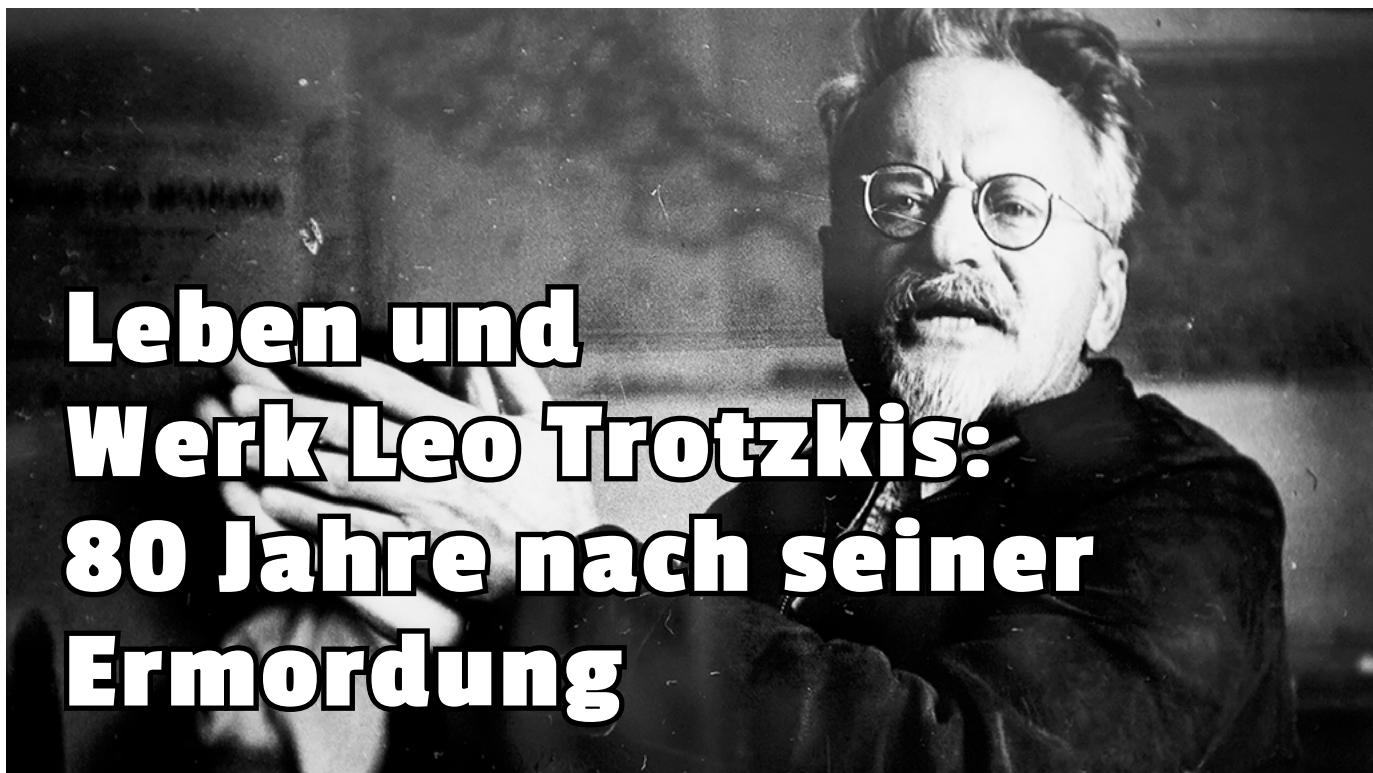
2 BÄNDE UND ERGÄNZUNGSBAND

**25,90€**

1062 Seiten, 2022

ISBN alle Bände und Ergänzungsband: 978-3-96156-102-5

[www.manifest-buecher.de](http://www.manifest-buecher.de)



**Verleumdet, von allen Ämtern enthoben und aus der Kommunistischen Partei ausgeschlossen, verfolgt, verbannt und in Abwesenheit bei den Moskauer Schauprozessen zum Tode verurteilt, wurde Leo Trotzki vor siebzig Jahren, am 20. August 1940, Opfer eines Mordanschlags durch Stalins Geheimagenten Ramón Mercader. Wäre es nach dem Willen der Stalinisten gegangen, so wäre sein Name aus dem Gedächtnis der Menschheit gelöscht worden. Doch trotz Geschichtsfälschung, Publikationsverboten und Repression gelang dies nie. Denn Trotzki's Name war und ist nicht nur untrennbar mit der russischen Oktoberrevolution verbunden, sondern auch mit dem Kampf gegen die Stalinisierung der Sowjetunion. Ab 1923 war dies Trotzki's wichtigster Kampf, den er bis an sein Lebensende entschlossen führte. Dieser Artikel wirft einen Blick auf ein Leben, das wie kein anderes von dramatischen Kämpfen geprägt war, und fasst die wichtigsten politischen Ideen Leo Trotzki's zusammen.**

*von Sebastian Förster*

## **Jugend**

Leo Trotzki, dessen wirklicher Name Lew Dawidowitsch Bronstein war, wurde am 26. Oktober 1879 (nach gregorianischem Kalender, 7. November nach heutigem Kalender) in dem ukrainischen Ort Janowka geboren. Er wuchs in einem jüdischen Elternhaus auf, das einen kleinen landwirtschaft-

lichen Betrieb besaß.

In seiner frühen Jugend entwickelte Trotzki seine ersten politischen Gedanken und wurde von einem radikaldemokratischen Oppositionellen zum Narodnik (russisch: Volkstümmler). Die Narodniki waren eine sozialrevolutionäre Bewegung, die von russischen Intellektuellen angeführt wurde, auf den Terrorismus setzte und in der

Bauernschaft die entscheidende soziale Kraft für eine revolutionäre Veränderung der Gesellschaft sah.

Als er sich 1896 einem politischen Diskussionskreis in Odessa anschloss, traf er auf die sieben Jahre ältere Marxistin Alexandra Sokolowskaja, mit der er sich lange und heftige Wortgefechte lieferte. Sokolowskaja argumentierte für den Marxismus und gegen die

Vorstellungen der Narodniki. Sie konnte ihn schließlich überzeugen.

Mit Anderen zusammen gründete Leo Trotzki 1897 den illegalen Südrussischen Arbeiterbund, wo er vor allem mit betriebsbezogener Arbeit seine ersten Erfahrungen als Propagandist sammeln konnte.

### **Frühe Arbeit in der Arbeiterbewegung**

Ein Jahr später zerschlug die zaristische Polizei den Arbeiterbund. Trotzki wurde in Isolationshaft gesteckt und 1900 in die sibirische Einöde verbannt. Der junge Sozialist ließ diese Jahre allerdings nicht ungenutzt, sondern studierte Philosophen wie Kant und Voltaire und beschäftigte sich ausgiebig mit der marxistischen Weltanschauung, vor allem dem historischen und dialektischen Materialismus. Als Autor verschiedener Schriften erlangte er einen hohen Bekanntheitsgrad in der jungen russischen Arbeiter\*innenbewegung, was ihm den Spitznamen "Pero" (Die Feder) bescherte.

In Sibirien heiratete er Alexandra Sokolowskaja. Die gemeinsame Ehe war von kurzer Dauer: schon 1902 verließ er sie und ihre zwei gemeinsamen Töchter, um sich ganz der revolutionären Arbeit zu widmen. Er floh aus der sibirischen Steppe und nahm – seinem Hang zur Ironie folgend – den Namen des Oberaufsehers in dem Gefängnis in Odessa an: Trotzki.

Seine Reise führte ihn fast um den halben Erdball: nach London, wo sich zu dieser Zeit die Zentrale der sozialistischen Zeitung Iskra befand, die damals das Zentralorgan der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Russlands (SDAPR) war.

„Die Feder“ wurde Mitarbeiter der Iskra. Als deren Vertreter reiste er durch Europa, um Spendengelder zu beschaffen. Hier lernte er Natalia Sedowa kennen, die seine zweite Ehefrau wurde und ihn bis an

sein Lebensende begleitete.

### **Spaltung der SDAPR**

Schon bald geriet der 22-jährige Trotzki zwischen die Fronten der Partei. Der II. Parteikongress, der 1903 in der britischen Hauptstadt stattfand, führte zur plötzlichen Spaltung der SDAPR. Die Bolschewiki (Mehrheitler) mit Lenin an der Spitze und die Menschewiki (Minderheitler) um Martow zerstritten sich zutiefst darüber, welchen Charakter die Parteiorganisation haben sollte. Lenin griff die Minderheitler scharf an und trat für eine streng zentralisierte Partei von Berufsrevolutionär\*innen ein, die geschützt vor der Verfolgung des zaristischen Regimes aus dem Untergrund heraus agieren sollte. Die Minderheit des Kongresses, die Menschewiki, stellten diesem Konzept die Idee einer Partei entgegen, die für alle Interessierten offen stehen sollte.

Trotzki wandte sich gegen Lenin und ging (zu seinem späteren Bedauern) mit der geschlagenen Fraktion der Menschewiki. Er befürchtete ein undemokratisches, überzentralistisches Parteiregime. Er erkannte nicht, dass dieser Konflikt über Fragen der Parteiorganisation Ausdruck unterschiedlicher politischer Linien war, die in den darauf folgenden Jahren deutlich werden sollten. Die Menschewiki wurden zu einer reformistischen, sozialdemokratischen Partei, während die Bolschewiki am revolutionären und internationalistischen Marxismus festhielten und 1917 zur Kommunistischen Partei wurden.

Lange verfolgte Leo Trotzki die Idee, die beiden Flügel wieder zusammenzubringen, je weiter sich die Menschewiki jedoch nach Rechts entwickelten, je weiter entfernte sich auch Trotzki von ihnen. Er wurde schon 1904 zum fraktionslosen Einzelgänger in der SDAPR, der zwar mit seinem Verständnis der revolutionären Taktik mehr Schnittmengen mit den Bol-

schewiki hatte, daraus jedoch noch bis 1917 nicht die Schlussfolgerung zog, sich Lenins Organisation anzuschließen.

### **Russische Revolution 1905**

1904 kam es zum russisch-japanische Krieg, der zu einem völligen Debakel für die russische Armee führte.

Eine massive wirtschaftliche und soziale Krise erschütterte Russland. Aufstände und Streiks gegen das Zarenregime brachen aus, das mit voller Härte gegen die Rebellion vorging. Als am 22. Januar 1905 200.000 streikende Arbeiter\*innen in der russischen Hauptstadt St. Petersburg in einem friedlichen Protestzug zum Winterpalais marschierten, ließ der Zar auf die Menge schießen. Dieser Tag ging als der Petersburger Blutsonntag in die Geschichte ein. Der Tod von eintausend Demonstrant\*innen war der Funke, der das Pulverfass aus Wut und Hass gegen den Despoten zur Explosion brachte. Massenstreiks erfassten nun alle Städte Russlands und es gab spontane Enteignungen der Großgrundbesitzer durch die hungernde Landbevölkerung. Die Arbeiter\*innenklasse betrat als treibende Kraft der Revolution die Bühne der Geschichte, und die Regierung verlor zunehmend die Kontrolle über die Situation.

In St. Petersburg lebten etwa eine halbe Millionen Arbeiter\*innen. Hier bildete sich auf Initiative der Menschewiki ein Arbeiter\*innenrat (Sowjet). Als Rat von jederzeit abwählbaren Delegierten aus den Betrieben vertrat er das städtische Proletariat. Trotzki, der im Februar 1905 in Russland ankam, wurde im Verlauf der Revolution zum Vorsitzenden des St. Petersburger Sowjets gewählt.

Die Sowjets breiteten sich als Organe der Revolution auch auf andere Städte Russlands aus und kontrollierten einen beträchtlichen Teil des öffentlichen Lebens. Mit

Zugeständnissen und militärischer Gewalt versuchte der Zar die Bewegung zu stoppen. Fast zwei Jahre waren notwendig um die Revolution niederzuschlagen. Für die russische Arbeiter\*innenklasse sollte die Revolution von 1905 die Generalprobe für die Oktoberrevolution zwölf Jahre später sein. Trotzki wurde abermals verhaftet, es gelang ihm jedoch erneut, ins ausländische Exil zu flüchten.

### **Permanente Revolution**

Inspiziert durch die Erlebnisse der Revolution, aber auch den Austausch mit Alexander Parvus entwickelte Leo Trotzki die „Theorie der Permanenten Revolution“, die er 1906 in seiner Broschüre „Ergebnisse und Perspektiven“ darlegte.

Vor dem Hintergrund der 1905 gemachten Erfahrungen analysierte er die neue objektive Situation in der Gesellschaft, das Kräfteverhältnis zwischen den Klassen und leitete daraus Perspektiven für die Weltrevolution ab.

Grundlage der Theorie der Permanenten Revolution ist die Erkenntnis, dass in Ländern mit verspäteter kapitalistischer Entwicklung, wie dem zaristischen Russland, die nationale kapitalistische Klasse zu schwach ist, um eine fortschrittliche Rolle zu spielen, die Gesellschaft aus der Dunkelheit des Feudalismus zu reißen und die bürgerliche Revolution durchzuführen. Wie die Geschichte später zeigen sollte, waren die Bürgerlichen in Russland tatsächlich unfähig, dem Adel und den Großgrundbesitzern die Macht abzutrotzen, die Landverteilung zu klären, eine bürgerliche Demokratie zu etablieren und die nationale Frage zu lösen.

Leo Trotzki stellte mit der Theorie der Permanenten Revolution heraus, dass nur die städtische Arbeiter\*innenklasse aufgrund ihres revolutionären Potentials und ihrer bedeutenden Stellung im Produk-

tionsprozess diese fortschrittliche Rolle spielen und – als Führung der zahlenmäßig weitaus größeren Klasse der BäuerInnen – die Revolution leiten kann.

In der sozialdemokratischen Bewegung dieser Zeit war es eine weit verbreitete Auffassung, dass mit einer gesellschaftlichen Umwälzung die kapitalistische Klasse die Macht übernehmen und den Kapitalismus festigen sollte. Erst dann – so die Annahme vieler – würden die wirtschaftlichen und sozialen Voraussetzungen für den Sozialismus geschaffen (wie es bereits in den weiter fortgeschrittenen Ökonomien der Welt der Fall war). Trotzki erklärte hingegen nicht nur, dass nur die Arbeiter\*innenklasse die Aufgaben der bürgerlichen Revolution lösen könne, sondern auch, dass – wenn diese die Macht in einem unterentwickelten Land erst einmal errungen habe – sie wegen der Schwäche der Bürgerlichen gar nicht anders könne, als mit der sozialistischen Umwandlung des Eigentums zu beginnen, um die demokratischen Aufgaben der bürgerlichen Revolution zu erfüllen. In diesem Sinne also ist die Revolution „permanent“ und „ununterbrochen“, weil sie weiter geht als die bürgerliche Revolution. Auch Marx hatte die „Revolution in Permanenz“ diskutiert, Trotzki entwickelte diese Frage jedoch weiter. Wie Leo Trotzki unterstrich, kann die sozialistische Umwandlung nur Erfolg haben, wenn ihr weitere erfolgreiche Arbeiter\*innenrevolutionen (auch in den entwickelteren Ländern) folgen:

*„Sollte sich das russische Proletariat an der Macht befinden, wenn auch nur infolge eines zeitweiligen Aufschwungs unserer bürgerlichen Revolution, so wird es der organisierten Feindschaft seitens der Weltreaktion und der Bereitschaft zu organisierter Unterstützung seitens des Weltproleta-*

*riats gegenüberstehen.“ Der Arbeiter\*innenklasse in Russland, so der Autor, „wird nichts anderes übrig bleiben, als das Schicksal ihrer politischen Herrschaft und folglich das Schicksal der gesamten russischen Revolution mit dem Schicksal der sozialistischen Revolution in Europa zu verknüpfen.“*

(Trotzki, Ergebnisse und Perspektiven, Frankfurt/M. 1967, S. 119f.)

### **Weltkrieg und Revolution**

Schon bald sollten sich Trotzki's Perspektiven bestätigen. Der Erste Weltkrieg spitzte die Lage in Russland zu. Hunger, Streiks, Unruhen auf dem Lande und Meuterei bei Soldaten und Matrosen. Unter den führenden kriegstreibenden Nationen war Russland das Land, in dem die herrschende Klasse am schwächsten und rückständigsten war. Die Kette des Imperialismus brach an ihrem schwächsten Glied.

Im Februar 1917 begann die Revolution, die der Zarenherrschaft ein schnelles Ende bereitete. Wieder bildeten sich Arbeiter\*innen- und Soldatenräte, die neben der Duma, dem russischen Parlament, ein selbständiger Machtfaktor wurden. So entwickelte sich eine Periode der Doppelherrschaft zwischen bürgerlichen und proletarischen Machtorganen.

Die Provisorische Regierung setzte sich zuerst vor allem aus den bürgerlichen Konstitutionellen Demokraten (KD) und Sozialrevolutionären zusammen, später wurden noch die reformistischen Menschewiki miteinbezogen. Diese bürgerliche Regierung war völlig außerstande, die Forderungen der Massen nach Land, Brot und Frieden zu erfüllen.

Aus dem Exil kam Leo Trotzki wegen einer kurzen Internierung erst im Mai in St. Petersburg an, einen Monat nach Lenin. Dieser rief zur Machtübernahme durch die Ar-

beiter\*innenklasse auf und musste sich zu dieser Zeit von Kritiker\*innen in der bolschewistischen Partei die Beschuldigung anhören, er habe vor Trotzki Perspektiven (und der Theorie der Permanenten Revolution) kapituliert. Tatsächlich war Lenin zu politischen Schlussfolgerungen gekommen, die Trotzki Perspektive entsprachen, während Trotzki sich von der Richtigkeit des bolschewistischen Organisationsverständnisses überzeugt hatte. Er schloss sich Lenin und den Bolschewiki an und wurde umgehend in das Zentralkomitee der Partei gewählt. Im Oktober wurde er erneut Vorsitzender des Petrograder (St. Petersburg war umbenannt worden) Sowjets und forderte die unfähige Provisorische Regierung zum Rücktritt auf.

Durch ihre konsequente Politik im Interesse der Arbeiter\*innenklasse und armen Bauernschaft und ihrer Weigerung, die Provisorische Regierung politisch zu unterstützen und die Fortsetzung des Krieges zu rechtfertigen, hatten die Bolschewiki innerhalb weniger Monate die Mehrheit in den Sowjets erlangt. Auf dieser Basis gingen sie im Oktober an die Organisation des bewaffneten Aufstands zum Sturz der Regierung und der Machtübernahme durch die Arbeiter\*innen- und Soldatenräte.

Als Organisator des revolutionären St. Petersburger Militärkomitees dirigierte Trotzki über Nacht die weitgehend friedliche Machtübernahme in der Hauptstadt. Alle Macht sollte nun von den Sowjets ausgehen.

Leo Trotzki, von Zeitzeugen wie dem amerikanischen Journalisten John Reed als der populärste Redner der Revolution bezeichnet, wurde in die neue Regierung, den Rat der Volkskommissare, gewählt, als Volkskommissar für äußere Angelegenheiten ernannt und mit den Friedensverhandlungen mit Deutschland und Österreich-Ungarn betraut. In dem Bewusstsein,

dass der weitere Verlauf der Revolution nun vor allem von dem Kampf der europäischen Arbeiter\*innenklasse abhing, nutzte er die Verhandlungen als Bühne für die Agitation und Propaganda an die internationale Arbeiter\*innenklasse.

### Der Russische Bürgerkrieg

Die Revolution im Ausland ließ allerdings noch auf sich warten. In Brest-Litowsk musste die russische Delegation schließlich einen Friedensvertrag unterzeichnen, der dem jungen Sowjetstaat empfindliche Zugeständnisse abverlangte.

Doch damit nicht genug. Die Anhänger des alten Zarenregimes (die „Weißen“) bereiteten die Konterrevolution vor und stürzten das Land 1918 in einen heftigen Bürgerkrieg. Unterstützt wurden sie von den alliierten kapitalistischen Staaten, die den weißen Generälen Kriegsmaterial und 50.000 Soldaten zur Verfügung stellten. Ihr Ziel war es, an Russland ein Exempel zu statuieren und den ersten Arbeiter\*innenstaat der Geschichte dem Erdboden gleich zu machen.

Leo Trotzki wurde damit betraut, schnell eine Rote Armee aufzubauen. Gebot der Stunde war es, die Sowjetrepublik der Arbeiter\*innen und Bäuer\*innen zu verteidigen. In einem gepanzerten Zug fuhr der neue Kriegskommissar stets von einer Frontlinie zur anderen, um gemeinsam mit den roten Truppen zu kämpfen, aber auch um mit sozialistischer Propaganda die Moral und Überzeugung der Soldaten zu stärken, die durch die vielen Jahre der Entbehrungen während des Ersten Weltkrieges kampfmüde waren. Es sollte bis 1921 dauern, die Weißen Garden und die Alliierten zurückzuschlagen.

Die Revolutionen in den wirtschaftlich weiter entwickelten Ländern Deutschland und Österreich-Ungarn, auf die Lenin und Trotzki große Hoffnung gesetzt

hatten, schlugen wegen des Verrats der dortigen sozialdemokratischen Parteien 1919 fehl. Die Jahre des Krieges, des Hungers und der Seuchen hatten der russischen Bevölkerung hart zugesetzt; nun sollte der Arbeiter\*innenstaat, der nur über eine sehr gering entwickelte Ökonomie verfügte, auch noch international isoliert bleiben.

### Trotzki Kampf gegen Stalinismus

Der Bürgerkrieg schwächte die demokratische Machtausübung der Arbeiter\*innenklasse. Zur Verteidigung der Revolution wurde dem Sieg im Bürgerkrieg alles untergeordnet. Die Räte konnten angesichts einer reduzierten Industrieproduktion und der Tatsache, dass viele Arbeiter\*innen an die Front gingen, ein Eigenleben kaum aufrechterhalten. Die Kommunistische Partei ersetzte mehr und mehr die Funktion der Räte. Zu Lebzeiten Lenins war dies jedoch immer als vorübergehendes Phänomen verstanden worden.

Doch die wirtschaftliche und kulturelle Rückständigkeit, die Folgen von Welt- und Bürgerkrieg und vor allem die Isolierung des jungen Arbeiter\*innenstaates schufen Voraussetzungen für den Aufstieg des Stalinismus.

Eine privilegierte Kaste von Parteifunktionär\*innen entstand, die anderen Interessen als die Arbeiter\*innenklasse entwickelte und immer mehr Macht in ihren Händen konzentrierte. Diese neue gesellschaftliche Schicht aus Beamten\*innen und Funktionär\*innen konnte sich im Partei- und Staatsapparat festsetzen und hatte kein Interesse mehr daran, nach Ende des Bürgerkrieges die Räte Demokratie wieder aufleben zu lassen. Die Verkörperung dieser Bürokratie war der 1922 zum Generalsekretär der Partei gewählte Josef Stalin.

Leo Trotzki trat dieser Entwicklung entschieden entgegen und warnte in einer ganzen Serie von

Artikeln und Analysen vor den gefährlichen Auswüchsen der Bürokratie in Staat und Partei und dem sich aus den Interessen dieser Funktionärskaste ergebenden politischen Konservatismus und Nationalismus.

Lenin, der durch einen schweren Schlaganfall nicht mehr aktiv an dem politischen Geschehen der Partei teilnehmen konnte, teilte die Befürchtungen Trotzki's. Kurz vor seinem Tod bereitete er mit ihm einen Block gegen die Bürokratie vor. Bevor Lenin 1924 starb, empfahl er in seinem Testament die Absetzung Stalins als Generalsekretär.

In der Partei wehte ein deutlich anderer Wind als 1917. Die Schlüsselpositionen in der Gesellschaft besetzte Stalins Clique (zu der auch die verdienten Altbolschewisten Sinowjew und Kamenjew gehörten) von nun an von oben. Leo Trotzki wurde politisch kaltgestellt und bekam in der Partei keine entscheidenden Aufgaben mehr.

Groß war der Aufschrei in der Bevölkerung nicht: in der russischen Arbeiter\*innenklasse war nach den katastrophalen Jahren des Krieges Müdigkeit eingetreten und der Wunsch nach Ruhe wog bei Vielen schwer. Die, die sich dennoch mit Trotzki öffentlich solidarisierten, erfuhren schon bald starke staatliche Repression.

### **Der Aufbau der Linken Opposition**

Trotzki erkannte, dass die Entstehung der Bürokratie Folge der sozialen Entwicklungen in der Sowjetunion war. Er war sicher, dass nur die Arbeiter\*innenklasse diesen Prozess stoppen konnte und verzichtete deshalb darauf, seinen hohen Einfluss in der Roten Armee zu einem militärischen Sturz der Stalin-Clique zu nutzen, was ihm von Genossen geraten wurde. Er wusste, dass er dadurch nur selbst zum Gefangenen einer Militärbürokratie geworden wäre und ging stattdessen daran gemeinsam mit

Anderen die Linke Opposition gegen den Kurs der Bürokratie aufzubauen.

Stalin ging zum Gegenangriff über und begegnete dem 1924 mit der Schaffung der Legende des „konterrevolutionären Trotzkiismus“. Eine beispiellose Lügenkampagne überschwemmte das Land, um die große Popularität des Oppositionellen zu zerstören. Die mittlerweile fast gleichgeschaltete Führung der Kommunistischen Partei schrieb nun die Geschichte der Oktoberrevolution um und entwickelte die Theorie eines „Sozialismus in einem Land“, um Stalins Politik gegenüber der Kritik der Opposition zu rechtfertigen.

Mit der Theorie des „Sozialismus in einem Land“ sollte begründet werden, warum die Verteidigung der Sowjetunion – also die Macht und Privilegien der Bürokratie – über die Ausdehnung der internationalen Revolution gestellt wurde. Vor dem Hintergrund dieser Theorie wurden unter Stalins Direktive wichtige Chancen für die internationale Revolution verspielt. So sollte sich die Kommunistische Partei Chinas (KPCh) 1927 in einer revolutionären Situation der bürgerlichen Guomindang unterordnen. Dies hatte zur Folge, dass die Guomindang brutale Massaker unter den revolutionären Arbeiter\*innen Schanghais und die Vernichtung eines Großteils der Mitgliedschaft der KPCh organisieren konnte.

Trotz aller Versuche gelang es Trotzki nicht, gegen diese falsche Politik anzukommen. Der Aufbau der Linken Opposition in Russland fand unter schwersten Bedingungen statt. Ihre Mitglieder mussten unter einer immer härter werdenden Verfolgung durch den Staatsapparat und Geheimpolizei (GPU) leiden, wurden aus der Partei ausgeschlossen, verhaftet, in den Tod getrieben oder gar liquidiert. Auch Stalins Verbündete Sinowjew und Kamenjew und ihre Anhänger schlossen sich 1926 kurzzeitig der

Opposition an. Unter dem Druck der Staatsmaschinerie und dem Eindruck der erfolgreichen Industrialisierung des Landes kapitulierten sie jedoch in den 1930ern vor Stalin.

Leo Trotzki wurde in das kasachische Alma-Ata verbannt. Um ihn noch weiter zu isolieren, wurde er im Januar 1928 von der GPU gezwungen auf die türkische Insel Prinkipo im Marmarameer umzusiedeln. Hier setzte er seine oppositionelle und schriftstellerische Arbeit fort und schrieb unter anderem die „Geschichte der Russischen Revolution“ und seine Autobiographie „Mein Leben“. Er baute die Kontakte mit linken Oppositionellen aus verschiedenen Ländern aus, gründete das Bulletin der Opposition und legte den Grundstein für die Internationale Linke Opposition.

### **Aufstieg des Hitlerfaschismus in Deutschland**

In Deutschland hatte sich Ende der 1920er Jahre die politische Lage extrem zugespitzt. Durch die wirtschaftliche und soziale Krise begünstigt, wuchs unter den reaktionären Teilen des Kleinbürgertums Hitlers NSDAP. Leo Trotzki beschäftigte sich im Exil viel mit den Geschehnissen in Deutschland und veröffentlichte wichtige Analysen zum deutschen Faschismus. Er war einer der wenigen Zeitzeugen, die in den 1920ern und 1930ern die historische Gefahr des Hitlerfaschismus richtig einschätzte.

Die Weltwirtschaftskrise traf Deutschland hart und ließ den Lebensstandard der Massen drastisch sinken und die Arbeitslosigkeit steigen. In Armut und Perspektivlosigkeit geratene Kleinbürger wendeten sich vermehrt den Nazis zu, die vorgaben sie sowohl gegen das große Kapital, was sie schlucken, als auch gegen die Arbeiter\*innenbewegung, die sie angeblich enteignen wolle, zu verteidigen. Tatsächlich besorgten die



Faschisten jedoch nur das Geschäft der Kapitalisten, die diese letztlich finanzierten und an die Macht brachten. Leo Trotzki schrieb dazu:

*„Vom Faschismus fordert die Bourgeoisie ganze Arbeit [...]. Der Sieg des Faschismus führt dazu, dass das Finanzkapital sich direkt und unmittelbar aller Organe der Herrschaft, Verwaltung und Erziehung bemächtigt [...]. Die Faschisierung des Staates bedeutet [...] hauptsächlich die Zertrümmerung der Arbeiterorganisationen“*

(Trotzki, „Was nun?“, S. 14).

Die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) verfolgte eine ultralinke Politik, die verhinderte, dass Gewerkschaften, SPD- und KPD-Mitglieder gemeinsam dem Faschismus entgegentraten. Die KPD-Führung unterschätzte völlig die Gefahr, die von den Nazis ausging. „Nach Hitler kommen wir“ war ihre Illusion. Die stalinistische Theorie des „Sozialfaschismus“, die SPD und NSDAP gleichsetzte, bildete das Fundament dafür.

Leo Trotzki unterschied zwischen der bürgerlichen Führung der SPD (die damals noch eine Arbeiter\*innenpartei mit aktiver Massenunterstützung war) und der Basis der Partei, die von der kleineren KPD aufgrund ihrer bisher oft fehlerhaften Politik noch nicht überzeugt war.

Trotzki schlug der KPD vor, einen Appell zur Einheitsfront an die Sozialdemokratie, gleichermaßen an die Mitglieder und die Führung, zu richten. Wäre es gelungen, die SPD in eine Einheitsfront zu zwingen, hätte Hitler gestoppt werden können und hätte sich die KPD im gemeinsamen Kampf als die konsequentere Interessenvertretung der Arbeiterklasse zeigen können. Hätte die SPD-Führung sich dem Angebot verweigert, hätte sie das vor den Augen der (noch) sozialdemokratischen Arbeiter\*innen entlar-

ven können und die KPD gestärkt.

Wegen der Verweigerung der Einheitsfront durch die SPD- und KPD-Führung kam es 1933 anders. Hitler kam an die Macht, zerschlug die Arbeiter\*innenbewegung, steckte die Gewerkschaftshäuser in Brand und deportierte die SPD- und KPD-Mitglieder in die Konzentrationslager. Und wie Trotzki richtig vorhergesagt hatte, bedeutete Hitlers Machtergreifung Krieg gegen die Sowjetunion.

Trotzki kam aufgrund dieser Ereignisse 1933 zu dem Schluss, dass die III. Internationale nicht mehr reformierbar sei: „Eine Organisation, die der Donner des Faschismus nicht geweckt hat, und die demütig derartige Entgleisungen von Seiten der Bürokratie unterstützt, zeigt dadurch, dass sie tot ist und nichts sie wieder beleben wird.“ (Trotzki, „Schriften über Deutschland“, S. 605).

Nachdem Trotzki eine Einreiseerlaubnis aus Frankreich erhalten hatte, verließ er Prinkipo. Von Frankreich siedelte er nach Norwegen um, wo ihm kurzzeitig Asyl gewährt wurde. Dort schrieb er 1936 sein Werk „Verratene Revolution“. In diesem Buch arbeitete er die Grundzüge des Stalinismus heraus und lieferte eine bis heute unübertroffene Analyse der Sowjetunion unter Stalin, die er einen „degenerierten Arbeiterstaat“ nannte. Trotzki skizzierte darin das Programm einer „politischen Revolution“ für den „Sturz der bürokratischen Kaste“ in Russland.

### Die Moskauer Schauprozesse

Die Unterdrückung und der stalinistische Terror in Russland erreichte mit den Moskauer Schauprozessen von 1936 bis 1938 eine neue Qualität. Mit der Eliminierung der alten Garde der Bolschewiki von 1917 wollte Stalin sich die Alleinherrschaft sichern. Jegliche personelle Alternative zu seiner Vormachtstellung in Staat und

Partei sollte ausradiert werden. Der Hauptangeklagte der Moskauer Schauprozesse war Leo Trotzki selbst, dessen Name stetig im Raum schwebte. Zuerst wurden Sinowjew und Kamenjew und 14 weitere Bolschewiki vor Gericht gestellt und hingerichtet. Als Grund für die Verurteilungen wurde immer oppositionelle Tätigkeit angeführt.

Für jeden alten bolschewistischen Führer, der bei den Moskauer Schauprozessen angeklagt und hingerichtet wurde, wurden weitere hunderte und tausende Menschen eingekerkert. Mindestens acht Millionen wurden verhaftet, fünf bis sechs Millionen fanden in den Gulags ihr Ende. Unter ihnen auch Familienmitglieder Trotzki, die sich politisch gar nicht betätigten.

### Der spanische Bürgerkrieg

Diese Schauprozesse waren direkt verbunden mit dem konterrevolutionären Eingreifen der Moskauer Elite in das Geschehen des Spanischen Bürgerkriegs 1936 bis 1939.

Nach dem blutigen Scheitern ihrer Sozialfaschismus-Theorie schwenkten die Stalinisten um, und erklärten die „Volksfront“ als Leitfaden ihrer Politik. Die Kommunistischen Parteien sollten das Bündnis mit den pro-kapitalistischen Parteien suchen, um die bürgerliche Demokratie zu verteidigen.

Die spanischen Linksoptionellen fanden sich entgegen Trotzki's Ratschlag in der „Arbeiterpartei für marxistische Vereinigung (POUM)“ wieder, die vor allem in Katalonien aktiv war und eine zentristische Position einnahm: sie war in Worten revolutionär und schreckte in der Praxis vor revolutionärer Politik zurück. Mit der Erhebung rechter und rechtsextremer Gruppen um den spanischen General Franco brach ein Bürgerkrieg und eine Arbeiter\*innen- und Bäuer\*innenrevolution aus. Es ent-

standen Arbeiter\*innenmilizen und Räte, die zeitweise neben der Volksfrontregierung eine Art Doppelmacht ausübten. Trotzki versuchte vergeblich die schwankende POUM-Führung davon zu überzeugen, dass die Partei nun der Arbeiter\*innenklasse zur Machtübernahme verhelfen solle. Stattdessen orientierte sie auf eine Beteiligung an der Volksfrontregierung, deren Schicksal besiegelt war:

*„Die Arbeiter und Bauern vermögen nur dann den Sieg zu erringen, wenn sie um ihre eigene Befreiung kämpfen. In diesen Umständen das Proletariat der Führung der Bourgeoisie [Kapitalistenklasse] unterstellen heißt ihm von vornherein eine Niederlage im Bürgerkrieg garantieren.“*

(Trotzki, „Die spanische Lehre“, S. 3).

Die Bürokratie in Moskau intervenierte zur Verteidigung der kapitalistischen Republik in der spanischen Revolution. Leo Trotzki arbeitete heraus, warum der Stalinismus nun eine offen konterrevolutionäre Rolle einnahm. Die GPU dehnte ihre Verfolgungen und Ermordungen gegen linke Oppositionelle auf Spanien aus. Hintergrund dieser Politik war, dass Stalin „eine Versöhnung mit der Bourgeoisie“ (Trotzki, „Revolution und Bürgerkrieg in Spanien“, S. 299) und sich den mächtigen kapitalistischen Staaten Europas, wie Frankreich und England als vertrauenswürdige Ordnungsmacht präsentieren wollte. Hätte es eine erfolgreiche Revolution in Spanien gegeben, so hätte das weitere Erhebungen in Europa bedeutet und die bürokratische Entartung und Herrschaft Stalins in Moskau tief erschüttert, so Trotzki.

## **Die IV. Internationale**

Schon 1933 warb Leo Trotzki für eine neue Internationale, die

*„die UdSSR vor dem Zusammenbruch retten [können], indem sie ihr weiteres Schicksal mit dem Schicksal der proletarischen Weltrevolution verbindet“*

(Trotzki, „Schriften über Deutschland“, S. 609f.)

und die beste Traditionen der Ersten, Zweiten und Dritten Internationale und des revolutionären Marxismus aufrecht erhalten sollte. Versuche, linkssozialistische Parteien, wie die deutsche Sozialistische Arbeiterpartei (SAP), gemeinsam mit der Internationalen Linken Opposition in einer neuen Internationale zu vereinigen, scheiterten. So war die Zahl der Gruppen, die sich am 3. September 1938 bei der formellen Gründung der IV. Internationale in Paris zusammenschlossen nicht groß. Historisch gesehen war die Schaffung dieser neuen Internationale aber notwendig, als Alternative zur stalinistischen III. Internationale und als neuer Orientierungspunkt für die revolutionären Bewegung.

## **Trotzkis Ermordung**

Währenddessen übte Stalin massiven Druck auf die norwegische Regierung aus, die Trotzki ausliefern sollte. Erneut musste dieser ein neues Asyl finden – diesmal in Mexiko, wo er bei dem sozialistischen Künstler\*innenpaar Frida Kahlo und Diego Rivera unterkam. Aber auch hier verfolgte ihn die GPU. Der GPU-Geheimagent Ramón Mercader hatte seit vielen Jahren versucht, Trotskis Umfeld zu infiltrieren und in seine Nähe zu gelangen. Unter dem Vorwand, mit ihm einen politischen Artikel diskutieren zu wollen, schaffte es Mercader schließlich, alleine mit Trotzki in

einem Raum zu sein. Nach etwa drei oder vier Minuten vernahm seine Frau Natalia Sedowa einen „schrecklichen stechenden Schrei“, ihr Mann tauchte auf, das „Gesicht mit Blut bedeckt“ und einem Eispickel im Hinterkopf. Mit dem Attentäter hatte er noch gerungen, um weitere Schläge zu verhindern. „Auch wenn der Arzt erklärte, dass die Verletzung nicht sehr ernst war“, so Sedowa, „hörte Lew Dawidowitsch ihm regungslos zu“ und sagte „Ich fühle...jetzt... dass dies das Ende ist...dieses Mal... haben sie es geschafft.“ (Serge, „Life and death of Leon Trotsky“, S. 268).

Am nächsten Tag, dem 21. August 1940 erlag Trotzki im Alter von 60 Jahren seinen tödlichen Verletzungen.

Während Mercader von Stalin zum Helden der Sowjetunion ernannt wurde, trauerten in Mexiko 300.000 Menschen, die Trotskis Leichenzug begleiteten. Er wurde eingeäschert und im Garten seines Hauses begraben. Über seinem Grab weht noch heute die rote Fahne der Weltrevolution.

*20. August 2020*

*Sebastian Förster ist Mitglied der Sol-Bundesvorstands und aktiv in ver.di und der Vernetzung für kämpferische Gewerkschaften (VKG). Er lebt in Kassel.*



# Die Bedeutung der Ideen Leo Trotzki's für das 21. Jahrhundert

Hat sich die Bedeutung der Ideen Leo Trotzki's mit dem Zusammenbruch des Stalinismus vor dreißig Jahren erschöpft? Gibt es folglich keinen Grund eine politische Bewegung aufzubauen, die sich als trotzkistisch versteht? Bedeutet das Festhalten am Trotzkismus gar rückwärtsgewandte Politik, Dogmatismus und eine Barriere für die Schaffung sozialistischer Einheit?

Diese Haltung nehmen nicht nur GegnerInnen von Trotzki und seinen Ideen ein, sondern auch so mancher frühere Trotzkist, wie zum Beispiel der Franzose Alain Krivine, der eine Rolle dabei spielte die sich als trotzkistisch verstehende Ligue Communiste Revolutionnaire (LCR) mit der Gründung der Nouveau Parti Anticapitaliste (NPA) aufzulösen. Dieser Artikel soll erklären, warum sich der Trotzkismus nicht nur durch seinen antistalinistischen Inhalt definiert und auch im 21. Jahrhundert die beste Anleitung zur Entwicklung einer sozialistischen Politik und Perspektive ist.

*von Sascha Staničić*

Trotsky gehört zweifellos zu den größten Persönlichkeiten des 20. Jahrhunderts. Neben Lenin war er der wichtigste Führer des bedeutendsten Ereignisses in der bisherigen Menschheitsgeschichte: der russischen Oktoberrevolution. Allein diese Rolle würde ihm einen Platz im Olymp der Arbeiter\*innenbewegung sichern. Aber er war nicht nur ein revolutionärer Führer, Redner, Organisator, er hat nicht nur die Rote Armee aus dem Nichts geschaffen und zum Sieg im Bürgerkrieg gegen die konterrevolutionären und imperialistischen Truppen geführt. Er hat vor allem den entscheidenden Beitrag im 20. Jahrhundert geleistet, den Marxismus auf eine sich verändernde Welt anzuwenden.

### **Trotskyismus als marxistische Methode**

Nichts anderes ist Trotskyismus: die Anwendung der marxistischen Methode in modernen Zeiten. In einigen der wichtigsten neuen Fragen, die sich der Arbeiter\*innenbewegung im 20. Jahrhundert stellten, hat Trotsky die klarsten Antworten formuliert – und das früher als jeder andere. Er hat die Texte von Marx, Engels und Lenin nicht als in Stein gemeißelte Dogmen verstanden, sondern die ihnen zugrunde liegende Denkweise angewendet und somit den Marxismus entscheidend weiterentwickelt. Auf dogmatische Marxist\*innen angesprochen soll Marx selber einmal gesagt haben, er sei kein Marxist. Trotsky würde sicher ähnlich reagieren, wenn er sehen könnte, wie einige seiner selbst ernannten Erb\*innen nur seine Worte wiederholen, anstatt seine Methode anzuwenden. Die Ideen Trotsky, die in unzähligen Büchern, Artikeln und Briefen formuliert wurden und bis heute leider keine Zusammenfassung in einer kompletten Werkausgabe gefunden haben, müssen auch

heute als Leitlinie aufgefasst und weiterentwickelt werden. Sie formulieren aber gleichzeitig zentrale Erkenntnisse und Prinzipien des Marxismus, die verteidigt werden müssen. Manche dieser Ideen waren neue Antworten auf neue Situationen, andere waren weitgehend die Verteidigung marxistischer Prinzipien gegen deren Aufgabe in den dominierenden Strömungen der Arbeiter\*innenbewegung, der reformistischen Sozialdemokratie und dem, in seiner Politik nicht minder reformistischen, Stalinismus.

Es können einige wesentliche Ideen benannt werden, die den Trotskyismus ausmachen und heute weiterhin von großer Bedeutung sind.

Die bahnbrechenden Beiträge Trotsky zum Marxismus sind erstens die Analyse des Stalinismus und daraus ableitend Grundsätze einer sozialistischen Demokratie und zweitens die so genannte Theorie der Permanenten Revolution, die höchste Aktualität für die Aufgaben der Arbeiter\*innenbewegung in Afrika, Asien und Lateinamerika hat. Darüber hinaus sind folgende wichtigen Merkmale des Trotskyismus zu nennen: Drittens Trotsky's Faschismusanalyse und seine Vorschläge zum antifaschistischen Kampf. Viertens seine Analyse der so genannten Volksfronten, der Regierungsbündnisse von Arbeiter\*innenparteien mit bürgerlichen, pro-kapitalistischen Parteien. Fünftens das Übergangsprogramm und die diesem zugrunde liegende Methode ein Programm auszuarbeiten, das eine Brücke zwischen dem heutigen Bewusstsein der Arbeiter\*innenklasse und der sozialistischen Revolution darstellt. Sechstens das Organisationsverständnis, die Notwendigkeit revolutionäre, marxistische Organisationen aufzubauen. Siebtens der Internationalismus, sowohl im Sinne der Notwendigkeit einer internationalen sozia-

listischen Revolution als Teil der Theorie der Permanenten Revolution, als auch als internationalistisches Organisationsprinzip – der Schaffung einer marxistischen Internationale.

### **Antibürokratischer Marxismus**

Ab den frühen 1920er Jahren war Trotsky's Leben vom Kampf gegen die Bürokratisierung der jungen Sowjetunion und den aufkommenden Stalinismus geprägt. Dies war ein völlig neues historisches Phänomen, das von den großen marxistischen Lehrmeistern nicht vorausgesehen werden konnte. Es ist Trotsky's größtes theoretisches Verdienst eine marxistische Analyse des Stalinismus entwickelt zu haben, die in jeder Hinsicht den Test der geschichtlichen Ereignisse bestanden hat.

Heute stellen bürgerliche Historiker Trotsky als den Verlierer eines persönlichen Machtkampfes dar und auch Anarchist\*innen behaupten, wäre Trotsky erfolgreich gewesen, wäre er an Stalins Stelle zum Diktator geworden. Trotsky selber hat diese Thesen politisch und praktisch widerlegt. In seiner unvollendeten Stalin-Biographie schrieb er:

*“Weder Stalin noch ich sind zufällig in unsere heutigen Positionen geraten. Wir haben diese Positionen nicht erschaffen. Jeder von uns ist in dieses Drama als Vertreter bestimmter Ideen und Prinzipien hineingezogen worden. Diese Ideen und Prinzipien wiederum sind nicht vom Himmel gefallen, sondern haben tiefe soziale Wurzeln. Deshalb muss man nicht von der psychologischen Abstraktion von Stalin als Menschen ausgehen, sondern von seiner konkreten historischen Persönlichkeit als Führer der sowjetischen Bürokratie. Man kann die Taten Stalins nur verstehen, wenn man von den*

*Bedingungen der Existenz der neuen privilegierten Schicht ausgeht, die gierig nach materiellem Komfort, besorgt um ihre Positionen, ängstlich vor den Massen ist und jede Opposition tödlich hasst."*

Aus dem Verständnis, dass die Bürokratie Ausdruck der sozialen Entwicklungen in der Sowjetunion war, lehnte Trotzki es ab, seinen Einfluss in der Roten Armee für ein militärisches Vorgehen gegen Stalin und seine Gefolgsleute zu nutzen. Er war sich bewusst, dass nur die unabhängige Aktion der Arbeiter\*innenklasse die Bürokratie schlagen könnte und wollte nicht einen Beitrag dazu leisten, die Parteibürokratie durch eine Militärbürokratie zu ersetzen.

Einschränkungen demokratischer Freiheiten, die Trotzki während und kurz nach dem Bürgerkrieg mitgetragen hatte, wurden von ihm, Lenin und den Bolschewiki als vorübergehende Notmaßnahmen zur Verteidigung des jungen und schwachen Arbeiter\*innenstaates verstanden, nicht als kommunistische Prinzipien. Deshalb stellte er in den Mittelpunkt des Kampfes gegen die Bürokratie die Forderung nach freier Debatte in der Kommunistischen Partei und nach der Wiederbelebung der Räte als Organe der Arbeiter\*innendemokratie.

Seine Opposition gegen den Stalinismus fußte auf einem Klassenstandpunkt. Er verteidigte die durch die Oktoberrevolution erreichten Errungenschaften – die Verstaatlichung der Wirtschaft, die ökonomische Planung und das Außenhandelsmonopol. Er argumentierte dafür, dass Staat und Wirtschaft wieder unter die Kontrolle und Leitung der Arbeiter\*innenklasse geraten. Dies war, spätestens ab Beginn der 1930er Jahre, nur durch einen revolutionären Sturz der herrschenden Bürokratie möglich, die eine politische Kon-

terrevolution – die politische Entmachtung der Arbeiter\*innenklasse – durchgeführt hatte. Trotzki sagte voraus, dass ohne eine solche politische Revolution, die eine sozialistische Entwicklung der Sowjetunion hätte einleiten können, eine Wiederherstellung des Kapitalismus drohe, die das Land weit zurückwerfen würde. Später als vorhersehbar war, hat sich diese Perspektive 1989 bis 1991 bestätigt. Die Restauration des Kapitalismus stellte und stellt für die russischen Massen und die Bevölkerungen in den anderen ehemals stalinistischen Staaten eine soziale Katastrophe dar.

Trotzki's Stalinismusanalyse ist nicht nur von historischem Interesse. Abgesehen davon, dass sie auf die heutige Situation in Kuba anwendbar ist, bietet sie auch eine Leitlinie in Bezug auf die Bürokratisierung der venezolanischen Gesellschaft zuerst unter Hugo Chávez und dann unter Nicolás Maduro, auch wenn dort die kapitalistischen Verhältnisse nicht abgeschafft wurden. Vor allem aber gibt sie eine Vorstellung von der sozialistischen Demokratie, die Marxist\*innen anstreben. Sie führt zur Unterstreichung sozialistischer Prinzipien, die in der Pariser Kommune und der Oktoberrevolution ausgearbeitet wurden und wichtige Grundpfeiler für eine Arbeiter\*innendemokratie darstellen müssen: die jederzeitige Wähl- und Abwählbarkeit von Funktionär\*innen, die Begrenzung von Funktionär\*innengehältern auf einen durchschnittlichen Arbeiter\*innenlohn, die Rotation von Ämtern, den Aufbau demokratisch strukturierter bewaffneter Staatsorgane (Milizen als Umsetzung der klassischen sozialistischen Forderung nach Volksbewaffnung) statt eines von der Gesellschaft abgehobenen stehenden Heers. Heute würden Marxist\*innen aufgrund der Erfahrungen mit dem Stalinismus eine grundsätzliche Opposition gegen

einen Ein-Parteien-Staat hinzufügen und das Recht zur Bildung von freien Gewerkschaften und Parteien fordern – selbstverständlich mit Ausnahme solcher faschistischen und konterrevolutionären Parteien, die mit Waffengewalt gegen einen Arbeiter\*innenstaat vorgehen wollen.

### **Permanente Revolution im 20. und 21. Jahrhundert**

Trotzki entwickelte aus den Erfahrungen der Russischen Revolution von 1905 und einer Analyse der russischen Gesellschaftsstruktur die These, dass in Ländern mit verspäteter kapitalistischer Entwicklung nicht die nationale Kapitalistenklasse die offenen Aufgaben der bürgerlichen Revolution lösen kann, sondern nur die Arbeiter\*innenklasse dies erreichen kann. Diese könne aber in einem revolutionären Prozess nicht bei den bürgerlichen Aufgaben verharren, sondern müsse zur Festigung ihrer Macht und zur Durchsetzung ihrer Interessen unmittelbar an die Aufgaben der sozialistischen Revolution gehen (siehe dazu den Artikel von Sebastian Förster auf Seite 3). Diese Revolutionskonzeption ist als Theorie der Permanenten Revolution bekannt geworden und wurde von Trotzki später verallgemeinert auf ökonomisch unterentwickelte Länder angewendet. Sie ist auch heute noch zutreffend.

Die ehemals koloniale Welt befindet sich heute in einem Zustand wirtschaftlicher Abhängigkeit von den imperialistischen Staaten und ihren Institutionen, wie IWF und Weltbank. Der klassische Kolonialismus wurde von einem Neokolonialismus abgelöst, der zwar formelle Unabhängigkeit bedeutet, aber real nur eine neue Form der Abhängigkeit eingeführt hat. In Ländern wie Pakistan, Nigeria oder Kolumbien gibt es keine stabilen bürgerlichen Demokratien, es herrschen weiterhin halbfeudale

Zustände auf dem Land, die nationale Frage ist (wo sie existiert) ungelöst. Offensichtlich haben sich die Kapitalistenklassen in diesen Ländern als zu schwach, unfähig und unwillig zur Lösung der Aufgaben der bürgerlichen Revolution gezeigt. Das hat seine Gründe in der enormen wirtschaftlichen und militärischen Dominanz der imperialistischen Staaten, aber auch darin, dass Kapitalistenklassen und Großgrundbesitzer in solchen Ländern weitgehend eine Personalunion bilden. Die Kapitalisten haben auf dem Land investiert und die Großgrundbesitzer haben in der Industrie investiert. Es gibt kein Interesse der Kapitalisten die Landfrage zu lösen. Mehr noch: die Angst vor der Arbeiter\*innenklasse hält das schwache Bürgertum in diesen Ländern davon ab, an die Lösung dieser Fragen heranzugehen. Denn würde die Arbeiter\*innenklasse mobilisiert, gäbe es für sie keinen Grund bei den bürgerlichen Aufgaben stehen zu bleiben. Sie würde ihre sozialen Interessen zur Geltung bringen und ihre eigenen Forderungen nach höherem Lohn, menschenwürdigen Arbeitsbedingungen, freien Gewerkschaften, Streikrecht, Sozialversicherungen etc. aufstellen und dafür kämpfen. Das würde sie in einen unüberbrückbaren Widerspruch zu den Interessen der einheimischen Kapitalisten bringen und die Frage der sozialistischen Revolution auf die Tagesordnung setzen. Genau das konnte man in vielen revolutionären Bewegungen des 20. Jahrhunderts beobachten.

Als die iranischen Massen 1978/79 gegen die Diktatur des Schah Reza Pahlavi aufbegehrten, spielte die Arbeiter\*innenklasse durch einen wochenlangen Generalstreik die entscheidende Rolle, das verhasste Regime zum Sturz zu bringen. In ihren Mobilisierungen gegen den Schah stellte sie aber nicht nur demokratische Forderungen auf, sondern auch soziale. Räte

entstanden und Forderungen nach Verstaatlichung, zum Beispiel der Ölindustrie, wurden erhoben. Eine „Republik der Armen“ wurde gefordert, die nur erreichbar gewesen wäre, wenn die Revolution den bürgerlich-kapitalistischen Rahmen verlassen hätte. Um das zu verhindern, musste der Kapitalismus Zuflucht zu den Islamisten um Ayatollah Khomeini nehmen, der die Revolution von innen zerstören und die Arbeiter\*innenbewegung unterdrücken konnte. Ähnliche Phänomene konnte man in Indonesien in den 1960er Jahren oder in der portugiesischen Nelkenrevolution 1974 beobachten. Eine künstliche Beschränkung der sozialen Kämpfe auf bürgerlich-demokratische Forderungen entspricht nicht der gesellschaftlichen Situation und der Dynamik der Arbeiter\*innenkämpfe. Die Politik der an verschiedenen Schattierungen des Stalinismus orientierten Kräfte, auf Bündnisse mit bürgerlichen Kräften zur Erkämpfung einer kapitalistisch-demokratischen Etappe zu setzen, war zum Scheitern verurteilt. Diese auf der so genannten Etappentheorie basierende Politik verkennt, den schwachen und abhängigen Charakter des Bürgertums in diesen Ländern und schreibt diesem ein revolutionäres Potenzial zu, was es nicht hat.

Tatsächlich hat sich die Theorie der Permanenten Revolution auch in den Ländern bestätigt, in denen nach dem Zweiten Weltkrieg der Kapitalismus abgeschafft wurde – wenn auch in verzerrter Form. In China, Kuba und anderen Ländern entwickelten sich aufgrund der Politik der Arbeiter\*innenbewegung dominierenden stalinistischen und kleinbürgerlichen Kräfte zwar keine klassischen Arbeiter\*innenrevolutionen nach dem Vorbild der Oktoberrevolution, aber die Tatsache, dass der Kapitalismus unfähig war, diese Länder sozial und ökonomisch zu entwickeln, führte zu einem Vakuum,

in das die Guerillas von Mao und Castro hinein stoßen konnten und das diese dazu zwang weiter zu gehen, als sie ursprünglich vor hatten (denn Mao war ein Anhänger der Etappentheorie und Castro nicht mehr als ein kleinbürgerlicher Demokrat) und die kapitalistischen Eigentums- und Produktionsverhältnisse zu überwinden und Staaten nach dem Vorbild der stalinistischen Sowjetunion zu schaffen.

In den letzten zwanzig Jahren haben wir gesehen, wie revolutionäre Bewegungen in Nepal, Venezuela, Nordafrika oder dem Sudan in die Sackgasse geraten können, wenn sie nicht bereit sind, die Grenzen des Kapitalismus zu sprengen. Die Politik der Maoisten in Nepal, die zum Sturz der Monarchie in eine bürgerliche Regierung eintraten, zeigte keine Perspektive auf, die großen sozialen und wirtschaftlichen Probleme des Landes zu lösen und musste zu einer Entfremdung der Massen mit ihnen führen.

In Venezuela hatte Chávez eine Zeit lang einen positiven Bezug auf Trotzki und die Permanente Revolution propagiert, seine Ideen aber tatsächlich entstellt. Trotz einer Reihe zu unterstützenden Sozialreformen und einiger Verstaatlichungen war die Politik der venezolanischen Regierungen von Chávez und Maduro nie auf einen Bruch mit dem Kapitalismus ausgerichtet. Das führte in den letzten Jahren nicht nur zu einer Reduktion der Sozialprogramme aufgrund der Auswirkungen der kapitalistischen Krise, sondern auch zu einem Rückgang der Unterstützung für die Regierungen in der Bevölkerung. Insbesondere die stark gewachsene staatliche Bürokratie führt zu großem Unmut. Auch die Revolutionen in Ägypten und Tunesien führten zu keiner grundlegenden Verbesserung der Lebenssituation der Massen, weil zwar die Diktatoren Ben Ali und Mubarak gestürzt wurden, die grundlegenden kapitalistischen Macht- und Ei-

gentumsverhältnisse aber unangestastet blieben – auch weil Gewerkschaften und Linke auf Bündnisse mit „demokratischen“ bürgerlichen Kräften statt auf eine unabhängige sozialistische Klassenpolitik setzten. Eine marxistische Politik für Venezuela, Nepal und Nordafrika hätte die selbständige Organisation der Arbeiter\*innenklasse in den Mittelpunkt gerückt und für ein Programm der Verstaatlichung der entscheidenden Wirtschaftsbereiche und der Bildung einer auf Fabrik- und Nachbarschaftskomitees basierenden Arbeiter\*innenregierung gekämpft.

### **Trotzki's Faschismustheorie und antifaschistische Taktik**

Trotzki erkannte wie kein Anderer die Gefahr, die in den 1920er und 1930er Jahren von den faschistischen Bewegungen für die Arbeiter\*innenklasse und die ganze Menschheit ausging. Immer wieder versuchte er auf die deutsche Arbeiter\*innenbewegung Einfluss zu nehmen, um die drohende Katastrophe abzuwenden.

Zwei Gedanken standen bei ihm im Mittelpunkt. Erstens, dass der Faschismus keine normale Form der bürgerlich-kapitalistischen Reaktion war. Mittels seiner Massenbasis im Kleinbürgertum (kleine Gewerbetreibende, Bauern, Beamte etc.) bauten die Faschisten eine terroristische Bewegung auf, deren Ziel die völlige physische Vernichtung jeglicher Formen von Arbeiter\*innenorganisationen war. Deshalb sah er im Kampf gegen Hitler die höchste Priorität für die deutsche und internationale Arbeiter\*innenbewegung. Er wies die Haltung der Kommunistischen Partei zurück, die den Faschismus-Begriff inflationär benutzte und ihn sowohl auf die halb-bonapartistischen Regierungen vor Hitler (Brüning, Papen, Schleicher) als auch auf die Sozialdemokratie anwendete. Damit wurde die be-

sondere Gefahr, die von den Nazis ausging, relativiert und die Arbeiter\*innenklasse nicht auf die nahende Entscheidungsschlacht vorbereitet. Zweitens erkannte Trotzki, dass der Faschismus nur an die Macht gelangen kann, wenn die Kapitalistenklasse ihm dazu verhilft – wenn die Bosse und Banker also auf die totale Vernichtung der Arbeiter\*innenbewegung setzten, um ihre Profitaussichten zu sichern und die drohende sozialistische Revolution abzuwenden. Daraus schlussfolgerte er, dass der Kampf gegen die Nazis auf einer proletarischen Klassenbasis und mit einer sozialistischen Perspektive geführt werden musste. Tatsächlich war die historische Alternative im Deutschland der frühen 1930er Jahre Sozialismus oder Faschismus. Darauf aufbauend argumentierte er für eine Einheitsfront der Arbeiterorganisationen zur Abwehr der Nazis (siehe Artikel auf Seite 19) und lehnte zum Beispiel ab, sich auf die Institutionen des bürgerlichen Staates, wie die preußische Polizei, im Kampf gegen Hitler zu verlassen.

Was können wir daraus für den heutigen Kampf gegen AfD, NPD und Nazi-Kameradschaften lernen? Natürlich ist die heutige Situation in vielerlei Hinsicht nicht mit den 1930er Jahren zu vergleichen. Weder steht der Kapitalismus kurzfristig vor der Notwendigkeit (noch wäre er dazu in der Lage) zu brutalen diktatorischen Herrschaftsmethoden zu greifen, noch besteht heute eine vergleichbare soziale Basis für eine faschistische Massenbewegung, denn das Kleinbürgertum ist in Deutschland heute viel kleiner als damals. Die Nazis haben dementsprechend keine aktive Massenbasis und erreichen in der Regel nur dann beachtliche Wahlerfolge, wenn sie ihre tatsächlichen Ziele verstecken und sich ein demokratisches Mäntelchen umlegen. Tatsächlich ist daraus das Phänomen rechtspopulisti-

scher Parteien wie der AfD entstanden, die zwar extrem rassistisch und nationalistisch sein können, aber keine einer faschistischen Bewegung vergleichbare physische Bedrohung für die Arbeiter\*innenbewegung darstellen. Dass eine solche auch durch kleinere Nazi-Organisationen besteht, zeigen aber Angriffe auf Gewerkschaftler\*innen, die NSU-Mordserie und andere Anschläge auf Migrant\*innen und Linke. Und doch sind wichtige Gedanken Trotzki's auf heute anwendbar. Zum einen der Gedanke, dass der Faschismus keine normale Form der bürgerlichen Reaktion ist und deshalb auch nicht mit normalen Mitteln bekämpft werden kann. Daraus ergibt sich eine Politik der Konfrontation der Nazis: für die Verhinderung ihrer Aufmärsche und Versammlungen. Ihnen sind demokratische Rechte zu verwehren, weil sie diese nur dazu ausnutzen, Terror zu verbreiten und die Abschaffung demokratischer Rechte vorzubereiten. Zum anderen der Gedanke, dass der Faschismus nicht gemeinsam mit den Vertreter\*innen des Kapitalismus zu bekämpfen ist. Nazis und auch Rechtspopulisten ziehen ihre Unterstützung aus dem Image, die Interessen des kleinen Mannes zu vertreten. Sie präsentieren sich als Gegner des Establishments, der Politikerkaste und oftmals auch des kapitalistischen Systems. Wie soll es da möglich sein, gemeinsam mit Vertreter\*innen dieses Establishments Menschen, die sich wegen genau dieser Ablehnung von den Rechten angezogen fühlen oder bereit sind, ihnen eine Chance zu geben, gegen diese zu mobilisieren? Nur wenn der Kampf gegen Nazis und Rechtspopulisten mit einem Kampf gegen die gesellschaftlichen Ursachen, die ihr Wachstum ermöglichen, verbunden wird, kann er auch dauerhaft erfolgreich sein.



### Für unabhängige Arbeiter\*innenpolitik

Trozkis Verdienst war nicht zuletzt die Verteidigung von Prinzipien, die die marxistische Arbeiter\*innenbewegung über viele Jahrzehnte von Kämpfen und Debatten entwickelt hatte. Rosa Luxemburg führte schon um die Jahrhundertwende den Kampf gegen den so genannten Millerandismus – die Beteiligung von Sozialist\*innen an bürgerlichen, pro-kapitalistischen Regierungen. Das Mitglied der französischen Sozialistischen Partei Millerand war damals als Minister in die dortige Regierung eingetreten. Luxemburg erklärte, dass man als Mitglied einer Regierung Mitverantwortung für das gesamte Handeln der Regierung übernimmt und es nicht die Aufgabe von Sozialist\*innen sein kann, an der Verwaltung des Kapitalismus teilzunehmen. Die Bolschewiki verfolgten im Revolutionsjahr 1917 dieselbe Politik als sie sich weigerten in die Provisorische Koalitionsregierung aus bürgerlichen Kadetten, Sozialrevolutionären und Menschewiki einzutreten und diese auch nicht von außen unterstützten. Dieses Prinzip fußte auf der Einschätzung eines unüberbrückbaren Interessengegensatzes zwischen Kapitalistenklasse und Arbeiter\*innenklasse und der Unfähigkeit des Kapitalismus, auch bei so genannten Mitte-Links-Regierungen, eine dauerhafte fortschrittliche Entwicklung im Interesse der Masse der Bevölkerung zu ermöglichen. In pro-kapitalistischen Regierungen mussten die Arbeiter\*innenparteien zwangsläufig Kompromisse eingehen, die sie ihres sozialistischen und revolutionären Charakters berauben mussten, schließlich stand die Geschäftsgrundlage einer solchen Regierung im Widerspruch zum Sozialismus. Deshalb war eine unabhängige Organisation und Politik der Arbeiter\*innenklasse

notwendig und die Arbeiter\*innenparteien sollten eine solche betreiben und propagieren, nicht zuletzt um die Massen zu einem Klassenbewusstsein zu erziehen und eine sozialistische Veränderung der Gesellschaft vorzubereiten.

Die stalinisierte Kommunistische Internationale brach dieses Prinzip, nachdem ihre ultralinke Politik der so genannten Dritten Periode in der nahezu widerstandslosen Machtergreifung der Nazis geendet war. Nun schüttete sie das Kind mit dem Bad aus und propagierte im Kampf gegen den Faschismus die Bildung von Koalitionsregierungen mit bürgerlich-demokratischen Parteien zur Verteidigung der kapitalistischen Republik. Die bekanntesten Beispiele für solche Regierungen entstanden in Frankreich und Spanien und wurden Volksfront-Regierungen genannt. Sie spielten eine direkte Rolle bei der Verhinderung einer sozialistischen Revolution. Auch nach dem Zweiten Weltkrieg traten Kommunistische Parteien in Westeuropa in bürgerliche Koalitionsregierungen ein und leisteten einen Beitrag zu Konsolidierung des Kapitalismus nach der Katastrophe des Kriegs, die in vielen Ländern zu starken revolutionären Bewegungen führte. Grund für diese konterrevolutionäre Politik der stalinistischen Parteien waren die Interessen der Moskauer Bürokratie. Diese sah in einer Arbeiter\*innenrevolution in einem anderen Land eine Bedrohung ihrer Machtposition, denn die Entwicklung von Arbeiter\*innenräten und sozialistischer Demokratie hätte auch für die sowjetische Arbeiter\*innenklasse ein Beispiel sein können.

Trotski führte einen erbitterten Kampf gegen diese Volksfrontpolitik. Er erkannte, dass eine Beschränkung des antifaschistischen Kampfes in Zeiten der sozialen Revolte auf die Verteidigung der kapitalistischen Republik, und damit der kapitalistischen Eigentums-

und Produktionsverhältnisse, diesen nicht stärkt, sondern schwächt und prophezeite im Fall Spaniens, dass dies zur Niederlage der Republik führen würde. Und er betonte den konterrevolutionären Charakter solcher Volksfrontregierungen und warb für einen Bruch der Arbeiter\*innenparteien mit diesen.

Nun befinden wir uns heute nicht in einer revolutionären Periode, wie im Spanien oder Frankreich der 1930er Jahre. Die Frage der Regierungsbeteiligung von linken bzw. Arbeiter\*innenparteien mit bürgerlichen, pro-kapitalistischen Parteien ist aber brandaktuell. In Italien führte die Beteiligung der Partito Rifondazione Comunista (Partei der Kommunistischen Neugründung) an der pro-kapitalistischen Prodi-Regierung zum Niedergang der Partei, weil sie mitverantwortlich für den Sozialabbau war, von ihr als kommunistischer Partei aber eine grundlegend andere Politik erwartet wurde. Heute gibt es in Italien keinen sozialistischen oder kommunistischen Parlamentsabgeordneten – in dem Land, das einstmals die stärkste Kommunistische Partei Westeuropas vorweisen konnte!

In Deutschland ist die Partei DIE LINKE in Berlin, Thüringen und Bremen in Koalitionsregierungen mit der SPD und den Grünen und verwaltet den Kapitalismus, statt alle Kraft darauf zu verwenden Selbstaktivität und Selbstorganisation der arbeitenden Bevölkerung gegen Privatisierungen und Stellen- und Sozialabbau zu fördern. Eine solche Politik, auch wenn sie mit der Motivation betrieben wird, schlimmeren Sozialabbau zu verhindern, ist mit einer sozialistischen Perspektive unvereinbar, entfremdet die bewussten Teile der Arbeiter\*innenklasse von der LINKEN und schwächt den Aufbau einer Gegenbewegung gegen den Kapitalismus. Sie schwächt früher oder später auch DIE LINKE, wie die Erfahrungen der Wahlergebnis-

se der PDS nach den ersten Regierungsperioden in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern zeigen.

Trotzkist\*innen sind scharfe Gegner\*innen einer solchen Politik des Klassenkompromisses und fordern den Austritt der LINKEN aus solchen Regierungen. Sollten sie zumindest, wie die Sol es tut. Wenn LINKE-PolitikerInnen, die sich als Trotzkist\*innen verstehen, eine unklare Haltung zu dieser Frage einnehmen, machen sie einen schweren Fehler, was in der Vergangenheit leider vorkam. Sol-Mitglieder sind nicht zuletzt Teil der Antikapitalistischen Linken (AKL) innerhalb der Partei DIE LINKE, weil die AKL eine grundsätzliche Opposition gegen Regierungsbeteiligungen formuliert (gut zusammengefasst in dem Buch „Nach Goldschätzen graben, Regenwürmer finden. Die Linke und das Regieren, PapyRossa 201x) und nicht der Strömung „Bewegungslinke“, die explizit offen ist für Kräfte, die in solchen Regierungskoalitionen einen Weg zu gesellschaftlicher Veränderung sehen.

### **Für ein sozialistisches Übergangsprogramm**

Jede politische Organisation oder Bewegung definiert sich in letzter Instanz durch ihr Programm. Ein Programm hat aber nicht nur die Aufgabe politischen Ziele zu benennen, sondern beinhaltet auch eine Methode, wie diese Ziele erreicht werden sollen. Programme können Lippenbekenntnisse sein, wenn sie so formuliert sind, dass ihre Zielsetzungen mit der konkreten Politik der jeweiligen Organisation wenig zu tun haben. Wer glaubt der SPD zum Beispiel, dass sie für demokratischen Sozialismus eintritt, obwohl dies Teil ihres Grundsatzprogramms ist?

Ein Verdienst Trotzki's war es zur Gründung der Vierten Internationale einen Programmentwurf vorzulegen, der nicht nur die poli-

tischen Ziele und Prinzipien der neu zu gründenden Organisation zusammenfasste, sondern auch die Herangehensweise an die Entwicklung eines marxistischen Programms, wie sie schon von den Bolschewiki 1917 und der jungen Kommunistischen Internationale zu Beginn der 1920er Jahre praktiziert wurde, zu verallgemeinern. Dabei geht es um die Propagierung so genannter Übergangsforderungen, also um das Aufstellen eines Übergangsprogramms. Das Gründungsdokument der Vierten Internationale, das den Titel „Der Totenkampf des Kapitalismus und die Aufgaben der Vierten Internationale“ trug ging dementsprechend als das „Übergangsprogramm“ in die Geschichte ein.

Das Übergangsprogramm geht von einem Widerspruch zwischen der objektiven Reife der gesellschaftlichen Situation (Krise des Systems einerseits, hoher Entwicklungsstand der Produktivkräfte und von Wissenschaft und Technik andererseits) für eine sozialistische Veränderung und der subjektiven Unreife der Arbeiter\*innenklasse (Unklarheit im Bewusstsein, Schwäche und verräterische Führung ihrer Organisationen) aus. Wie schon Rosa Luxemburg sagte, besteht die Aufgabe darin, um die Macht zu erobern, erst einmal die Massen zu erobern. Ein Übergangsprogramm soll dem Rechnung tragen und eine Brücke darstellen zwischen dem aktuellen Bewusstsein und dem bestehenden Stand der Klassenkämpfe und dem Ziel der sozialistischen Revolution. Es beschreibt dementsprechend nicht die aufzubauende sozialistische Gesellschaft, sondern die Aufgaben im Übergang zu dieser und formuliert Forderungen, die dazu dienen sollen, die Arbeiter\*innenklasse von der Eroberung der Macht zu überzeugen und dafür zu mobilisieren. So heißt der Untertitel des Gründungsdokuments der Vierten Internationale: „Die Mobilisierung

der Massen um Übergangsforderungen als Vorbereitung zur Eroberung der Macht“.

Was bedeutet diese Methode für die heutige Zeit? Der von Trotzki genannte Widerspruch zwischen der objektiven Reife und subjektiven Unreife für den Übergang zum Sozialismus besteht heute in noch weitaus größerer Art als 1938. Damals konnte man die Krise der Arbeiter\*innenklasse in der Krise ihrer Führung zusammen fassen, aber immerhin gab es ein weit verbreitetes sozialistisches Bewusstsein unter Arbeiter\*innen und es gab starke Arbeiter\*innenparteien mit sozialistischem Anspruch, auch wenn sie von sozialdemokratischen und stalinistischen Apparaten besetzt waren. Heute gibt es nicht nur eine Krise der Führung der Arbeiter\*innenbewegung, sondern auch eine Krise des Bewusstseins und der Organisation: es gibt in der Masse der Arbeiter\*innenschaft in den meisten Ländern, sicherlich in Deutschland, kein sozialistisches Bewusstsein (wenn auch viel Sympathie für sozialistische Ideen, für Marx und große Ablehnung der Banken und Konzerne) und es gibt in den meisten Ländern keine Massenparteien der Arbeiter\*innenklasse. Auf diesen Umstand muss in der Formulierung und Präsentation eines sozialistischen Programms Rücksicht genommen werden. Das darf aber nicht so weit gehen, dass dem Programm der sozialistische Inhalt genommen wird. Die zu bauende Brücke muss tatsächlich beide Enden verbinden: das derzeitige Bewusstsein und die Notwendigkeit den Kapitalismus durch eine sozialistische Demokratie zu ersetzen. Halbe Brücken führen in den Abgrund.

Leider haben in den letzten Jahren einige Linke, darunter auch solche, die sich als Trotzkist\*innen verstehen, nur halbe Brücken gebaut – und dies auch noch als Übergangsprogramm bezeichnet! Führende Protagonist\*innen der

heutigen marx21-Strömung haben sich in der Gründungsphase der WASG (Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit – 2004 gegründete neue Partei, die 2007 mit der PDS zur LINKEN fusionierte) dadurch hervor getan, dass sie es explizit ablehnten für die WASG ein sozialistisches Programm vorzuschlagen und erklärten das mit dem fehlenden sozialistischen Bewusstsein in der Bevölkerung. Dies vergaßen sie dann ganz schnell, als im Vereinigungsprozess von WASG und PDS (so gut wie) niemand mehr in Frage stellte, dass das Parteiprogramm einen sozialistischen Bezug haben sollte. Seitdem geht es eher um die spannende Frage, was Sozialismus eigentlich ist und wie er erreicht werden kann. So mancher Linke hat in den letzten Jahren in Worten für ein Übergangsprogramm argumentiert, so der damalige LINKE-Bürgerschaftsabgeordnete in Hamburg, Joachim Bischoff, und der britische Professor und Repräsentant der dortigen Socialist Workers Party, Alex Callinicos, in seinem Antikapitalistischen Manifest von 2003. Doch beide bezeichneten ein Programm als Übergangsprogramm, das in den Grenzen keynesianischer Regulierung und Staatsintervention im Rahmen der Marktwirtschaft verharrete. Ähnliches konnte man in der Erklärung zur Euro-Krise verschiedener europäischer trotzkistischer und antikapitalistischer Organisationen im Jahr 2020 oder dem Corona-Manifest von Winfried Wolf, Christain Zeller und Verena Krelinger aus diesem Jahr sehen. Statt unzweideutig für die Notwendigkeit der Ersetzung der Marktwirtschaft durch demokratische Planwirtschaft zu argumentieren und die Überführung der Banken und Konzerne in öffentliches Eigentum bei demokratischer Kontrolle und Verwaltung durch die arbeitende Bevölkerung zu fordern, bleiben diese meist bei Forderungen nach demokratischer Kontrolle stehen –

als ob etwas demokratisch kontrolliert werden kann, das blind nach eigenen Gesetzen wütet und wenigen Privatkapitalisten und Großaktionären gehört.

Ein sozialistisches Übergangsprogramm muss Rücksicht auf das bestehende Bewusstsein nehmen, darf aber nicht zu einem systemimmanenten, reformistischen Programm degradiert werden. Es muss die Unfähigkeit des Kapitalismus, die Krisen und Probleme der Welt zu lösen, zum Ausgangspunkt nehmen und davon Forderungen ableiten, die an diese Ursache herangehen. In der heutigen Zeit der größten kapitalistischen Weltwirtschaftskrise seit den 1930er Jahren, der massiven Überkapazitäten und der drohenden profitgetriebenen ökologischen Katastrophe gilt das umso mehr. Deshalb hat kein Programm die Bezeichnung sozialistisch oder Übergangsprogramm verdient, das nicht die Eigentumsfrage als wesentliche Frage aufwirft und die Verstaatlichung unter demokratischer Arbeiterkontrolle und -verwaltung der Banken und Konzerne und von Unternehmen, die Massenentlassungen planen und Produktionsstätten schließen, fordert.

Doch ein Programm existiert nicht nur auf dem Papier. Es muss im Klassenkampf angewendet werden. Trotzki\*innen sind keine Hinterzimmerrevolutionär\*innen. Sie bringen sich auf allen Ebenen aktiv in Bewegungen und Kämpfe ein, versuchen diese zu stärken, machen Vorschläge für erfolgversprechende Strategien und tragen in diese Kämpfe ein sozialistisches Programm und eine sozialistische Perspektive.

### Revolutionäre Organisation

Nicht selten werden Trotzki\*innen belächelt, weil es relativ viele Organisationen gibt, die sich auf den Trotzismus beziehen. Ihnen wird Sektierertum, Dogmatismus

und Spaltungswut vorgeworfen. Es gibt gute und schlechte Gründe für die Aufspaltung der trotzkistischen Bewegung in viele verschiedene Verbände. Es ist nicht Aufgabe dieses Artikels diese darzulegen. Jedoch kommt in der Existenz dieser Organisationen eine Grundidee Trotzki zum Ausdruck, die dieser wiederum von Lenin aufgenommen und verteidigt hat: die zentrale Bedeutung einer revolutionär-marxistischen Organisation mit einer klaren politischen Vorstellung, sei sie noch so klein und schwimmt sie noch so sehr gegen den Strom. Die Geschichte des Bolschewismus ist dafür der wichtigste historische Beleg.

Die Geschichte des 20. Jahrhunderts ist voll von Beispielen für die Bedeutung einer revolutionären Organisation in revolutionären Situationen – bis auf die erfolgreiche Oktoberrevolution leider Negativbeispiele. In unzähligen Situationen haben die Massen unter Beweis gestellt, dass sie Revolution „machen können“. Deutschland 1918/19, Ungarn 1919, Spanien 1936, Ungarn 1956, Iran 1978/79, Frankreich 1968, Portugal 1974, Ägypten und Tunesien 2011 – die Liste ließe sich fortsetzen. Doch Revolution machen ist eine Sache. Sie zu einem dauerhaften Erfolg führen und eine neue staatliche Ordnung schaffen und verteidigen eine andere. Die Geschichte hat gezeigt, dass dies ohne eine starke, vorbereitete und mit politischer Klarheit ausgestattete revolutionäre Organisation nicht möglich ist. Das war der entscheidende Unterschied in Russland 1917. Hier war die bolschewistische Partei in der Lage die Mehrheit in den Arbeiter\*innen- und Soldatenräten zu gewinnen und diese mit einem Programm und einer Strategie zur erfolgreichen Machteroberung zu führen. Die Notwendigkeit einer revolutionären Organisation ergibt sich daraus, dass die Arbeiter\*innenklasse kein monolithischer

Block ist. Sie besteht aus verschiedenen Schichten mit unterschiedlichen Erfahrungen und Bewusstsein. Die Zusammenfassung der fortgeschrittensten Teile der Klasse in einer Organisation ist nötig, um ein Programm, eine Strategie und Taktik auszuarbeiten und in revolutionären Situationen zur Anwendung kommen zu lassen. Eine solche Organisation kann nicht in einer Revolution selber geschaffen werden. Ihr Kern muss vorher gebildet, geschult, vorbereitet werden. Das hat nicht zuletzt der tragische Verlauf der deutschen Novemberrevolution gezeigt, als die neu gebildete Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) zu unreif und zu schlecht organisiert war, um im Verlauf der Revolution die Mehrheit der Arbeiter\*innenschaft von ihrem Programm zu überzeugen. Die Aufrechterhaltung einer marxistischen Organisation in nicht-revolutionären Zeiten dient aber nicht nur zur Vorbereitung, sondern auch zur Weiterentwicklung der marxistischen Theorie. Ohne eine marxistische Theorie, die auf der Höhe der Zeit ist, kann diese auch keine Anleitung zur Aktion in revolutionären Situationen sein. Sie muss permanent diskutiert, geprüft, getestet werden. Das ist nur in einem kollektiven Prozess der Diskussion und des Handelns möglich und kann nicht die Aufgabe von Einzelpersonen sein, mögen sie auch noch so genial sein. Auch Trotzki brauchte den Austausch mit seinen Gesinnungsgenoss\*innen. In der heute noch komplexeren Welt gilt das umso mehr. Die Beteiligung am Aufbau einer revolutionär-marxistischen Organisation ist deshalb für jeden Trotzkisten und jede Trotzkistin unverhandelbare Kernaufgabe.

Der Aufbau einer solchen Organisation ist aber nicht gleichbedeutend mit Sektierertum oder Spalterei und steht nicht im Widerspruch zum Aufbau breiter Organisationen der Arbeiter\*innenklasse,

seien es Gewerkschaften, Aktionskomitees oder auch breite Arbeiter\*innenparteien. Wir sind seit Mitte der 1990er Jahre für den Aufbau einer neuen Arbeiter\*innenpartei in Deutschland eingetreten. Dies war und ist eine Anerkennung der Tatsache, dass die Arbeiter\*innenbewegung nach dem Zusammenbruch des Stalinismus stark geschwächt wurde. Die Schaffung einer Massenpartei von Arbeiter\*innen wäre in der heutigen Situation ein großer Fortschritt, auch wenn diese nicht auf einem klaren sozialistischen Programm basieren würde, solange sie die grundlegenden Klasseninteressen der Arbeiter\*innen verteidigt. Eine solche Partei böte ein Forum zum gemeinsamen Kampf und zur Debatte über die Frage, wie ein sozialistisches Programm und eine sozialistische Politik aussehen sollen. Wir haben die WASG als einen Schritt in Richtung des Aufbaus einer solchen Partei betrachtet und deshalb haben Mitglieder unserer Organisation von Beginn an energisch die WASG mit aufgebaut. Auch DIE LINKE bietet einen Ansatz zur Schaffung einer Arbeiter\*innenpartei, wenn dies auch durch den offen sozialliberalen Flügel der Befürworter\*innen von Regierungskoalitionen mit SPD und Grünen verkompliziert wird. Deshalb arbeiten unsere Mitglieder in der LINKEN und ihrem Jugendverband mit und setzen sich gleichzeitig für die Bildung eines starken linken, sozialistischen Flügels als Opposition gegen den Kurs der Regierungsbeihilfen ein.

### Internationalismus

Der Marxismus war von Beginn an eine internationalistische Lehre, zusammen gefasst in dem berühmten Schlusssatz des kommunistischen Manifests: „Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!“ Die Organisation, für die dieses Manifest verfasst wurde – der Bund der

Kommunisten – verstand sich als eine internationale Verbindung. Diese Einsicht ergab sich aus der Analyse der kapitalistischen Gesellschaft, die einen Weltmarkt geschaffen hat, aber den Nationalstaat nicht überwinden kann. Sie setzt die Arbeiter\*innen verschiedener Betriebe und verschiedener Länder, Stichwort „Standortsicherung“, in Konkurrenz zueinander. Nur durch die überbetriebliche und internationale Vereinigung der Beschäftigten kann dieser Versuch der Spaltung gekontert werden. Gleichzeitig kann es keinen Sozialismus in einem Land geben. Sozialismus knüpft an der höchsten im Kapitalismus erreichten Produktivkraftentwicklung an, dazu gehört die Internationalisierung von Produktion und Handel. Eine auf ein Land oder einige Länder begrenzte Revolution, das zeigt das Beispiel Sowjetrusslands, kann keinen Sozialismus erreichen. Deshalb ist der Gedanke der internationalen Revolution ein Kernbestandteil der Theorie der Permanenten Revolution. Deshalb ergriffen die Bolschewiki im Oktober 1917 die Macht mit dem Gedanken, dass sie diese nur werden halten können, wenn die Revolution auch im Rest Europas siegen würde.

Dieser Internationalismus der marxistischen Arbeiter\*innenbewegung wurde von den Reformist\*innen und Stalinist\*innen verraten. Diese haben sich letztlich auf nationale Standpunkte gestellt. Die reformistischen Sozialdemokrat\*innen auf den Standpunkt der eigenen nationalen Kapitalistenklasse, die Bürokratie in den stalinistischen Ländern entwickelten ebenso nationalistische Positionen, was zu Konflikten und Brüchen, zum Beispiel zwischen Moskau und Belgrad und zwischen Moskau und Peking führte.

Es waren Trotzki und die Trotzkist\*innen, die am klassischen Internationalismus der Arbeiter\*innenbewegung festhielten und das

Erbe von Rosa Luxemburg und Lenin, für die die Schaffung einer neuen Internationale nach dem Verrat der sozialistischen Zweiten Internationale die höchste Aufgabe war, retteten.

Trozkismus bedeutet deshalb immer internationalistische Politik und das Einnehmen einer internationalistischen Perspektive. Aber nicht nur das. Trozkismus bedeutet auch den Kampf um die Schaffung einer Arbeiter\*inneninternationale fortzusetzen. Das CWI versteht sich als ein Nukleus einer solchen Arbeiter\*inneninternationale. Zu ihm gehören marxistische Gruppen und Organisationen in vielen Ländern auf der Erde. Es ist eine lebendige und demokratische internationale Gemeinschaft, die

mit einem regen internationalen Austausch diskutiert, Positionen entwickelt und handelt.

#### Fazit

Trozkismus ist kein Relikt der Vergangenheit, sondern nichts weiter als moderner Marxismus. Er hat sich mit dem Zusammenbruch des Stalinismus nicht überlebt, sondern bietet weiterhin die entscheidenden Ideen und Anleitungen, um den Kapitalismus des 21. Jahrhunderts richtig zu analysieren und eine Strategie zu seinem Sturz auszuarbeiten. Am Trozkiismus, und auch an der Begrifflichkeit, festzuhalten ist nicht Ausdruck von Rückwärtsgewandtheit oder Dogmatismus, sondern einem

Verständnis der historischen Entwicklung des Kapitalismus und der Arbeiter\*innenbewegung und eine Verteidigung der in 150 Jahren erarbeiteten und in zähen Kämpfen verteidigten revolutionären und internationalistischen Grundsätze.

19. August 2020



## TROZKI, TROZKISMUS, VIERTE INTERNATIONALE

MIT TEXTEN VON LEO TROZKI,  
PIERRE BROUÉ, PETER TAAFFE,  
ANTON DANNAT,  
SEBASTIAN FÖRSTER, WOLFRAM  
KLEIN, SASCHA STANIČIĆ,  
TED GRANT UND LYNN WALSH

**16,90€**

344 Seiten, 2020

ISBN 978-3-96156-095-0

[www.manifest-buecher.de](http://www.manifest-buecher.de)



# **Gewerkschaften raus aus dem Co-Management! Kämpferischer Kurs nötiger denn je**

**Die Lohnabhängigen sind mit den Folgen der Kombination aus wirtschaftlicher Krise und Pandemie doppelt getroffen. Das bedeutet neue, große Herausforderungen für den gewerkschaftlichen Kampf. Mit Sozialpartnerschaft und Co-Management können die kommenden Auseinandersetzungen nicht gewonnen werden.**

*von Torsten Sting, Rostock*

Im Frühjahr 2020, dem bisherigen Tiefpunkt, waren sechs Millionen abhängig Beschäftigte in Kurzarbeit. Gerade für Kolleg\*innen in kleineren Betrieben, in denen es keinen Betriebsrat gibt und wo kein Tarifvertrag gilt, bedeutet das bis heute massive Gehaltseinbußen. Selbst die Bundesregierung muss in einem Bericht zugeben, dass von Einkommensverlusten gerade „Gering- und Normalverdiener“ betroffen sind. Die Arbeitslosigkeit ist deutlich gestiegen und liegt offiziell wieder in der Nähe

von drei Millionen. Existenzängste haben weite Teile der Arbeiter\*innenklasse erfasst.

Aber es gibt auch Arbeiter\*innen, die noch mehr zu tun haben, als vor der Krise. Die Beschäftigten bei der Post und bei Amazon seien hier stellvertretend genannt. Insbesondere sind es aber die Kolleg\*innen im Gesundheitswesen, die im Kampf gegen das Corona-Virus eine extrem hohe Belastung erfahren.

Beschäftigte, häufig Frauen, die nun im Homeoffice arbeiten, müs-

sen zudem noch die Kinder versorgen, Hilfe bei den Hausaufgaben geben usw.

## **Objektive Probleme**

Die schlechtere wirtschaftliche Lage hat die Beschäftigten und mit ihnen die Gewerkschaften in die Defensive befördert. Das Leben wurde durch die Pandemie auf den Kopf gestellt und musste neu sortiert werden. Die Angst, sich mit dem Virus anzustecken, war und ist ein zentraler Aspekt unse-



res Alltags. Dies ist ein wichtiger Faktor, der unser Zusammenleben allgemein erschwert und auch den Kampf für die eigenen Interessen auf gewerkschaftlicher und politischer Ebene komplizierter gemacht hat. Betriebe im Dienstleistungsbereich, in denen der Großteil der Kolleg\*innen nun alleine zu Hause arbeitet, können zweifellos schwerer bestreikt werden. Belegschaften, die sich in der Kurzarbeit befinden, neigen aus Angst vor Arbeitsplatzverlust weniger dazu, offensive Forderungen zu stellen. Und natürlich ist es so, dass ein Teil der Beschäftigten aus Furcht vor einer Infektion derzeit nur schwer zu Aktionen und Demonstrationen zu bewegen ist. Umso wichtiger wäre es, dass die Gewerkschaften einen Plan entwickeln, wie sie diese Schwierigkeiten überwinden können.

### Rolle der Führung

Als Konsequenz aus ihrer sozialpartnerschaftlichen Logik habe die Spitzen der Gewerkschaften jedoch von Anfang an den Schulterschluss mit den Arbeitgeber\*innen und der Bundesregierung geübt. Sie sehen in den Kapitalist\*innen des „eigenen“ Landes Partner\*innen, die im internationalen Wettbewerb unterstützt werden müssen.

Der IG Metall-Vorsitzende Jörg Hofmann war nur konsequent, als er ein Herunterfahren der Industrie mit der Begründung ablehnte, dass dann „unsere Wirtschaftskraft zusammenbrechen“ würde. Dabei können sich aktuell insbesondere große Konzerne wieder über Gewinnsteigerungen freuen. BMW konnte seinen Gewinn im ersten Quartal verfünffachen, Daimler gar verneunfachen. Die Pläne für radikalen Arbeitsplatzabbau werden deshalb nicht verworfen. Stattdessen nutzen viele Konzernbosse die Krisenstimmung, um Angriffe gegen die Beschäftigten zu fahren, die schon lange in den Schubladen

liegen, wie es aus der Wunschliste des Gesamtmetall-Arbeitgeberverbandes deutlich wurde.

Die Gewerkschaftsspitzen verzichteten darauf, die Herrschenden herauszufordern. So passte es ins Bild, dass der 1. Mai 2020 nur online durchgeführt und die Demonstrationen zum ersten mal überhaupt abgesagt wurden. Leider verzichtete der DGB auch dieses Jahr vielerorts auf die traditionelle Demo und vergibt damit eine Chance, die wachsende Wut der arbeitenden Menschen aufzugreifen und (unter Berücksichtigung der nötigen Hygienemaßnahmen) für die eigenen Ziele zu mobilisieren.

Die Tarifrunden im Öffentlichen Dienst und in der Metallindustrie wurden trotz guter Stimmung unter den Beschäftigten, nicht zu größeren Mobilisierungen genutzt. Wiederholt wurden Tarifverträge abgeschlossen, die lange Laufzeiten haben. In der Metall- und Elektroindustrie wurde „ein automatisch wirksamer Entlastungsmechanismus für krisenbetroffene Betriebe“ vereinbart. Hier droht ein Präzedenzfall, in dem die Löhne an die Geschäftsentwicklung gekoppelt werden.

Und selbst bei Firmen, die boomten, wie die Deutsche Post AG, hat in diesem Falle, die ver.di-Spitze keine Offensive für deutliche Gehaltssteigerungen gefahren und nur ein laues Ergebnis erzielt.

Eine nächste wichtige Tarifrunde steht im Handel an. Hier muss ver.di in die Offensive gehen – nicht nur, weil viele Handels- und Supermarktketten Riesenprofite verzeichnen, sondern auch, weil diese Kolleg\*innen gerade in der Pandemie mit zu denjenigen gehören, die an der Front stehen – und seit vielen Jahren in der Regel für ihre Tätigkeit bei gleichzeitig steigender Arbeitsbelastung viel zu gering bezahlt werden. Klar ist, dass ein Arbeitskampf in diesem Bereich die volle Solidarität aus allen DGB-Gewerkschaften wie aus der arbei-

tenden Bevölkerung braucht, um gewonnen werden zu können. Das selbe gilt natürlich auch für diejenigen Kolleg\*innen bei der Bahn, die von der GDL in einen wichtigen Arbeitskampf geführt werden.

### Fallbeispiel Lufthansa

Wohin der Weg führt, wenn im Rahmen der kapitalistischen „Sachzwänge“ agiert wird, kann man gut bei der Lufthansa nachvollziehen. Vor dem Hintergrund der Pandemie und dem drastischen Rückgang des Flugverkehrs, geriet die größte europäische Airline in eine fundamentale Krise. Letztendlich haben alle beteiligten Gewerkschaften von Cockpit, über UFO bis hin zu ver.di dem Druck nachgegeben. Jetzt werden zehntausende Arbeitsplätze vernichtet und deutlichen Einkommenseinbußen der Weg geebnet.

ver.di schloss eine Vereinbarung für die 35.000 am Boden beschäftigten Kolleg\*innen ab. Auf insgesamt 200 Millionen Euro müssen diese nun verzichten: „Freiwilliger“ und „sozialverträglicher“ Arbeitsplatzabbau wird mit der Vereinbarung unterstützt.

Vergessen ist hier der alte Leitspruch: „Lohnverzicht sichert keine Arbeitsplätze“. Natürlich waren die Kampfbedingungen schwer. Die Kolleg\*innen befanden sich in Kurzarbeit, durch den radikalen Einbruch des Flugverkehrs waren die Druckmittel beschränkt und auch das Selbstbewusstsein der Kolleg\*innen angeknackst. Umso wichtiger wäre es gewesen, die Auseinandersetzung politisch zu führen. Als der Bund bei der Lufthansa einstieg und damit vor allem den Milliardär Karl Heinz Thiele „rettete“, hätte ver.di dies offensiv aufgreifen können. Es wäre nötig gewesen, für die komplette Verstaatlichung der Lufthansa unter demokratischer Kontrolle der Beschäftigten zu kämpfen. Dies hätte mit dem Ziel des Erhalts aller



Arbeitsplätze mittels Einführung der 30-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich und ökologischer Verkehrsplanung verbunden werden können. Die Chance war da, den Kampf bei der Lufthansa mit anderen, vergleichbaren Kämpfen wie bei der TUI zu verbinden.

### Gesundheitswesen

Über viele Jahre bereits hat ver.di berechtigte Kritik an den Zuständen im Gesundheitswesen geübt. Die Patient\*innen und die Beschäftigten zahlen mit ihrer Gesundheit oder gar mit ihrem Leben die Quittung für eine Politik, die mit der Agenda 2010 und dem Fallpauschalensystem in Verbindung steht. Viele Umfragen belegen, wie hoch die Unterstützung dafür ist, dass das Gesundheitswesen nicht Profitinteressen ausgesetzt sein darf. Daran könnte ver.di ansetzen, die Bevölkerung mobilisieren und mit den Kämpfen in den Krankenhäusern für mehr Personal verbinden. Hier gab es zwar in den letzten Jahren Erfolge, in dem Tarifverträge in einigen Krankenhäusern abgeschlossen werden konnten. In Berlin soll nun endlich eine gemeinsame Kampagne der Beschäftigten von Vivantes und Charité für mehr Personal und auch die Angleichung der Tochtergesellschaften an den TVÖD stattfinden. Dies ist eine wichtige Auseinandersetzung, die volle Unterstützung auch aus den anderen DGB Gewerkschaften und aus der Bevölkerung braucht. Ausgehend davon muss der Druck auf die ver.di-Führung erhöht werden, eine solche Kampagne auch bundesweit zu planen. Hier fordern Aktive im Gesundheitswesen die Einberufung einer Aktivenkonferenz als ersten Schritt. (Siehe [www.herzschlagwordpress.com](http://www.herzschlagwordpress.com))

### Raum für die Rechte

Durch den weitgehenden Verzicht auf Mobilisierung und Wider-

stand haben es die Gewerkschaftsbürokratien zusammen mit der Spitze der LINKEN zu verantworten, dass deutliche Kritik an der gesellschaftlichen Elite faktisch nur von den selbsternannten „Querdenkern“ und damit von der politischen Rechten wahrnehmbar ist. Auch, wenn derzeit die AfD viel mit ihren innerparteilichen Konflikten zu tun hat und nicht von dem zunehmenden Ansehensverlust des politischen Establishments profitieren kann, bleibt sie eine Partei, die für die Ziele der Gewerkschaften gefährlich ist. Mit Fortschreiten der Krise ist es bei weiterem Versagen der Gewerkschaftsspitzen wahrscheinlich, dass die radikale Rechte wieder erstarkt.

Die Gewerkschaften sollten deshalb auch dringend die Aufgabe erfüllen, sich konsequent für eine Bekämpfung der Pandemie im Sinne der Arbeiter\*innenklasse einzusetzen.

### Was tun?

All die nicht von der Hand zu weisenden Problemen sind nicht unüberwindbar. Es gab etliche Proteste, gar Massenbewegungen, sei es gegen Rassismus im Sommer 2020 oder zum Beispiel die Kampagne „Deutsche Wohnen und Co. enteignen“ in Berlin. Letztere hat es trotz der Pandemie mit zahlreichen Aktionen und Demonstrationen auf der Straße geschafft, ein zentrales Thema zu setzen und die politische Debatte nach Links zu verschieben. Und das alles ohne großen, professionellen Apparat! Man stelle sich vor, was alles möglich sein könnte, wenn die Gewerkschaften zusammen mit der LINKEN ihre Mittel einsetzen würden, um konsequent für ihre Ziele zu kämpfen!

Mit Demonstrationen und Streiks sollte mobil gemacht werden, um Arbeitsplätze zu verteidigen und mit Forderungen zu verbinden, dass die Reichen die Kosten für die Krise zu zahlen haben, wie auch für

einen Infektionsschutz, der im Interesse der Masse der Bevölkerung ist und sich nicht nach Profitinteressen ausrichtet.

### Opposition nötig

Erfolgreiche Kämpfe sind möglich, auch zu Zeiten der Corona-Pandemie. Dafür ist aber Druck von unten nötig. Damit sich dieser auch durchsetzen kann, müssen sich kritische Kolleginnen und Kollegen an der Basis zusammenschließen. Dafür gibt es mit der Vernetzung für kämpferische Gewerkschaften (VKG) einen wichtigen Bezugspunkt

([www.vernetzung.org](http://www.vernetzung.org)).

### Jenseits des Kapitalismus

Darüber hinaus brauchen wir auch in den Gewerkschaften wieder grundlegende Debatten über die wirklichen Ursachen der Misere. Die Corona-Pandemie zeigt mit aller Brutalität, wie menschenverachtend und ineffizient zugleich der Kapitalismus ist. Wer heute ohne eine Vision jenseits dieses Systems an die Gewerkschaftsarbeit ran geht, kann schnell auf der politischen Intensivstation landen. Historisch waren immer jene Kolleg\*innen die entschiedensten und erfolgreichsten Kämpfer\*innen in den Gewerkschaften, für die klar war, dass der Kapitalismus nicht das Ende der Geschichte ist, sondern der Ausgangspunkt für eine radikal demokratische und sozialistische Gesellschaft sein muss, die den menschlichen Bedürfnissen gerecht wird.

3. Mai 2021

*Torsten Sting ist*

*Betriebsrat\*, ver.di*

*Vertrauensmann\* und Mitglied des Bundesvorstands der Sol (Funktionsangaben dienen nur zur Kenntlichmachung der Person)*



# Nur ein wirklicher Kurswechsel kann DIE LINKE nach vorne bringen

Strategiedebatte in der LINKEN: Ursachen statt Symptome bekämpfen

von Sascha Staničić

Woran messen wir Erfolg und Misserfolg der LINKEN? An den katastrophalen Wahlergebnissen in Brandenburg, Sachsen und bei der Europawahl? An den besseren Wahlergebnissen in Thüringen und Bremen? An dem bescheidenen Mitgliederzuwachs im Westen? An den Mitgliederverlusten im Osten? An nichts von alledem.

Wir sollten uns alle die Frage stellen, warum wir angefangen haben, uns links politisch zu engagieren. Sicher nicht als Selbstbeschäftigung und auch nicht, um eine Partei zu bilden, die zum Selbstzweck oder zum Vehikel zur Lösung der eigenen sozialen Frage wird. Nein, wir wollten die Gesellschaft verändern!

## Bilanz von 13 Jahren

Wenn wir 13 Jahre Existenz der LINKEN daran messen, wie sich die Gesellschaft verändert hat, dann müssen wir eine ernüchternde Bilanz ziehen. Abgesehen von der Einführung des Mindestlohns und der einen oder anderen bedeutungsschwachen Sozialmaßnahme ist dieser Staat unsozialer, undemokratischer, militaristischer, ungleicher, rassistischer geworden. Der von einigen Genoss\*innen bei jeder Gelegenheit verwendete Slogan „Links wirkt“ ist vor diesem Hintergrund einfach Quatsch. Sicher: ohne DIE LINKE wären die Verhältnisse wahrscheinlich noch schlimmer. Aber die sozialistische Arbeiter\*innenbewegung wurde nicht zur Schadensbegrenzung gegründet, sondern um die Arbei-

ter\*innenklasse von der Lohnsklaverei zu befreien und den Kapitalismus durch eine sozialistische Demokratie zu ersetzen. Dieses Ziel ist angesichts der durch den globalen Kapitalismus entfesselten Destruktivkräfte und des milliardenfachen Elends auf der Welt heute drängender denn je.

Was aber in gewisser Hinsicht noch ernüchternder ist: vom großen Aufbruch und der Dynamik der Vereinigung von WASG und PDS im Jahr 2007 ist nichts übriggeblieben. Wir sind heute in Westdeutschland mehr Mitglieder als damals, aber wir dürfen nicht ignorieren, dass viele Tausend, die sich voller Hoffnung in der LINKEN organisiert und engagiert haben, sich wieder – oftmals enttäuscht – zurückgezogen haben. Für viele Menschen aus der Arbeiter\*innen-

klasse, für Jugendliche und nicht zuletzt für viele in Gewerkschaften und sozialen Bewegungen Aktive ist DIE LINKE so etwas wie der linke Teil des politischen Establishments, aber nicht eine rebellische, konsequente und vertrauenswürdige Vertretung ihrer Interessen.

### Schonungslose Kritik nötig

Wenn diese Strategiedebatte nicht eine langweilige Wiederholung ähnlicher Debatten der Vergangenheit werden soll, dann muss sie erstens mit einer schonungslosen Kritik des Zustands der Partei beginnen und zweitens zu konkreten und realen Veränderungen führen.

Viele Genoss\*innen, die sich wie ich zur Parteilinken zählen, haben den Fokus ihrer Beiträge zu dieser Debatte auf die Praxis der Partei gelegt. Sie mahnen mehr Aktionsorientierung und eine Schwerpunktsetzung auf außerparlamentarische Aktivitäten (zum Beispiel Unterstützung von Streiks und sozialen Bewegungen) an. Damit haben sie Recht, aber sie machen in gewisser Hinsicht den zweiten Schritt vor dem ersten. Denn die mangelhafte Praxis der Gesamtpartei (und mit dieser Bewertung möchte ich das aufopferungsvolle Engagement vieler Mitglieder nicht geringschätzen) ist Folge und nicht Ursache einer mangelhaften politischen Analyse, Programmatik und Perspektive. Deshalb sollte die Strategiedebatte damit beginnen, dass wir uns über unsere Einschätzung des gegenwärtigen Kapitalismus und seine Entwicklungsperspektiven austauschen und darüber, mit welchem politischen Programm DIE LINKE darauf reagieren sollte. Dazu findet in der Partei aber bisher kaum eine Debatte statt.

Da die Länge von Beiträgen zur Strategiedebatte auf 10.000 Zeichen begrenzt ist, kann ich diese Fragen nur thesenhaft behandeln und ver-

weise auf Analysen, die ich und andere auf [www.solidaritaet.info](http://www.solidaritaet.info) veröffentlicht haben.

### Kapitalismus krisenhaft

Um es so kurz wie möglich zusammen zu fassen: Der Kapitalismus befindet sich weltweit in einer multiplen Krise. Es gibt zweifellos eine dramatische ökologische Krise (wobei der Krisenbegriff hier nicht ganz zutreffend ist, da es keinen Grund gibt, anzunehmen, dass sich die zerstörerische Entwicklung des kapitalistischen Systems im Hinblick auf die Natur auch nur zeitweilig umkehren wird). Die traditionellen bürgerlichen Parteien und damit die herrschende Kapitalistenklasse befinden sich weltweit in einer tiefen Legitimationskrise, die die politische Instabilität hat enorm anwachsen lassen und zur Entstehung neuer politischer Kräfte, sowohl des Rechtspopulismus aber auch auf der Linken, geführt hat. Aber vor allem („vor allem“ weil die Ökonomie für Sozialist\*innen letztlich die Basis gesellschaftlicher und politischer Entwicklungen ist) hat der Kapitalismus schon lange sein Potenzial ausgeschöpft einen ökonomischen Fortschritt zu erzeugen, der die Lebensverhältnisse der Menschen verbessert. Stattdessen führen technische Innovationen zu Verschlechterungen der Lebens- und Arbeitsbedingungen und kann das System den wiederkehrenden Wirtschaftskrisen nicht entkommen. Auch wenn es nach der letzten „Großen Rezession“ von 2007 bis 2009 eine außergewöhnlich lange Aufschwungsphase gab, so hat diese der Masse der Arbeitenden nichts gebracht, sondern vor allem die Reichen noch reicher gemacht. In den meisten Ländern wurde das durch die Krise Zerstörte außerdem nicht wieder aufgebaut und – was noch wichtiger ist – wurden die Auswirkungen der Krise durch Maßnahmen begrenzt, die eine nächste, womöglich tiefere

Krise nur vorbereitet haben. Vieles spricht dafür, dass wir am Anfang einer solchen neuen ökonomischen Krise, möglicherweise sogar eines Crashes, der die Auswirkungen der Pleite von Lehman Bros. in den Schatten stellen wird. Und selbst wenn wir „nur“ am Anfang einer konjunkturellen Abschwung- oder Rezessionsphase stehen, hat das für die Arbeiter\*innenklasse schon jetzt dramatische Folgen hinsichtlich von Stellenabbau und Betriebs-schließungen.

Die Ursachen dieser krisenhaften Entwicklung des Kapitalismus liegen nicht in einer falschen – neoliberalen – Wirtschaftspolitik. Sie sind vielmehr struktureller Natur, liegen dem System inne und haben ihre tiefere Ursache in den Überakkumulationsprozessen von Kapital, das keine ausreichenden profitablen Anlagemöglichkeiten, vor allem in der so genannten Realwirtschaft, findet. Das führt zu der perversen Situation, die schon Marx und Engels im Kommunistischen Manifest beschrieben haben: der Kapitalismus führt zu Krisen aus Überfluss. Das bedeutet, dass trotz des Überflusses – und des enormen privaten Geldreichtums in den Händen einiger weniger – der Spielraum der Kapitalisten und ihrer Regierungen für Zugeständnisse an die Arbeiter\*innenklasse in Form von höheren Löhnen, kürzeren Arbeitszeiten ohne Lohnverlust, besseren Sozialleistungen, einer für die Masse der Menschen ausgebauten Infrastruktur etc. aufgrund des verschärften Konkurrenzkampfes zwischen Konzernen geringer geworden ist. Das bedeutet gleichermaßen, dass der Spielraum für die Durchsetzung klassischer reformistischer Politik, wie wir es zum Beispiel in Zeiten des Nachkriegsaufschwungs sahen, geringer geworden ist. Das ist auch der Hintergrund dafür, dass nahezu alle traditionellen sozialdemokratischen Parteien in den letzten Jahrzehnten sozialdemokratische

Politik aufgegeben haben. Und auch die neuen linken Parteien haben mit linker Politik aufgehört, sobald sie in Regierungen eingetreten waren, wie Syriza in Griechenland. Für Podemos ist eine ähnliche Entwicklung zu erwarten.

### **Alles muss erkämpft werden**

Was ist aus diesen Thesen zu schlussfolgern? Nicht, dass Zugeständnisse an die Arbeiter\*innenklasse nicht möglich wären. Aber, dass sie erstens von den Herrschenden und Besitzenden immer wieder angegriffen werden und zweitens, dass sie erkämpft werden müssen. Durch Massenbewegungen und vor allem Streiks und Generalstreiks. Der Gedanke, dass Sozialreformen im Interesse der Arbeiter\*innenklasse auf parlamentarischem Weg und durch Regierungskoalitionen mit SPD und Grünen dauerhaft durchsetzbar sind, ist falsch und es gibt keine historischen Belege für ihn. Im Gegenteil haben Regierungsbeteiligungen von linken oder sich als sozialistisch verstehenden Parteien mit prokapitalistischen Parteien früher oder später immer zur Beteiligung an arbeitnehmerfeindlichen Maßnahmen, der Aufgabe linker Prinzipien und in der Folge zur Schwächung dieser linken Parteien geführt. Das ist auch die grundlegende Erfahrung der PDS/LINKEN, die durch die in einer spezifischen Situation begründete Stärkung der LINKEN in Thüringen nicht aufgehoben wird. Und auch hier darf nicht vergessen werden, dass die rot-rot-grüne Regierung abgewählt wurde und die AfD die Hauptgewinnerin der Wahl war.

Es ist jedoch der falsche Gedanke, dass innerhalb des Kapitalismus ein grundlegender Politikwechsel im Interesse der Lohnabhängigen und sozial Benachteiligten möglich wäre, der zur politischen Orientierung auf Regierungsbeteiligungen mit SPD und Grünen führt. Ebenso

ist es eine Illusion zu glauben, es könnte zur Einführung einer Art von Wirtschaftsdemokratie kommen, die die grundlegenden Eigentums- und Machtstrukturen in der Gesellschaft unangetastet lässt und auf dem parlamentarischen Weg eingeführt werden könnte. Mit diesen Gedanken muss die Partei brechen und stattdessen eine Strategie entwickeln, die das Handeln im Hier und Heute in eine direkte Verbindung zur Notwendigkeit und dem Ziel einer sozialistischen Veränderung der Gesellschaft setzt. In diesem Zusammenhang sollte auch erklärt werden, dass eine sozialistische Demokratie sich grundlegend von den bürokratischen Diktaturen der DDR und Sowjetunion unterscheidet und auf Selbstverwaltung und demokratische Entscheidungsfindungen durch die arbeitende Bevölkerung basiert.

### **Sozialistisches Programm**

Programmatisch hätte das zur Folge, dass DIE LINKE nicht fordert, was sie für im Rahmen des Kapitalismus durchsetzbar oder angesichts des derzeitigen Bewusstseinsstands in der Arbeiter\*innenklasse für mehrheitsfähig hält, sondern was notwendig ist, um die Lebenssituation der Menschen qualitativ und nachhaltig zu verbessern (das bedeutet übrigens nicht, die rote Fahne schwenkend und „Revolution“ rufend durch die Gegend zu laufen und natürlich muss sehr genau überlegt werden, wie bestimmte Forderungen vermittelt werden und welche zu welchem Zeitpunkt mobilisierungsfähig sind und dementsprechend in den Vordergrund gestellt werden sollten). Das muss auch bedeuten, dass DIE LINKE bei jeder Gelegenheit die Eigentumsfrage in den Mittelpunkt ihrer Propaganda stellen sollte. Es muss uns und vor allem den beiden Vorsitzenden zu denken geben, wenn andere gesellschaftliche Kräfte das weitaus offensiver

und effektiver machen, wie die Kampagne „Deutsche Wohnen enteignen“ hinsichtlich der Forderung nach der Enteignung der großen Immobilienkonzerne oder der Jusso-Vorsitzende Kevin Kühnert, als er die Vergesellschaftung der Autokonzerne in die Diskussion brachte. Es ist peinlich, wenn eine sich als sozialistisch verstehende Partei bei diesen Debatten hinterher trabt oder sich ihr Vorsitzender sogar dagegen ausspricht die Forderung nach Überführung der Autoindustrie in Gemeineigentum aufzustellen (obwohl diese übrigens Teil des Wahlprogramms der Partei zur letzten Bundestagswahl war). Wenn DIE LINKE nicht treibende Kraft antikapitalistischer Diskurse und Bewegungen ist, macht sie sich überflüssig.

Was würde das praktisch bedeuten? Schluss mit den Regierungsbeteiligungen mit SPD und Grünen auf Landesebene und der Debatte über eine solche auf Bundesebene! Offensive Kampagnen für Forderungen wie drastische Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich, einen Mindestlohn von 13 Euro als ersten Schritt zu 15 Euro, Verbot von Leiharbeit und Missbrauch von Werkverträgen um nur einige Beispiele zu nennen. Es würde darum gehen, die gemeinsamen Klasseninteressen aller Teile der Lohnabhängigen zu formulieren und Angebote für den Kampf darum zu machen. Das wird gerade in der Partei mit dem Begriff „verbindende Klassenpolitik“ diskutiert – entscheidend ist aber nicht nur die (gar nicht besonders innovative) Erkenntnis, dass diese Verbindungen gezogen werden müssen, sondern vor allem, dass eine Klassenpolitik in jeder Situation zum Ausgangspunkt des Handelns der Partei wird.

Das muss einher gehen mit einer offensiven Propagierung der Vision eine tatsächlich grundsätzlich andere Politik und Gesellschaft. Nicht nur Enteignung der

großen Immobilienkonzerne, weil ihr Handeln den Interessen der Mieter\*innen widerspricht, sondern auch der Pharmaindustrie, weil ihr Wirtschaften den Interessen der Kranken widerspricht, der Auto- und Energiekonzerne, weil ihr Agieren den Interessen einer ökologisch nachhaltigen Entwicklung widerspricht und diese nur erreicht werden kann, wenn die Produktion ökologisch nachhaltig umgestellt wird, was wiederum nur möglich ist, wenn Privateigentum und Profitlogik ausgeschaltet werden. Es würde bedeuten selbstbewusst, rebellisch und frech deutlich zu machen, dass man mit den etablierten Parteien und den Konzernchefs wirklich nichts gemein

hat, dass man im unüberbrückbaren Widerspruch zu ihnen steht. Keine Tänze mehr mit Unionspolitikern auf Pressebällen! Das könnten die Abgeordneten der LINKEN auch dadurch dokumentieren, dass sie sich durch ihre Mandate nicht materiell über die Masse der lohnabhängigen Bevölkerung erheben, sondern alles, was von den überhöhten Diäten über einen durchschnittlichen Facharbeiter\*innenlohn hinausgeht, an die Partei und soziale Kämpfe spenden.

Und natürlich würde eine solche politische und programmatische Wende zu tatsächlich sozialistischer Politik bedeuten, den Fokus der praktischen Tätigkeit der Partei, ihres Apparates und ihrer

Mandatsträger\*innen und deren Mitarbeiter\*innen darauf zu legen, gewerkschaftliche und soziale Kämpfe zu fördern und zusammen zu führen, die Selbstorganisation von Arbeiter\*innen, Jugendlichen, Mieter\*innen etc. voran zu treiben und auf dieser Basis die Partei zu einer wirklich sozialistischen Massenpartei zu machen. Gelegenheiten dazu wird es auch im Jahr 2020 genug geben.

11. Januar 2020

*Sascha Staničić ist Mitglied im AKL-Länderrat und Bundessprecher der Sozialistischen Organisation Solidarität (Sol)*



THIES GLEISS / INGE HÖGER  
/ LUCY REDLER / SASCHA  
STANIČIĆ

## **NACH GOLDSCHÄTZEN GRABEN, REGENWÜRMER FINDEN**

DIE LINKE UND DAS REGIEREN

**14,90€**

256 Seiten  
ISBN 978-3-89438-623-8

[www.manifest-buecher.de](http://www.manifest-buecher.de)



# Rassismus den Boden entziehen

**Der Polizeimord an George Floyd am 25. Mai 2020 in Minneapolis war nicht der erste dieser Art. Aber er löste eine Bewegung aus, die die Vereinigten Staaten nachhaltig erschüttert hat und auch weltweit zu Massenprotesten führte. Auch in Berlin und anderen deutschen Städten demonstrierten Zehntausende. Nicht nur unter Linken wird seitdem verstärkt über staatlichen Rassismus, Polizeigewalt, die Rolle der Polizei im kapitalistischen Staat und die Herausforderungen für die antirassistische Bewegung debattiert.**

*Von Sascha Staničić*

Rassistische Polizeigewalt und -morde sind in den USA an der Tagesordnung. Sie sind Ausdruck eines zutiefst rassistischen kapitalistischen Systems und einer Geschichte der Sklaverei und sogenannten „Rassentrennung“ bis in die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts.

Als die SPD-Vorsitzende Saskia Esken darauf hinwies, dass es auch in der deutschen Polizei ein latentes Rassismusproblem gebe, wurde von allen Seiten über sie hergefallen. Skandalöserweise auch vom LINKE-Fraktionsvorsitzenden

Dietmar Bartsch, der sich gegen einen „Generalverdacht“ gegenüber Polizist\*innen aussprach. Gerne wird von denen, die die deutsche Polizei in Schutz nehmen, darauf hingewiesen, dass die Verhältnisse hier nicht mit denen in den USA gleichzusetzen sind. Das mag sein, bedeutet aber nicht, dass es keinen verbreiteten Rassismus in der Polizei gibt.

Was ganz sicher nicht stimmt, ist, dass die Polizei einen Querschnitt der Gesellschaft abbildet, wie immer wieder behauptet wird. Wo bitte sind denn dann die linksradi-

kalen Netzwerke unter Polizist\*innen? Rechtsextreme Netzwerke scheint es zuhauf zu geben – vom Kommando Spezialkräfte (KSK) bis in die Polizeiamter in Hessen und Berlin-Neukölln, wo Daten abgefragt wurden, die dann zur Versendung faschistischer Drohschreiben verwendet wurden.

Für Migrant\*innen und Menschen mit dunkler Hautfarbe ist es nichts Neues, aber in der breiteren Öffentlichkeit hat die Wahrnehmung rassistischer Polizeigewalt in der Bundesrepublik seit dem Mord an George Floyd zugenom-



men. Immer häufiger tauchen Videos von polizeilichen Übergriffen gegen junge Migrant\*innen auf – zuletzt aus Frankfurt/Main, Hamburg und Düsseldorf. Der mit einem Knie einen 15-jährigen auf Kopf und Hals niederdrückende Düsseldorfer Polizeibeamte erinnerte dabei an Derek Chauvin, den Mörder von George Floyd. Auch die Stuttgarter Jugendrandale vom 21. Juni 2020 wurde durch wochenlange Polizeischikane und -provokationen ausgelöst. Racial Profiling – also verdachtsunabhängige Kontrollen von Menschen aufgrund ihres nicht-bio-deutsch erscheinenden Äußeren – sind ohnehin an der Tagesordnung.

Von einem „Rassismusproblem“ bei der Polizei in Deutschland zu sprechen ist dabei noch eine Untertreibung – schließlich ist die Polizei eine Institution, die den staatlichen Rassismus exekutiert. Zum Beispiel indem sie Abschiebungen durchsetzt. Deshalb darf die Debatte über rassistische Polizeigewalt nicht als ein Problem vieler Einzelfälle, rassistischer Netzwerke, mangelnder Ausbildung und Sensibilität oder Kontrolle betrachtet werden, sondern als ein strukturelles Problem, welches aus dem Charakter des kapitalistischen Staates und der Funktion von Rassismus in diesem erwächst.

### Kapitalismus und Rassismus

Der schwarze US-Bürgerrechtler Malcolm X sagte in den 1960er Jahren: „Es gibt keinen Kapitalismus ohne Rassismus.“ Damit traf er den Nagel auf den Kopf. Tatsächlich wurden rassistische Theorien mit der Entwicklung des kapitalistischen Weltmarkts entwickelt, um Sklaverei und koloniale Unterwerfung ganzer Völker in Zeiten, in denen sich die Aufklärung durchsetzte, zu rechtfertigen. Auch wenn offen biologistischer Rassismus heute in der Regel nur in rechts-extremen Kreisen vertreten wird,

die Existenz von Menschenrassen (welche ausgeprägt verschiedene genetische Dispositionen hätten und zu unterschiedlichen körperlichen und geistigen Eigenschaften führen würden) widerlegt ist und deshalb zurecht gefordert wird, dass der Begriff „Rasse“ aus dem Grundgesetz gestrichen werden sollte, besteht struktureller Rassismus weiterhin, hat nur seine Form geändert. Systematische Diskriminierung aufgrund äußerer Merkmale, Nationalität oder Religionszugehörigkeit sind für Betroffene omnipräsent. Menschen mit nicht-deutscher Staatsangehörigkeit dürfen nicht wählen, egal wie lange sie schon in Deutschland leben, arbeiten und Steuern zahlen. Sondergesetze für Migrant\*innen schränken deren Rechte auf politische Betätigung ein. Erst kürzlich wurden Mitglieder der TKP/ML zu langen Haftstrafen verurteilt, weil die in Deutschland legale Partei in der Türkei Anschläge verübt haben soll – wohlgermerkt waren die Verurteilten nicht bei diesen Anschlägen dabei, sondern sollen Geld für die in Deutschland nicht verbotene TKP/ML gesammelt haben. Während hunderte Neonazis problemlos im Untergrund leben, werden Millionen Euro ausgegeben, um einen Schauprozess gegen türkische Kommunist\*innen durchzuführen, der nicht nur zum Ausdruck bringt, dass der bürgerliche Staat gegen Links mit härteren Bandagen vorgeht als gegen Rechts, sondern auch eine klar rassistische Note hatte.

Warum kann es keinen Kapitalismus ohne Rassismus geben? Weil zur Aufrechterhaltung des Privateigentums der Kapitalistenklasse und der politischen Machtverhältnisse die Spaltung der Arbeiter\*innenklasse eine notwendige Voraussetzung ist. „Teile und Herrsche“ heißt dieses altbekannte Prinzip. Rassismus geht mit rechtem Nationalismus einher, der den Lohnabhängigen und Entrechteten

ten weis machen soll, sie hätten mehr mit den Milliardär\*innen ihrer Nation gemein, als mit den Lohnabhängigen und Entrechteten anderer Nationen. Rassismus dient gleichzeitig dazu, Sündenböcke zu schaffen, die von den wahren Verantwortlichen für soziale Missstände ablenken sollen. Daraus ist die Schlussfolgerung zu ziehen, dass es notwendig ist die kapitalistischen Verhältnisse zu überwinden, um Rassismus zu eliminieren. Im Sinne davon, dass ein Übel an der Wurzel zu packen ist, muss konsequenter Antirassismus auch Antikapitalismus sein. Das bedeutet natürlich nicht, auf den Kampf gegen Rassismus hier und heute zu verzichten. So sehr die Überwindung des Kapitalismus Voraussetzung für eine Eliminierung von Rassismus in der Gesellschaft ist, so sehr ist der Kampf gegen Rassismus, auch innerhalb der Arbeiter\*innenklasse, nicht nur nötig, um Diskriminierung zurückzudrängen, sondern auch um die notwendige Einheit der Lohnabhängigen für den Kampf für eine Veränderung der Gesellschaft herzustellen.

### Massenproteste in den USA

Der Mord an George Floyd löste in den USA eine Massenbewegung aus, die in manchen Regionen aufstandsähnliche Züge annahm. Niemals zuvor gab es so viele Demonstrationen in so vielen Städten und Ortschaften. Die Bewegung übte so viel Druck aus, dass staatliche Institutionen reagieren mussten. Während in unzähligen Fällen Polizeibeamte für ähnliche Taten nicht einmal angeklagt wurden, wurden die an dem tödlichen Polizeieinsatz beteiligten Cops als Folge der Proteste aus dem Verkehr gezogen und angeklagt. In Minneapolis wurde sogar die Auflösung der Polizei beschlossen (was sicher nur zur Wiedergründung einer nicht viel besseren Polizei führen wird), in



anderen Städten die Budgets für die Polizei gekürzt.

Die Angst vor der Revolte zwang die Herrschenden zu solchen Maßnahmen, während gleichzeitig versucht wurde, die Bewegung entlang der Gewaltfrage in „gute“ und „böse“ Demonstrant\*innen zu spalten. Linke sollten dabei eine un-zweideutige Haltung einnehmen: Gewalt ging in erster Linie vom kapitalistischen Staat aus. Die Verurteilung von „Plünderungen“ durch prokapitalistische Politiker\*innen und Staatsvertreter\*innen ist pure Heuchelei. Die nicht-weiße Bevölkerung wird in den USA seit vierhundert Jahren ausgeplündert, wie auch alle Armen und Lohnabhängigen unabhängig von ihrer Hautfarbe. Von einem strategischen Standpunkt muss die Linke zwar diskutieren, welche Aktionsformen erfolgversprechend sind und unorganisierte Krawalle, die sich teilweise gegen lokale Ladenbesitzer\*innen richten, gehören sicher nicht dazu.

Aber „riots are the language of the unheard“ („Krawalle sind die Sprache der Ungehörten“) wie es Martin Luther King ausdrückte. Die Gewalt, die sich in den USA von den Protestierenden gegen die Polizei oder staatliche Gebäude richtete, war in erster Linie eine wütende Reaktion auf einen unhaltbaren Zustand – dabei war die Polizeigewalt letztlich nur ein Auslöser, der einen Damm zum Bersten brachte. Die katastrophale soziale Situation für große Teile der Arbeiter\*innenklasse hat ebenso zu dem Ausbruch von Wut und Widerstand beigetragen. Aufgabe von Sozialist\*inne wäre es, nicht diese spontanen Ausbrüche von Wut und Widerstand zu verurteilen, sondern Angebote zu machen, Wut und Widerstand in organisierte und effektive Formen zu gießen. Eine organisierte Bewegung kann auch verhindern, dass sich reaktionäre Elemente und Provokateure unter die Protestierenden mischen. Bei

den „Riots“ scheint vorgekommen zu sein, dass Rechte gezielt Geschäfte von Schwarzen angegriffen haben bzw. diese angeheizt haben, um eine Reaktion des Staates zu provozieren.

Dazu kann die Bildung demokratischer Nachbarschaftskomitees gehören, die ggf. auch den Schutz vor Übergriffen durch die Polizei und rassistischen bzw. faschistischen Banden organisieren können. Eine besondere Verantwortung kommt den Gewerkschaften zu, die wie keine andere Organisation die Möglichkeit hätten, Arbeiter\*innen aller Hautfarben in gemeinsame Aktionen zu bringen. Im Kleinen gab es solche Aktionen, wie die Initiative gewerkschaftlich organisierter Busfahrer\*innen in Minneapolis, die sich weigerten, Polizist\*innen und Gefangene zu transportieren oder die Streiks der International Longshore and Warehouse Union (ILWU) an der Westküste der USA am 19. Juni, dem Emancipation Day, denen tausende von Arbeiter\*innen in den Häfen gefolgt sind.

Stellen wir uns vor, die US-Gewerkschaften hätten in den Tagen und Wochen der Massendemonstrationen zu lokalen, regionalen oder gar landesweiten Streiks und Generalstreiks aufgerufen, nicht nur gegen die rassistische Polizeigewalt, sondern auch gegen die Folgen der Wirtschaftskrise, die explosionsartig ansteigende Massenarbeitslosigkeit und das Abblenden der Kosten der Wirtschaftskrise auf die Arbeiter\*innenklasse – wovon die schwarze Bevölkerung überproportional betroffen ist. Das hätte das Kräfteverhältnis massiv zugunsten der Bewegung verschoben und weitaus mehr Zugeständnisse von Seiten der Regierenden erreichen können.

## **Klassenpolitik oder Identitätspolitik?**

Vor allem aber hätten Streiks eine Einheit von Lohnabhängigen aller Hautfarben herstellen können, die eine notwendige Voraussetzung dafür ist, Rassismus tatsächlich den Boden zu entziehen – indem seine tiefere Ursache, das kapitalistische System, angegriffen und überwunden wird.

Diese Herangehensweise ist unter Linken und in der antirassistischen Bewegung durchaus umstritten. Identitätspolitische Ansätze sehen nicht die Klassengesellschaft als tiefere Ursache rassistischer Diskriminierung und dementsprechend auch nicht die Überwindung derselben als strategisches Ziel im Kampf gegen Rassismus. Sie propagieren in unterschiedlicher Art und Weise zum Beispiel individuelle Bewusstseinsbildung oder eine stärkere Vertretung nicht-weißer Menschen in den gesellschaftlichen Institutionen und in der Wirtschaft. In den USA versuchen Teile der Bewegung, die mit der Demokratischen Partei verbunden sind, nun, diese in eine Kampagne für die Wahl von Joe Biden zum US-Präsidenten und Kamala Harris, die indisch-jamaikanische Wurzeln hat, zur Vizepräsidentin zu kanalisieren.

Doch die Erfahrung mit der Präsidentschaft Barack Obamas und den vielen von der Demokratischen Partei geführten Bundesstaaten und Kommunen zeigt, dass diese hinsichtlich rassistischer Diskriminierung, Polizeigewalt und der sozialen Situation der US-Arbeiter\*innenklasse keinen bedeutenden Unterschied macht. Dringend nötig ist die Bildung einer dritten Partei, die nicht von den Banken und Konzernen kontrolliert wird, sondern die Interessen der Lohnabhängigen und sozial Benachteiligten in den USA vertritt. Bernie Sanders hat eine große Chance verpasst, als er die massenhafte Un-

terstützung für seine Kandidatur nicht zur Gründung einer solchen Arbeiter\*innenpartei genutzt hat, sondern nun als loyaler Unterstützer von Joe Biden auftritt.

Es ist großartig, dass so viele von Rassismus Betroffene deutlich gemacht haben: genug ist genug! Auch bei den Demonstrationen in Deutschland haben sich so viele People of Colour beteiligt wie nie zuvor. Sie müssen den Platz in antirassistischen Bewegungen und Zusammenhängen bekommen, der ihnen zusteht. Jedoch beantwortet das nicht die Frage, mit welchem politischen Programm und welcher Strategie Rassismus erfolgreich bekämpft werden kann. Schwarze und migrantische Lohnabhängige sind doppelt unterdrückt – rassistisch und als Lohnabhängige. Ihre berechtigten Forderungen gegen Diskriminierung sollten verbunden werden mit Forderungen gegen die sozialen Probleme wie zu hohe Mieten, prekäre Arbeitsverhältnisse, Jobverluste etc.

Schwarze und migrantische Arbeiter\*innen haben mehr gemeinsam mit ihren weißen Kolleg\*innen, als mit schwarzen oder migrant\*ischen Kapitalisten. Hoffnung darauf, dass sich der strukturelle Rassismus auf anderem Weg eliminieren lässt, als durch eine Überwindung des Kapitalismus und den gemeinsamen Kampf aller Teile der Arbeiter\*innenklasse werden sich als trügerisch erweisen. Fred Hampton, ein Aktivist der Black Panther Party drückte diese Herangehensweise so aus: „Wir müssen der Tatsache ins Auge schauen, dass manche Menschen sagen, Feuer sei am besten mit Feuer zu bekämpfen, aber wir sagen, dass Feuer am besten mit Wasser zu löschen ist. Wir sagen, dass man Rassismus nicht mit Rassismus bekämpft. Wir bekämpfen Rassismus mit Solidarität. Wir bekämpfen den unterdrückerischen Kapitalismus nicht mit schwarzem Kapitalismus. Wir bekämpfen den Kapita-

lismus mit Sozialismus.“

### Linke und die Polizei

Genauso wenig, wie man den Rassismus ohne eine grundlegende Veränderung der Gesellschaft wird überwinden können, ist es vorstellbar, dass die Polizei im Rahmen der kapitalistischen Gesellschaft aufgelöst werden kann. Diese Forderung wird zur Zeit von einigen Kräften auf der Linken erhoben, drückt aber mehr den Wunsch nach einer anderen, freien und nichtkapitalistischen Gesellschaft aus, als dass es realistisch erscheint für sie in der gegenwärtigen Situation breitere Teile der Bevölkerung zu mobilisieren. Sehr viel sinnvoller ist es, konkrete Forderungen aufzustellen, die darauf abzielen, den repressiven Staatsapparat abzubauen und öffentliche Gelder in Sozialleistungen, Jugendförderung, Gesundheitswesen etc. umzuleiten. Die Forderung „Defund the Police“ hat in den USA breite Unterstützung gewonnen und zielt genau in diese Richtung.

Ebenso ist es notwendig und sinnvoll, das Verbot bestimmter Polizeipraktiken zu fordern, wie racial profiling oder bestimmte Fixierungspraktiken, wie auch die Entlassung rassistischer Polizeibeamter, die Auflösung von Sonder einsatzkommandos und eine Entmilitarisierung der Polizei.

Die Polizei im kapitalistischen Staat kann niemals „unsere“ Polizei werden, aber wenn wir eine Kontrolle von Polizei und Justiz durch demokratisch gewählte Ausschüsse von Arbeiter\*innen und Vertreter\*innen der betroffenen Bevölkerungsgruppen fordern, können wir deutlich machen, dass der heutigen Polizei kein Vertrauen entgegengebracht werden kann.

Entscheidend ist vor allem aber, dass sich Linke und antirassistische Bewegung nicht auf Staat und Polizei verlassen, wenn es darum geht, Rassismus und rechten Nati-

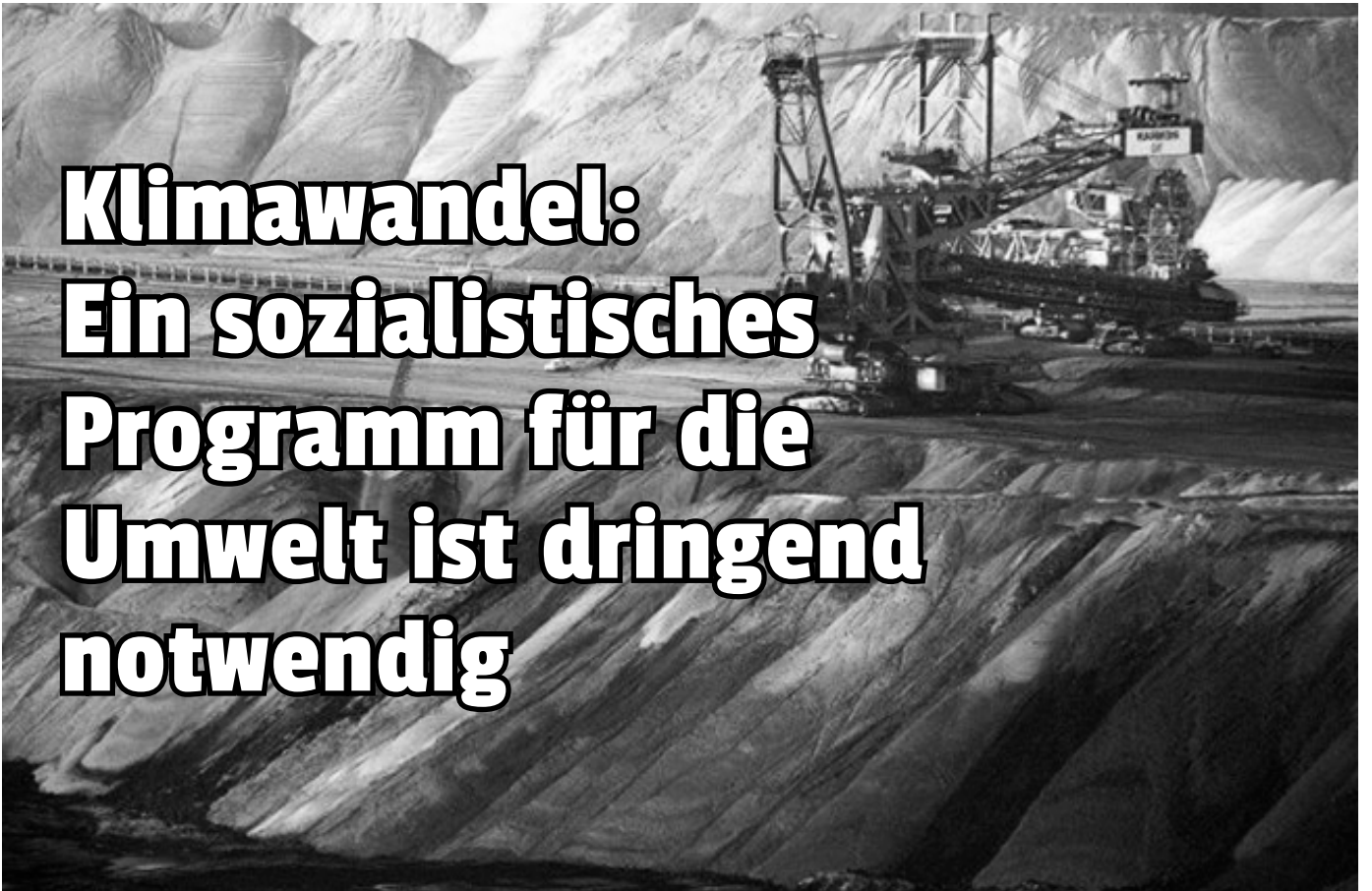
onalismus zu bekämpfen, sondern selbständige Strukturen bilden und eine unabhängige Politik formulieren.

Darum muss auch in der LINKEN gekämpft werden. Es ist unerträglich, dass der LINKE-Fraktionsvorsitzende Dietmar Bartsch nach der Jugendrandale von Stuttgart im Juni 2020 die Jugendlichen beschimpfte und die Polizei verteidigte. Aufgabe von Linken ist es, nach Ursachen und Erklärungen solcher Ereignisse zu suchen und denjenigen Gehör zu verschaffen, die in dieser Gesellschaft nicht gehört werden.

Die Politik der Regierungskoalitionen mit SPD und Grünen, die nicht nur Dietmar Bartsch, sondern große Teile der LINKE-Führung vertreten, steht übrigens auch im Widerspruch zu konsequentem Antirassismus und einer vom kapitalistischen Staat unabhängigen Politik: Abschiebungen unter rot-rot-grünen Landesregierungen sind das Gegenteil von Antirassismus.

26. Januar 2021

*Artikel erschien zuerst im Bulletin der Antikapitalistischen Linken (AKL) „aufmüpfig“.*



# Klimawandel: Ein sozialistisches Programm für die Umwelt ist dringend notwendig

Um die schlimmsten Folgen des Klimawandels zu verhindern, sind umgehende und maßgebende Schritte nötig. Diese werden aber nicht von den Kapitalisten und ihren Politikern kommen. Bei der globalen Klimaerwärmung handelt es sich um das überragende Umweltproblem, mit dem die Welt konfrontiert ist. 20 Jahre sind seit dem „Earth Summit“ („Konferenz der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung“ 1992 in Rio de Janeiro; Erg. d. Übers.) vergangen, der das Problem in den Mittelpunkt stellte. Und dennoch ist der Ausstoß von Treibhausgasen, die den Klimawandel verursachen, weiter und kontinuierlich bis auf ein kritisches Ausmaß angestiegen, das dieses zur Umweltkatastrophe zu führen droht. In der Zeit, in der die Emissionen in die Höhe schnellten, hat sich die Kluft zwischen der „grünen Rhetorik“ der Regierungen aus den industrialisierten kapitalistischen Ländern und ihrer wirkungslosen politischen Reaktion zu einem unüberwindbar erscheinenden Abgrund ausgeweitet.

*von Pete Dickenson*

## **Die globale Erderwärmung ist eine gefährliche Bedrohung**

Die verheerenden Überschwemmungen in Pakistan 2010 und der Hurrikan Katrina 2005 in den USA brachten die Möglichkeit ins Bewusstsein, dass der Klimawandel, der sich in extremen Wetterereig-

nissen widerspiegelt, heute Teil unserer Lebensrealität sein würde. Dies zerstörte jede Form noch bestehender Selbstgefälligkeit, nach der es sich lediglich um ein Problem für spätere Generationen handelte. Der Meteorologe und ehemalige Hurrikan-Jäger Dr. Jeff Masters wendet ein, dass „es möglich ist,

dass 2010 global gesehen das Jahr mit den extremsten Wetterkapriolen seit 1816“ war.

Auch wenn manche meinen, es würde sich hierbei um isoliert voneinander stattfindende Ereignisse handeln, die nichts mit irgendwelchen zu tun hätten, Umweltveränderungen, so legen die For-

schungsergebnisse vor allem nach Katrina nahe, dass die Erwärmung der Ozeane zu weiteren schweren Hurrikanen führen wird. Bis zum Beweis des Gegenteils gibt es für KlimawissenschaftlerInnen keinen hinreichenden Anhaltspunkt dafür, zu fordern, dass extreme Wetterereignisse als Ergebnis der globalen Erderwärmung betrachtet werden müssen – und umgekehrt.

Es gibt eine große Bandbreite an Prognosen über mögliche Temperaturanstiege, die mit dem Aspekt der globalen Erderwärmung in Zusammenhang stehen, weil die Szenarien von der angenommenen Sensibilität der Erde gegenüber einem Anstieg der Treibhausgas-Konzentrationen abhängen. Zwar hat man die letzten Erkenntnisse über die Sensibilität gegenüber den Treibhausgasen noch nicht gewonnen, aber wenn das obere geschätzte Maß von 13,3 Grad Celsius als realistisch angenommen wird, so ist nur schwer vorstellbar, dass Leben auf diesem Planeten weiter möglich ist. Auch wenn dieser Extremwert statistisch betrachtet kaum erreicht werden wird, handelt es sich bei dieser Annahme dennoch um eine Warnung vor den tiefen Gefahren, mit den wir konfrontiert sind. Eine jüngst aufgestellte niedriger angesetzte Prognose, die eher im Bereich des Wahrscheinlichen liegt und die nicht weniger gravierende Auswirkungen nach sich zöge, geht von einem Anstieg von vier Grad Celsius bis zum Jahr 2055 aus. Urheber dieses Szenarios ist das „UK Met Office“, eine führende Kapazität im Bereich der Klimawissenschaft.

Der „Stern Report“ zum Thema Klimawandel, der von der ehemaligen sozialdemokratischen (Erg. d. Übers.) „New Labour“-Regierung in Auftrag gegeben und später ignoriert wurde, geht von einem Temperaturanstieg von zwei bis drei Grad Celsius aus. Dieser Bericht ging auch von häufiger auftretenden Dürre- und Überschwemmungspe-

rioden aus. Darüber hinaus warnte Stern vor zurückgehenden Ernteerträgen und Fischbeständen sowie vor zehn bis hundert Millionen Menschen, die aufgrund von Überflutungen obdachlos werden könnten. Der Klimawandel wird obendrein zu vermehrten Todesfällen aufgrund von Unterernährung, Hitzschlag und Dehydrierung führen (Anstieg der Fälle von Malaria und Denguefieber etc.). Alles in allem werden die Folgen der globalen Erderwärmung verheerend sein und in erster Linie die Armen betreffen.

Abgesehen von der globalen Erderwärmung haben wir es mit noch anderen bedeutsamen Gefahren zu tun. Die Umweltschäden aufgrund der Nutzung atomarer Energie zählt ebenso dazu wie die, die durch andere Quellen verursacht werden. Abholzung und Wüstenbildung (Desertifikation) sind Bedrohungen für die Umwelt und die Lebensgrundlagen der Ärmsten auf dem Planeten. Beide Phänomene stehen ebenso in direktem Zusammenhang mit der globalen Erderwärmung wie das beschleunigt stattfindende Artensterben. Die Ozeane und die darin vorkommenden Mikroorganismen stehen von unterschiedlicher Seite her unter Beschuss. Dazu zählt die Verringerung der Fischbestände wie auch die Umweltverschmutzung durch toxische Schadstoffe aus unterschiedlichsten Quellen. Nicht zuletzt die Ölbohrplattformen zählen dazu, wie die Katastrophe um die „Deepwater Horizon“ im Golf von Mexiko im Jahr 2010 deutlich machte.

### Die Gefahr der Nuklearenergie

Als es am Freitag, dem 11. März 2011, vor der japanischen Küste in der Nähe der Stadt Sendai zu dem Erdbeben mit der Stärke neun auf der Richterskala kam, wurde der seismische Schock unmittelbar danach von den Sensoren der

Atomenergieanlage Fukushima 1 registriert, die sich direkt am Meer, südlich des Epizentrums befindet. Als „Vorsichtsmaßnahme“ wurden die Reaktoren heruntergefahren. Dutzende sogenannter Experten, die der Nuklearenergie wohlwollend gegenüberstehen, beeilten sich dann umgehend, den FernsehzuschauerInnen zu versichern, dass „alles unter Kontrolle“ sei. Doch leider folgte auf das Erdbeben ein Tsunami, der die Küstenschutzanlagen rund um die Atomanlage mühelos überwinden konnte, die Gebäude mit den Reaktoren unter Wasser setzte und die Diesel-Generatoren zerstörte.

Zu Fukushima 1 gehörten sechs Reaktoren, von denen zur Zeit des Erdbebens drei in Betrieb waren. In den Reaktoren 1, 2 und 3 kam es daraufhin zur Kernschmelze. Die Gebäude, die die Reaktoren 1 und 3 beherbergten, wurden durch Wasserstoff-Explosionen zerstört, weil Wasserdampf aus den Drucktanks in diese Abschnitte entlüftet wurden. Bei dem daraus resultierenden radioaktiven Niederschlag handelte es sich um den schlimmsten seit der Tschernobyl-Katastrophe von 1986.

Der private Betreiber von Fukushima, die „Tokyo Electric Power Company“ (TEPCO) sorgte währenddessen für einen skandalösen Mangel an Informationsdaten. Diesem Unternehmen war in den späten 1980er und in den 1990er Jahren nachgewiesen worden, systematisch Hinweise auf Sicherheitsprobleme gefälscht zu haben. Später musste man auch zugeben, dass man nicht bemerkt hatte, dass die Anlage von Kashiwazaki Kariwa direkt auf einer aktiven Verwerfungslinie gebaut wurde, wo vier tektonische Platten aufeinanderstoßen. Als die Nuklearanlage 2007 von einem Erdbeben heimgesucht wurde, wurde sie für zwei Jahre außer Betrieb genommen.

Neun Monate nach dem Desaster von Fukushima verkündete die ja-

panische Regierung endlich, dass signifikante radioaktive Lecks abgedichtet werden konnten, obwohl es 40 Jahre dauern wird, die Anlage zu reinigen und stillzulegen.

Auf lange Sicht wird die Aufbewahrung der toxischen Rückstände aus den Nuklearanlagen ein weit größeres Problem darstellen als der Versuch, mit einem Desaster wie dem von Fukushima zurechtzukommen. Das liegt daran, dass dieser Müll noch nach 100.000 Jahren radioaktiv sein wird und bislang keine vollständig sichere Methode zur Einlagerung dieser Abfälle gefunden wurde.

### **Nicht nukleare toxische Kontamination**

Jedes Jahr werden tausende toxische Substanzen freigesetzt, die von den weltgrößten Chemiekonzernen hergestellt wurden und die eine Bedrohung für die Luft, die Böden und die Meere dieser Welt darstellen. Einige Umweltsünden wie bekannte Beispiele havarierender Ölplattformen oder das radioaktive Leck von Fukushima finden ihren Weg in die Schlagzeilen. Und dennoch übersteigt das Volumen an Schadstoffen, die unter weniger dramatischen Umständen in die Umwelt gelangen bei weitem das Maß, das bei den bekannten Fällen erreicht wurde. Auch wird die Umwelt dabei wahrscheinlich viel stärker in Mitleidenschaft gezogen. Zu diesen Fällen gehören die Ableitung von Industrieabwässern ebenso wie die Hochseeverklappung, Verrieselungen und die Auswirkungen des Pestizid-Einsatzes sowie von synthetischen Düngemitteln.

Auch muss die Ausgabe gentechnisch modifizierter Organismen (GMOs) zur Liste potentiell gefährlicher Schadstoff-Freisetzung hinzugezählt werden. Die Methode der Genmanipulation hat das Potential, Medikamente zu transformieren und vergleichbare positive

Aspekte, die unser Leben betreffen, zu erreichen. Hauptsächlich wird die Genmanipulation heutzutage aber von den Agrarkonzernen angewendet, um den schnellen Umsatz zu generieren. Da die langfristigen Folgen davon immer noch nicht geklärt sind, sollte Genmanipulation im Bereich der Agrarökonomie keine Anwendung finden, so lange es keine ausreichenden wissenschaftlichen Erkenntnisse über deren sicheren Einsatz gibt.

### **Weltnaturerbe wird zugrunde gerichtet**

Bei der flächendeckenden Waldrohdung, der Verschlechterung um die Biosphäre Meer und das Artensterben handelt es sich um Beispiele für die beschleunigte Vernichtung des Weltnaturerbes. Verursacht von der Umwandlung in landwirtschaftlich genutzte Flächen für Weidewirtschaft und vor allem die Soja- und Palmölproduktion ist der Regenwald am Amazonas um 15 Prozent kleiner geworden und der indonesische Regenwald um 72 Prozent zurückgegangen.

Behauptet wurde, dass die größte für sich genommene Bedrohung für das Ökosystem Meer von der Überfischung ausgeht. Moderne Fabriksschiffe, die Sonartechnik nutzen, um Fischschwärme aufzuspüren, und Grundschleppnetze einsetzen, um den Meeresboden zu erreichen, zerstören ganze Fisch-Populationen. 90 Prozent der großen Fischarten wie Thunfisch, Dorsch und Heilbutt sind ausgemerzt worden. Das wiederum führt zu einer Veränderung des ozeanischen Ökosystems. Am Ende steht, dass Arten wie Quallen dominieren, die sich von Kleinst-Plankton ernähren. Als die Fischfangflotten in Neufundland, an der Nordsee und in der Ostsee zu großen Teilen zusammenbrachen, gingen zehntausende, wenn nicht gar hunderttausende von Arbeitsplätzen verloren.

Die Aufmerksamkeit der großen Konzerne richtet sich jetzt auf den Pazifischen Ozean, das einzige übrig gebliebene Gewässer, das noch nicht überfischt ist. Doch auch über dieses Gebiet wird dasselbe Schicksal herienbrechen wie über die Nordsee, wenn der derzeit gefahrene, vom Profit geleitete Ansatz nicht grundlegend geändert wird. Und wenn dies nicht geschieht, dann wird wohl nur noch Qualle mit Salzkartoffeln auf der Karte stehen!

Waldrohdung und Überfischung sind beides Teile eines umfassenderen Problems: der Zerstörung des Lebensraums, die den Abbau der Biodiversität vorantreibt. Jedes Jahr gehen laut Douglas Crawford-Browne, Direktor des „Cambridge Centre for Climate Change Mitigation“ 20.000 Arten verloren. Wie die meisten UmweltschützerInnen macht auch er dafür „menschliches Handeln“ verantwortlich. Es handelt sich dabei jedoch um eine ganz bestimmte Form von „menschlichem Handeln“, die zur Anklage steht: das Streben nach Profit in einer kapitalistischen Marktwirtschaft.

Die große Mehrzahl der Probleme, die hier diskutiert werden, lassen sich zurückführen auf die schädlichen Vorgehensweisen der Großkonzerne und vor allem auf die der multinationalen Unternehmen und ihre Komplizen.

### **Wie grün können Kapitalisten werden?**

Wie viele vorherige Gipfeltreffen auch, scheiterte die von der UNO durchgeführte Klimakonferenz von 2011 in Durban, Südafrika, auf klägliche Art und Weise darin, eine Übereinkunft zur Eindämmung der globalen Erderwärmung zu erzielen. Am Ende der Konferenz stand lediglich die Hoffnung, dass ein neues und bis dato nicht weiter spezifiziertes Abkommen ausgearbeitet werden soll, das dann das

Kyoto Protokoll ablösen wird, welches 2012 ausläuft. Ein derartiges neues Abkommen würde frühestens 2020 in Kraft treten. Das heißt, dass vorher kein neuer Verhandlungsstand erreicht werden wird.

Doch das Jahr 2020 ist auch die Frist, die von der Klimawissenschaft gesetzt wurde, um die Treibhausgase um 40 Prozent zu verringern, damit eine mögliche Katastrophe noch abgewendet werden kann. Die Wortwahl, auf die man sich einigte und mit der eine rechtlich bindende Basis für ein zukünftiges Abkommen geschaffen werden sollte, war derlei vage gehalten, dass fast nichts darin stand. Die jüngsten Gespräche, die im Nachgang dazu in Bonn stattfanden, gingen am 25. Mai zu Ende. Das Ergebnis waren so viele Meinungsverschiedenheiten und Rückschritte, dass damit selbst ein vages Abkommen wieder zur Disposition steht.

Das Scheitern des Kopenhagen-Gipfels 2009 und des Durban-Gipfels 2011 (Zusammenkünfte, die eigentlich die Fehler von Kyoto beheben sollten) hat die Unfähigkeit der kapitalistischen Klasse offengelegt, die globale Erderwärmung aufzuhalten. Im Vorfeld der Kopenhagen-Konferenz hatte die UNO dazu aufgerufen, die letzte Chance zur Vermeidung der katastrophalen globalen Erderwärmung wahrzunehmen. Während der Veranstaltung wurde dann aber klar, wie tief die Widersprüche in den Beziehungen zwischen den Großmächten sind, die eine Übereinkunft gegen den Klimawandel verhindern.

Direkte Steuern auf Kohlendioxidemissionen, wie viele Vertreter von „grünen“ Parteien sie befürworten, könnten eine stärkere Wirkung haben als ein System zur Reduzierung der Treibhausgase, wie es Kyoto darstellen sollte. Es bleibt aber festzuhalten, dass Steuern auf Kohlendioxide die ärmsten Schichten der Gesellschaft am meisten treffen würden. Schließlich zah-

len die armen Leute für Kraftstoffe einen wesentlich größeren Anteil ihrer Einkünfte. Und das wäre vor allem dann der Fall, wenn Steuern wie geplant in dem Maße eingeführt werden, dass auch Wirkung feststellbar wäre. Derlei regressive Maßnahmen sollten von SozialistInnen abgelehnt werden.

Statt das marktfreundliche System zu unterstützen, das in Kopenhagen diskutiert wurde, rufen viele AktivistInnen, die die Dringlichkeit der Lage erkannt haben, dazu auf, Maßnahmen zu ergreifen, die die Treibhausgase reduzieren. Zu diesen Maßnahmen könnten auch Gesetze gehören, die bis zu einem bestimmten Datum eine Höchstgrenze an Emissionen festlegen. Und jedes Nichteinhalten dieser Werte würde dann dazu führen, dass Schritte gegen kriminelle Handlungen eingeleitet werden.

Allerdings würde jeder neue und dann möglicherweise sogar wirksame Ansatz auf noch stärkeren Widerstand stoßen, wenn die herrschenden Klassen dieser Welt sich schon gegen die hauptsächlich kosmetischen Maßnahmen wehren, die in Kopenhagen vorgeschlagen wurden. Mittlerweile ist der Beweis erbracht, dass die Regierungen Großbritanniens und weltweit trotz ihrer Beteuerungen, ihnen würde es um das Gegenteil gehen, nicht vorhaben, irgendwelche wirksamen Schritte gegen den globalen Klimawandel einzuleiten.

Die Finanz- und Wirtschaftskrise, die 2007 ihren Anfang nahm, hat es wahrscheinlich werden lassen, dass sogar die bereits ergriffenen Maßnahmen wie z.B. das Kyoto-Protokoll von den meisten Staaten wieder abgelehnt werden. Die USA zum Beispiel, nach China der zweitgrößte Emittent von Kohlendioxid, lehnt es kategorisch ab, sich an internationalen Abkommen zu beteiligen, um die Treibhausgase zu reduzieren. Und das gilt sogar dann, wenn eine Vereinbarung wie das System von Kopen-

hagen vorgeschlagen wird, das vor Schlupflöchern nur so durchgezogen war. UmweltaktivistInnen sollten sich mit SozialistInnen zusammentun, um der Untätigkeit der Kapitalisten und ihrer Regierungen den Kampf anzusagen. Auch muss die politische Lehre gezogen werden aus den 20 Jahren, die wegen der Kapitalisten für den Kampf gegen den Klimawandel verloren wurden.

Auf kapitalistischer Grundlage ist nachhaltiges Wirtschaftswachstum nicht realisierbar. Das liegt teilweise daran, dass die Methoden, die angewendet werden, um dies zu erreichen, unangemessen und fehlerhaft sind. Doch in erster Linie liegt es daran, dass die zwischen den Nationalstaaten bestehende Rivalität verhindert, dass es zur nötigen internationalen Zusammenarbeit kommt.

### Der sozialistische Ansatz

In gewisser Weise ist ein Vorgehen gegen die globale Erderwärmung relativ einfach zu machen. Schließlich bedarf es dazu noch nicht einmal einer technischen Erfindung. Alles, was nötig ist, ist die ausgeweitete Anwendung und Weiterentwicklung bereits bestehender Technologien wie etwa der Wind- und Wasserkraft und / oder der Solarenergie.

Die technischen Kerngebiete sind:

- Rasche Umorientierung auf die Nutzung erneuerbarer Energieträger wie Wind- und Wasserkraft und Solarenergie
- Massiver Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs
- Ausbau und Entwicklung der Eisenbahnnetze, damit der Kurz- und Mittelstreckenflugverkehr zunächst reduziert und schließlich abgelöst werden kann

- Neuausrichtung der Automobilindustrie hin zur Nutzung erneuerbarer Energieträger

- Ausweitung der Forschung im Bereich der erneuerbaren Energien wie z.B. der umweltfreundlichen Kohleverstromung oder dem Einsatz von Materialien, die nicht auf Rohölprodukten basieren

Allerdings kann dieses Programm nur realisiert werden, wenn die Macht und Einflussnahme der Großkonzerne ausgeschaltet wird. Das bedeutet Vergesellschaftung der Schlüsselindustrien, die die Wirtschaft dominieren. Dieser Schritt wird weltweit nötig sein und auch die 147 multinationalen Unternehmen umfassen müssen, die – wie die jüngsten Erhebungen gezeigt haben – den Globus dominieren.

Weil die Operationen des auf Konkurrenz und Wettbewerb basierenden Marktes die Umwelt zugrunde richten, ist es essenziell, dieses Marktsystem zurückzuweisen, um die globale Erderwärmung aufhalten zu können. Dies zu tun erfordert eine alternative Herangehensweise bei der Organisation des Produktionsprozesses. Rationale und demokratische Planung ist nicht nur eine realistische Alternative. Was z.B. den Aspekt des Energiesparens angeht, so birgt sie auch enorme, ihr innewohnende Vorteile gegenüber dem Markt. So könnte dadurch beispielsweise alles ein Ende finden, was heute noch den Gesetzen der vom Kapitalismus vorgegebenen und scheinbar immerwährenden Auf- und Abschwünge unterliegt: die Redundanz von Ressourcen, eine weitere planmäßige Veralterung sowie die umfangreiche Vernichtung und Zerstörung von Fabriken, Produktionsstätten und Maschinenparks, bevor sie dann wieder neu gebaut werden.

Zwei miteinander zusammenhängende Faktoren stellen die Ba-

sis für fast alle Bedrohungsszenarien der Umwelt dar. Dabei handelt es sich um das Profitstreben der Großkonzerne sowie – noch bedeutender – um die zwangsläufige Tendenz der auf Wettbewerb und Konkurrenz basierenden Märkte, die Umwelt zugrunde zu richten. Die Aufgabe ist von größter Dringlichkeit. Und zu dieser Aufgabe gehört auch die politische Wiederbewaffnung der Arbeiterbewegung in Großbritannien und weltweit mit einem sozialistischen Programm.

Als ersten Schritt wird dies die Bildung neuer Arbeiter-Massparteien erfordern, um die diskreditierten alten Arbeiter-Organisationen ersetzen zu können. Diese Parteien, wie z.B. die sozialdemokratische (Erg. d. Übers.) „Labour Party“ in Großbritannien, haben über Jahrzehnte vollkommen versagt, Programme aufzulegen, um das Zugrunderichten des Planeten aufzuhalten.

Indem sie in den vergangenen 20 Jahren keine wirksame Maßnahme ergriffen haben, haben die Vertreter des kapitalistischen Marktsystems dafür gesorgt, dass einige der Auswirkungen der globalen Erderwärmung bereits als unumkehrbar zu bezeichnen sind. Ungeachtet zukünftiger Ereignisse

haben wir es hierbei bereits jetzt mit einer Art historischer Anklage zu tun. Und in der Konsequenz mag es sogar darauf hinauslaufen, dass im Namen des Kapitalismus ein weiteres Schwerverbrechen begangen wird, das nur noch mit den imperialistischen Kriegen des 20. Jahrhunderts zu vergleichen ist.

Um die schlimmsten Folgen der Klimawandels zu vermeiden, sind einschneidende Maßnahmen nötig. Und diese müssen jetzt ergriffen werden. Es gibt aber kein Anzeichen dafür, dass das geschehen wird. Und ein Grund dafür sind die Rivalitäten zwischen den großen Industrienationen. Es ist daher an der internationalen Arbeiterbewegung, ein Programm aufzulegen, das den Ausmaßen des Klimawandels gerecht wird, und das den Kapitalismus durch ein demokratisch-sozialistisches System ersetzt.

23. Juni 2012

*Pete Dickenson ist Wissenschaftler, Dozent für Umweltmanagement und Osteuropäische Studien und langjähriges Mitglied der „Socialist Party“ (Schwesterorganisation der Sozialistischen Organisation Solidarität und Sektion des CWI in England und Wales)*







# Identitätspolitik und der Kampf gegen Unterdrückung

## **Von Privilegien und Rucksäcken**

**Auf der Suche nach einem Weg, Diskriminierung und Unterdrückung zu bekämpfen, beschäftigen sich vor allem viele Jugendliche mit Identity politics. Dies kann einen wichtigen ersten Schritt in der Entwicklung von sozialistischem Bewusstsein darstellen – wenn es zu einem Verständnis des Klassencharakters der kapitalistischen Gesellschaft und zur Einsicht in die Notwendigkeit für gemeinsame Massenkämpfe führt.**

*von Hannah Sell*

In den letzten Jahren wuchs die Unterstützung für das, was im weitesten Sinne als Identitätspolitik bezeichnet wird, vor allem unter jungen Menschen, die berechtigterweise durch ihre Erfahrungen mit Sexismus, Rassismus, Homophobie, Vorurteilen gegenüber Menschen mit Behinderung und andere Formen der Unterdrückung verärgert sind und sich dadurch radikalisierten. Identitätspolitik ist gewissermaßen ein zwangsläufiger Bestandteil des politischen Erwachens vieler Angehöriger unterdrückter gesellschaftlicher Gruppen. Die Erkenntnis, dass man unterdrückt wird und dagegen gemeinsam mit anderen kämpfen

kann, die von derselben Unterdrückung betroffen sind, ist ein entscheidender erster Schritt.

Allerdings zeigt die Geschichte des Kampfes gegen Unterdrückung, dass diejenigen, die daran teilnehmen, auf der Basis ihrer Erfahrungen über Identity politics hinausgehen, sobald sie erkennen, dass die Wurzel ihrer Unterdrückung in der Struktur der Gesellschaft liegt. So wurde der Höhepunkt der riesigen Bewegung gegen Rassismus in den USA in den 1950ern und 1960ern von den Black Panthers erreicht, die 1966 auf der Grundlage einer großen Idee gegründet wurden: „Wir bekämpfen nicht Rassismus mit Rassismus. Wir bekämp-

fen Rassismus mit Solidarität. Wir bekämpfen den ausbeuterischen Kapitalismus nicht mit ‚schwarzem‘ Kapitalismus. Wir bekämpfen Kapitalismus mit Sozialismus.“

Heute sind sowohl die #BlackLivesMatter-Rebellion als auch die Bewegung für einen Mindestlohn von 15 Dollar pro Stunde die ersten Stufen einer neuen Massenerhebung gegen Armut und Rassismus in den USA. Allerdings haben der weltweite Rückgang des Bewusstseins in den Jahrzehnten nach dem Zusammenbruch des Stalinismus in den 1980ern und der damit einhergehende kapitalistische Triumphzug dazu geführt, dass diese neuen Bewegungen

nicht dort weitermachen, wo die Black Panthers aufgehört haben: bei einer sozialistischen Perspektive. Trotzdem wächst die anti-kapitalistische Stimmung unter jungen Menschen in den USA, was einen ersten Schritt hin zu sozialistischen Schlussfolgerungen darstellt.

Gleichzeitig sind Identity politics der politische Ausgangspunkt für viele AktivistInnen. Während sie von denjenigen, die in Bewegungen aktiv sind, als Mittel zur Gegenwehr betrachtet werden, beschränkt sich die von den Universitäten ausgehende und in den letzten Jahrzehnten vorherrschende Form von Identity politics überwiegend darauf, über persönliche Unterdrückungserfahrungen zu diskutieren, anstatt Wege zu finden, Unterdrückung zu beenden.

Das betrifft all die Strömungen von Identity politics, die in den letzten Jahren bekannt wurden, wie Intersektionalität und Privilege theory. In Großbritannien sind diese Konzepte in der breiteren Gesellschaft wenig bekannt, gelten aber beispielsweise in universitären feministischen Gruppen als allgemein anerkannt. VertreterInnen der Intersektionalität gehen davon aus, dass sich verschiedene Unterdrückungsweisen überschneiden (engl. intersection = Überschneidung). Das tun sie tatsächlich: Beispielsweise wird eine schwarze Frau aus der Arbeiterklasse dreifach unterdrückt. Aber VertreterInnen der Intersektionalität sehen ihre Aufgabe häufig eher darin, Unterdrückung zu katalogisieren und zu bestimmen als sie abzuschaffen.

AnhängerInnen der Privilege theory sind dafür bekannt, Leute in (häufig Online-) Diskussionen aufzufordern, ihre „Privilegien zu hinterfragen“. Peggy McIntosh, die Begründerin der Privilege theory, argumentierte, dass beispielsweise ein weißer, heterosexueller Mann aus der Oberschicht einen „unsichtbaren Rucksack“ voller unverdien-

ter Privilegien mit sich herumtrage. Ihre Argumentation geht davon aus, dass Macht nicht in den Händen einer gesellschaftlichen Klasse oder im Staat konzentriert, sondern über die ganze Gesellschaft verteilt sei, und demzufolge in allen sozialen und zwischenmenschlichen Beziehungen bestehe. Die Privilege theory betrachtet jedes Individuum als Teil vielfältiger unterdrückerischer Beziehungen. Sie beschränkt sich überwiegend auf Ermahnungen an Individuen, sich zu verändern und ihre Privilegien zu hinterfragen.

Allerdings ist es nicht möglich, Unterdrückung oder Privilegien auszumerzen, indem lediglich Individuen dazu aufgerufen werden, ihr Verhalten zu ändern. Vielmehr ist es so, dass in den letzten Jahrzehnten in vielen Ländern große Fortschritte bei den gesellschaftlichen Einstellungen zu verschiedenen Unterdrückungsformen stattfanden, dass diese Fortschritte aber nicht zur Beendigung der jeweiligen Unterdrückung geführt haben.

### Die Wurzeln von Rassismus

So sind beispielsweise in Großbritannien noch gewisse rassistische Vorurteile verbreitet, während plumpe rassistische Ideen weit weniger gesellschaftlich akzeptiert sind als vor dreißig Jahren. Dies hat verschiedene Gründe – in erster Linie die Entschlossenheit und das gestiegene Selbstbewusstsein, mit denen schwarze und asiatische Menschen gegen Diskriminierung und Rassismus kämpfen. Ein weiterer wichtiger Faktor war die breite Einbindung schwarzer und asiatischer ArbeiterInnen in den Gewerkschaften in gemeinsame Kämpfe mit weißen ArbeiterInnen. Diese beiden Faktoren haben unter einem großen Teil der weißen Bevölkerung, und vor allem unter Jugendlichen, das Gefühl befördert, dass Rassismus falsch ist und bekämpft werden muss.

Trotzdem ist Rassismus weiterhin tief in der britischen Gesellschaft verwurzelt. Es ist für Schwarze und AsiatInnen bis zu 28-mal wahrscheinlicher, von der Polizei kontrolliert zu werden. Trotz einer Veränderung der gesellschaftlichen Einstellungen haben sich die Lohnunterschiede zwischen weißen ArbeiterInnen und ArbeiterInnen aus ethnischen Minderheiten in den letzten Jahren vergrößert. Mehr als die Hälfte junger schwarzer Männer ist arbeitslos, womit unter ihnen der Arbeitslosenanteil mehr als doppelt so hoch ist wie unter jungen weißen Männern.

In den USA ist die Situation noch krasser. Während es weiterhin tief verwurzelten Rassismus gibt, gab es zwar auch dort Fortschritte bei den gesellschaftlichen Einstellungen. Außerdem haben sich dort eine schwarze Mittelschicht und sogar eine kleine schwarze Elite entwickelt. Diese beiden Prozesse spiegelten sich in der Wahl eines Schwarzen zum US-Präsidenten wider. Aber trotzdem gehört die riesige Mehrheit der schwarzen Bevölkerung zu den Ärmsten und am meisten Unterdrückten in der Gesellschaft und ist von gewaltsamer staatlicher Repression betroffen. Allein in der ersten Hälfte des Jahres 2015 wurden 135 AfroamerikanerInnen von der Polizei getötet.

Rassismus speist sich nicht bloß aus individuellen Vorurteilen, sondern hat auch eine viel grundlegendere Ursache: die historisch entstandene Natur des Kapitalismus. Malcolm X sagte richtigerweise: „Es gibt keinen Kapitalismus ohne Rassismus.“ Karl Marx sagte, das Kapital kam „aus allen Poren blut- und schmutztriefend“ auf die Welt (Das Kapital, Bd. I, Kapitel 24). Hierbei bezog er sich insbesondere auf die Rolle der neuzeitlichen Sklaverei bei der ursprünglichen Akkumulation des Kapitals. Mit dieser Sklaverei entwickelten sich alle möglichen pseudo-wissenschaft-

lichen Rassentheorien, um die Versklavung der afrikanischen Völker zu begründen. Danach wurden rassistische Ideen aufgegriffen, um die koloniale Ausbeutung großer Teile der Welt zu rechtfertigen. Der Kapitalismus war im 20. Jahrhundert wegen der gewaltigen revolutionären antikolonialen Bewegungen gezwungen, die direkte Kolonialherrschaft abzuschaffen. Trotzdem ist die wirtschaftliche Ausbeutung heute brutaler als je zuvor, denn vor 250 Jahren betrug das Verhältnis zwischen den reichsten und den ärmsten Ländern etwa 5:1 – während es heute 400:1 beträgt. Rassismus wird zur Rechtfertigung dafür genutzt, dass es diese riesige Kluft gibt und schwarze ArbeiterInnen selbst in den „reichen“ Ländern zu den ärmsten und am meisten unterdrückten Teilen der Arbeiterklasse gehören.

### Unterdrückung von Frauen

Ähnlich wird – insbesondere in den wirtschaftlich stark entwickelten kapitalistischen Ländern – offener Sexismus nicht mehr auf die selbe Weise akzeptiert wie in der Vergangenheit. In den letzten Jahrzehnten haben Frauen mehr Rechte errungen. Dazu haben mehrere Faktoren geführt, nicht zuletzt die Entwicklung verbesserter und leicht erhältlicher Verhütungsmittel. Und vor allem können viele Errungenschaften auf das gestiegene Selbstbewusstsein von Frauen zurückgeführt werden, von denen immer mehr einer Lohnarbeit nachgehen, anstatt zu Hause isoliert zu sein.

Nichtsdestoweniger werden Frauen auch weiterhin unterdrückt. Diese Unterdrückung liegt nicht so sehr in den Einstellungen der Männer begründet, sondern vielmehr in der Rolle von Frauen in der kapitalistischen Gesellschaft und früheren Klassengesellschaften. Die meisten Menschen verstehen unter „Familie“ ihre Angehörigen und

Verwandten. Aber aus einer historischen Perspektive kann die Familie als eine Institution betrachtet werden, die in Klassengesellschaften soziale Kontrolle ausübt, indem dem Vater als „Haushaltsvorstand“ die Verantwortung übertragen wird, Frau und Kinder zu disziplinieren. Dieses Konzept wurde in der Neuzeit durch das gestiegene Selbstbewusstsein von Frauen geschwächt, wurde aber noch lange nicht beseitigt. Weiterhin bleibt die Idee tief verwurzelt, Frauen seien das Eigentum von Männern und müssten ihrem Partner treu und gehorsam sein – und Gewalt und Zwang seien angemessene Mittel für Männer, dies sowohl gegenüber „ihren“ Frauen als auch „ihren“ Kindern durchzusetzen.

Heutzutage wird es nicht mehr gesellschaftlich akzeptiert, Frauen offen als Eigentum von Männern zu bezeichnen – aber bis vor relativ kurzer Zeit waren diese Ansichten in der Gesetzgebung verankert. Vergewaltigung in der Ehe wurde in Großbritannien erst 1991 verboten, in Spanien 1992 und in Deutschland 1997. Obwohl sie nicht mehr rechtlich oder öffentlich akzeptiert wird, ist Vergewaltigung in der Ehe immer noch weit verbreitet und wird nur selten bestraft. Es wird davon ausgegangen, dass in Großbritannien nur 15 Prozent aller Vergewaltigungen bei der Polizei angezeigt werden und dass es nur bei sieben Prozent der angezeigten Vergewaltigungen zu einer Verurteilung kommt. Laut UN wurde 2012 fast die Hälfte aller weltweit ermordeten Frauen von Partnern oder Familienmitgliedern umgebracht. Hingegen wurden nur sechs Prozent aller Morde an Männern von Partnern oder Familienmitgliedern begangen.

Gleichzeitig tragen Frauen weiterhin die Hauptlast der Haushaltstätigkeiten, obwohl immer mehr von ihnen zusätzlich arbeiten gehen. Häufig sind Frauen weiterhin, wie es der russische Revolutionär

Leo Trotzki ausdrückte, „Sklavinnen von Sklaven“. Beispielsweise erkennen Studien zufolge in Großbritannien die meisten Männer an, dass sie genauso viel Hausarbeit wie Frauen machen sollten, aber es gibt einen erheblichen Unterschied zwischen Anspruch und Realität: Einer Umfrage zufolge verrichten Frauen durchschnittlich 17 Stunden Hausarbeit pro Woche (Kinderbetreuung nicht mit eingerechnet), während Männer weniger als sechs Stunden verrichten.

Insofern ist es wahr, dass Männer aus dem Umstand, dass Frauen einen unverhältnismäßig hohen Anteil an der Hausarbeit auf ihren Schultern tragen, einen gewissen Nutzen ziehen, weil sie dadurch einige Stunden mehr Freizeit haben. Aber Den Hauptnutzen daraus ziehen die Kapitalisten: Indem sie die Belastungen der Hausarbeit, des Großziehens der nächsten Generation (aus der sich die Arbeitskraft der Zukunft speist) und der Pflege der Kranken und Alten auf die Frauen abwälzen, entziehen sie sich der gesamtgesellschaftlichen Verantwortung.

### Machtkonzentration bei der Kapitalistenklasse

Zu behaupten, dass die Macht nicht in den Händen einer Klasse konzentriert ist, bedeutet, das Wesen des Kapitalismus grundlegend falsch zu verstehen. Heute sind Reichtum und Macht in weniger Händen – den Händen der Eigentümer der großen Banken und Konzerne – konzentriert als zu Marx' Zeiten. Laut Oxfam verfügen die 85 reichsten Menschen der Erde – so viele, wie in einen Doppeldeckerbus passen – über so viel Vermögen wie die ärmere Hälfte der Weltbevölkerung. Unter diesen 85 reichsten Menschen befinden sich fünf Frauen und ein Afrikaner, während weiße Männer überwiegen. Ihre gesellschaftliche Rolle ist jedenfalls nicht auf ihre Hautfarbe

oder ihr Geschlecht zurückzuführen, sondern darauf, dass sie Teil einer kleinen superreichen herrschenden Elite sind.

Die 100 größten Unternehmen der Erde kontrollieren heute 70 Prozent des Welthandels. Selbst wenn in ihren Vorständen mehr Schwarze oder Frauen vertreten wären, würde es keinerlei materiellen Unterschied für die Ausbeutung machen, unter der die Arbeiterklasse und die Armen weltweit leiden, darunter nicht zuletzt schwarze Frauen. Schauen wir nach Südafrika, so sehen wir, dass die Eingliederung einer kleinen Minderheit der Schwarzen in die Kapitalistenklasse keinen Unterschied in der schrecklichen Armut gemacht hat, unter der die Mehrheit der Menschen dort leidet. Und der Kapitalismus erweist sich zunehmend als unfähig, die Gesellschaft weiterzuentwickeln. Viele Rechte, die von bisherigen Generationen in Europa teilweise als selbstverständlich betrachtet wurden, wie relativ sichere Arbeitsplätze, Wohnungen und Renten, gehören inzwischen der Vergangenheit an.

Zu sagen, dass die sozialen Beziehungen in der modernen Gesellschaft kapitalistische Beziehungen sind, ist kein „wirtschaftsdeterministischer“ Blick auf die Gesellschaft, der davon ausgehen würde, dass jeder Aspekt des gesellschaftlichen Überbaus – Staat, Politik, öffentliche Meinung usw. – starr durch die wirtschaftliche Basis vorherbestimmt ist. Im Gegenteil besteht ein Wechselverhältnis zwischen Basis und Überbau. Denn Politik und gesellschaftliche Einstellungen spiegeln nicht nur den gegenwärtigen Charakter des Kapitalismus wider, sondern auch Überreste der Vergangenheit und – insbesondere in Form von Massenkämpfen der Arbeiterklasse und der Unterdrückten – die Keime einer potenziellen besseren Zukunft. Aber trotzdem ist klar: Solange wir in einer kapitalistischen Gesell-

schaft leben, in der Reichtum und Macht bei der kleinen Elite liegen, die Industrie, Wirtschaft und Technologie besitzt und kontrolliert, wird der Überbau dieser Gesellschaft letzten Endes die Interessen dieser herrschenden Elite widerspiegeln und ihr dienen.

Egal, wie häufig Menschen aufgefordert werden, ihre „Privilegien zu hinterfragen“. Das wird nicht die gesellschaftlichen Einstellungen beseitigen, die vom Kapitalismus hervorgebracht und aufrechterhalten werden. Der Kapitalismus kann durch entschlossene Massenbewegungen bis zu einem gewissen Grad zur Anpassung gezwungen werden – so war es mit LGBT-Rechten (LGBT = engl. Abkürzung für Lesben, Schwule, Bisexuelle und Transgender, AdÜ), Lohngleichheitsgesetzen und anderen Maßnahmen – aber dauerhafter, tief verwurzelter Wandel, vor allem dort, wo er die Funktionsweise des Kapitalismus bedroht, kann ausschließlich durch die sozialistische Veränderung der Gesellschaft erreicht werden.

Die abschreckende bürokratische Degeneration und schließlich der Zusammenbruch der Sowjetunion haben verschleiert, welche Bedeutung die Russische Revolution spielte, uns einen flüchtigen Blick darauf zu ermöglichen, was Sozialismus für die von Unterdrückung Betroffenen bedeuten würde. In Russland führte 1917 die Arbeiterklasse eine Bewegung der Unterdrückten an, die zum ersten und bisher einzigen Mal erfolgreich den Kapitalismus stürzte. Russlands extreme Armut und die Isolation des neuen Arbeiterstaates führten zu der genannten Degeneration. Und trotzdem: In seiner Anfangszeit gab dieser Arbeiterstaat einen Blick darauf frei, wie eine neue Gesellschaft Unterdrückung überwinden kann, die seit Jahrtausenden bestand.

Im „rückständigen“ Russland wurden in kurzer Zeit viele recht-

liche Änderungen vorgenommen, die über Jahrzehnte fortschrittlicher waren als in irgendeinem kapitalistischen Land. Diese umfassten universelles Wahlrecht, Zivilehe und Scheidungsmöglichkeit für beide Partner, gleiche Bezahlung, bezahlten Mutterschaftsurlaub, das Recht auf Abtreibung und die Legalisierung der Homosexualität. Unterdrückte Nationalitäten bekamen ein vollständiges Selbstbestimmungsrecht. Es wurden Maßnahmen zur Förderung von Nationalitäten und Kulturen unternommen, die unter dem Zarsismus unterdrückt worden waren, zum Beispiel die erstmalige Entwicklung von Schriften für einige Sprachen.

Selbstverständlich beenden rechtliche oder formale Maßnahmen allein nicht die Unterdrückung. So verdienen auch Jahrzehnte nach der Verabschiedung der Lohngleichheitsgesetze in Großbritannien Frauen jährlich im Durchschnitt 5000 Pfund weniger als Männer. In Hinblick auf die Frauenunterdrückung in der Sowjetunion erklärte Trotzki, dass die rechtliche Gleichheit ein Schritt vorwärts war, aber die wirkliche Gleichheit in den sozialen Beziehungen einen viel „tiefergehenden Pflug“ bräuchte, der echten ökonomischen Gleichheit und die Wegnahme der häuslichen Belastung von der Frau ermöglichen sowie die seit Jahrtausenden verwurzelten gesellschaftlichen Einstellungen verändern würde. Eine große Zahl an Maßnahmen wurde direkt nach der Revolution ergriffen (z. B. kostenlose Kinderbetreuung, Gemeinschaftsküchen und öffentliche Wäschereien), was einen Eindruck davon gab, wie das Joch der Hausarbeit abgeworfen werden könnte – obwohl die Maßnahmen aufgrund der Degeneration der Sowjetunion nie vollständig umgesetzt werden konnten. Das hätte wiederum das Fundament für den Aufbau einer Gesellschaft legen

können, die auf der Gleichheit von Mann und Frau basiert.

Viele VertreterInnen der Intersektionalismus-Theorie legen ziemlich wenig Betonung auf Kampagnen für ökonomische und praktische Maßnahmen, um die Belastung von Frauen aufzuheben; stattdessen beschränken sie sich fast ausschließlich auf gesellschaftliche Einstellungen und versuchen, unterdrückungsfreie Räume in der Gesellschaft aufzubauen. Dabei ist die Befreiung der Frauen davon, die Pflegerinnen, Köchinnen und Putzfrauen der Gesellschaft zu sein, eine wesentliche Voraussetzung für das Ende der Frauenunterdrückung. Der Kapitalismus des 21. Jahrhunderts fährt jedoch genau in die Gegenrichtung: Austerität trifft Frauen schwer. Sie bedeutet große Kürzungen bei öffentlichen Angeboten, die wenigstens teilweise die Last erleichtert haben, die auf Frauen liegt. Die Parole der „großen Gesellschaft“ von David Cameron (konservativer Premierminister des Vereinigten Königreichs, AdÜ) kann zusammengefasst werden als die Forderung an Frauen, die Kürzungen in den Bereichen Gesundheit, Kinderbetreuung und Altenpflege zu kompensieren, indem sie deren Aufgaben auf sich nehmen. Das zeigt deutlich, dass Errungenschaften, die von unterdrückten Gesellschaftsgruppen erkämpft wurden, im Kapitalismus niemals garantiert und dauerhaft sind. Das gilt übrigens auch für die verheerenden, teilweise lebensbedrohlichen Folgen der Austerität für Menschen mit Behinderung.

### Kampf gegen Vorurteile

Die Einsicht in die Notwendigkeit, grundlegende gesellschaftliche Veränderungen zu erreichen, schmälert keineswegs die Wichtigkeit, gegen unterdrückerische und reaktionäre Ideen und Verhaltensweisen anzukämpfen, solange wir in dieser Gesellschaft leben – und

das auch innerhalb der Arbeiterbewegung. Dies ist notwendigerweise ein permanenter Kampf. VertreterInnen der Intersektionalismus-Theorie fordern „geschützte Räume“ mit keinerlei Toleranz für irgendetwas, das als unterdrückerisch gelten könnte. Aber es ist utopisch, einen Schutzraum schaffen zu wollen, der abgeriegelt ist von der Gesellschaft, in der wir alle leben und die uns alle prägt. Sich abzukapseln, anstatt rauszugehen und eine Bewegung aufzubauen, die wirkliche Veränderungen erreichen kann, ist zum Scheitern verurteilt und führt zu Frustration. Denn weit davon entfernt, tatsächlich geschützte Räume zu schaffen, führt so etwas häufig zu einer undemokratischen Umgebung, in der die in einem „Raum“ dominierenden Individuen behaupten, sie würden sich von Ideen und Meinungen unterdrückt fühlen, die ihnen oft einfach nicht passen.

Es gibt außerdem die gefährliche Entwicklung dahin, zu glauben, dass der Wert eines Diskussionsbeitrages darauf zurückzuführen sei, unter welchen Unterdrückungen die/der Beitragende leidet. Das ist komplett falsch. Die erste und einzige Premierministerin Großbritanniens, Margaret Thatcher, war zweifelsfrei von ihrer individuellen Unterdrückung als Frau betroffen, aber das neoliberale Programm, dass sie durchgezogen hat, war komplett gegen die Interessen von Frauen aus der Arbeiterklasse gerichtet. Vor kurzem wurde Jeremy Corbyn, der neue linke Anführer der Labour Party, dafür angegriffen, dass er angeblich nicht genug Frauen in seinem Schattenkabinett habe, obwohl in dessen erster Reihe erstmals mehrheitlich Frauen stehen. Bei der Wahl zum Parteivorsitz stimmten mehr Frauen für Corbyn als für die KandidatInnen vom rechten Flügel (unter denen zwei Frauen waren), weil er gegen Austerität war. Wenn er anstelle des linken Abgeordneten John

McDonnell eine für Austerität stehende Frau zur Schattenkanzlerin gemacht hätte, wären die meisten Frauen, die ihn gewählt hatten, berechtigterweise tief enttäuscht gewesen.

Die Frage der „geschützten Räume“ hängt auch mit der Herangehensweise der VertreterInnen der Intersektionalismus-Theorie an Geschlechterfragen zusammen: Sie meinen, dass das Konzept der zwei Geschlechter ein soziales Konstrukt sei und Gender (soziales Geschlecht) in Wahrheit eher als breites Spektrum aufzufassen sei. Sie legen ihren Schwerpunkt darauf, Transgender-Personen und all jene zu unterstützen, die gegen gesellschaftliche Geschlechterrollen rebellieren. Dies schließt auch diejenigen ein, die sich weder als männlich noch weiblich betrachten, sondern als „gender-nonkonform“. Darin drückt sich die begrüßenswerte Ablehnung einer wachsenden Zahl junger Menschen gegenüber den üblichen Geschlechterverhältnissen und Homophobie aus. SozialistInnen treten freilich für das demokratische Recht von Individuen ein, ihre Genderzugehörigkeit und ihre Sexualität selbst zu bestimmen. Aber dass sich in dieser Frage eine wichtige Schicht von Leuten radikalisiert, bedeutet nicht, dass es möglich wäre – wie es einige VertreterInnen der Intersektionalismus-Theorie versuchen – innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft Räume zu schaffen, die frei von jedem Druck in Hinsicht auf Gender sind.

Der Kapitalismus formt unsere Ansichten von Geburt an, mit all den Verzerrungen der menschlichen Persönlichkeit, die er hervorbringt. Dazu gehört auch, welches unserem sozialen Geschlecht (Gender) „angemessene“ Verhalten von uns erwartet wird. Es ist nicht möglich, sich dem vollständig zu entziehen; in dieser Gesellschaft sind kapitalistische Geschlechterrollen objektive Realität. Sogar

kapitalistische Geschlechterrollen abzulehnen bedeutet, auf diese Rollen zu reagieren und somit von ihnen beeinflusst zu werden. Es ist nicht genau vorhersehbar, wie sich zwischenmenschliche Beziehungen einschließlich der Geschlechterrollen in der Zukunft entwickeln werden, wenn wir von den engen Zwangsjacken befreit sind, in die uns der Kapitalismus aktuell zwingt. Deshalb lautet die entscheidende Frage für alle, die entschlossen sind, Unterdrückung zu beenden: Wie kann der Kapitalismus abgeschafft und mit dem Aufbau einer Welt ohne Unterdrückung – einem „Schutzraum“ für alle – begonnen werden?

### Die Rolle der Arbeiter\*innenklasse

Heute wie damals, als Marx die Arbeiterklasse als „Totengräber des Kapitalismus“ bezeichnet hat, ist sie die entscheidende Kraft auf unserem Planeten, die uns von diesem bankrotten System befreien kann. Sowohl die Privilege theory als auch die Intersektionalität würden die gesellschaftliche Klasse unter dem Begriff „Klassismus“ als eine unter vielen Formen von Unterdrückung bezeichnen. Häufig diskutieren sie die Klasse in Hinblick auf die Vorurteile, mit denen Menschen konfrontiert sind, weil sie aufgrund ihres Sprachgebrauchs oder ihrer Postleitzahl (z. B. bei Bewerbungen; AdÜ) der Arbeiterklasse zugeordnet werden. Dabei wird das Entscheidende, nämlich die Bedeutung von Klassen für die Gesellschaftsstruktur, gar nicht erkannt. Bei dieser Herangehensweise würde überhaupt nicht verstanden werden, dass ein nigerianischer Arbeiter mehr Gemeinsamkeiten mit einer Arbeiterin in Großbritannien oder den USA (oder Deutschland; AdÜ) hat als mit Aliko Dangote, dem einzigen Afrikaner, der es auf die Liste der 85 reichsten Menschen der Erde geschafft hat. Der Umstand, dass die

Arbeiterklasse letztlich die Profite der Kapitalisten erschafft und durch gemeinsame Klassenkämpfe die kapitalistische Gesellschaft zum Stillstand bringen kann, wird als altmodisch abgetan.

Aber die Arbeiterklasse ist nicht am Verschwinden. Sie ist heutzutage sogar potenziell stärker als zur Zeit der Russischen Revolution. Viele Länder, in denen die ArbeiterInnen vor hundert Jahren noch eine kleine gesellschaftliche Minderheit waren, haben heute große und kraftvolle Arbeiterklassen. In den wirtschaftlich fortgeschrittenen Ländern wie Großbritannien hat die Deindustrialisierung zwar zu einem starken Schrumpfen der Industriearbeiterklasse geführt. Aber trotzdem bestehen weiterhin Gruppen von ArbeiterInnen mit einer gewaltigen Kraft, die Gesellschaft mit Streiks zum Stillstand zu bringen – das wissen alle, die in letzter Zeit einen der Streiks bei der Londoner U-Bahn miterlebt haben. Die Deindustrialisierung hat nicht dazu geführt, dass Jugendliche nun Teil der „Mittelschicht“ sind, sondern sie hat diese zu schlecht bezahlter, befristeter Arbeit, häufig im Dienstleistungsbereich, gezwungen. Gleichzeitig wurden große Schichten der Bevölkerung, wie LehrerInnen und Beamte, die sich früher selbst als Teil der Mittelschicht betrachtet haben, in die Reihen der Arbeiterklasse hinunter gedrückt, was ihren Lebensstandard und ihre soziale Perspektive angeht.

Die Geschichte des zwanzigsten Jahrhunderts hat mehrfach die Bereitschaft der Arbeiterklasse, für Sozialismus zu kämpfen, demonstriert. Zugleich hat sie gezeigt, dass die Kapitalistenklasse sich mit allen Mitteln an die Macht klammert und nicht zuletzt versucht, nach dem Prinzip „teile und herrsche“ die verschiedenen Teile der Arbeiterklasse gegeneinander auszuspielen.

In den letzten Jahren gab es ei-

nen weltweiten Anstieg von Radikalisierung und Kämpfen bis hin zu revolutionären Bewegungen. Wenn diese auch vielfach erfolglos waren, so werden aus ihnen heraus doch die Schlussfolgerungen gezogen, was notwendig ist, um die Gesellschaft zu verändern: Notwendig ist eine revolutionäre Massenbewegung, die die verschiedenen Schichten der Arbeiterklasse mit ihren verschiedenen Erfahrungen und Perspektiven in einer Massenpartei zusammenführt – mit einem klaren Programm und einer entschlossenen und rechenschaftspflichtigen Führung.

Solch eine Partei wäre kein Modell einer neuen Gesellschaft, aber ein Werkzeug, um sie zu erreichen. Es ist entscheidend, dass in einer solchen Partei auch die am heftigsten unterdrückten Schichten der Arbeiterklasse vertreten sind, und dass sie eine lebendige und demokratische Kraft darstellt, in der alle Beteiligten ihre Sichtweisen zum Ausdruck bringen können. Ihr Programm muss – wie damals das Programm der Bolschewiki in Russland – den Kampf für die Rechte nicht nur der Arbeiterklasse im Allgemeinen, sondern auch für ihre diversen besonders unterdrückten Schichten beinhalten.

Zweifelsohne würde eine solche Bewegung auch die Unterstützung breiter Teile der Mittelschichten und sogar von einzelnen Personen aus der Kapitalistenklasse erhalten, die die Notwendigkeit für einen Bruch mit dem Kapitalismus sehen. Das beträfe vor allem diejenigen, die im Kapitalismus unter Unterdrückung leiden und einsehen, dass die einzige Möglichkeit, Homophobie, Rassismus oder Frauenunterdrückung zu beenden, in der Beteiligung am Kampf für eine neue Gesellschaft liegt.

### Vereint im Kampf

Es wäre lächerlich und aberwitzig, zu fordern, dass diejenigen,

die gegen ihre spezifische Unterdrückung kämpfen, sich zurückhalten und auf den vereinigten Kampf der gesamten Arbeiterklasse warten sollen. Im Kampf für gesellschaftlichen Fortschritt sind Massenkämpfe tausendmal wirkungsvoller als Ermahnungen an Individuen, ihre Einstellungen zu verändern. Eine Bewegung hat immer dann größere Erfolgsaussichten, wenn sie in der Lage ist, auf andere Schichten der Arbeiterklasse überzugreifen. Und darum ist es wichtig, dass das Programm, für das eine Bewegung eintritt, dies versucht. Aber das bedeutet auf keinen Fall, dass eine Gruppe ihren Kampf künstlich hinauszögern sollte, bis sie beispielsweise mehr weiße oder männliche Arbeiter von ihrer Sache überzeugt hat.

Gleichwohl erfordert zum Beispiel die dauerhafte Abschaffung des Rassismus in den USA die Abschaffung des Kapitalismus und muss daher in einem gemeinsamen Kampf erfolgen, der verschiedene Teile der Arbeiterklasse zusammenführt: Schwarze, Hispanics, AsiatInnen und Weiße. Das ist eine praktische Frage. Die afro-amerikanische Bevölkerung, die am stärksten unter Polizeirassismus leidet, macht 13 Prozent der Gesamtbevölkerung aus und wird nicht alleine gewinnen können. Die Kapitalistenklasse wird versuchen, die Spaltung zwischen verschiedenen Schichten der Unterdrückten zu vertiefen, vor allem in Zeiten verstärkten Kampfes. Die Unterdrückten sind darauf angewiesen, ihre Stärke zu erhöhen, indem sie nach größtmöglicher Einheit streben. Die „\$15 Now“-Bewegung (für 15 Dollar Mindestlohn) in den USA und die Wahl von Kshama Sawant von der Socialist Alternative in Seattle haben die wachsenden Möglichkeiten gezeigt, in den USA eine vereinte Arbeiterbewegung aufzubauen.

Das Streben nach Einheit bedeutet jedoch nicht, die Wichtigkeit

des Kampfes gegen die spezifische Unterdrückung verschiedener gesellschaftlicher Gruppen herunterzuspielen. Im Gegenteil: Es ist unerlässlich, dass SozialistInnen sich dafür einsetzen, dass die Arbeiterbewegung den Kampf gegen jede Form von Unterdrückung aufnimmt. Die Socialist Party blickt dabei auf eine stolze Geschichte zurück: So standen wir in den 1990ern an der Spitze der Bewegung gegen häusliche Gewalt, die entscheidend dabei war, dass die Gewerkschaften dieses Thema aufgegriffen haben.

Die Intersektionalität an den britischen Universitäten hat die Tendenz, feministische Campus-Gruppen nach innen zu kehren und sich fruchtlosen Versuchen zu widmen, Unterdrückung in Listen zu erfassen, anstatt für ihre Beendigung zu kämpfen. Aber viele Menschen, die ursprünglich von diesen Ideen angezogen wurden, suchen nach einem Weg, die Gesellschaft zu verändern, und werden dabei schnell an die Grenzen der Identity politics in ihren unterschiedlichen Ausprägungen stoßen.

Ein kleiner Hinweis darauf ist die Beliebtheit des Films „Pride“ unter jungen Menschen, der die wahre Geschichte der Gruppe „Lesben und Schwule für Bergarbeiter“ (engl. LGSM) erzählt. LGSM hatte die Gemeinsamkeiten zwischen ihrem Kampf gegen die konservative Tory-Regierung und dem Bergarbeiterstreik von 1984/85 erkannt. Ihre Bemühungen, die Bergarbeiter zu unterstützen, stießen durchaus auf Schwierigkeiten, führten aber schließlich zu wirklicher Einheit. LGSM hatte nämlich verstanden, dass ein Sieg der Bergarbeiter eine massive Niederlage für die Premierministerin Thatcher, die Tories (konservative Partei) und die Kapitalistenklasse gewesen wäre – und dass dies im Interesse von Lesben und Schwulen war. Sie haben niemals weiße, heterosexuelle Bergarbeiter, die anfangs häufig

homophob waren, aufgefordert, ihre „Privilegien zu hinterfragen“. Ein Ergebnis ihres heldenhaften Engagements war, dass große Teile der Arbeiterbewegung von ganzem Herzen den Kampf für die Befreiung von Lesben und Schwulen unterstützt haben. So führte ein Block von aus dem ganzen Land angereisten Mitgliedern der Bergarbeitergewerkschaft NUM die Pride-Demonstration (vergleichbar mit dem Christopher Street Day im deutschsprachigen Raum; AdÜ) 1985 in London an.

Der Bergarbeiterstreik war ein historisches Ereignis im britischen Klassenkampf, aber er wird in den Schatten der Ereignisse treten, die in Zukunft vor dem Hintergrund des krisengeschüttelten Kapitalismus stattfinden werden, der versuchen wird, die Lebensstandards der Mehrheit der Menschen in den Dreck zu werfen. Einige VertreterInnen der Intersektionalismus-Theorie werden die gewaltige Macht der Arbeiterklasse in Aktion erleben müssen, um zu der Einsicht zu kommen, dass der Weg zur Beendigung ihrer spezifischen Unterdrückung nicht über zersplitterte Kleingruppen führt, sondern über die Beteiligung am Klassenkampf. Wie auch immer: Immer mehr junge Menschen, besonders wenn sie in konkreten Kämpfen aktiv werden, sind bereits begeistert von sozialistischen Ideen als dem einzigen Weg zur tatsächlichen Befreiung der ganzen Menschheit.

*12. Mai 2021*

*Hannah Sell ist Generalsekretärin der Socialist Party in England und Wales.*





# Sexismus bekämpfen - mit und in der Arbeiter\* innenbewegung

## Über den Umgang mit sexistischen Übergriffen in der Linken und der Arbeiter\*innenbewegung

In den letzten Jahren gab es in vielen Ländern große Proteste und Bewegungen, die sich gegen Sexismus und Frauenunterdrückung wendeten. Ende 2020 und Anfang 2021 erst hat es erneute Massendemonstrationen in Polen gegen das Verbot des Schwangerschaftsabbruchs und gegen die Regierung gegeben.

*von Angelika Teweleit*

In vielen Ländern, wie in Argentinien, Brasilien, Chile, Indien, Pakistan, Spanien, Südafrika, Türkei – um nur einige zu nennen – gab es in den letzten Jahren Proteste von tausenden bis hunderttausenden gegen Vergewaltigungen, häusliche Gewalt und dagegen, dass von staatlicher Seite nicht dagegen vorgegangen wird. Auch für Lohngleichheit gingen allein in der Schweiz 2018 20.000 Menschen auf die Straße. In Arbeitsbereichen, in denen besonders viele

Frauen arbeiten, wie in der Krankenpflege, im Einzelhandel oder im Sozial- und Erziehungsdienst, hat es gerade auch in Deutschland in den letzten Jahren eine Zunahme von gewerkschaftlichen Kämpfen gegeben – für bessere Bezahlung, gegen unerträgliche Arbeitsbelastung und mehr Personal.

### **Doppelte Unterdrückung**

Frauen sind noch immer doppelt unterdrückt. Da das jahrhun-

dertealte Rollenbild noch immer nicht verschwunden ist, sind auch die meisten Frauen diejenigen, die sich im Vergleich zu Männern hauptsächlich um die Kindererziehung, den Haushalt und die Pflege der älteren Familienmitglieder kümmern. Nach einer Studie der Hans-Böckler-Stiftung verwenden Frauen im Alter von 18 bis 64 Jahren 2,4-mal so viel Zeit für unbezahlte Fürsorgearbeit (Kindererziehung und Pflege älterer oder kranker Familienmitglieder) und

auch 1,6-mal so viel Zeit für die Hausarbeit. Noch größer ist der Unterschied, wenn Kleinkinder im Haushalt leben. (Quelle: [https://www.boeckler.de/cps/rde/xchg/hbs/hs.xsl/106575\\_108373.htm](https://www.boeckler.de/cps/rde/xchg/hbs/hs.xsl/106575_108373.htm))

Doch neben der traditionellen Rollenverteilung gibt es auch andere Faktoren. Frauen verdienen in Deutschland im Schnitt 21 Prozent weniger als Männer. Anstatt dass die durchschnittliche Wochenarbeitszeit in einer Vollzeitstelle wegen wachsender Produktivität in der Gesellschaft deutlich verringert wird, steigt sie in der Tendenz wieder an. Das führt dazu, dass in vielen Familien-Haushalten entschieden wird, dass eine Person die Arbeitszeit zugunsten der Erziehungsarbeit kleiner Kinder oder auch der Pflege von Älteren reduziert. Es ist klar, dass das dann eher die Person mit dem geringeren Einkommen trifft – in den meisten Fällen die Frau.

Diese Situation bedeutet in Zeiten von Pandemie und Lockdown häufig eine besonders erschwerte Situation für Frauen der Arbeiter\*innenklasse. Viele leiden unter der Doppelbelastung von Home-Schooling, Haushalt und Arbeit (zu Hause oder im Betrieb), oder auch unter der Schließung der Kitas. Natürlich macht es einen großen Unterschied, ob man in einer Villa oder in einer zu kleinen und dennoch überbezahlten Wohnung lebt. Beengte Wohnverhältnisse führen zu einer Zunahme von Konflikten und Stress, und leider in vielen Familien auch zu einer Zunahme von Gewalt. Opfer der häuslichen Gewalt sind in der Mehrzahl der Fälle Kinder und Frauen. Wenn dann noch das Einkommen durch Arbeitsplatzverlust oder Kurzarbeit schwindet, wird es umso schwieriger, einen Ausweg aus der Lage zu finden. Auch Alleinerziehende haben viele zusätzliche Probleme durch den Lockdown, insbesondere durch die doppelte Belastung von Arbeit und Kinderbetreuung,

die vielfach nur schwer zu lösen ist. Mehr als ein Drittel alleinerziehender Frauen mit ihren Kindern sind ohnehin armutsgefährdet.

All diese Faktoren erklären, warum viele Frauen die Nase voll haben und für eine Verbesserung ihrer Lebenssituation kämpfen wollen.

### **Rollenbilder im Kapitalismus**

Dazu ist auch nötig, sich über die besonderen Belastungen von Frauen bewusst zu werden. Sexismus ist eine alltägliche Erscheinung, die fast alle Lebensbereiche in der heutigen Gesellschaft durchdringt. Allerdings ist das Bewusstsein darüber nur bei einer Minderheit vorhanden – sowohl bei Männern als auch bei Frauen. Dass sogar Frauen manchmal die Lohnungleichheit immer noch ganz "normal" finden, fällt nicht nur in Alltagsgesprächen auf, sondern wurde auch einer Studie eines Professors für Empirische Sozialforschung festgestellt. <https://www.lizzynet.de/www/gewohnt-unfair.php>

Sexistisches und erniedrigendes Verhalten von Männern gegenüber Frauen wird offiziell verpönt, doch im Alltag sieht es meistens anders aus. Auch die traditionelle Rollenverteilung wird in der Realität kaum hinterfragt. Diese Rollenverteilung ist keine natürliche, wie es noch immer viele meinen. Diese tradierten Rollenvorstellungen existieren auch nach wie vor in vielen Köpfen der Erwachsenen. Die Frage, ob mit dem Jungen "was nicht stimmt", weil er mit Puppen spielt anstatt mit Autos, kommt sicher noch viel zu häufig vor. Genauso die Vorstellung, dass Mädchen von Natur aus lieber mit Puppen spielen. Diese alten, eigentlich völlig überholten Vorstellungen werden in der Kinderspielzeug- und Kinderfilmindustrie häufig wiederholt. Sogar die Überraschungseier gibt es in pink und blau und mit entsprechend unterschiedlichem

Inhalt.

In der Erwachsenenwelt sieht es nicht besser aus. Hier geht es vor allem darum, mit der Vermarktung des weiblichen Körpers und der Schaffung eines Schönheitsbildes Profite zu machen. Die BILD ist daher voll mit Fotos von nackten Frauenkörpern. Entsprechend "normal" wird diese Darstellung von Frauenkörpern empfunden. Wenn Frauen dies kritisieren, werden sie häufig als verklemmt oder humorlos hingestellt.

Hier hat es – im Vergleich zu den 70/80iger Jahren einen teilweisen Rollback gegeben. Damals hatten soziale Bewegungen und stärkeren Klassenkämpfe die Wirkung, alte Rollenbilder in Frage zu stellen und eher zurückzudrängen. Die letzte Phase der Politik des Neoliberalismus und weniger starker Kämpfe hat in vielerlei Hinsicht auch eine Rückkehr von sexistischen Vorurteilen begünstigt, wobei das teilweise in neuen Gewändern versteckt wird.

Bilder aus Werbung, Videoclips, Filmen oder Boulevardblättern haben einen Effekt. Es wird als völlig normal suggeriert, Frauenkörper ständig einer Bewertung zu unterziehen. Das trägt dazu bei, dass Frauen letztlich doch – zumindest teilweise – als Objekt gesehen werden.

Waren es in den 60/70iger Jahren vor allem willige Sexobjekte eines James Bond oder kreischende hilflose Opfer in Western, so findet man bei einigen Rappern heute eine krasse Form brutaler und gewaltverherrlichender Macho-Kultur. So heißt es bei "Trailerpark" zum Beispiel "Wann im Leben chillst du mal mit echten Stars? 9 von 10 haben an 'nem Gangrape Spaß".

Dazu kommt – aufgrund der ökonomischen Schlechterstellung, dass Frauen leichter in eine materielle Abhängigkeit von ihren Partnern geraten. Wenn Frauen als Objekte gesehen werden und dann

auch noch weniger Chancen haben, allein ihren Lebensunterhalt und den ihrer Kinder zu bestreiten, ist auch logisch, dass sie schneller in die Opferposition gelangen.

### Gewalt im eigenen Zuhause

Häusliche Gewalt ist kein Kavaliersdelikt und ist ein weit verbreitetes Phänomen im Kapitalismus. Jede vierte Frau in Deutschland ist in ihrem Leben davon betroffen. Gewalt gegen Frauen entspringt der tief verwurzelten Idee, dass Frauen Männern „gehören“, und dass Männer das Recht hätten (oder von Natur aus dazu veranlagt wären), Gewalt und Zwang zu nutzen, um das durchzusetzen. Diese Einstellung hat sich über einen langen Zeitraum entwickelt und begann schon lange vor dem Kapitalismus.

### Marxistische Analyse der Frauenunterdrückung

Friedrich Engels hat als einer der Ersten die Herkunft dieses Machtverhältnisses beschrieben. Im Buch „Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates“ schreibt er: „Der Umsturz des Mutterrechts war die weltgeschichtliche Niederlage des weiblichen Geschlechts. Der Mann ergriff das Steuer auch im Hause, die Frau wurde entwürdigt, geknechtet, Sklavin seiner Lust und bloßes Werkzeug der Kinderzeugung. Diese erniedrigte Stellung der Frau, wie sie namentlich bei den Griechen der heroischen und noch mehr der klassischen Zeit offen hervortritt, ist allmählich beschönigt und verheuchelt, auch stellenweise in mildere Form gekleidet worden; beseitigt ist sie keineswegs.“ Der Kapitalismus hebt diese Machtverhältnisse nicht auf, sondern er reproduziert diese auf vielfältige Weise.

### Kampf gegen Sexismus in der Arbeiter\*innenbewegung

Da Sexismus in der Gesellschaft tief verwurzelt ist, reicht das Phänomen in alle Organisationen hinein, in Gewerkschaften, linke Parteien und sogar sozialistische Organisationen. Es ist wichtig, gegen Sexismus in der Arbeiter\*innenbewegung und sozialistischen Organisationen konsequent vorzugehen.

In Arbeitskämpfen und Tarifaussinandersetzungen – als Beschäftigte in Krankenhäusern, Kitas und anderen – spielen Kolleginnen oft eine aktive und mutige Rolle. In der „Alltagsarbeit“ von Betriebsräten und Gewerkschaften spiegelt sich das nicht immer wieder, und ist der Anteil von Frauen oft im Verhältnis geringer. AktivistInnen in den Arbeiter\*innenorganisationen sollten sich nicht damit abfinden, sondern einen bewussten Kampf darum führen, dass Frauen Bedingungen vorfinden, in denen sie eine aktive Rolle spielen können.

Der Umgang mit Sexismus in allen Facetten darf nicht den Frauen individuell als Problem überlassen werden. Die Arbeiter\*innenorganisationen müssen dieses Phänomen bekämpfen und eine kollektive Antwort darauf geben. Zentral ist die Erkenntnis, dass nur der gemeinsame Kampf die Verbesserung der Lage der Arbeiter\*innenklasse erreichen kann und jegliche Spaltung, auch entlang der Geschlechter, zur Schwächung führt. Auch die männlichen Kollegen sollen erkennen, dass ihre Löhne und Arbeitsbedingungen sich nicht verbessern, sondern im Gegenteil die Spirale sich nach unten dreht, wenn ihre Kolleginnen weniger verdienen oder härter arbeiten sollen.

Die Gewerkschaften könnten – viel mehr, als das momentan der Fall ist – eine zentrale Rolle bei der Zurückdrängung von sexistischen Vorstellungen und Verhaltenswei-

sen spielen, indem sie diese Frage bewusst in die Betriebe und Gremien hineintragen und positive Beispiele setzen. 2019 gab es einen beeindruckenden Sieg für weibliche Beschäftigte in Glasgow. Die 8000 städtischen Angestellten mit Niedriglöhnen, die zum großen Teil Frauen waren, hatten im Oktober 2018 für gleiche Bezahlung gestreikt. Es gab enorme Solidarität in der gesamten Stadt für ihren Streik und als das Management gegen sie vorgehen wollten traten 600 Arbeiter\*innen der Müllabfuhr, die zum größten Teil Männer waren, in einen Solidaritätsstreik. 2019 gab es dann eine Einigung: die Stadt Glasgow musste den Arbeiter\*innen nicht nur höhere Löhne zahlen, sondern auch noch Millionen Pfund für rückwirkende Ausgleichszahlungen zugestehen. Ein solches Beispiel macht praktisch deutlich, was für einen Unterschied es macht, wenn Beschäftigte gemeinsam kämpfen und sich gegenseitig unterstützen. Zudem war dies eine wichtige Erfahrung für alle Beteiligten, die zur Verdrängung von sexistischen Haltungen in der Arbeiter\*innenklasse beitragen kann. Mitglieder der Socialist Party in Schottland (Schwesterorganisation der Sol im CWI) haben hier als Gewerkschaftsaktive eine führende Rolle gespielt.

Ein anderes, etwas weiter zurückliegendes, Beispiel aus Großbritannien macht ebenfalls deutlich, was die Rolle von Gewerkschaften im Kampf gegen Sexismus und für Einheit der Arbeiter\*innenklasse sein könnte. In den 1990ern Jahren haben Mitglieder von Militant Labour (Vorgängerorganisation der Socialist Party, der englisch-walisischen Sektion des CWI) in den Gewerkschaften gemeinsam mit anderen die „Campaign against domestic violence“ (CADV – Kampagne gegen häusliche Gewalt) auf den Weg gebracht. Einige Gewerkschaften und Gewerkschaftsuntergliederungen traten der Kampagne

bei, die sich zum Ziel setzte, das weit verbreitete Problem häuslicher Gewalt auf die Tagesordnung zu setzen, in den Betrieben und Gewerkschaften darüber zu diskutieren, es zu skandalisieren, und somit zu bekämpfen.

### Rolle der Gewerkschaften

Von großem Wert ist dabei noch heute, wie die Rolle der Gewerkschaften im Kampf gegen Sexismus erklärt wird. Im Material der CADV heißt es:

“Gewerkschaften repräsentieren einen großen Teil der Bevölkerung. Wenn sie dieses Thema [der häuslichen Gewalt gegen Frauen] ernst nehmen, können sie eine große Wirkung auf die öffentliche Meinung haben, Einfluss auf die Politik ausüben, sowie auch auf das Verhalten ihrer eigenen Mitglieder.” Es wurden Poster und Flugblätter produziert und Diskussionen in Gewerkschafts- und Betriebsversammlungen organisiert. Weiter heißt es “Diskussionen können auch ausgeweitet werden, um zu erreichen, dass der Arbeitsplatz kein Ort ist, an dem Frauen eingeschüchtert werden. Zum Beispiel, indem man eine Diskussion über “Pinups”, sexistisches Verhalten und Gewalt initiiert, und es in Verbindung mit der allgemeinen Position der Frau in der Gesellschaft bringt. Vertrauensleute müssen geschult werden. Sie müssen wissen, warum Gewalt gegen Frauen ein Thema für Gewerkschaften ist und sie befähigen, Fälle aufzugreifen (...).”

Diese Punkte geben eine Idee davon, welche Rolle die Gewerkschaften auch hier und heute spielen könnten, um die öffentliche Debatte zu beeinflussen. Eine solche breite Kampagne könnte auch helfen, Gewalt gegen Frauen insgesamt zu bekämpfen sowie das Bewusstsein über sexistisches Verhalten zu stärken.

### Umgang mit Sexismus in sozialistischen Organisationen

SozialistInnen sind gefordert, auch in ihrer eigenen Organisation sicherzustellen, dass sexistisches Verhalten konsequent bekämpft wird. Frauen sollen sich ermutigt fühlen, sich zu beteiligen und eine führende Rolle zu spielen. Sexistische Vorurteile und Verhalten sind so tief verankert in der Gesellschaft und in der Psychologie der Menschen, dass auch Mitglieder einer sozialistischen Organisation nicht frei davon sind. Daher ist ein bewusster Umgang mit dem Thema nötig. Das CWI hat auf seinem weltweiten Kongress Anfang 2016 in einer Resolution zum Thema Frauen bekräftigt:

“Es ist wesentlich, besondere Anstrengungen für die politische Entwicklung und insbesondere das politische Selbstvertrauen unserer Genossinnen zu unternehmen. CWI-Sektionen sollten regelmäßig über mögliche Maßnahmen nachdenken und diskutieren, die geeignet erscheinen, mehr Frauen im Leben der Sektion und in Führungsrollen zu beteiligen.”

### Bewusstseinsbildung

Auch die Sol, die deutsche Mitgliedsorganisation des CWI, unternimmt besondere Anstrengungen. Erste Voraussetzung ist eine bewusste fortlaufende Diskussion und Bewusstseinsbildung zu den wichtigen frauenpolitischen Fragen auf allen Ebenen. Wir haben in den letzten Jahren viele Artikel zu unterschiedlichen Aspekten verfasst und herausgegeben. Unter anderem eine Broschüre zu Prostitution, das Buch „Es muss nicht bleiben, wie es ist“ und eine Broschüre mit Texten Leo Trotzki zum Thema „Frau, Familie, Revolution“, sowie unterschiedliche Texte zur Geschichte der Frauenbewegung im Manifest-Verlag. Neben der Auseinandersetzung mit Artikeln und

Texten ist es nötig, Diskussionen in den Ortsgruppen wie auf bundesweiten Treffen zu führen. Solche organisierten Diskussionen helfen nicht nur, das Bewusstsein in der Organisation zu frauenpolitischen Fragen zu stärken. Es dient auch als politische Vorbereitung und Hilfestellung, um in den Bewegungen und Kämpfen von Frauen eine aktivere Rolle spielen zu können.

Unsere Mitglieder haben sich auch an vielen Aktivitäten und Protesten beteiligt, unter anderem an erfolgreichen Protesten gegen die reaktionäre und gewalttätige Männergruppe “Return of the kings”, oder auch – nach den Vorfällen der Silvesternacht 2016 in Köln – mit anderen gemeinsam Proteste gegen Rassismus und Sexismus organisiert. Beim internationalen Frauentag 2017 haben wir in einigen Orten geholfen, Proteste zu organisieren. Und nicht zuletzt haben unsere Mitglieder einen wichtigen Beitrag zum Streik an der Berliner Charité für mehr Personal, einem Bereich, wo vor allem Frauen arbeiten, geleistet.

Die Sol ist eine kämpfende Organisation, die Interesse daran hat, dass sich alle Mitglieder einbringen können. Ein wichtiges Ziel ist, dass die Mitglieder ein wachsendes Verständnis des Marxismus entwickeln, um die marxistische Theorie und Methode als Grundlage für das Handeln anwenden zu können. Damit die Mitglieder – unabhängig von ihrem Geschlecht, aber auch von ihrer sozialen Herkunft, ihrem Alter und anderen Faktoren – sich am Leben der Organisation beteiligen können, sind verschiedene Maßnahmen von Bedeutung.

Die gewählte (und jederzeit abwählbare) Leitung der Organisation achtet beispielsweise auf eine ausgewogene Geschlechterverteilung bei Artikeln für die Zeitung und das Magazin, sowie für Reden bei Veranstaltungen und Treffen, soweit dies möglich ist.

**Praktische Maßnahmen**

Da Frauen immer noch häufiger eine Hauptrolle in der Kindererziehung übernehmen, ist es wichtig, eine Kinderbetreuung anzubieten, um eine Teilnahme an Treffen zu ermöglichen. (In kleineren Ortsgruppen kann dies schwieriger sein, trotzdem sollten auch hier die Möglichkeiten geprüft und Ziele gesetzt werden.) Natürlich sollte auch Vätern dieses Angebot gemacht werden. Es ist wichtig, dass die örtlichen Führungsgremien den Bedarf abfragen und nicht darauf warten, dass die Betroffenen sich bemerkbar machen. Auch wenn ein Mitglied gern an einer Aktivität teilnehmen würde, aber aufgrund fehlender Kinderbetreuung nicht in der Lage ist, sollte der Ortsgruppenvorstand versuchen, gemeinsam mit dem betroffenen Elternteil eine Lösung zu finden. Nicht immer kann ein Kind in eine Kinderbetreuung gegeben werden. Das heißt nicht, dass das betroffene Elternteil mangelndes Interesse an der Teilnahme hat. Gerade gegenüber Frauen (und Männern), die kleinen Kinder haben, ist deshalb wichtig, dass die Organisation ihre Situation versteht und trotzdem alles tut, um sie einzubeziehen und mit ihnen diskutiert, wie sie sich trotz Einschränkungen beteiligen und ausbilden können. Unter den Bedingungen des Lockdowns, die neue Herausforderungen stellen, sollte der Ortsgruppenvorstand sich nach den besonderen Problemlagen der Mitglieder erkundigen, um gemeinsam nach Lösungen zu suchen.

Auch andere praktische Fragen müssen diskutiert werden. Gerade für junge Frauen kann (wenn Treffen wieder physisch stattfinden und nicht online) auch der sichere Heimweg nach den Treffen der Ortsgruppe ein Thema sein, welches der Ortsgruppenvorstand zu diskutieren und zu lösen hat.

**Teilnahme aller**

In der Sol sind politische Diskussionen auf allen Ebenen zentraler Bestandteil für das gemeinsame Agieren. Eine wichtige Grundlage sind funktionierende Ortsgruppen mit funktionierenden OG-Vorständen. Wenn ein Treffen nicht gut organisiert und vorbereitet ist, besteht ein höheres Risiko, dass es von Teilnehmer\*innen mit höherem Selbstbewusstsein dominiert wird. Frauen werden davon in der Tendenz am stärksten getroffen.

Die Stärkung des Selbstvertrauens aller sollte als kollektive Aufgabe verstanden werden. Grundsätzlich sind alle Beiträge – vom neusten Mitglied bis hin zum erfahrensten – wichtig und wertvoll. Langjährige Mitglieder verfügen oftmals über mehr Wissen und Erfahrung. Es ist wichtig, dass sie dies auch an andere Mitglieder weitergeben und dieser Erfahrungsschatz optimal für den politischen Kampf genutzt werden kann. Gleichzeitig ist wichtig, dass auf den Treffen eine Atmosphäre herrscht, in der sich alle Mitglieder ermutigt fühlen, Beiträge zu machen, auch wenn sie nur kurz sind oder wenn es "nur" Fragen sind.

Bei Treffen gibt es in der Regel eine Diskussionsleitung, deren Aufgabe darin besteht, die Diskussion politisch zu leiten. Ohne starre Regeln der Quotierung sollte die Diskussionsleitung darauf achten, dass sich Frauen oder auch neuere oder stillere Mitglieder ermutigt fühlen, an der Diskussion teilzunehmen, als auch dass langjährige Mitglieder ihre Punkte ausführen können.

Wenn ein Mitglied sich vom Auftreten oder Verhalten eines anderen Mitglieds eingeschüchtert fühlt, sollte sie oder er sich ermutigt fühlen, das mit einem Mitglied ihres/seines Vertrauens anzusprechen. Dieses Mitglied sollte das dann mit dem Ortsgruppenvorstand oder einem anderen füh-

renden Mitglied der Organisation (aus Stadt- oder Bundesvorstand) ansprechen, so dass das Problem angegangen werden kann. In der Regel wird ein Hinweis an die- oder denjenigen helfen, dass sein oder ihr Verhalten als einschüchternd empfunden wurde. In einem gemeinsamen und solidarischen Diskussionsprozess – am besten unter den betreffenden Mitgliedern – sollte gemeinsam nach Lösungen gesucht werden.

**Sexistisches Verhalten**

Manchmal kann es aber auch zu sexistischen Vorfällen kommen. Die Sol duldet ein solches Verhalten nicht. Schon beim Eintrittsgespräch sollte deutlich gemacht werden, dass die Sol eine Organisation ist, die einen Kampf gegen Rassismus, Sexismus, Homophobie und andere Arten der Diskriminierung in der Gesellschaft führt, und solche Einstellungen in der Organisation keinen Platz haben. Es ist wichtig, dass führende Mitglieder darauf achten und ein solches Verhalten mit der betreffenden Person ansprechen. Wenn sich ein Mitglied über sexistisches Verhalten beschwert, muss dies unbedingt ernst genommen und sollte in Rücksprache mit der Betroffenen geklärt werden. Wenn der (möglicherweise auch die) Beschuldigte noch nicht lange Mitglied in der Organisation ist, wird zunächst wichtig sein, eine ausführliche klärende Diskussion mit ihm/ihr zu führen und somit eine Änderung des Verhaltens herbeizuführen. Von langjährigen Mitgliedern mit Erfahrung wird erwartet, dass sie ein Bewusstsein in diesen Fragen entwickelt haben. Dennoch sind – aufgrund des alltäglichen Einprassels sexistischer Stereotype – sowohl männliche als auch weibliche Mitglieder natürlich nicht völlig dagegen immun, und es kann zu unbeabsichtigter Reproduktion von Stereotypen kommen.

Es kommt vor allem auf die Reaktion und Bereitschaft an, das Verhalten zu erkennen und zu ändern.

### **Methode im Umgang mit sexistischen Übergriffen**

Die Sol duldet keine sexistischen Übergriffe und Gewalt, weder verbal noch physisch, sei es in den eigenen vier Wänden oder bei politischen oder sozialen Aktivitäten der Organisation.

Die Organisation kann keine Verantwortung für das Handeln von Individuen übernehmen, aber sie hat eine Verantwortung zu handeln. Ein Mitglied, das eine andere Person belästigt oder einen sexistischen Übergriff begeht, sollte von der Organisation zur Verantwortung gezogen werden.

Wenn ein Mitglied der Sol der Anwendung von Gewalt, Drohungen oder sexuellen Übergriffen gegen eine andere Person (egal ob Mitglied der Organisation oder nicht) beschuldigt wird, wird die Organisation in der Regel eine eigenständige Untersuchung durchführen.

Aus dem Leitfaden für Vertrauensleute aus dem Material der CADV (siehe oben) für den Umgang mit Fällen von Gewalt gegen Frauen sind viele wichtige Anhaltspunkte, die auch heute von Nutzen sind – sowohl für den Umgang mit häuslicher Gewalt als auch mit sonstigen sexistischen Übergriffen und Vergewaltigungen.

Hier wird zum Beispiel festgehalten, dass eine unterstützende und sensible Haltung gegenüber der betroffenen Frau an erster Stelle stehen muss, sowie für ihre Sicherheit zu sorgen. Dies gilt nicht nur, wenn ein Übergriff stattgefunden hat, sondern auch, wenn damit gedroht wurde. Es darf keine die Frauen verurteilende oder abwertende Haltung eingenommen werden. Beispielsweise ist es wichtig zu wissen, dass es erfahrungsgemäß ein langer Prozess sein kann, bis eine Frau sich aus einer Beziehung mit

einem gewalttätigen Partner löst und zunächst oft versucht, die Beziehung zu retten, und darauf hofft, dass sich etwas ändert. Ein wichtiger Bestandteil des Leitfadens ist zudem der vertrauliche Umgang mit Informationen.

### **Vorgehen bei sexistischem Übergriff**

Alle Vorwürfe müssen ernst genommen werden. Zunächst ist es die Aufgabe der gewählten Führungsgremien in der Sol, im Fall eines sexistischen Übergriffs zu agieren, sofortige Maßnahmen zum Schutz der Betroffenen zu ergreifen und – in Rücksprache mit der Betroffenen – eine Untersuchung des Falls in die Wege zu leiten.

Unmittelbar muss sichergestellt sein, dass die vom Übergriff betroffene Person betreut wird, und alle Maßnahmen, die aus ihrer Sicht notwendig sind, ergriffen werden, damit sie sich sicher bewegen kann. Das kann zum Beispiel bedeuten, dass der Beschuldigte nicht an Treffen teilnehmen darf, auch wenn der Fall noch nicht abschließend untersucht worden ist.

Außerdem sollte die Betroffene nicht allein gelassen werden. Wenn nötig, ist eine professionelle psychologische Betreuung sinnvoll, wobei die Organisation Hilfestellung geben sollte, diese zu organisieren. In Fällen von häuslicher Gewalt oder Gewalt in einer Beziehung sind besondere Maßnahmen zu ergreifen, die auch die Hinzuziehung von sozialen Einrichtungen beinhalten kann. Außerdem sollte der Betroffenen angeboten werden, sie zu unterstützen, wenn sie Anzeige erstatten möchte.

### **Anzeige**

Selten bekommen Frauen, die eine Vergewaltigung zur Anzeige bringen, Recht. Selbst nach der Gesetzesänderung, nach der eine sexuelle Handlung gegen den erkenn-

baren Willen einer Person strafbar ist, gab es weitere skandalöse Fälle von Gerichtsurteilen. Dennoch unterstützt die Sol Betroffene, wenn sie Anzeige erstatten möchten. Die Sol wird Betroffene nicht dazu drängen, Anzeige zu erstatten, hält in der Regel im Falle von Vergewaltigungen und sexistischer Gewalt eine Anzeige jedoch für sinnvoll (wobei es davon sicher Ausnahmen geben kann). Dies, weil in der bürgerlichen Gesellschaft die Zahl der zur Anzeige gebrachten sexistischen Gewalttaten eine wichtige Auswirkung auf die gesellschaftliche Wahrnehmung des Problems hat und weil unter den Bedingungen des kapitalistischen Staates Gewalttäter, von denen eine Gefahr für Frauen ausgeht, nur durch diesen aus dem Verkehr gezogen werden können.

### **Eigenständige Untersuchung**

Auch, wenn in den allermeisten Fällen davon auszugehen ist, dass von sexistischen Übergriffen Betroffene die Wahrheit sagen, ist dies dennoch nicht immer der Fall. Der Kapitalismus verzerrt alle menschlichen Beziehungen und das betrifft beide Geschlechter. Zu der Schlussfolgerung zu kommen, dass wir in einer Gesellschaft leben, wo Frauen und Kinder unterdrückt sind, heißt nicht, dass es nicht auch Fälle falscher Anschuldigungen geben kann. Dazu kommt, gerade für Linke und Menschen, die gegen die herrschenden Verhältnisse aufbegehren, dass den Gegnern – sei es der Arbeitgeber, der Staat oder politische Gegner – jedes Mittel recht ist, um den Kampf gegen die Auswirkungen ihrer Politik und ihres Systems zu schwächen. Dabei kann es auch zu fabrizierten Anschuldigungen kommen.

Die Sol teilt daher nicht die von manchen Organisationen vertretene Position, dass die Definitionsmacht automatisch beim Opfer liegt. Deshalb leitet die Sol eine ei-

genständige Untersuchung des Falles ein, um danach zu entscheiden, welche Schritte von der Organisation gegenüber dem Beschuldigten eingeleitet werden. Manchmal kann es vorkommen, dass die Betroffene keine disziplinarischen Maßnahmen wünscht. Die Organisation muss in diesem Fall jedoch entscheiden, was nötig ist, auch um andere zu schützen, die möglicherweise in der Zukunft betroffen sein könnten. Dennoch sollte jede Maßnahme in Rücksprache mit der Betroffenen geschehen.

Wichtig für die Untersuchung ist, dass sie von erfahrenen Mitgliedern aus der gewählten Führung der Organisation durchgeführt wird, und diese unabhängig von ihrer persönlichen Beziehung zum Opfer oder dem Täter agieren. Dabei kann es auch sinnvoll sein, dass bestimmte Mitglieder aufgrund ihrer persönlichen Betroffenheit nicht selbst an der Untersuchung beteiligt sind. In bestimmten Fällen kann es sinnvoll sein, dass die Leitung eine Untersuchungskommission einsetzt.

In der Untersuchung sollte sich mit Befragungen der Betroffenen und möglichen Zeug\*innen ein Bild verschafft werden. Entsprechend der Ergebnisse wird eine Empfehlung für den Umgang damit erarbeitet.

## **Maßnahmen**

Ein Mitglied, das sexualisierte Gewalt ausgeübt oder jemanden belästigt hat, kann auf verschiedene Weise reagieren. Wenn das Mitglied seine Taten eingesteht, besteht die Möglichkeit sich zu verändern. Es kann entschieden werden, dass das Mitglied für eine Weile seine politische Aktivität darauf konzentriert, sein Bewusstsein zu diesen Themen zu verbessern und das Verhalten zu ändern. Die Organisation hat die Verantwortung, die Ergebnisse zu überprüfen und zu entscheiden, ob und

auf welcher Ebene die Person in der Organisation aktiv sein darf.

Die Organisation kann nach Untersuchungen entscheiden, Mitglieder auszuschließen, deren Verhalten als inakzeptabel erkannt wurde.

## **Umgang mit Informationen**

Die demokratisch gewählten Gremien der Sol entscheiden in Rücksprache mit der Betroffenen darüber, wer in die Diskussion und Untersuchung einbezogen, wer informiert wird und in welcher Form und zu welchem Zeitpunkt eine Berichterstattung stattfindet. Diese Frage hängt von so vielen unterschiedlichen Faktoren ab, dass dazu keine festen Regeln aufgestellt werden können. Dazu zählt unter anderem die Schwere des Falles, der Wunsch der von einem Übergriff betroffenen Person, die zu erwartenden Folgen für die Betroffene und die Organisation.

## **Kontrolle durch die Mitgliedschaft**

Die demokratisch gewählten Leitungsgremien der Sol sind jederzeit abwählbar und gegenüber der Mitgliedschaft rechenschaftspflichtig. Um ein korrektes Vorgehen und die Kontrolle der gewählten Leitungsorgane sicherzustellen, wird auf der Bundeskonferenz, dem höchsten beschlussfassenden Organ der Sol, eine Kontrollkommission gewählt. Diese muss mindestens zur Hälfte aus weiblichen Mitgliedern bestehen und die Mehrheit ihrer Mitglieder darf nicht gleichzeitig im Bundesvorstand sein.

Diese Kontrollkommission kann jederzeit angerufen werden, zum Beispiel wenn ein Mitglied in einem Fall von sexistischem Verhalten der Meinung sein sollte, dass die Leitungsorgane nicht ausreichend reagiert haben oder dass eine falsche Entscheidung getroffen wurde. (Genauer ist dem Statut des Sol zu entnehmen.)

Wichtig ist: Ein Mitglied, das einen sexistischen Übergriff melden möchte, sollte sich entweder an ein Mitglied seines Vertrauens wenden oder natürlich direkt an die gewählten Gremien. Jedes Mitglied, das Informationen über einen Übergriff erhält, sollte in Rücksprache mit der Betroffenen das jeweilige gewählte Führungsgremium vor Ort, die Bundesleitung oder auch die Kontrollkommission informieren.

## **Sensibler Umgang**

In einer Situation, in der eine Betroffene oder auch ein Zeuge oder Zeugin nicht möchte, dass andere informiert werden, wird allen Mitgliedern empfohlen – Mitglieder mit gewählten Funktionen in der Organisation sind dazu verpflichtet – sensibel zu erklären, dass die Organisation Sexismus oder andere Formen von Unterdrückung nicht akzeptieren kann und dass es wichtig ist, dieses Verhalten zu stoppen. Es ist wichtig für die Betroffene selbst, um weitere Übergriffe zu verhindern, aber auch, damit andere nicht gefährdet sind. Es sollte auch erklärt werden, dass es Möglichkeiten gibt, eine Untersuchung zu organisieren, an der nur wenige Andere teilnehmen und dass damit diskret umgegangen werden kann.

Insgesamt sollte vermittelt werden, dass es besser ist, sich so frühzeitig wie möglich mit einem aufkommenden Problem zu befassen, als Gefahr zu laufen, dass es irgendwann explodiert und zu einem riesigen Problem für Betroffene und für die Organisation wird beziehungsweise Schlimmeres passiert. Daher ist es auch besser, Verdachtsfälle mit gewählten Leitungsgremien anzusprechen. Wenn ein Verdacht sich nicht bestätigt, werden die Leitungsgremien ebenso sensibel damit umgehen und es ist umso besser, auch für die verdächtige Person, wenn es ge-



klärt wurde, als wenn der Verdacht unausgesprochen bestehen bleibt.

### Demokratische Prinzipien der Arbeiter\*innenbewegung

Mit diesen Prinzipien, die sich aus den besten Traditionen der Arbeiterbewegung ergeben, will die Sol eine Organisation aufbauen, in der Frauen leicht ihren Platz finden, um diesem patriarchalen System des Kapitalismus ein nahes Ende zu bereiten. Mehr noch, mit diesen Prinzipien hofft die Sol auch ein Beispiel für andere Organisationen der Arbeiter\*innenbewegung zu sein. Mit wachsendem Einfluss wird es auch gelingen, eine noch größere Rolle in Kämpfen für die Gleichstellung der Frau in der Gesellschaft zu spielen.

Die feministische Rapperin Ana Tijoux sagt: "Feminismus und Anti-Patriarchat ist ohne Antikapitalismus, ohne Antifaschismus und Antirassismus, ohne Klassenkampf nicht denkbar" und "Feminismus ist Befreiung und deshalb müssen wir uns von der Unterdrückung durch das Kapital befreien." Damit knüpft sie an die Erkenntnis der ersten MarxistInnen an: Der Kampf gegen Sexismus muss mit dem Kampf für eine neue, sozialistische Gesellschaft verbunden werden. Die bisher größte revolutionäre Umwälzung der Gesellschaft begann am 8. März 1917 (nach dem damaligen julianischen Kalender in Russland am 23. Februar) mit den Streiks der Textilarbeiterinnen in einer Reihe von Fabriken in Sankt Petersburg. Arbeiter schlossen sich an und das öffnete die Schleusen für den Sturz des Zaren und die russische Revolution, die dann im Oktober zum ersten Mal in der Geschichte dazu führte, dass die Arbeiter\*innenklasse die Macht übernahm.

### Aufbruch durch soziale und revolutionäre Bewegungen

Welche Auswirkung der Kampf für eine sozialistische Gesellschaft auf die Situation der Frauen hat, zeigen die – für die damalige Zeit in einem rückständigen Land – weitreichenden Reformen, die in der jungen Sowjetunion nach 1917 beschlossen wurden. Zum Beispiel wurde die Ehe zu einem einfachen Verwaltungsakt, beide Partner\*innen hatten das Recht, sich scheiden zu lassen. Alle Frauen, die einen Schwangerschaftsabbruch brauchten, konnten diesen legal und kostenlos vornehmen lassen. Homosexualität wurde legalisiert. Vergewaltigung in der Ehe wurde strafbar – in Deutschland war das erst 1997 der Fall! Das Prinzip „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ wurde eingeführt. Neue Arbeitsschutzgesetze verbesserten die Situation der Arbeiterinnen. Sie hatten jetzt Anspruch auf 16 Wochen bezahlten Mutterschutz; stillende Mütter mussten nur noch vier Tage in der Woche arbeiten und hatten ein Recht auf regelmäßige Stillpausen.

Leider konnte sich die junge Sowjetunion – aus verschiedenen Gründen, die hier nicht ausgeführt werden können – nicht zu einem demokratischen Arbeiter\*innenstaat entwickeln. Je mehr der Stalinismus die Demokratie in der Gesellschaft beseitigte, desto mehr ging er dazu über, soziale Errungenschaften der Revolution einzuschränken. In der Familienpolitik bedeutete das eine Stärkung der traditionellen Familienform und eine Betonung der Ehe als einziger akzeptierter Form des Zusammenlebens. Der russische Revolutionär Leo Trotzki beschrieb, dass die Revolution 1917 den Frauen sofort politische und gesetzliche Gleichberechtigung geben konnte, aber dass es für echte Gleichheit in den gesellschaftlichen Beziehungen eine viel tiefer gehende Veränderung brauchte – echte wirtschaft-

liche Gleichheit, die Befreiung von der Hausarbeit und letztlich die Veränderung über Jahrtausende verankerter gesellschaftlicher Einstellungen. Dennoch bleiben die Errungenschaften, die durch den ersten Arbeiter\*innenstaat erlangt wurden, Beispiel dafür, was durch eine sozialistische Veränderung erreicht werden kann.

Die Sol verbindet deshalb den Kampf für die Verbesserung der Lebens- und Arbeitssituation von Frauen und der gesamten Arbeiter\*innenklasse mit dem Ziel der Überwindung des Kapitalismus, für eine sozialistische Demokratie. Auf dieser Grundlage wird es endlich möglich sein, dass Menschen sich frei entfalten, dass eingeschränkte Rollenbilder aufgebrochen werden, dass Unterdrückung schließlich nur noch ein Thema für den Geschichtsunterricht sein wird.

23. Juni 2021

*Dieser Text ist eine geringfügige Überarbeitung einer Stellungnahme, die die Autorin 2017 für die SAV (Sozialistische Alternative, Organisation aus der die Sol hervorgegangen ist) verfasst hat. Aufgrund der Bedeutung des Themas veröffentlichen wir ihn in dieser Überarbeitung, um die Richtlinien der Sol im Kampf gegen Sexismus in der Arbeiter\*innenbewegung transparent zu machen.*

*Angelika Teweleit ist Mitglied der Sol-Bundesleitung und eine der Sprecher\*innen der Vernetzung für kämpferische Gewerkschaften (VKG).*



## Ein Gespräch mit Hannah Sell über das Komitee für eine Arbeiter\*inneninternationale (CWI) und die Stärke der Arbeiter\*innenklasse

### **Solidarität ist ein wichtiger Begriff der internationalen Arbeiter\*innenbewegung. Was bedeutet er für Dich?**

Solidarität fasst in einem Wort die Grundidee der internationalen Arbeiter\*innenbewegung zusammen. Wie Marx und Engels im Kommunistischen Manifest sagten: „Arbeiter aller Länder vereinigt euch, ihr habt nichts zu verlieren als eure Ketten“. Der Kapitalismus entstand als globales System, infolgedessen gab es immer eine starke Tendenz zur Solidarität der Arbeiter\*innenklasse über Grenzen hinweg. Heute, mit globalen Konzernen, zunehmender internationaler Kommunikation und Reisen, ist diese stärker denn je. Als Amazon-Arbeiter\*innen in Deutschland streikten, organisierten sich auch Amazon-Arbeiter\*innen in Großbritannien. Schon lange vor dem Internet und den sozialen Medien

war die internationale Solidarität der Arbeiter\*innen stark.

Als Jugendliche wurde ich erstmals im mächtigen Bergarbeiterstreik von 1984 und 1985 in Großbritannien aktiv. Damals kam aus der ganzen Welt praktische Solidarität mit den Bergleuten im Kampf gegen die Tory-Regierung.

### **Das CWI ist eine internationale Organisation mit Mitgliedern in 16 Ländern. Wie wird da Solidarität untereinander lebendig?**

Im CWI besteht Einigkeit über die politischen Aufgaben der Arbeiter\*innenklasse im Kampf für Sozialismus. Die Diskussionen und Debatten, die wir auf unseren internationalen Treffen haben, sind der Ausgangspunkt für unsere Solidarität. Daraus ergeben sich praktische Schlussfolgerungen. Alle Mitglieder der Sektionen des CWI

in den reicheren kapitalistischen Ländern zahlen regelmäßige Beiträge, um die Arbeit unserer Internationale weltweit und unserer Sektionen in Afrika, Asien und Lateinamerika zu unterstützen.

### **Aus welchen Gründen wurde 1974 das CWI ins Leben gerufen?**

Die Gründer\*innen des CWI lebten in Großbritannien und kamen aus der trotzkistischen Internationale, dem Vereinigten Sekretariat der Vierten Internationale (USFI).

Mitte der 1960er Jahre gab es eine Reihe wichtiger politischer Differenzen mit der Führung des USFI, zu viele, um sie in diesem Interview aufzuzählen. Von zentraler Bedeutung war das mangelnde Vertrauen der USFI-Führung in die Arbeiter\*innenklasse als Hauptakteur des sozialen Wandels. Drei Jahre vor dem größten General-

streik der Geschichte – in Frankreich 1968 – glaubten sie, dass es in den wirtschaftlich entwickelten Ländern auf Jahrzehnte keine Aussicht auf größere Klassenkämpfe gebe. Dies führte zu einer Suche nach scheinbar einfacheren Wegen zur Veränderung der Gesellschaft.

Die späteren Gründungsge noss\*innen des CWI unterstützten die nationalen Befreiungskämpfe, selbst wenn sie kapitalistische Führungen hatten, ohne aber politische Zugeständnisse an diese Führungen zu machen. Die USFI-Führung unterstützte diese Bewegungen dagegen unkritisch. Sie waren auch unkritisch gegenüber dem Maoismus und erkannten nicht, dass die Führung der chinesischen Revolution von Anfang an bürokratisch und von oben nach unten aufgebaut – stalinistisch – war. Wobei die Beseitigung des Kapitalismus und des Großgrundbesitzes ein großer Fortschritt waren.

Nach der Abspaltung vom USFI hatten wir nur eine kleine Zahl von Mitgliedern, allesamt in Großbritannien. Es wurde jedoch von Anfang an erkannt, dass der Kampf für Sozialismus global sein muss, und hartnäckig daran gearbeitet, Unterstützung in anderen Ländern zu gewinnen. Als das CWI gegründet wurde, hatte es Sektionen in Irland, Schweden, Deutschland, Belgien, Spanien und Großbritannien.

In den zehn Jahren darauf kamen wichtige Sektionen dazu, so in den USA, Sri Lanka, Indien, Nigeria, Südafrika, Brasilien und Chile.

Das CWI führte auch Massenkämpfe in Großbritannien an. Einer von diesen, die 18 Millionen Menschen starke Anti-Kopfsteuerbewegung, führte zum Sturz der verhassten neoliberalen Tory-Pre mierministerin Thatcher.

**Die Weltsituation ist schockierend. In Berlin kämpfen Krankenhausbeschäftigte für mehr Personal. Was würdest Du ihnen sagen, was das Weltgeschehen mit ihnen zu tun hat?**

Der Kapitalismus ist in der Krise. Ein Drittel der Weltbevölkerung hat nicht genug zu essen, während sich an der Spitze der Gesellschaft unvorstellbarer Reichtum anhäuft. Die Milliardäre erhöhten ihren Reichtum in der Pandemie um mehr als ein Viertel, doch ihr System – das dem Profitstreben und nicht der Deckung sozialer Bedürfnisse dient – zeigte sich unfähig, zu verhindern, dass Covid den Globus verwüstet und mehr als vier Millionen Menschen getötet hat. In jedem Land waren es die Arbeiter\*innen und die Armen, die am meisten litten und zugleich die Gesellschaft am Laufen hielten.

Gesundheitspersonal spielte eine besonders wichtige Rolle. In England rief die Regierung in der Pandemie zu wöchentlichem Applaus für die „Held\*innen des Gesundheitswesens“ auf und bot ihnen als „Belohnung“ eine Gehaltserhöhung unter der Inflationsrate (also in Wirklichkeit eine Gehaltskürzung) an. Infolgedessen diskutierten Gesundheitsgewerkschaften Streikaktionen für bessere Bezahlung. Mehr als achtzig Prozent der Mitglieder haben dafür gestimmt, das Angebot der Regierung abzulehnen. Dies zeigt, dass Arbeiter\*innen in jedem Land mit ähnlichen Kämpfen konfrontiert sind.

Durch Kampf können Arbeiter\*innen Siege erringen. Aber im Kapitalismus werden alle Er rungenschaften in Gefahr bleiben. Um eine Gesellschaft zu erreichen, die die Bedürfnisse der gesamten Menschheit stillt und dem Klimawandel wirksam entgegentritt, ist es notwendig, mit dem Kapitalismus zu brechen. Man muss die großen Konzerne und Banken in demokratisch verwaltetes, öffentliches Eigentum überführen, um die Grundlage für die Entwicklung einer demokratischen, sozialistischen Gesellschaft zu legen.

**Die arbeitende Bevölkerung kann die Welt verändern und Armut, Kriege, Klimawandel, Rassismus und Sexismus stoppen. Leichter gesagt als getan. Was ist nötig, um die kapitalistische Katastrophe zu beenden?**

Es ist viel einfacher, es zu sagen, als es zu verwirklichen. Doch es ist der einzig realistische Weg. Die utopische Idee ist nicht die sozialistische Umgestaltung, sondern die Hoffnung, dass der Kapitalismus in ein gerechtes System umgewandelt werden kann – das ist unmöglich!

Immer wieder hat die Arbeiter\*innenklasse bewiesen, dass sie in der Lage ist, die Welt zu verändern. Das zwanzigste Jahrhundert war übersät von Versuchen den Kapitalismus zu stürzen. Dass die meisten von ihnen scheiterten, lag nicht am Ausmaß der Bewegungen oder am Mangel an Mut und Entschlossenheit, sondern an Versäumnissen und am Verrat durch die Führung der Arbeiter\*innenorganisationen.

Die Ausnahme war die Russische Revolution im Oktober 1917, bei der die Arbeiter\*innenklasse unter Führung der Bolschewiki erstmalig in der Lage war, den Kapitalismus zu stürzen und den Aufbau eines demokratischen Arbeiter\*innenstaates zu beginnen.

Aber die kapitalistische Kette brach an ihrem schwächsten Glied. Russland war ein armes, vom Krieg verwüstetes Land. Doch die Grundlage des Sozialismus ist die Überwindung von Knappheit und Not.

Die Aufgabe, die Revolution international zu verbreiten, war daher äußerst dringend. Während eine revolutionäre Welle durch zahlreiche Länder fegte, führte das Fehlen von Parteien vom Kaliber der Bolschewiki zur Niederlage. Die daraus resultierende Degeneration der isolierten Sowjetunion in die diktatorische Monstrosität des Stalinismus und ihr Zusammenbruch wird von den Kapitalist\*innen als

Propagandawaffe eingesetzt, um den Sozialismus zu diskreditieren. In Wirklichkeit können die Sozialist\*innen des 21. Jahrhunderts wichtige Lehren aus der Russischen Revolution ziehen. Zugleich ließ die rasante wirtschaftliche Entwicklung der Sowjetunion zeitweise die Überlegenheit der Planwirtschaft erahnen, auch wenn diese durch das völlige Fehlen der Arbeiter\*innendemokratie enorm geschwächt war.

Revolutionen gehören nicht der Vergangenheit an. Im Nahen Osten fegte 2011 eine revolutionäre Welle über zahlreiche Länder und stürzte brutale Diktaturen in Ägypten und Tunesien. In jüngster Zeit gab es in Myanmar einen Massenaufstand und riesige Bewegungen in Chile, dem Libanon und anderen Ländern. Diesen Bewegungen fehlten jedoch ihre eigenen politischen Massenorganisationen. Während im 20. Jahrhundert Revolutionen aufgrund der Fehler der Führungen von Massenparteien, die die Arbeiter\*innenklasse an die Macht führen könnten, besiegt wurden, gibt es derzeit in den meisten Ländern überhaupt keine Arbeiter\*innenmassenparteien. Daher ist es für den Kampf für Sozialismus und die Arbeiter\*innenklasse von größter Bedeutung eigene Parteien aufzubauen. Das vergangene Jahrhundert hat gezeigt, dass solche Parteien ein klares sozialistisches Programm haben müssen. Dafür kämpft das CWI.

### **Es gibt viele linke Gruppen. War die Spaltung des CWI von 2019 wirklich nötig?**

Das CWI nimmt Spaltungen nicht auf die leichte Schulter. Nachdem wir für den Aufbau einer internationalen, revolutionären Organisation gekämpft haben, wollten wir nicht, dass sie geschwächt wird. Die Spaltung schwächte uns zahlenmäßig, politisch stärkte sie uns. Ohne sie wäre unsere politische

Basis qualitativ erodiert.

Die Kräfte, von denen wir uns trennten, hatten ähnlich wie das USFI in den 1960ern begonnen, nach Abkürzungen zu suchen, nach „einfacheren“ Wegen, die Welt zu verändern. Sie neigten dazu, das in Bewegungen vorherrschende Bewusstsein gegen Unterdrückung widerzuspiegeln, wie etwa in der wachsenden Bewegung gegen Sexismus.

Es ist von entscheidender Bedeutung, all diese Bewegungen zu unterstützen, aber die Verantwortung von Marxist\*innen ist es, ein Programm zu ihrer Weiterentwicklung vorzulegen, das in jeder Phase darauf abzielt, die aktuellen Kämpfe mit der Notwendigkeit einer sozialistischen Umgestaltung der Gesellschaft zu verknüpfen. Nur so kann mit dem Aufbau einer Gesellschaft begonnen werden, die auf Gleichberechtigung statt auf Unterdrückung beruht. Wie es Marx und Engels im Kommunistischen Manifest sagten, müssen wir für das „Erreichen der unmittelbaren Ziele, für die Durchsetzung der momentanen Interessen der Arbeiterklasse kämpfen; aber in der Bewegung der Gegenwart auch die Zukunft dieser Bewegung darstellen.“

### **Was sind die Lehren aus all den Jahren?**

Kürzlich ergab eine Umfrage in Großbritannien, dass 67 Prozent der 16- bis 34-jährigen in einem „sozialistischen Wirtschaftssystem“ leben möchten. Drei Viertel der Befragten stimmten der Aussage zu, dass der Klimawandel ein kapitalistisches Problem sei. 75 Prozent gaben an, dass „Sozialismus eine gute Idee ist, die in der Vergangenheit schlecht umgesetzt wurde“. Das Versagen des Kapitalismus führt dazu, dass eine neue Generation nach einer sozialistischen Alternative sucht. Es ist wichtiger denn je, dass wir darum kämpfen, viele dieser Menschen

für das Programm des CWI zu gewinnen. Massenbewegungen und Revolutionen werden mit und ohne uns stattfinden, aber unsere Ideen können über Erfolg und Niederlage entscheiden.

Es ist wichtig, dass wir uns global organisieren. Während die Arbeiter\*innenklasse eines Landes in der Lage sein wird, eine den Kapitalismus zu stürzen und den Aufbau einer neuen Gesellschaft zu beginnen, ist es wichtig, dass sich der Sozialismus über Landesgrenzen hinaus ausbreitet. Andernfalls könnten die Kräfte des globalen Kapitalismus einen isolierten Arbeiter\*innenstaat überwältigen, während die durch die globale kapitalistische Produktion verursachte Verschmutzung weiterhin Luft und Ozeane vergiften würde. In einer globalisierten Welt, in der die Produktivkräfte den Grenzen des Privateigentums und der Zwangsjacke des Nationalstaats entwachsen sind, ist es undenkbar, dass der Sozialismus in den Grenzen eines Landes bleibt. Die Ähnlichkeiten zwischen den Kämpfen der Arbeiter\*innen weltweit, würden dazu führen, dass sich die Unterstützung für den Sozialismus wie ein Lauffeuer auf der ganzen Welt ausbreiten würde. Nichtsdestotrotz wird der Aufbau einer starken Arbeiter\*inneninternationalen mit einem Programm zur Umgestaltung der Gesellschaft von wesentlicher Bedeutung sein. Das CWI will der Beginn einer solchen Internationalen sein.

1. November 2021

# Trotzki und die revolutionäre Partei

## Über die historische und aktuelle Bedeutung der revolutionären Partei

Im Vorwort zu seinem Meisterwerk "Geschichte der Russischen Revolution" fasste Leo Trotzki Revolutionen als "die direkte Einmischung der Massen in die historischen Ereignisse" zusammen. Er erklärte, wie "die alte Ordnung den Massen unerträglich wird, durchbrechen diese die Barrieren, die sie vom politischen Schauplatz trennen, überrennen ihre traditionellen Vertreter\*innen und schaffen durch ihre Einmischung die Ausgangsposition für ein neues Regime." Trotzki erklärte die entscheidende Rolle der revolutionären Partei in diesem Prozess damit, dass sie "wenn auch kein selbständiges, so doch ein sehr wichtiges Element des Prozesses", sei. "Ohne eine leitende Organisation würde die Energie der Massen verfliegen wie Dampf, der nicht in einem Kolbenzylinder eingeschlossen ist. Die Bewegung erzeugt indes weder der Zylinder noch der Kolben, sondern der Dampf."

*Von Hannah Sell*

In dieser Passage korrigierte Trotzki (wie später Lenin selbst) die einseitige Formulierung, die Lenin 1901 in seiner berühmten Broschüre "Was tun?" verwendete. Darin wurde argumentiert, dass der Sozialismus zunächst nur von außen, von der revolutionären Intelligenz, in die Arbeiter\*innenklasse gebracht werden kann. Die bolschewistische Partei war für den Erfolg der Russischen Revolution von 1917 unerlässlich, dem bisher größten Ereignis in der Geschichte der Menschheit, da die Arbeiter\*innenklasse zum ersten Mal den Kapitalismus erfolgreich stürzte. Die bolschewistische Partei "lieferte" der Arbeiter\*innenklasse jedoch nicht einfach ein korrektes Programm, sondern entwickelte ihr Programm, während sie an den Kämpfen der Arbeiter\*innenklasse und der Unterdrückten teilnahm und von ihnen lernte. Die Sowjets

(Räte) entstanden im lebendigen Kampf der Revolution von 1905. Diese demokratisch gewählten und rechenschaftspflichtigen Komitees der Arbeiter\*innen und Soldat\*innen wurden nicht von den Bolschewiki erfunden. Sie wurden spontan während der Revolution geschaffen, um den Kampf zu organisieren und um später zu den Organen zu werden, durch die eine neue Gesellschaft aufgebaut werden konnte.

Auch ohne die Existenz einer revolutionären Partei wird die Arbeiter\*innenklasse aufgrund ihrer eigenen Erfahrungen beginnen, sozialistische Schlussfolgerungen zu ziehen. Die Arbeiter\*innenklasse besteht jedoch aus vielen verschiedenen Schichten mit unterschiedlichen Sichtweisen - öffentlicher und privater Sektor, alte und junge Arbeiter\*innen, qualifizierte und unqualifizierte, besonders unterdrückte Gruppen und so weiter. Die

Kapitalistenklasse hat sich jahrhundertlang an der Macht gehalten, indem sie diese Spaltungen forciert hat. Eine revolutionäre Partei und ihr Programm sind darauf ausgerichtet, diese Spaltungen zu überwinden. Sie zielt darauf ab, die Arbeiter\*innenklasse für gemeinsame Ziele zu vereinen: den Kampf gegen den Kapitalismus, seinen letztendlichen Sturz und seine Ersetzung durch eine sozialistische Gesellschaft.

Im Gegensatz zu den Verleumdungen der Stalinist\*innen verstand Trotzki die Notwendigkeit einer solchen Partei voll und ganz. Wie er in seiner Broschüre "Die Lehren des Oktobers" erklärte, wurde dies im Positiven durch die Russische Revolution und im Negativen durch die revolutionäre Welle bestätigt, die im Anschluss daran über Europa hinweg fegte, aber in Ermangelung erfahrener Parteien

vom bolschewistischen Typ den Kapitalismus nicht zu stürzen vermochte.

Trotsky fasste zusammen: "Durch einen elementaren Aufstand kann das Proletariat die Macht nicht erobern; selbst in dem hochkulturellen und industriellen Deutschland hat der elementare Aufstand vom November 1918 nur zur Folge gehabt, dass die Macht in die Hände der Bourgeoisie gelangte. Eine besitzende Klasse ist imstande, die Macht, die einer anderen besitzenden Klasse entrissen wurde, zu erobern, indem sie sich auf ihren Reichtum, ihre 'Kultur', ihre unzähligen Verbindungen mit dem alten Staatsapparat stützt. Dem Proletariat jedoch kann seine Partei durch nichts ersetzt werden."

### **Lenins Schlüsselrolle**

Natürlich war es nicht Trotsky, sondern Lenin, der in den Jahren vor 1917 die zentrale Rolle bei der Gründung und der Festigung einer solchen Partei, der Bolschewiki, gespielt hatte - wie Trotsky voll und ganz anerkannte -, die den Rahmen für den Aufbau einer Massenpartei im Verlauf der Revolution schuf und in der Lage war, den Kampf um die Macht anzuführen. Trotsky hatte sich zuvor von Lenin während der Spaltung im Jahre 1903 getrennt, die sich, von allen Seiten unerwartet, auf dem zweiten Kongress der Russischen Sozialdemokratischen Arbeiter\*innenpartei (RSDLP) entwickelte. Die Spaltung in zwei Fraktionen - die "harten" Bolschewiki (die Mehrheit) und die "weichen" Menschewiki (die Minderheit) - schien sich an Hand von sekundären Organisationsfragen zu entwickeln, drückte aber unter der Oberfläche grundlegende Unterschiede aus.

Trotsky, der sich selbst als Lenin nahe stehend betrachtete, stellte fest, dass er in Opposition zu Lenin geriet. Wie Trotsky in seiner Autobiographie "Mein Leben" erklärte,

schien die Meinungsverschiedenheit über 'persönliche' oder 'moralische' Fragen zu bestehen, aber im Grunde genommen hatte "das Auseinandergehen einen politischen Charakter, der nur auf organisatorischem Gebiet nach außen durchbrach. Ich zählte mich zu den Zentralist\*innen. Aber es ist außer Zweifel, dass ich mir in jener Periode keine klare Rechenschaft darüber abzugeben vermochte, welcher strenger und gebieterischer Zentralismus für eine revolutionäre Partei erforderlich sein würde, um eine Millionenmasse in den Kampf gegen die alte Gesellschaft zu führen."

Eine revolutionäre Partei basiert auf den Methoden des demokratischen Zentralismus. Dieser Begriff und insbesondere die Notwendigkeit dessen, was Trotsky als "gebieterischen Zentralismus" bezeichnete, ist durch die endlosen Versuche der Kapitalisten beschmutzt worden, ihn fälschlicherweise mit den brutalen stalinistischen Diktaturen in Verbindung zu bringen, die sich in der Sowjetunion und später in weiten Teilen Osteuropas entwickelten. Die Tatsache, dass Stalin nur in der Lage war, die Macht über die ermordeten Leichen der "alten Bolschewiki", die die Revolution angeführt hatten, zu festigen, wird bequemerweise ignoriert.

Die auf demokratischem Zentralismus beruhende bolschewistische Partei hatte nichts mit dem Stalinismus gemein. Die Bolschewiki waren die demokratischste Massenpartei der Geschichte. Wie Trotsky häufig sagte, muss eine revolutionäre Partei je nach den Umständen ein flexibles, bewegliches Gleichgewicht zwischen 'Demokratie' und 'Zentralismus' haben. Bei der Arbeit im Untergrund unter der zaristischen Diktatur wurde notwendigerweise die zentralistische Seite betont. Während der Revolution gelang es der Arbeiter\*innenklasse jedoch, in die bolschewistische Partei zu strömen. In ihrem massendemokratischen

Charakter fand sie eine Partei, die in der Lage war, ihre Bedürfnisse zu erfüllen.

Der von Trotsky beschriebene gebieterische Zentralismus ist das Gegenteil der Bürokratie und des Mangels an Demokratie der kapitalistischen Parteien. Der Ausgangspunkt für eine revolutionäre Partei ist politisch: ein korrektes Programm, um das herum die Arbeiter\*innenklasse in einem Kampf zum Sturz des Kapitalismus und zum Beginn des Aufbaus einer neuen sozialistischen Gesellschaft vereint werden kann. Von Arbeiter\*innen im Kampf wird das Grundkonzept des demokratischen Zentralismus organisch verstanden. Maximale Debatte und Diskussion, aber - sobald eine Entscheidung getroffen ist - Einheit in der Aktion. Jeder Streik enthält in diesem Sinne ein Element des demokratischen Zentralismus.

Lenin hatte jedoch jahrzehntelang die Vorarbeit geleistet, indem er für den Aufbau der bolschewistischen Partei kämpfte. Die Autorität der Bolschewiki beruhte auf ihrer Arbeit in der vorangegangenen Periode. Sie hatten die von Karl Marx und Friedrich Engels im Kommunistischen Manifest (1848) beschriebene Rolle gespielt, für die "Erreichung der unmittelbar vorliegenden Zwecke und Interessen der Arbeiter\*innenklasse", zu kämpfen "aber sie vertreten in der gegenwärtigen Bewegung zugleich die Zukunft der Bewegung." Die Bolschewiki waren die härtesten Kämpfer\*innen für die unmittelbaren Ziele der Arbeiter\*innenklasse. Folglich hatten sie 1912, als der endgültige Bruch mit den Menschewiki vollzogen wurde - obwohl in einigen Gegenden bis zur Revolution von 1917 gemeinsame Aktivitäten stattfanden - die Unterstützung von vier Fünfteln der organisierten Arbeiter\*innenklasse.

### Die Bestätigung von 1917

Die Bolschewiki waren natürlich nicht irgendeine ahistorische, abstrakt „perfekte“ Partei. Im Gegenteil, ohne die Rückkehr Lenins nach Russland im April 1917 wäre ihre Führung nicht mehr als der linke Flügel der Menschewiki geworden. Wie Trotzki es in seinem unvollendeten Artikel „Klasse, Partei und Führung“ formulierte:

*“Die Ankunft Lenins in Petrograd am 3. April 1917 brachte die rechtzeitige Wendung der Bolschewistischen Partei und befähigte sie, die Revolution zum Siege zu führen. Unsere Weisen mögen behaupten, dass, wäre Lenin Anfang 1917 im Ausland gestorben, die Oktoberrevolution ‘genau-so’ stattgefunden hätte. Dem ist aber nicht so. Lenin repräsentierte eines der lebendigen Elemente des historischen Prozesses. Er verkörperte die Erfahrung und die Einsicht des aktivsten Teils des Proletariats. Sein zeitiges Erscheinen in der Arena der Revolution war notwendig, um die Avantgarde zu mobilisieren und ihr eine günstige Gelegenheit zu verschaffen, die Arbeiter\*innenklasse und die Bäuer\*innenschaft um sich zu sammeln. In den entscheidenden Momenten historischer Wendungen kann die politische Führung ein genauso entscheidender Faktor werden wie das Oberkommando in den kritischen Momenten eines Krieges. Geschichte ist kein automatischer Prozess. Warum sonst Führer\*innen? Warum Parteien? Warum Programme? Warum theoretische Auseinandersetzungen?”*

Trotzki argumentierte hier nicht, dass Lenin als Individuum ohne die Existenz der Bolschewiki ausreichend gewesen wäre. Im Gegenteil, er erklärte im selben Artikel,

dass “Damit Lenins Parolen ihren Weg zu den Massen finden konnten, mussten Kader [erfahrene Parteiaktivist\*innen mit Wurzeln in der Arbeiter\*innenklasse, A.d.A.] existieren, selbst wenn es anfangs nur wenige waren; die Kader mussten Vertrauen in die Führung haben, ein Vertrauen, das auf der gesamten Erfahrung der Vergangenheit basierte. Diese Elemente aus seinen Berechnungen auszuklammern, bedeutet einfach, die lebendige Revolution zu ignorieren.”

Die Erfahrung der Welle gescheiterter Revolutionen in der Folge von 1917 - die den neuen und zerbrechlichen Arbeiter\*innenstaat isoliert zurück ließen - machte immer wieder die lebenswichtige Notwendigkeit von Parteien des “bolschewistischen Typus” deutlich.

Die Schriften Trotzkis und Lenins, die darauf abzielen, die junge Kommunistische Internationale politisch zu bewaffnen, sind enorm reich für eine neue Generation, die sich heute dem Kampf für den Sozialismus anschließt. Alle Lehren der vergangenen Jahrzehnte wurden zusammengefasst. Während einige Aspekte einzelner Artikel nur noch von historischem Interesse sein mögen, ist die überwältigende Mehrheit voll von lebenswichtigen Lehren. Das bedeutet nicht, dass es ausreicht, Lenin oder Trotzki zu zitieren, aus dem Kontext herausgerissen, in dem sie geschrieben haben, um in einer bestimmten Situation “richtig” zu liegen. Die Aufgabe des Aufbaus einer revolutionären Partei ist komplex und vielschichtig. Um die Grundlagen der Herangehensweise Trotzkis und Lenins zu erfassen, muss man vor allem ihre Methode verstehen und verinnerlichen und sie auf die heutige Situation anwenden.

In der unmittelbaren Zeit nach 1917 hoffte man, dass andere Länder der Führung der russischen Massen rasch folgen würden. So formulierte es Trotzki in seiner Bilanz des dritten Weltkongresses

der Kommunistischen Internationale (1921):

*“Im kritischsten Jahr für die Bourgeoisie, dem Jahr 1919, hätte das Proletariat Europas zweifellos die Staatsmacht mit minimalen Opfern erobern können, wenn an seiner Spitze eine echte revolutionäre Organisation gestanden hätte, die klare Ziele formuliert und diese fähig verfolgt hätte, d.h. eine starke Kommunistische Partei. Aber es gab keine.” Dies, erklärt Trotzki, ermöglichte es der Kapitalist\*innenklasse, eine Atempause zu gewinnen und die Situation zu stabilisieren, indem sie sich der Parteien und Gewerkschaften der sozialdemokratischen Parteien (der Zweiten Internationale) bediente, deren Führer\*innen “ihre bewussten und instinktiven Bemühungen im Wesentlichen auf die Erhaltung der kapitalistischen Gesellschaft ausrichteten.”*

Daher wurden längerfristige Aufgaben gestellt, nämlich der Aufbau kommunistischer Massenparteien mit Wurzeln und Autorität in der Arbeiter\*innenklasse, die in der Lage sind, den Kampf um die Macht zu führen. Taktiken wie die “Einheitsfront” waren wesentlich, wo es durch den gemeinsamen Kampf möglich sein würde, den Millionen, die noch auf die sozialdemokratischen Massenparteien schauten, die Überlegenheit der kommunistischen Parteien in der Praxis zu demonstrieren. Im Kampf, den unerfahrenen kommunistischen Parteien zu helfen, mussten Lenin und Trotzki gegen die Gefahren sowohl der ultralinken Ungeduld als auch des Opportunismus ankämpfen.

### Doppelte Gefahr

Diese beiden Gefahren bestehen auch heute noch. Im Jahr 2019 wurde das Komitee für eine Arbeiter\*inneninternationale (CWI)



durch einen schweren politischen Streit erschüttert, der zu zwei Spaltungen führte. Wir standen zwei Gruppierungen gegenüber. Die eine bewegte sich nach rechts in Richtung politischer Opportunismus (jetzt die ISA) und war während des Streits als "Nicht-Fraktion-Fraktion" (NFF) bekannt, weil sie eine klar organisierte Opposition war, dies aber nicht ehrlich und offen sagte. Die andere Gruppierung ging in eine sektiererische ultralinke Richtung.

Viele Dokumente wurden geschrieben, die den opportunistischen Zusammenbruch von Teilen des damaligen CWI aufgriffen. Sie behaupten immer noch, dem Trotzismus anzuhängen, in der Praxis passten sie sich jedoch dem bestehenden Bewusstsein der 'radikalen' Mittelklasse an und bewegten sich davon weg, sich im Kampf für den Sozialismus auf die zentrale Stellung der Arbeiter\*innenklasse zu stützen.

Die Spaltung in eine sektiererische Richtung, in deren Mittelpunkt Izquierda Revolucionaria (IR) im spanischen Staat stand, die sich 2017 - nur kurz, wie sich herausstellte - mit dem CWI vereinigt hatte, wurde während der Debatte ebenfalls beantwortet. Es lohnt sich jedoch, einiges von dem aufzugreifen, was IR in ihrer Bilanz der Debatte, "Für eine proletarische Internationale, in Verteidigung des Marxismus", die nach dem Ausscheiden von IR aus dem CWI verfasst wurde, festgehalten hat. Dies ist eine nützliche Illustration eines ultralinken Missverständnisses von Trotzkis Ansatz gegenüber der revolutionären Partei. Dieser Fehler wird nicht nur von IR begangen, sondern auch von einigen anderen Organisationen, die dem "Trotzkismus" der morenistischen Strömungen in Lateinamerika anhängen. IR versucht, insbesondere Trotzkis Artikel "Klasse, Partei und Führung" zu nutzen, um ihren falschen Ansatz zu rechtfertigen.

Ihr Dokument argumentiert auf einer falschen Grundlage und suggeriert fälschlicherweise, dass das Internationale Sekretariat (IS) des CWI glaubt, dass "das Fehlen eines 'sozialistischen Bewusstseins' oder die Rückständigkeit des Bewusstseins der Massen der vorherrschende Charakter in der Situation" ist. Es stellt unsere angebliche Herangehensweise in Kontrast zu ihrer eigenen. Zum Beispiel schreibt IR über die revolutionäre Welle 2011, den 'arabischen Frühling': "Was war der Schlüsselfaktor für das Scheitern dieser Bewegungen? War es das 'Fehlen eines sozialistischen Bewusstseins unter den Massen', wie das IS und die NFF behaupten, oder war es der Verrat der stalinistischen, reformistischen und nationalistischen Führungen, die diese Prozesse anführten, und das Fehlen einer fähigen revolutionären Partei mit einer Strategie zur Machtübernahme?" Weiter: "Es ist erstaunlich, dass eine Führung, die sich selbst 'trotzkistisch' nennt, den kämpfenden Massen die Schuld für die Öffnung des Weges zur Konterrevolution gibt, weil sie 'keine Traditionen' oder einen 'niedrigen Bewusstseinsstand' haben. Anstatt die Rolle der verschiedenen politischen Akteure zu hinterfragen, wiederholen sie die beschämenden Anschuldigungen, die die Reformist\*innen gegen die Arbeiter\*innen und ihre Verbündeten wegen des Mangels an Ergebnissen erheben."

Das ist Unsinn. Das CWI hat niemals "den Massen" die Schuld gegeben. Im Gegenteil, unser Markenzeichen ist unser Vertrauen in die Fähigkeit der Arbeiter\*innenklasse, die Gesellschaft zu verändern. Das bedeutet jedoch nicht, dass der Kampf für eine erfolgreiche Umgestaltung der Gesellschaft einfach auf "das Fehlen einer fähigen revolutionären Partei mit einer Strategie zur Übernahme der Macht" reduziert werden kann. Die Existenz einer solchen Partei ist ein wesent-

licher Faktor, weshalb wir uns dem Streben widmen, eine solche Partei oder zumindest den Kern einer solchen Partei aufzubauen. Lenin und Trotzki verstanden jedoch, dass eine Partei nicht separat und ohne Bezug zum lebendigen Kampf, einschließlich des Kräfteverhältnisses der Klassen und des Bewusstseins der verschiedenen Teile der Arbeiter\*innenklasse, existiert.

Die Bolschewiki hätten im Februar 1917 keinen erfolgreichen Kampf um die Macht führen können, gerade wegen des Bewusstseins der Arbeiter\*innenklasse zu diesem Zeitpunkt. Dies zu sagen, heißt nicht, die Arbeiter\*innenklasse sei 'schuld'. Eine genaue Einschätzung des Stadiums des Klassenkampfes - wobei der erste Monat der Schwangerschaft nicht mit dem neunten verwechselt werden darf - ist für jede ernsthafte revolutionäre Partei unerlässlich. Trotzki zitiert in "Geschichte der Russischen Revolution" Lenin im April 1917: "Wir sind keine Scharlatane. Wir müssen uns nur auf das Bewusstsein der Massen stützen. Und wenn wir sogar gezwungen sein sollten, in der Minderheit zu bleiben - sei's drum. Es lohnt sich, für eine Zeit auf die führende Stellung zu verzichten, man darf sich nicht davor fürchten, in der Minderheit zu bleiben." Weiter:

*"Die gegenwärtige Regierung, das ist der Sowjet der Arbeiter\*innendeputierten ... Im Sowjet ist unsere Partei in der Minderheit ... Nichts zu machen! Es bleibt uns nur das Irrige ihrer Taktik nachzuweisen, geduldig, beharrlich, systematisch. Solange wir in der Minderheit sind, leisten wir die Arbeit der Kritik, um die Massen vor Betrug zu bewahren. Wir wollen nicht, dass die Massen uns aufs Wort glauben. Wir sind keine Scharlatane. Wir wollen, dass die Massen durch Erfahrung sich von ihren Irrtümern befreien."*

Lenins Ansatz bestand natürlich nicht - wie uns IR vorwirft - darin, passiv auf die Entwicklung eines abstrakten "sozialistischen Bewusstseins" zu warten, sondern in jeder Phase Forderungen zu stellen, die mit dem bestehenden Bewusstsein der Arbeiter\*innenklasse zusammenhingen und sie dann auf die Notwendigkeit der Machtergreifung hinwiesen. Wie Lenin voraussagte, veränderte die eigene Erfahrung der Massen in Verbindung mit der Intervention der bolschewistischen Partei - und, noch vor seinem formalen Beitritt zur Partei, Trotzki, der mit den Bolschewiki zusammenarbeitete - ihr politisches 'Bewusstsein'. Nur auf dieser Grundlage war es der Arbeiter\*innenklasse möglich, im Oktober 1917 mit den Bolschewiki an der Spitze erfolgreich mit dem Kapitalismus zu brechen.

Das war während einer Revolution, bei der die Arbeiter\*innenklasse und die armen Massen auf die Bühne der Geschichte getreten waren. Das Gemetzel des Ersten Weltkriegs und die Schwäche des russischen Kapitalismus hatten den Prozess beschleunigt. Im Allgemeinen werden sich revolutionäre Perioden in wirtschaftlich fortgeschrittenen kapitalistischen Ländern über einen längeren Zeitraum entwickeln. Und es gibt natürlich viele Perioden, die nicht revolutionär sind, darunter auch einige, die reaktionär sind, nachdem die Arbeiter\*innenklasse Niederlagen erlitten hat. Während dieser Perioden ist es für die revolutionäre Minderheit nicht möglich, einen wirksamen Einfluss auf die Haltung breiterer Schichten der Arbeiter\*innenklasse auszuüben. Nichtsdestotrotz muss sie dafür kämpfen, ihre Kräfte für die nächste Phase des Kampfes bereit zu halten. Dies war zum Beispiel in den Jahren nach der Niederlage der russischen Revolution von 1905 der Fall.

### Konsequenzen aus 2008

Ein wichtiger Ansatzpunkt für eine Antwort auf IR muss daher die Einschätzung der heutigen Situation sein. Das CWI hat auf die Krise des Kapitalismus hingewiesen, die schon vor dem gegenwärtigen Abschwung und der damit einhergehenden Massenarbeitslosigkeit zunehmend Verarmung und Instabilität für die Mehrheit bedeutete. Im Gefolge der Wirtschaftskrise von 2008 sahen wir voraus, dass sich Massenbewegungen und Revolutionen entwickeln würden. Dies geschah in unzähligen Ländern weltweit, einschließlich der Revolutionen im Nahen Osten und in Nordafrika. Wir verstanden, wie die Schwäche des kapitalistischen Systems zu Fortschritten im Verständnis der Arbeiter\*innenklasse in vielen Ländern der Welt führen würde. Dies hat sich bestätigt und spiegelt sich in der enthusiastischen Unterstützung wider, die sich für linke Parteien wie Podemos in Spanien und linke Persönlichkeiten wie Bernie Sanders in den USA und Jeremy Corbyn in Großbritannien entwickelte.

Die Rückschläge der vergangenen Periode sind jedoch noch nicht ganz überwunden. Der Zusammenbruch des Stalinismus und die Restauration des Kapitalismus in der Sowjetunion und in Osteuropa war international eine Niederlage für die Arbeiter\*innenklasse. Die alten stalinistischen Regime hatten keine Ähnlichkeit mit dem echten Sozialismus. Nichtsdestotrotz basierten sie auf einer stark verzerrten Form der Planwirtschaft, und ihre Implosion ermöglichte eine weltweite kapitalistische Offensive gegen die Arbeiter\*innenklasse. Unter den Auswirkungen dieser Entwicklung wurde allgemein akzeptiert, dass der kapitalistische Markt die einzig gangbare Alternative sei, wobei öffentliches Eigentum und sozialistische Planung weitgehend diskreditiert waren.

Traditionelle Arbeiter\*innenparteien wurden weitgehend in offene kapitalistische Parteien umgewandelt, wobei ihre Führer\*innen nicht einmal mehr Lippenbekenntnisse zum Sozialismus abgaben. Das Niveau der unabhängigen Organisation der Arbeiter\*innenklasse, einschließlich der gewerkschaftlichen Organisation, wurde zurückgedrängt. Die objektive Stärke der Arbeiter\*innenklasse mit ihrem Potenzial, die Gesellschaft zu verändern, ist jedoch im Wesentlichen intakt geblieben. Gleichzeitig hat der Kapitalismus, weit entfernt von dem Versprechen, Wohlstand und Stabilität zu mehrten, zunehmend zu Instabilität, Krieg und Verarmung geführt, wie wir vorhergesagt hatten.

Unter den Hammerschlägen der kapitalistischen Krisen hat eine neue Generation begonnen, sozialistische Schlussfolgerungen zu ziehen. Warum sagen wir dann, dass das Erbe der vorangegangenen Periode noch nicht vollständig überwunden ist? Unsere Ankläger\*innen sagen, dass wir die Schuld für das Scheitern des Arabischen Frühlings fälschlicherweise auf das "Fehlen eines sozialistischen Bewusstseins" unter den Massen schieben und nicht auf den "Verrat der stalinistischen, reformistischen und nationalistischen Führungen, die diese Prozesse anführten. "Der Verrat und das Versagen der Führer\*innen der Arbeiter\*innenbewegung stehen außer Zweifel. Das CWI stellt ständig Forderungen an sie und versucht, wenn sie sich zurückziehen oder verraten, ihre Verantwortung für die Niederlagen der Arbeiter\*innenklasse zu entlarven. Nichtsdestotrotz zeigt die Art und Weise, wie IR die Frage stellt, dass es den Charakter der gegenwärtigen Periode nicht versteht. Das kennzeichnende Merkmal der arabischen und nordafrikanischen Revolutionen war nicht, dass die Massenorganisationen der Arbeiter\*innenklas-

se verrottete Führer\*innen hatten, sondern dass es keine Massenparteien der Arbeiter\*innenklasse gab.

In Tunesien gab es den mächtigen Gewerkschaftsbund UGTT, der eine gewisse Unabhängigkeit vom Regime vorweisen konnte. In Ägypten entstanden vor und während der Revolution zwei neue Gewerkschaftsverbände, die nicht mit dem diktatorischen Regime verbunden waren. Diese Föderationen waren wichtig, und mit klaren, entschlossenen Führungen, die sich der vorherrschenden Abwendung vom Sozialismus der vorangegangenen Ära nicht angepasst hätten, hätten sie im Verlauf der Revolutionen eine entscheidende Rolle bei der Führung der Arbeiter\*innenklasse in einem Kampf um die Macht spielen können. Doch während sich in ihren Reihen Gärung entwickelte, bedeutete das Erbe der vorangegangenen Periode, dass sie sich nicht in diese Richtung bewegten. Infolgedessen gab es keine politischen Massenorganisationen, die die Arbeiter\*innenklasse als ihre eigenen betrachtete. In Ägypten erlaubte dieses Vakuum der Muslimbruderschaft, eine Zeit lang das Vakuum zu füllen.

Diese Situation war nicht auf die Massen beschränkt, die gegen die Diktaturen im Nahen Osten kämpften. Sie galt auch in den meisten Ländern der Welt. Dies ist eine völlig andere Situation als in der Ära der sozialdemokratischen und kommunistischen Massenparteien, die - obwohl sie zweifellos verrottete Führungen hatten - von bedeutenden Teilen der Arbeiter\*innenklasse und der Armen als "ihre" Parteien angesehen wurden, die für den Sozialismus kämpften. Im Eröffnungssatz von "Das Übergangsprogramm" (1938) erklärte Trotzki:

*"Die weltpolitische Lage in ihrer Gesamtheit ist vor allem gekennzeichnet durch die historische Krise der*

### *Führung des Proletariats."*

Im Jahr 2010 schrieb Peter Taaffe, der damalige Generalsekretär der Socialist Party, in seiner Einleitung zu dieser Broschüre, dass wir nicht "nur mit einer Krise der Führung konfrontiert sind, sondern auch mit einer Krise der Organisation, oder einem Mangel an Organisation der Arbeiter\*innenklasse, sowie dem Fehlen eines klaren Programms.

*"IR erklärt: „Es ist nicht richtig, die Linksreformist\*innen der Vergangenheit zum Nachteil der heutigen zu idealisieren, ebenso wenig wie die alten stalinistischen Parteien, die in der Praxis ein kolossales Hindernis für den Vormarsch der Kräfte des echten Marxismus darstellten."*

Wir idealisieren keine der Massenarbeiter\*innenparteien der Vergangenheit, deren Führer\*innen angesichts der wiederholten und heroischen Versuche der Arbeiter\*innenklasse, den Kapitalismus im 20. Jahrhundert zu stürzen, als Stütze des Kapitalismus fungierten. Das bedeutet jedoch nicht, dass ihr Untergang oder ihre Umwandlung in kapitalistische Parteien nach dem Zusammenbruch des Stalinismus als positive Beseitigung eines kolossalen Hindernisses bezeichnet werden kann - denn nichts hat sie ersetzt. Jetzt, Jahrzehnte später, haben sich die ersten zögerlichen Schritte hin zu neuen Massenparteien entwickelt.

IR erkennt in Wirklichkeit nicht einmal den Untergang dessen an, was vorher war. In ihrem Dokument argumentiert IR, dass es "der marxistischen Methode fremd" sei, zu sagen - wie wir es tun -, dass in der New-Labour-Ära die Labour Party in Großbritannien in eine kapitalistische Partei umgewandelt wurde (aus welchem Grund auch immer, IR hat diesen Unterschied in ihren Diskussionen mit dem CWI nie zur Sprache gebracht). Die

Labour-Partei hatte natürlich immer eine Führung, die im Interesse der Kapitalistenklasse handelte. Nichtsdestotrotz war die Ära von New Labour eine qualitative Veränderung. Die demokratischen Strukturen der Partei, mit deren Hilfe die Arbeiter\*innenklasse Druck auf die Führung ausüben konnte, wurden zerstört, wobei die Gewerkschaftszugehörigkeit formell bestehen blieb, ihre Macht aber weitgehend aufgehoben wurde. Vor allem aber sahen weite Teile der Arbeiter\*innenklasse Labour nicht mehr als "ihre" Partei an.

### **Die Corbyn-Ära**

Die kurze Corbyn-Ära in Großbritannien hat die Umwandlung von Labour in eine kapitalistische Partei eher bestätigt als widerlegt, wie es IR argumentiert. Die Wahl von Jeremy Corbyn war in gewisser Weise ein Unfall der Geschichte, ermöglicht durch eine Satzungsänderung der Labour-Partei, die ursprünglich dafür gedacht war, die Rolle der Gewerkschaften weiter zu untergraben. Als Corbyn auf den Stimmzettel gelangte, gab es einen Massenandrang, für ihn zu stimmen, da Zehntausende von Menschen die Möglichkeit sahen, jemanden mit einem Anti-Austeritäts-Programm zum Führer einer großen Partei zu wählen. Dies und nicht die Loyalität gegenüber Labour führte zu dieser Welle. Es gibt einige Ähnlichkeiten zwischen dem und der Unterstützung in den USA für die Wahl von Bernie Sanders als Kandidat der Demokraten, einer Partei, die immer eine rein kapitalistische Partei war und bleibt.

Die Corbyn-Welle hat Labour nicht wieder zu dem gemacht, was Lenin eine "kapitalistische Arbeiter\*innenpartei" nannte. Vielmehr schuf sie zwei Parteien in einer: eine prokapitalistische Partei, die weiterhin die Strukturen dominierte, und eine potenzielle neue Partei

um Corbyn. Weit davon entfernt, sich dem Corbyanismus anzupassen, kämpfte der prokapitalistische Flügel heftig für seine Vernichtung.

Hätte die Labour-Linke den von uns propagierten Ansatz gewählt und die Reihen der Corbyn-Anhänger\*innen - deren Elemente aus der Arbeiter\*innenklasse oft weit links von der Führung standen - mobilisiert, um die Labour-Rechte anzugreifen und zu besiegen, wäre aus Labour eine Massenarbeiter\*innenpartei entstanden. Die Verantwortung für das Scheitern liegt daher zweifellos bei den reformistischen Führer\*innen. Nichtsdestotrotz sagt uns dieser Prozess - neben den Erfahrungen von Syriza in Griechenland, Podemos in Spanien und Sanders - etwas über das immer noch niedrige Organisationsniveau und das niedrige Bewusstsein der Arbeiter\*innenklasse in dieser Phase.

Zweifellos waren dies sehr wichtige erste Schritte zur Schaffung von massenhaften politischen Ausdrucksformen für den Kampf gegen Austerität. Sie zeichneten sich aber auch durch ihren formlosen, vergänglichen Charakter aus, der von "jungen Berufstätigen" aus der Mittelschicht dominiert wurde, deren Lebensstandard und Zukunftsaussichten im Zeitalter der Austerität nach unten getrieben wurden. Diese Formationen gewannen eine Zeitlang die Unterstützung der Wähler\*innen, doch fehlte ihnen jegliche tief verwurzelte, aktive Beteiligung der Arbeiter\*innenklasse. Viele, insbesondere Podemos, verfügen über Strukturen, die eher auf "Horizontalismus" und Online-Umfragen als auf irgendeine Form von Arbeiter\*innendiskussion und -demokratie setzen. Syriza gewann eine Parlamentswahl, verriet aber schnell die Arbeiter\*innenklasse. Podemos, in einer Koalition mit den spanischen Sozialdemokraten, der PSOE, befindet sich nun auf dem gleichen Weg.

Die erheblichen Beschränkun-

gen dieser Formationen haben das CWI nicht daran gehindert, sich energisch auf die neuen Schichten zu orientieren, die in diese Formationen gezogen wurden. Wir wollen auch nicht behaupten, dass in der gegenwärtigen Ära nicht weiter entwickelte Kräfte entstehen können, als diese ersten Versuche linker Formationen. Im Gegenteil, wir sind zuversichtlich, dass breite Teile der Arbeiter\*innenklasse aufgrund ihrer eigenen Erfahrungen zu dem Schluss kommen werden, dass sie eine eigene politische Stimme brauchen, und sich aufmachen werden, Massenparteien zu schmieden. Wir argumentieren nicht, dass diese Parteien stabile oder notwendigerweise langlebige Formationen sein werden, obwohl die Krise des Kapitalismus bedeutet, dass sie, wenn sie kein klares Programm für die sozialistische Umgestaltung der Gesellschaft verabschieden, schnell dem Niedergang entgegengehen können, um durch radikalere Formationen ersetzt zu werden.

Eine bedeutende Minderheit kann direkt von der Untätigkeit zur Mitgliedschaft in einer revolutionären Partei übergehen. Aber die Masse der Arbeiter\*innenklasse wird zunächst nach scheinbar einfacheren Lösungen suchen und nur auf der Grundlage von Erfahrungen, kombiniert mit dem Eingreifen revolutionärer Marxist\*innen, revolutionäre Schlussfolgerungen ziehen. Sogar kurzlebige Massenparteien - wenn sie den Arbeiter\*innen ein Forum bieten, um die verschiedenen Programme, die sich unweigerlich herausbilden werden, zu testen und die notwendigen Schlussfolgerungen zu ziehen - können ein unschätzbarer, entscheidender Schritt vorwärts zu revolutionären Massenparteien sein.

Das Organisationsniveau der Arbeiter\*innenklasse ist offensichtlich mit dem sozialistischen Bewusstsein verbunden. Die Exis-

tenz einer Massenarbeiter\*innenpartei ist sowohl ein Indiz dafür, dass ein bedeutender Teil der Arbeiter\*innenklasse ein Gefühl der eigenen Macht hat, eine sozialistische Umgestaltung der Gesellschaft durchzuführen, als auch ein Forum - mit Elementen eines Arbeiter\*innenparlaments - in dem die Arbeiter\*innenklasse über den Weg nach vorn debattieren kann. Darauf bestand Trotzki nachdrücklich. Deshalb betonte Trotzki in Diskussionen mit seinen Anhänger\*innen in den USA während des Jahres 1938, dass "in den Vereinigten Staaten die Situation so ist, dass die Arbeiter\*innenklasse eine Partei braucht - ihre eigene Partei. Dies ist der erste Schritt in der politischen Bildung." Indem er dies vortrug, 'beschuldigte' er weder die US-Arbeiter\*innenklasse, keine Partei gegründet zu haben, noch verharmlost er die entscheidende Rolle der Trotzki\*innen beim Kampf für ihre Ideen innerhalb einer solchen Partei. Sein Ansatz hatte die gleiche Methode wie unsere heutige. Wir heben unsere doppelte Rolle hervor, sowohl der Kampf dafür, dass die Arbeiter\*innenklasse ihre eigene Partei gründet, als auch der Aufbau einer revolutionären Partei, die um die Führung der Organisationen der Arbeiter\*innenklasse kämpft.

Die Notwendigkeit einer revolutionären Partei ist wesentlich. "Ohne die Partei, unter Umgehung der Partei, durch ein Surrogat der Partei kann die proletarische Revolution nie siegen." wie Trotzki es in "Die Lehren des Oktobers" zusammenfasste. Besonders in Ländern, in denen das kapitalistische Regime sehr schwach ist, ist es möglich, dass Massenaufstände die bestehende Ordnung ohne eine Partei stürzen. Die Arbeiter\*innenklasse und die Armen wären jedoch nicht in der Lage, ihre Herrschaft zu festigen und mit dem Aufbau einer neuen Gesellschaft zu beginnen, ohne eine revolutionäre Massen-

partei aufgebaut zu haben.

### **Die Rolle der Sowjets**

Trotzdem hätte Trotzki nie gedacht, dass es nicht auch notwendig wäre, sich für breite Arbeiter\*innenorganisationen auszusprechen und sich an ihnen zu beteiligen. Solche Organisationen können sich im Laufe einer Revolution sehr schnell entwickeln. Die Sowjets wurden durch die Revolution aufgeworfen und hätten außerhalb einer revolutionären Periode nicht existieren können. Ohne die Existenz der bolschewistischen Partei, ihre maßgebliche Führung, ihre tiefen Wurzeln in der Arbeiter\*innenklasse und ein klares Programm, mit dem die Arbeiter\*innenklasse einen Kampf um die Macht führen konnte, hätten die Sowjets nicht mit dem Kapitalismus gebrochen. Die Existenz der Sowjets warf die Frage auf, welche Klasse herrschen sollte, löste sie aber nicht. Doch für die Bolschewiki, die zunächst in einer kleinen Minderheit waren, boten die Sowjets ein Forum, in dem sie ihr Programm „geduldig erklären“ konnten. Die Sowjets waren auch maßgebliche Organe, durch die der Aufbau der neuen Gesell-

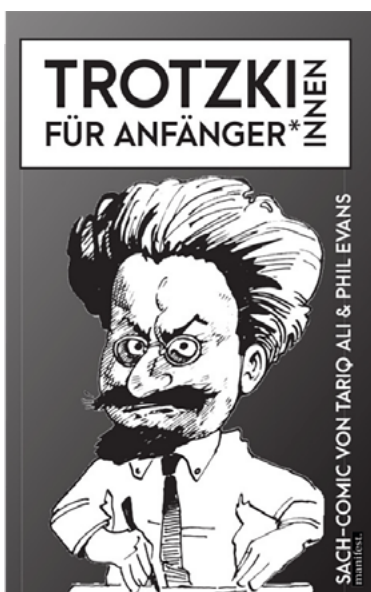
schaft beginnen konnte.

Weder Lenin noch Trotzki argumentierten, dass die russischen Sowjets notwendigerweise das genaue Vorbild für alle nachfolgenden Revolutionen sein würden. Eine Form der demokratischen Massenorganisation der Arbeiter\*innen war jedoch ein unvermeidlicher Teil der Bewegungen der Arbeiter\*innenklasse in Richtung der Macht. Dass sich bei den Revolutionen von 2011 im Nahen Osten und in Nordafrika keine Massenparteien entwickelten, geschweige denn weit verbreitete Arbeiter\*innenkomitees oder auch nur ein Ruf nach ihnen, ist ein Hinweis auf die Grenzen des Bewusstseins dieser ersten revolutionären Welle.

Die nächste Welle wird auf einer höheren Ebene stattfinden. Die Notwendigkeit, revolutionäre Parteien aufzubauen, ist dringender denn je. Um dies erfolgreich zu tun, bedarf es nicht abstrakter Schemata, sondern der Fähigkeit, den gegenwärtigen Stand des Klassenkampfes zu beurteilen, um ein Programm vorlegen zu können, dass die Arbeiter\*innenklasse effektiv in Richtung eines Bruchs mit dem Kapitalismus und der Übernahme der Macht in ihre eigenen Hände

lenken kann. Trotzki's Schriften sind eine unschätzbare Ressource für die neue Generation, die diese Aufgabe übernimmt. Das CWI, das sich auf die Methoden Leo Trotzki's stützt, hat die Hauptmerkmale der politischen Situation und der Aufgaben, vor denen die Arbeiter\*innenklasse steht, richtig analysiert. Wir werden in der kommenden Ära Gelegenheit haben, uns - zusammen mit anderen, die zweifellos auf der Grundlage von Erfahrungen gemeinsame Schlussfolgerungen ziehen werden - an der Schaffung von Massenorganisationen der Arbeiter\*innenklasse zu beteiligen, die in der Lage sind, den Kampf für den Sozialismus auf internationaler Basis zu führen.

*Oktober 2020*



TARIQ ALI / PHIL EVANS

### **TROTZKI FÜR ANFÄNGER\*INNEN** EIN SACH-COMIC

**12,90€**

178 Seiten, 2021  
ISBN: 978-3-96156-110-0

[www.manifest-buecher.de](http://www.manifest-buecher.de)

# **Satzung der Sozialistischen Organisation Solidarität**

## **I. Name**

(1) Die Organisation trägt den Namen Sozialistische Organisation Solidarität (Sol) und hat ihren Sitz in Berlin.

## **II. Internationale Mitgliedschaft**

(1) Die Sol ist als deutsche Sektion dem Komitee für eine Arbeiter\*innen-internationale (KAI/CWI) angeschlossen.

(2) Sie beteiligt sich an den internationalen Diskussionsprozessen, Entscheidungsfindungen, Konferenzen und Strukturen des CWI und erkennt dessen Statut und Beschlüsse an.

## **III. Ziele**

(1) Die Sol ist eine revolutionäre, sozialistische Organisation, die sich in den Traditionen der Ideen von Marx, Engels, Lenin, Trotzki, Luxemburg und Liebknecht versteht. Programm und Politik basieren auf den Beschlüssen der ersten vier Weltkongresse der Kommunistischen Internationale, des Gründungsdokuments der Vierten Internationale und den wichtigsten Dokumenten des Komitees für eine Arbeiter\*inneninternationale (CWI) und von VORAN/SAV bis zur Gründung der Sol. Das Ziel der Sol ist die Abschaffung des kapitalistischen Systems und der Aufbau einer sozialistischen Demokratie auf der Grundlage der Überführung der Produktionsmittel in Gemeineigentum und einer demokratisch geplanten Wirtschaft, in Deutschland wie international.

(2) Das kapitalistische System kann nur durch die bewusste Aktion der Mehrheit der Arbeiter\*innenklasse abgeschafft werden. Die Aufgabe der revolutionären Organisation ist es, die Erfahrungen aus der Geschichte des Kapitalismus und der Kämpfe der Arbeiter\*innenbewegung zu ziehen, der

Arbeiter\*innenklasse Programm und Strategie für die aktuellen Kämpfe anzubieten und eine Mehrheit von der Notwendigkeit von Gegenwehr, Solidarität und Sozialismus zu überzeugen.

(3) Die Sol unterstützt jeden Kampf zur Verteidigung der Lebensqualität der Arbeiter\*innenklasse und der Jugend und für demokratische und soziale Reformen, die das Leben der Arbeiter\*innenklasse verbessern.

(4) Entschieden kämpft die Organisation gegen jede Form von Faschismus, nationale Unterdrückung, Rassismus, Antisemitismus, Frauenfeindlichkeit, die Diskriminierung von LGBTQ+-Personen.

(5) Die Sol steht in der Tradition des Kampfes gegen den Stalinismus, der von Leo Trotzki und der Internationalen Linken Opposition begonnen wurde. Die bürokratischen Planwirtschaften der Sowjetunion, der DDR, Chinas und so weiter waren eine Karikatur auf den Sozialismus. Der Kampf für eine politische Revolution in diesen Ländern zur Errichtung von sozialistischen Demokratien und der Kampf gegen den Stalinismus innerhalb der Arbeiter\*innenbewegung war ein wichtiger Bestandteil der Politik unserer Internationale.

(6) Die Sol tritt für die Aktionseinheit der Arbeiter\*innenklasse ein. Wir streben größtmögliche Zusammenarbeit mit allen Organisationen der Arbeiter\*innenklasse an, die einen Kampf für die Interessen der Klasse führen wollen. Unsere Mitglieder sind aufgefordert sich in der Partei DIE LINKE und ihrem Jugendverband linksjung [solid] einzubringen und in den Gewerkschaften aktiv zu sein. Die Sol will eine revolutionär-sozialistische

Massenorganisation aufbauen. Sie strebt die Einheit aller revolutionär-marxistischen Kräfte auf Basis einer Übereinstimmung in den politischen und methodischen Prinzipien in einer Internationale an.

## **IV. Mitgliedschaft**

(1) Mitglied der Sol ist, wer Programm und Statut anerkennt, an der Arbeit der Sol mitwirkt und einen angemessenen monatlichen Mitgliedsbeitrag bezahlt. Teil des Mitgliedsbeitrags ist ein internationaler Beitrag an das CWI, dessen Höhe in Absprache zwischen der Bundesleitung und dem Internationalen Sekretariat des CWI festgelegt wird.

(2) Mitglieder werden durch die zuständige Ortsgruppe oder in Ausnahmefällen durch übergeordnete Gremien aufgenommen; wo eine solche nicht existiert, durch die Bundesleitung beziehungsweise den Bundesvorstand.

Die Bundesleitung erstellt Richtlinien für Kriterien zur Aufnahme neuer Mitglieder.

Lehnt eine Ortsgruppe einen Aufnahmeantrag ab, kann der/die Antragsteller\*in den Aufnahmeantrag an den Bundesvorstand richten und dieser entscheidet. Gegen die Aufnahme eines Mitglieds kann eine Ortsgruppe und können Mitglieder des Bundesvorstands beim Bundesvorstand innerhalb von drei Monaten Einspruch einlegen. Dieser entscheidet abschließend.

(3) Mitglieder erhalten nach dreimonatiger Mitgliedschaft das aktive und passive Wahlrecht. Ist ein Mitglied drei Monate im Rückstand mit der Beitragszahlung, verliert es das aktive und passive Wahlrecht. Als Delegierte und Mitglied von Vorstandsgremien auf allen Ebenen können nur Mitglieder gewählt werden, die keine Beitragsrückstände

haben. Zum Jahreswechsel führen alle Ortsgruppen eine Überprüfung der Mitgliedschaft hinsichtlich Beitragszahlung und Aktivität durch. Beteiligt sich ein Mitglied über einen Zeitraum von mehr als sechs Monaten nicht am Leben der Organisation, soll die Ortsgruppe bzw. bei Mitgliedern, die nicht einer Ortsgruppe angehören, der Bundesvorstand darüber entscheiden, ob diesem das aktive und passive Wahlrecht entzogen wird. Die Ortsgruppe kann diesem Mitglied das aktive und passive Wahlrecht jederzeit wieder per Beschluss erteilen.

(4) Die Mitglieder der Sol beteiligen sich an den Diskussionen der Organisation, bilden sich und andere Mitglieder politisch weiter, wirken an der Entscheidungsfindung und Verwirklichung von Beschlüssen mit. Sie treten in ihrem persönlichem Umfeld, in Betrieb und Gewerkschaften, an Schule oder Universität, im Wohngebiet und Initiativen für die Ideen und Ziele der Sol ein.

(5) Die Mitglieder verbreiten Ideen und Programm der Sol, verbreiten die Zeitung „Solidarität“ und andere Publikationen der Organisation und versuchen, neue Mitglieder zu gewinnen.

(6) Die Mitgliedschaft endet durch Tod, Austritt, Rückstufung oder Ausschluss.

(7) Der Austritt wird gegenüber dem Ortgruppenvorstand oder einem übergeordnetem Gremium erklärt und ist sofort wirksam.

(8) Die Rückstufung kann durch die Ortsgruppe oder in Ausnahmefällen durch ein übergeordnetes Gremium erfolgen, wenn ein Mitglied länger als sechs Monate keinen Mitgliedsbeitrag gezahlt hat und der Beitrag in diesem Zeitraum mindestens einmal schriftlich angemahnt wurde. Bei Mitgliedern, die keiner Ortsgruppe angehören kann die Rückstufung durch Bundesleitung oder Bundesvorstand erfolgen.

(9) Mitglieder, die sich organisations-schädigend verhalten, können suspendiert oder aus der Sol ausgeschlossen werden. Als organisations-schädigendes Verhalten ist insbesondere anzusehen: Äußerungen und Aktivitäten,

die gegen Programm und Statut der Sol verstoßen, Missachtung von Beschlüssen, Veruntreuung von Geldern der Organisation.

(10) Über Suspendierung, den Ausschluss und die Rückstufung entscheidet die Mitgliederversammlung der zuständigen Ortsgruppe oder in Ausnahmefällen ein übergeordnetes Gremium mit einfacher Mehrheit auf Antrag eines ihrer/seiner Mitglieder, des Ortgruppenvorstands oder eines übergeordneten Vorstands. Bei Mitgliedern, die keiner Ortsgruppe angehören, entscheidet der Bundesvorstand oder die Bundesleitung

(11) Das betroffene Mitglied hat das Recht auf Anwesenheit und Stellungnahme zu den Vorwürfen.

(12) Gegen eine Suspendierung oder einen Ausschluss kann das betroffene Mitglied oder ein übergeordneter Vorstand bei der Kontrollkommission Einspruch einlegen. Gegen den Beschluss der Kontrollkommission kann das betroffene Mitglied oder ein übergeordneter Vorstand an den Bundesvorstand appellieren, bestätigt dieser den Ausschluss bzw. die Suspendierung kann bei der Bundeskonferenz appelliert werden, die abschließend entscheidet.

(13) Eine Suspendierung ist die Aberkennung von bestimmten oder allen Mitgliedsrechten für einen begrenzten Zeitraum. Die Mitgliedspflichten, insbesondere die Zahlung des Mitgliedsbeitrags, bleiben bestehen. Der Zeitraum darf nicht mehr als zwölf Monate betragen. Dem suspendierten Mitglied muss die Dauer der Suspendierung mitgeteilt werden und außerdem Auflagen mitgeteilt werden, die es einhalten muss, damit die Suspendierung aufgehoben werden kann. Nach Ablauf der Frist – oder auf Antrag des OGVorstands oder eines übergeordneten Gremiums auch früher – muss die Ortsgruppe beziehungsweise bei Mitgliedern, die keiner Ortsgruppe angehören, der Bundesvorstand oder die Bundesleitung entscheiden, ob das Mitglied seine vollen Mitgliedsrechte zurück erhält oder ausgeschlossen wird.

## **V. Aufbau der Sol**

(1) Die Sol organisiert sich in Orts-

gruppen, Stadtverbänden, Regionalverbänden und auf Bundesebene. Auf allen Ebenen werden Vorstände und ggf. Leitungsausschüsse gewählt. Grundsätzlich werden Wahlen in der Sol in offener Abstimmung und per Listenwahl durchgeführt. Davon kann per Mehrheitsbeschluss des Wahlgremiums abgewichen werden. Die bundesweiten Organe Bundeskonferenz, Bundesvorstand und Bundesleitung haben das Recht zu allen Fragen Stellung zu beziehen und Beschlüsse zu fassen. Mitglieder der Bundesleitung und des Bundesvorstands haben das Recht an allen Sitzungen der Organisation, mit Ausnahme der Kontrollkommission auf Beschluss derselben, teilzunehmen und haben dort Rederecht.

### **(2) Ortsgruppe**

a Die Ortsgruppe ist die Grundeinheit der Sol. Ortsgruppen werden in der Regel nach dem Wohnortprinzip organisiert. Eine Ortsgruppe muss mindestens drei Mitglieder in einem Ort, Stadtteil, Betrieb oder anderer Grundeinheit umfassen und trifft sich prinzipiell wöchentlich.

b Der Status als Ortsgruppe bedarf der Bestätigung durch den Stadt-, Regional- oder Bundesvorstand, die auch über Ausnahmen vom Wohnortprinzip oder die Bildung betriebsbezogener oder anderer Grundeinheiten entscheiden.

c Die Ortsgruppen organisieren ihre Arbeit selbständig und eigenverantwortlich im Rahmen von Programm, Statut und Beschlusslage der Organisation. Sie nehmen am Willensbildungs- und Entscheidungsprozess der Organisation teil. Sie entsenden Delegierte zu Regional- und Bundeskonferenzen.

d Die Ortsgruppe wählen Verantwortliche mindestens für die Bereiche: OG-Sekretär\*in, Finanzen, Zeitung/Publikationen. Bei angemessener Größe wird ein OG-Vorstand auf einer Jahreshauptversammlung oder speziell einberufenen Wahlversammlung gewählt.

### **(3) Stadtverband**

a Gibt es an einem Ort mehrere Ortsgruppen, so bilden diese einen Stadtverband.

b Der Stadtverband koordiniert durch



regelmäßige stadtweite Mitgliederversammlungen und einen Stadtvorstand die Arbeit der Ortsgruppen.

c Der Stadtvorstand wird auf einer Jahreshauptversammlung oder speziell einberufenen Wahlversammlung gewählt.

### **(4) Regionalverband**

a Zur Koordination der Stadtverbände und Ortsgruppen eines Bundeslandes oder einer Region kann der Bundesvorstand Regionalverbände gründen.

b Die Delegierten der Ortsgruppen wählen bei der jährlichen Regionalkonferenz einen Regionalvorstand.

### **(5) Bundeskonferenz**

a Die Bundeskonferenz ist das höchste Organ der Sol. Ihre Beschlüsse sind für alle Organisationseinheiten bindend.

b Die Bundeskonferenz setzt sich aus den in den Ortsgruppen gewählten Delegierten zusammen, die volles Stimm- und Antragsrecht haben. Volles Stimm- und Antragsrecht haben auch Mitglieder des Internationalen Exekutivkomitees. Teilnahme-, Rede- und beratendes Stimmrecht haben außerdem die Mitglieder des Bundesvorstands, der Kontrollkommission und der Revisionskommission, sofern sie nicht selbst Delegierte sind. Der Bundesvorstand sowie die Bundesleitung besitzen Antragsrecht.

c Mitglieder, die keiner Ortsgruppe angehören wählen zu Beginn der Konferenz Delegierte aus ihren Reihen.

d Der Delegiertenschlüssel wird bei Einberufung der Konferenz durch den Bundesvorstand festgelegt.

e Die Bundeskonferenz muss mindestens alle 24 Monate stattfinden und wird vom Bundesvorstand einberufen. Der Bundesvorstand kann zusätzliche Bundeskonferenzen einberufen. Er muss sie innerhalb von drei Monaten einberufen, wenn ein Drittel der Ortsgruppen oder ein Drittel der Bundesvorstandsmitglieder dies verlangen.

f Die Bundeskonferenz beschließt über Programm und Statut, bestimmt die politischen Richtlinien der Sol, nimmt den Rechenschaftsbericht des Bundesvorstands der Sol entgegen und entscheidet abschließend über alle an-

stehenden politischen Fragen und die Arbeit der Organisation.

g Die Bundeskonferenz beschließt Richtlinien zur Höhe der Mitgliedsbeiträge, entscheidet über die Verwendung der Gelder der Organisation, nimmt den Finanzbericht des Bundesvorstands, den Bericht der Kontrollkommission und der Revision entgegen und beschließt über die Entlastung der Finanzverantwortlichen in der Bundesleitung.

h Die Bundeskonferenz wählt einen Bundesvorstand, der zwischen den Bundeskonferenzen deren Funktion übernimmt. Bundesvorstandsbeschlüsse sind nur durch Bundeskonferenzbeschlüsse aufzuheben und ansonsten bindend.

i Die Bundeskonferenz legt die Richtlinien für das Wahlverfahren sowie die Anzahl der Bundesvorstandsmitglieder fest. Sie gibt sich eine Geschäftsordnung für das Antrags- und Abstimmungsverfahren.

### **(6) Bundesvorstand und Bundesleitung**

a Der Bundesvorstand tagt mindestens dreimal jährlich und wird von der Bundesleitung einberufen. Der Bundesvorstand muss innerhalb von vier Wochen einberufen werden, wenn ein Drittel seiner Mitglieder dies verlangt.

b Antragsberechtigt zum Bundesvorstand sind dessen Mitglieder sowie die Mitgliederversammlungen von Ortsgruppen, Regional- und Stadtverbänden.

c Der Bundesvorstand wählt aus seiner Mitte eine Bundesleitung. Diese übernimmt die Funktion des Bundesvorstands zwischen dessen Sitzungen. Sie kann für die Organisation bindende Beschlüsse fällen. In Ausnahmefällen kann die Bundesleitung Beschlüsse des Bundesvorstands bzw. der Bundeskonferenz bzw. der Bundesvorstand Beschlüsse der Bundeskonferenz aufheben. Dies muss der gesamten Organisation zur Kenntnis gegeben werden und bei Protest von einem Drittel der Ortsgruppen bzw. der Bundesvorstandsmitglieder muss innerhalb von vier Wochen eine Bundesvorstandssitzung bzw. innerhalb von drei Monaten

Bundeskonferenz einberufen werden. Beschlüsse der Bundesleitung sind nur durch Entscheidungen des Bundesvorstands oder der Bundeskonferenz aufzuheben.

d Die Bundesleitung besteht aus gleichberechtigten Bundessprecher\*innen und darf maximal ein Drittel des Bundesvorstands umfassen. Sie wählt aus ihren Reihen eine\*n Generalsekretär\*in und ggf. ein\*e Stellvertreter\*in, eine\*n oder mehrere Finanzverantwortliche\*n und Verantwortliche für verschiedene Arbeitsbereiche, insbesondere Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit, Jugendarbeit, sowie eine Redaktion, zu der auch Mitglieder gehören können, die nicht Teil der Bundesleitung sind.

e Der Bundesvorstand kann außerdem Ausschüsse für bestimmte Arbeitsbereiche, wie Jugendarbeit oder Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit, wählen. Diese Ausschüsse organisieren ihre Arbeit unter Leitung eines Mitglieds der Bundesleitung selbständig und können Vorschläge an Bundesvorstand und Bundesleitung richten.

## **VI. Demokratische Rechte und Pflichten**

### **(1) Grundsätze**

a Die Sol arbeitet nach dem Prinzip: demokratisch diskutieren und entscheiden – geschlossen handeln und gemeinsam Beschlüsse umsetzen. Dieses Organisationsprinzip ist in der sozialistischen Arbeiterbewegung traditionell als demokratischer Zentralismus bekannt. Es unterscheidet sich grundlegend vom bürokratischen Zentralismus, der in den stalinistischen Parteien herrschte und alle internen Diskussionsprozesse abtötet. Der demokratische Zentralismus hingegen ermöglicht und fördert die breite Beteiligung aller Mitglieder an den Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozessen. Um eine handlungs- und kampffähige Organisation zu haben, fordert er ebenso die gemeinsame und disziplinierte Umsetzung von Beschlüssen und die Unterordnung der Minderheit unter Mehrheitsentscheidungen in der Umsetzung. Der demokratische Zentralismus basiert auf politischer und me-

thodischer Übereinstimmung in den Prinzipien der Organisation.

b Programm, Politik, Strategie und Taktik der Sol werden durch demokratische Diskussionen unter Beteiligung der Mitgliedschaft festgelegt.

c Alle Delegierten sind frei in ihrer Meinungsbildung und Entscheidung, und nicht an imperative Mandate gebunden.

d Alle Beschlüsse und Wahlen werden mit einfacher Mehrheit gefasst. Die Beschlussfähigkeit von gewählten Konferenzen und Gremien ist gegeben, wenn mehr als die Hälfte der Gewählten anwesend ist.

e Jedes Leitungsgremium, jedes Mitglied eines solchen Gremiums und jede(r) Delegierte(r) ist der Mitgliedschaft gegenüber, die es vertritt, jederzeit zur Rechenschaft über Arbeit und Abstimmungsverhalten verpflichtet. Alle Beschlüsse und in der Regel auch Wahlen werden daher durch offene Abstimmung herbeigeführt. Wahlen müssen auf Antrag von einem Drittel der Abstimmungsberechtigten geheim stattfinden.

f Alle Funktionär\*innen und Gremien der Sol sind jederzeit abwählbar. Wenn ein Drittel der Mitglieder dies verlangt, müssen Ortsgruppen- und Stadtvorstände innerhalb von vier Wochen eine Wahlversammlung einberufen. Wenn ein Drittel der Ortsgruppen einer Region beziehungsweise bundesweit dies verlangt, müssen Regional- und Bundesvorstand innerhalb von drei Monaten eine Wahlkonferenz einberufen. g Ist ein Beschluss gefasst, so ist er für alle Mitglieder der betreffenden Gliederung bindend. Übergeordnete Konferenz-, Vorstands- und Leitungsbeschlüsse binden untergeordnete Organisations Ebenen.

h Mitglieder, die in einer öffentlichen Position tätig sind, müssen sich an die demokratisch gefassten Entscheidungen der Organisation halten, ihre Tätigkeit mit den zuständigen Gremien der Organisation organisieren und sind jederzeit rechenschaftspflichtig.

(2) Minderheitenschutz und Fraktionsrechte

a Grundsätzlich haben alle Mitglie-

der und Minderheiten das Recht, innerhalb der Organisation eine abweichende Meinung in Wort und Schrift zu verbreiten.

b Darüber hinaus haben Unterstützer\*innen einer bestimmten Positionen das Recht, sich zu einer Fraktion zusammenzuschließen, um die Diskussion und Weiterentwicklung ihrer Position zu ermöglichen und sie in die Diskussion zu tragen.

c Fraktionsrechte umfassen:

(1) das Recht, sich innerhalb der Organisation eigenständig zu organisieren,

(2) das Recht, einen eigenen Finanzbeitrag zu erheben,

(3) das Recht, eigene Publikationen in der Organisation zu verbreiten,

(4) das Recht auf Zugang zur Mitgliederzeitschrift,

(5) das Recht, eine Debatte über ihre Positionen in einer Organisationsgliederung oder bundesweit zu beantragen, insbesondere die Berücksichtigung auf Tagesordnungen von Versammlungen und Konferenzen sowie die Verwendung von Einrichtungen und Arbeitsmitteln der Organisation für die Debatte

(6) das Recht, eine öffentliche Debatte, insbesondere den Zugang zu den Publikationen, zu beantragen.

d Über Art, Umfang und Zeitraum einer Debatte nach VI (2) c (4), (5) und (6) entscheiden die verantwortlichen Leitungsgremien der Organisation unter Berücksichtigung der Fraktionsstärke.

e Wird eine Fraktion bundesweit von mehr als einem Drittel der Mitglieder unterstützt, so muss der Bundesvorstand auf Antrag zumindest eine organisationsinterne Debatte durchführen, die durch eine Sonderkonferenz oder reguläre Bundeskonferenz abschließend entschieden wird.

f Sechs Wochen im Vorfeld einer Bundeskonferenz stehen alle Fragen und strittigen Positionen zur Debatte.

g Pflichten einer Fraktion: Die Bildung einer Fraktion ist dem Bundesvorstand anzuzeigen. Die allgemeinen Mitgliedschaftsverpflichtungen (IV) müssen auch von Minderheiten und Fraktionsmitgliedern eingehalten werden. Beschlüsse, gegen die sich eine Fraktionsbildung richtet, sind auch für

die Mitglieder von Fraktionen so lange bindend, bis andere Beschlüsse vorliegen.

(3) Bezahlte Funktionär\*innen

a Mitglieder, die hauptamtlich für die Sol arbeiten dürfen höchstens ein durchschnittliches Arbeitnehmer\*innen-Einkommen beziehen, unbeschadet der Erstattung für die Amtsausübung notwendiger Ausgaben. Zusätzliche Nebenerwerbstätigkeit muss bei der Bundesleitung oder dem Bundesvorstand beantragt werden. Hauptamtliche müssen ihre Vermögensverhältnisse und Einkünfte der Organisation offen legen.

b Hauptamtliche werden vom Bundesvorstand oder von der Bundeskonferenz gewählt und sind diesen rechenschaftspflichtig. Der Bundesvorstand erlässt Richtlinien über ihre Arbeitsbedingungen und Entlohnung. Sie können auf Beschluss des Bundesvorstands oder von der Bundeskonferenz jederzeit von ihren politischen Aufgaben entbunden werden.

c Mitglieder der Sol, die politische, gewerkschaftliche oder betriebliche Positionen (Mandate der Legislative, Exekutive oder Jurisdiktion, Aufsichtsräte, bezahlte Vorstände von Gewerkschaften und ähnliches) wahrnehmen sind verpflichtet über ihr Einkommen Rechenschaft abzulegen. Im Falle von bezahlter Vollzeittätigkeit darf das eingehaltene Einkommen nicht einen durchschnittlichen Facharbeiterlohn bzw. das vorherige Einkommen des betreffenden Mitglieds übersteigen. Im Falle von Einnahmen aus ehrenamtlicher Tätigkeit, müssen diese in Gänze an die Organisation bzw. die breitere Arbeiter\*innenbewegung abgegeben werden. Schenkungen als Folge der Hauptamtlichkeit müssen der Bundesleitung oder dem Bundesvorstand angezeigt werden, die/der über Annahme bzw. Verwendung entscheidet.

(4) Kontrollkommission

a Die Bundeskonferenz wählt eine Kontrollkommission, bestehend aus einer ungeraden Anzahl von mindestens fünf Mitgliedern. Sie dürfen keine hauptamtliche Funktion inne-

haben und höchstens zwei dürfen andere Funktionen auf Bundesebene bekleiden. Die Kommissionsmitglieder müssen mindestens zwei Jahre Mitglied der Sol sein. Mindestens fünfzig Prozent der Kommissionsmitglieder müssen Frauen sein, um einen angemessenen Rahmen zur Behandlung von Beschwerden (siehe VI (4) c (3)) über sexistisches Verhalten in der Organisation zu gewährleisten. Die Kontrollkommission wählt aus ihrer Mitte eine\*n Vorsitzende\*n, welche\*r die Kommission einberuft.

b Zur Behandlung von Fällen kann die Kontrollkommission Ausschüsse aus ihren Reihen bilden, bestehend aus mindestens drei, immer jedoch einer ungeraden Zahl von Kommissionsmitgliedern.

c Die Kontrollkommission ist zuständig für

(1) Einsprüche gegen Ausschlüsse.

(2) Auf Antrag für Beanstandungen von Entscheidungen übergeordneter Gremien hinsichtlich deren Übereinstimmung mit der Satzung.

(3) Beschwerden aus der Mitgliedschaft, die von den beteiligten Mitgliedern und Gremien nicht einvernehmlich gelöst werden können.

d Einsprüche gegen Ausschlüsse können das betroffene Mitglied oder ein übergeordneter Vorstand bei der Kontrollkommission einlegen. Die Kontrollkommission kann

(1) den Ausschluss bestätigen

(2) den Ausschluss aufheben

(3) Mitgliedsrechte zeitweilig einschränken oder das vorläufige Ruhen aller Mitgliedsrechte beschließen.

e Jedes Mitglied hat das Recht, sich mit Beschwerden direkt an die Kontrollkommission zu wenden. Für den Umgang der Kontrollkommission mit Beschwerden aus der Mitgliedschaft beschließt die Bundeskonferenz Richtlinien.

f Entscheidungen der Kontrollkommission können nur von der Bundesleitung, dem Bundesvorstand oder der Bundeskonferenz aufgehoben werden. In jedem Falle gibt es das Recht, gegen die Aufhebungen von Beschlüssen der Kontrollkommission beim nächsthö-

heren Gremium zu appellieren. Appellrecht gilt auch für von den Entscheidungen der Kontrollkommission betroffenen Mitglieder der Sol.

g Befindet die Kontrollkommission, dass die Bundesleitung gegen die Satzung der Sol verstößt, so kann diese Entscheidung nur von Bundesvorstand oder Bundeskonferenz aufgehoben werden.

h Befindet die Kontrollkommission, dass der Bundesvorstand gegen die Satzung der Sol verstößt, so kann diese Entscheidung nicht vom Bundesvorstand aufgehoben werden. Die Entscheidung der Kontrollkommission mit Begründung ist binnen zwei Wochen den Ortsgruppen schriftlich mitzuteilen, die dann von ihrem Recht auf Einberufung einer Sonderkonferenz nach V (5) e Gebrauch machen können.

i Mitglieder der Kontrollkommission haben Teilnahme- und Rederecht in allen Versammlungen der Sol.

### VII. Finanzen

(1) Die Sol finanziert sich aus Mitgliedsbeiträgen, aus dem Verkauf von politischem Material und aus Spenden.

(2) Der Bundesvorstand verwaltet das Eigentum und die finanziellen Mittel der Organisation. Das Verfügungsrecht von Regional-, Stadtverbänden und Ortsgruppen wird durch Beschlüsse des Bundesvorstands geregelt.

(3) Der Bundesvorstand legt zu jeder Bundeskonferenz einen Kassenbericht vor, der über Einnahmen und Verwen-

dung der Mittel Rechenschaft ablegt.

(4) Jedes Mitglied bezahlt einen monatlichen Mitgliedsbeitrag, der unter Berücksichtigung der persönlichen Verhältnisse gemeinsam mit dem Finanzverantwortlichen der Ortsgruppe festgelegt wird.

(5) Auf Antrag von mindestens einem Drittel von OG-Mitgliedern muss bei der Ortsgruppe ein Finanzbericht vorgelegt werden. Auf Antrag von einem Drittel der Bundesvorstandsmitglieder muss eine außerordentliche Kassenrevision stattfinden, die innerhalb von zwei Monaten dem Bundesvorstand gegenüber Bericht erstattet.

### VIII. Revision

(1) Zur Kontrolle des Finanzwesens werden von der Bundeskonferenz mindestens zwei Revisor\*innen gewählt, die nicht Mitglied der Bundesleitung sein dürfen und nicht in einem Beschäftigungsverhältnis zur Sol stehen.

(2) Die Revisor\*innen prüfen gemeinsam vor der Bundeskonferenz mindestens einmal die korrekte Buchführung und Finanzverwendung auf Bundesebene; sie können gemeinsam unangemeldet nach ihrem Ermessen prüfen.

(3) Über die Ergebnisse der Prüfung erstatten sie der Bundeskonferenz Bericht, schlagen notwendige Verbesserungen vor und beantragen bei korrekter Kassenführung die Entlastung der Kassenführung. Revisor\*innen mit entsprechenden Aufgaben werden auch auf Regional- und Stadtebene gewählt.



# Was will die Sol?

Kapitalismus bedeutet Krise, Kriege, Sozialabbau, Umweltzerstörung und Diskriminierung. Dagegen muss massenhafter Widerstand organisiert werden. Dafür sind wir aktiv und bauen eine internationale, sozialistische Organisation auf. Dafür kämpfen unsere Mitglieder in der Partei DIE LINKE, den Gewerkschaften und sozialen Bewegungen. Wir treten für eine kämpferische und sozialistische LINKE und für kämpferische und demokratische Gewerkschaften ein.

Der Kapitalismus ist eine Klassengesellschaft. Die Interessen der arbeitenden Klasse und der Kapitalistenklasse sind unvereinbar. Deshalb kann dieses System nicht zu einer sozial gerechten Gesellschaft reformiert werden, die Macht- und Eigentumsverhältnisse müssen grundlegend verändert werden. Deshalb gilt es, den Kampf für Verbesserungen mit dem Kampf für eine sozialistische Gesellschaft zu verbinden. Sozialismus bedeutet, dass Banken und Konzerne in Gemeineigentum sind und die Gesellschaft demokratisch durch die arbeitende Bevölkerung kontrolliert und verwaltet wird. Das hat nichts mit den stalinistischen Diktaturen zu tun, die in der DDR oder der Sowjetunion existierten.

Wir sind Teil der weltweiten sozialistischen Organisation Komitee für eine Arbeiter\*inneninternationale. Ziel ist der weltweite Aufbau sozialistischer Massenorganisationen, die der Arbeiter\*innenklasse helfen können, den Kapitalismus durch Massenbewegungen zu stürzen und durch eine sozialistische Demokratie zu ersetzen.

## Forderungen der Sol:

### Arbeit und Soziales

- Gegen ALLE Formen von Kürzungen und Stellenabbau
- Mindestlohn ohne Ausnahmen von 15 Euro pro Stunde
- Weg mit Agenda 2010 und Hartz I bis IV und stattdessen soziale Mindestsicherung und Mindestrente von 900 Euro plus Warmmiete für jede\*n Erwachsenen und 700 Euro pro Kind – ohne Bedürftigkeitsprüfung und Schikanen
- Radikale Arbeitszeitverkürzung zur Schaffung von sinnvollen Arbeitsplätzen für alle: 30-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich
- Nein zu jeder Form von Privatisierungen
- Rücknahme der Rentenkürzungen: Für eine steuer- und abgabenfreie gesetzliche Rente von 70 Prozent des Nettolohns
- Nein zur Rente ab 67 – Renteneinstiegsalter auf 60 Jahre senken!
- Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit – in Ost und West, für Frauen und Männer
- Öffentliches Investitionsprogramm in den Bereichen Soziales, Bildung, Gesundheit und Umwelt, finanziert durch die Profite der Banken und Konzerne
- Für ein öffentliches Gesundheits- und Bildungswesen ohne Zuzahlungen und Gebühren
- Für eine Vermögenssteuer von zehn Prozent ab einer Million Euro Vermögen und ein stark progressives Steuersystem mit drastisch höheren Steuern auf Unternehmensprofite und Erbschaften. Für eine einmalige Abgabe von 30 Prozent auf das Geldvermögen der Millionär\*innen und Milliardär\*innen

### Umwelt und Mobilität

- Sofortige Abschaltung aller AKWs und Abschaltung aller Kohlekraftwerke schneller als geplant und in wenigen Jahren bei voller Lohn- und Beschäftigungsgarantie für die Beschäftigten. Sofortige Einstellung des Braunkohleabbaus
- Statt CO2-Steuer: Umstellung der Energieversorgung auf erneuerbare Energien finanziert durch die Gewinne und Vermögen der Energiewirtschaft
- Kostenloser Öffentlicher Nahverkehr; drastische Preisreduzierungen bei der Bahn – finanziert durch die Profite der Banken und Konzerne
- Nein zur Bahnprivatisierung
- Enteignung der Energiekonzerne bei demokratischer Kontrolle und Verwaltung durch die arbeitende Bevölkerung

### Wohnen

- Reduzierung der Mieten durch Einführung einer reglementierten und kontrollierten Kostenmiete
- Für ein Sofortprogramm von 40 Milliarden Euro für den Bau von 250.000 kommunalen Wohnungen
- Schluss mit der Privatisierung von Wohn-

raum und öffentlichen Grundstücken

- Enteignung der großen Immobilienkonzerne, Entschädigung nur für Kleinaktionär\*innen bei erwiesener Bedürftigkeit

### Jugend & Bildung

- Freier Zugang zur Bildung! Gebührenfreie Kitas, Unis und Volkshochschulen!
- Schluss mit Schul- und Universitätsprivatisierungen
- Betriebe, die gar nicht oder weniger als zehn Prozent der Belegschaft ausbilden sollen zahlen; garantierte und unbefristete Übernahme in den erlernten Beruf
- Drastische Erhöhung der Auszubildendenvergütungen mindestens auf das Niveau des gesetzlichen Mindestlohns
- Statt Bafög für wenige: Einführung einer elternunabhängigen Grundsicherung für Schüler\*innen und Studierende ab 16 Jahren von 700 Euro plus Warmmiete
- Verwaltung von Schulen und Hochschulen durch demokratisch gewählte Komitees von Eltern und Schüler\*innen, Studierenden, Lehrenden und Gewerkschaftsvertreter\*innen

### Gesundheit

- Schaffung von mindestens den fehlenden 162.000 Stellen in den Krankenhäusern. Deutliche Lohnerhöhungen für Krankenpfleger\*innen!
- Für eine bedarfsgerechte gesetzliche Personalbemessung in Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen
- Weg mit den Fallpauschalen
- Für die Zusammenführung aller Krankenkassen (auch aller Privatversicherungen) zu einer einzigen öffentlichen Krankenkasse bei Arbeitsplatzgarantie für alle Beschäftigten. Das wäre ein erster Schritt zur Umwandlung des Gesundheitswesens zu einem kostenlosen, staatlichen, also steuerfinanzierten, Gesundheitswesen
- Keine Privatisierung. Rekommunalisierung privatisierter Häuser und Wiedereingliederung ausgegliederter Betriebsteile. Überführung privater Klinik- und Pharmakonzerne in öffentliches Eigentum unter demokratischer Kontrolle und Verwaltung der Beschäftigten und Patient\*innen

### Rüstung und Krieg

- Nein zum Zwei-Prozent-Ziel der NATO für Rüstungsausgaben. Nein zum 100-Milliarden-EURO Sondervermögen für die Bundeswehr. Stattdessen radikale Abrüstung und Investitionen in Soziales, Bildung, Gesundheit und Klimaschutz.
- Sofortiges Verbot von Rüstungsexporten, Verstaatlichung der Rüstungsindustrie und Umstellung auf zivile Produktion
- Schluss mit imperialistischen Kriegen und Besatzung. Nein zu Auslandseinsätzen der Bundeswehr

### Demokratische Rechte & Rassismus

- Gleiche Rechte für Alle – gegen jede Form von Diskriminierung auf Grund von Natio-

nalität, Hautfarbe, Religion, Geschlecht, Behinderung oder sexueller Orientierung

- Wiederherstellung und deutliche Ausweitung des Asylrechts und Bleiberecht für Alle
- Mobilisierungen und Blockaden gegen Aufmärsche von Nazis und Rechtspopulisten
- Rücknahme der diversen „Anti-Terror“- und Polizeiaufgaben-Gesetze
- Nein zum Einsatz der Bundeswehr im Inneren

### Frauen & Geschlechtergerechtigkeit

- Für gemeinsamen Kampf von Lohnabhängigen aller Geschlechter gegen jede Form geschlechtsspezifischer Benachteiligung
- Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit – deutliche Lohnerhöhungen in frauendominierten Berufszweigen
- Für eine kostenlose und ganztägige Kinderbetreuung vom ersten bis 13. Lebensjahr
- Weg mit den Abtreibungsparagraphen 218 und 219
- Kampf gegen diskriminierende Frauenbilder in Werbung und Medien

### DIE LINKE

- Für eine kämpferische und sozialistische LINKE
- Für eine Schwerpunktsetzung der Aktivitäten der Partei DIE LINKE auf Proteste und Widerstand
- Keine Beteiligung der LINKEN an prokapitalistischen Regierungen mit den Sozialabbau-Parteien
- Für jederzeitige Wahl- und Abwählbarkeit von Funktionsträger\*innen
- Hauptamtliche und MandatsträgerInnen dürfen nicht mehr verdienen, als einen durchschnittlichen Tariflohn

### Gewerkschaften

- Für jederzeitige Wahl- und Abwählbarkeit von Funktionsträger\*innen
- Hauptamtliche dürfen nicht mehr verdienen als einen durchschnittlichen Tarifarbeiter\*innenlohn
- Für den Aufbau von Zusammenschlüssen kämpferischer und kritischer Gewerkschaftsaktivist\*innen auf allen Ebenen der Gewerkschaften, angefangen an der Basis

### Kapitalismus abschaffen

- Überführung der Banken und Konzerne in öffentliches Eigentum bei demokratischer Kontrolle und Verwaltung durch die arbeitende Bevölkerung
- Durchschnittlicher Tariflohn und jederzeitige Wahl- und Abwählbarkeit für alle Personen in Leitungsfunktionen
- Statt Konkurrenz und Produktion für den Profit – demokratische Kooperation und nachhaltige Planung entsprechend der Bedürfnisse von Mensch und Umwelt
- Nein zur EU der Banken und Konzerne – für ein sozialistisches Europa der arbeitenden Bevölkerung
- Für sozialistische Demokratie weltweit

# Ideen für den Widerstand

LEST UND ABONNIERT „SOLIDARITÄT“ & „SOZIALISMUS HEUTE“

Die Sol gibt die sozialistische Monatszeitung „Solidarität“ heraus und das halbjährlich erscheinende marxistische Magazin „Sozialismus heute“.

In der „Solidarität“ finden unsere Leser\*innen jeden Monat (Im Juli/August und Dezember/Januar gibt es Doppelnummern) auf 16 Seiten aktuelle Berichte und Analysen zu politischen und wirtschaftlichen Entwicklungen in Deutschland und international, sowie Texte zu gewerkschaftlichen Kämpfen und Debatten und den Entwicklungen in der Partei DIE LINKE und ihrem Jugendverband linksjugend[solid].

Im Magazin „Sozialismus heute“ finden sich auf 44 Seiten ausführliche Analysen zu aktuellen Ereignissen, Texte zur Geschichte der Arbeiter\*innenbewegung und marxistischer Theorie.

## SOLIDARITÄT

Sozialistische Zeitung  Sozialistische Organisation Solidarität

## sozialismus heute

MAGAZIN FÜR MARXISTISCHE THEORIE UND PRAXIS

Zehn Ausgaben der Solidarität und zwei Ausgaben von sozialismus heute gibt es für 30 Euro im Jahr per Post nach Hause geliefert oder für 20 Euro als elektronisches Abo.

Bestellungen

Online: [www.solidaritaet.info/solidaritaet](http://www.solidaritaet.info/solidaritaet)

Telefon: 030 / 247 238 02

Post: Manifest Verlag, Dieffenbachstr. 17, 10967 Berlin

# manifest.

bücher. um die welt zu ändern.

ALLE TITEL:

[WWW.MANIFEST-VERLAG.DE](http://WWW.MANIFEST-VERLAG.DE)

DIREKT BESTELLEN:

[WWW.MANIFEST-BUECHER.DE](http://WWW.MANIFEST-BUECHER.DE)

FOLLOW US ON:

@MANIFESTVERLAG

Manifest ist der linke Verlag für alle Menschen, die sich und andere bewegen wollen. 2016 in Berlin gegründet, veröffentlichen wir Bücher mit einem marxistischen und revolutionären Standpunkt - egal ob Klassiker oder neu geschrieben.

Alle unsere Titel findest du auf unserer Verlagswebsite bzw. in unserem Online-Shop.